

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

HERAUSGEgeben von PROFESSOR DR. R.
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR: HERMANN BECK: BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL: BERLIN + VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: W 15

JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK

AUSGEGBEN ANF: JANUAR 1911
4-JAHR I-HEFT



INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMlich PROBLEMEN DER SOZIALHYGIENE GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE SENDUNGEN SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-WILMERSDORF, PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

PROBLEME DER SOZIALHYGIENE:

OTTO KASDORF, Universitätsprofessor, Montevideo: Die hygienische Milchversorgung der Städte	3
HENRIETTE FÜRTH, Frankfurt a. M.: Die Notwendigkeit und die Postulate der Mutterschaftsversicherung	9
JOSEF GRÜN, Mailand: Der Kampf gegen den Alkohol in Italien	12
LEOPOLD KATSCHER, München: Die Sozialsekretärin oder Wohlfahrtspflegerin	15
MARGARETHE VON GOTTERG, Stuttgart: Die Beeinflussung der Kriminalität durch die wirtschaftliche Lage	19
ERICH LILIENTHAL, Berlin: Das „gefährliche Alter“ und seine Folgen ..	22
Chronik	23

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Das Problem der Jugendverwahrlosung	32
--	----

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:

ERICH LILIENTHAL, Berlin: Kleinkaufmann und Warenhaus	37
ALBERT FALKENBERG, Berlin: Die Organisation der subalternen Beamten in Deutschland	42
Das Genfer städtische Gaswerk	47
Chronik	49

POLITISCHE ENTWICKLUNG:

JOHANNES TIEDJE, Marburg: Die Heimatlosen in der Nordmark	51
S. B. BANNERJEA, Calcutta: Die „Freiwilligen“-Bewegung in Bengalen ..	55
Chronik	57

ARBEITERBEWEGUNG:

JOHN WELSH: Methoden friedlicher Beilegung von Arbeitskonflikten in Kanada	60
Chronik	61

TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT:

Chronik	62
---------------	----

MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:

Chronik	64
---------------	----

NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN:

A. VALENSI, Tunis: Der Zionismus	70
--	----

NEUE KÜNSTLERISCHE TENDENZEN:

ROSINE HANDLIRSCH, Wien: Soziale Kunst in Österreich. Ein Nachruf für Hermine Heller-Ostersetzer	77
Chronik	78

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

OTTO KASDORF, UNIVERSITÄTSPROFESSOR: MONTE-VIDEO: DIE HYGIENISCHE MILCHVERSORGUNG DER STÄDTE.



N den letzten Jahren wendet man dem Problem der Versorgung der Städte mit hygienisch einwandfreier Milch immer mehr Aufmerksamkeit zu. Es hat allerdings lange genug gedauert, bis eine allgemeine Würdigung der hygienischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Milchwirtschaft gerade für die Stadtbevölkerung Platz gegriffen hat. Man bedenke nur, daß zum Beispiel die in Berlin konsumierte Milch einen Jahreswert von rund 60 Millionen Mark repräsentiert, und daß im Haushaltbudget der Wiener Bevölkerung die Milch mit ungefähr 80 Millionen Kronen jährlich figuriert. Eine Preiserhöhung dieses Nahrungsmittels wird daher den Konsumenten ganz besonders fühlbar, um so mehr, als gerade die unbemittelte Bevölkerung der Milch als Kindernahrung dringend bedarf. Die in den letzten Jahren in nahezu allen europäischen Staaten, vor allem Österreich-Ungarn und Deutschland, durchgeführten Milchpreiserhöhungen bedeuten demnach eine in hygienischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht nicht zu unterschätzende Belastung der Konsumenten. Es sei hiermit nur auf diese Tatsache aufmerksam gemacht (denn diese Milchpreiserhöhungen geben gewissermaßen den Anlaß dazu, daß die Öffentlichkeit sich neuerdings mehr mit der Milchhygiene beschäftigt) und zur weiteren Orientierung auf meine diesbezüglichen Schriften *) verwiesen. Einer späteren Gelegenheit die Erörterung der Bedeutung der internationalen Milchpreisfrage vorbehaltend, sollen heute nur die Hauptprobleme der hygienischen Milchversorgung in Kürze beleuchtet werden.

Es ist das Ideal der Milchhygiene, dem Konsumenten gesunde rohe Milch, also weder sterilisierte noch pasteurisierte, von gesunden Kühen stammend, zu liefern. Vom idealen Gesichtspunkte der Milchhygiene aus ist jede Manipulation der Milch schädlich, welche ihre natürlichen physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften verändert. Durch die Erhitzung aber wird die Milch in ihrer chemischen und biologischen Zusammensetzung wesentlich verändert. Das Albumin und Globulin koagulieren und die löslichen Kalisalze verwandeln sich zum Teil in unlösliches Kalkphosphat. Auch die in der Milch enthaltenen Fermente werden zerstört. Da es nun nach den neuesten Forschungen der Biochemie als sicher anzunehmen ist, daß die rohe Milch enzymatische, antitoxische und immunisatorische Einflüsse auf den menschlichen Körper ausübt, ist es klar, daß die Denaturierung der Eiweißstoffe auch eine Aufhebung dieser physiologisch wichtigen Wirkungen bedeutet. Die Verdaulichkeit des Proteins wird durch die Erhitzung beeinträchtigt und der für die Kinderernährung wichtige Lezithingehalt der Milch wird vermindert.

Die Milcherhitzung wendet man bekanntlich an, um etwaige in der Milch enthaltene gefährliche Keime zu vernichten. Zugleich aber werden auch die an und für sich unschädlichen Milchsäurebakterien getötet, und den überlebenden schädlichen Bakterien wird dadurch ein guter Nährboden geschaffen.

*) U. A. Die Milchpreiserhöhung und die Milchversorgung der Stadt Wien.
Verlag Brüder Suschitzky in Wien. 1910.

Beim Pasteurisieren der Milch werden wohl die krankheitserregenden vegetativen Keime vernichtet, es bleiben jedoch die *Dauersporen* am Leben, welche sich — ungehindert von den Milchsäurebakterien — entwickeln und Giftstoffe erzeugen können. Milch ohne Säurebakterien kann nicht mehr normal gerinnen, säuern. Sie geht, so zu sagen, in Fäulnis über. Da diese Verschlechterung der Milch äußerlich nicht oder doch erst später als bei roher Milch erkenntlich ist, liegt in dem Genuß von pasteurisierter Milch eine Gefahr, wenn eine längere Zeit seit dem Pasteurisieren verstrichen ist.

Das Erhitzen der Milch geschieht heutzutage vor allem, wie der Konsument meint, um einer Übertragung der Tuberkulose vorzubeugen. Die Keime der Tuberkulose sowie alle pathogenen Keime können durch hochgradige Erhitzung getötet werden. Die Bedeutung dieses Momentes wird seitens der Laien aber meistens überschätzt. Die Frage der Übertragbarkeit der Rindertuberkulose auf den Menschen ist allerdings noch nicht endgültig beantwortet, aber die bisher vorliegenden Beobachtungen drängen im allgemeinen zu der Ansicht, daß die Gefahr, welche dem Menschen durch den Genuß von Milch eutertuberkulöser Kühe droht, keine große ist. Auch die letzten Tuberkulosearbeiten des kaiserlichen deutschen Gesundheitsamtes (10. Heft 1910), welche eine umfangreiche Sammelforschung des Regierungsrates Dr. Weber bieten, kommen zu dem Schluß: Die Gefahr, welche dem Menschen durch den Genuß von Milch und Milchprodukten eutertuberkulöser Kühe droht, ist im Vergleich mit der Gefahr, welche der mit offener Lungentuberkulose behaftete Mensch für seinen Nebenmenschen bildet, nur sehr gering. Es bedarf der wiederholten Aufnahme einer großen Menge von Perlsuchtbazillen, um die Infektion hervorzubringen. Alle mir bekannten Fälle der Molkereipraxis bestätigen dieses Schlußurteil vollkommen und zwingen mich zu der Ansicht, daß die Milcherhitzung als Vorbeugungsmittel der Tuberkuloseübertragung in ihrem praktischen Werte im allgemeinen überschätzt wird.

Wenn an der ersten Forderung der hygienischen Milchversorgung strikte festgehalten wird — „gesunde Milch von gesunden Kühen“ —, dann muß das Milchvieh ständig unter tierärztlicher Kontrolle stehen. Die Ausmerzung der mit Eutertuberkulose und anderen Krankheiten behafteten Tiere ist leicht möglich, und die Krankheitsübertragung durch den Genuß von roher Milch ausgeschlossen.

Hier ist aber ein wesentlicher Fehler der heutigen Milchkontrolle zu suchen. Sie erstreckt sich in fast allen Städten nur auf den Milchhandel, auf die Kontrolle der Milch in der Stadt. Krankheitskeime können dann nur in Ausnahmefällen in der Milch konstatiert werden. Man begnügt sich mit der Untersuchung der Milch auf Unverfälschtheit und in manchen Fällen auf ihren Schmutzgehalt. Diese, ich möchte sagen, oberflächliche Kontrolle hat einen sehr geringen Wert. Sie beugt im besten Falle den Verfälschungen der Milch vor. Häufig ist sie jedoch auch die Ursache von ungerechten Bestrafungen und Beanstandungen der Milchhändler wegen Verkaufs schlechter Milch, für deren Beschaffenheit oft der Milchhändler als verantwortlich herangezogen wird, während doch in erster Linie der Milchproduzent für die Lieferung einer einwandfreien Milch in die Stadt, an den Händler, zu sorgen hat. Eine Kontrolle des Milchhandels, wie sie heute fast allgemein vorherrscht, ist

wertlos, wenn nicht zugleich auch die Milchproduktionsstelle einer ständigen Kontrolle unterworfen wird. Einige städtische Molkereibetriebe haben die Wichtigkeit dieser Forderung erkannt. Die in mancher Hinsicht vorbildliche „Wiener Molkerei“ zum Beispiel läßt die Rindviehbestände ihrer Milchproduzenten regelmäßig durch Tierärzte kontrollieren, und seit kurzem hat sie sich auch noch der Kontrolle des Hygienischen Instituts der Wiener Universität insofern unterstellt, als dieses einen Arzt entsendet, der sämtliche in Betracht kommenden Milchproduktionsstellen in gewissen Zeiträumen untersucht, Milch- und Wasserproben nimmt, den Gesundheitszustand des Personals überwacht usw. Es ist jedoch eine Aufgabe der Stadtverwaltung, dafür zu sorgen, daß die Produktionsstellen der in ihrem Gebiete zum Verkauf gelangenden Milch auch ihrer Kontrolle unterstellt werden. In Buenos-Aires soll demnächst ein neues Gesetz in Kraft treten, welches bestimmt, daß in dem Stadtgebiete nur solche Milch verkauft werden darf, die aus von der Stadtverwaltung als hygienisch einwandfrei anerkannten und ständig unter ihrer Kontrolle stehenden Landwirtschaftsbetrieben stammt.

Es wäre zu wünschen, daß die europäischen Städte in dieser Hinsicht diese südamerikanische Metropole als Vorbild betrachten. Die vielen und sich zum Teil widersprechenden Bestimmungen der städtischen Milchregulatoren Deutschlands und Österreichs weisen in diesem Punkte eine bedauerliche Lücke auf. Sie läßt sich nur durch einheitliche, für das ganze Reich geltende Bestimmungen schließen.

Auf diese Weise ist es sehr wohl möglich, gesunde rohe Milch in den Handel zu bringen, die lediglich gut gekühlt und sauber aufbewahrt zu werden braucht und mit der weitere Manipulationen nicht nötig sind, denn auch das Reinigen, Filtrieren, ist bei der hygienisch einwandfrei gewonnenen Milch überflüssig, ja schädlich. Durch das Filtrieren können nur die Verunreinigungen der Milch entfernt werden, welche durch unsaubere Behandlung beim Melken in sie gelangt sind, und die bereits aufgelösten Schmutzteile lassen sich durch das Filtrieren überhaupt nicht mehr trennen.

Die moderne Milchhygiene muß diesen Idealstandpunkt einnehmen und dem Konsumenten immer mehr die Tatsache vor Augen führen, daß gesunde rohe Milch wertvoller ist als jede andere, mag sie pasteurisiert, sterilisiert, filtriert u. a. m. sein. Diese Milch den Konsumenten zu liefern, ist das ideale Ziel der modernen Milchversorgung. Will der Konsument dann pasteurisierte Milch haben, so kann die Milch in jedem Haushalt aufgekocht und bis zum Genuss kühl aufbewahrt werden.

Bei der heutigen Lage der Milchwirtschaft ist die konsequente Durchführung dieser Forderungen noch nicht allgemein möglich. In vielen Fällen läßt sich die Pasteurisierung der Milch, um sie zu konservieren, nicht vermeiden, aber dann darf man die Pasteurisierung nicht, wie es noch vielfach geschieht, als einen Vorteil hinstellen. Sie ist weiter nichts als ein oft nicht vermeidbares Übel. Wird pasteurisierte Milch in den Handel gebracht, so muß sie ausdrücklich als solche bezeichnet werden. Die Unterlassung dieser Vorschrift ist eine Täuschung des Konsumenten. Dem Prof. Dr. W. Kirschner (Leipzig) ist es zu verdanken, daß die Stadtverwaltungen jetzt nach und nach dieses Moment mehr beachten und daß zunächst die neue Milchverkehrsordnung der Stadt Leipzig bestimmt, daß jedes Aufbewahrungs- oder Verkaufsgefäß er-

hitzter Milch die Aufschrift tragen muß: „Erhitzte Milch hergestellt am ... muß unter 15° aufbewahrt oder innerhalb 12 Stunden verbraucht werden“.

In den letzten Jahren hat man vielfache Versuche gemacht, die schädlichen Keime in der Milch zu vernichten, ohne sie zu erhitzten und ohne sie in ihren chemischen und biologischen Eigenschaften zu verändern. Mit der Einwirkung der ultravioletten Strahlen der Quecksilber- und der Quarzlampen auf die Milch wurden gute Erfolge erzielt. Aus meinen in dieser Richtung angestellten Versuchen glaube ich schließen zu können, daß in absehbarer Zeit das Problem gelöst werden wird. Die wissenschaftliche Begründung der durch praktische Versuche schon bewiesenen Wirksamkeit der ultravioletten Strahlen ist jedoch noch nicht geklärt, so daß es noch nicht am Platze ist, einer weiteren Verbreitung dieser Methode das Wort zu reden. Jedenfalls aber wird die moderne städtische Milchversorgung in ihr einmal ein wichtiges Hilfsmittel erhalten, welche eine in qualitativer Beziehung bessere pasteurisierte Milch liefert, als es die durch Erhitzung keimarm gemachte Milch ist.

Ein besonderes Gebiet der Milchversorgung nimmt die Kindermilch ein. Die hohe Säuglingssterblichkeit stellt man gewöhnlich als eine Folge der schlechten Milchnahrung hin. Im allgemeinen ist das nicht richtig. Die Säuglingssterblichkeit ist nicht eine spezielle Milchfrage, sondern eine soziale Frage mit allgemein sozialen Ursachen. Betrachten wir einmal die Statistik der Säuglingssterblichkeit. Von 100 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr:

in Norwegen	8,1	in Italien	16,6
in Schweden	8,4	in Deutschland	18,5
in England	11,8	in Ungarn	20,5
in Dänemark	12,1	in Österreich	21,5
in Frankreich	14,3	in Rußland (europ.)	27,2

Diese Zahlen richten sich gewissermaßen nach der Kulturstufe der Völker, und die Säuglingssterblichkeit erweist sich dort als am geringsten, wo es noch Brauch ist, daß die Mütter ihre Kinder selbst stillen.

Sehr lehrreich ist das Verhältnis der Sterblichkeit bei den ehelich und unehelich Geborenen. Von 1000 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr in Preußen:

Im Jahre	bei den Ehelichen		bei den Unehelichen	
	in der Stadt	auf dem Lande	in der Stadt	auf dem Lande
1906	168	167	303	303
1907	154	162	281	295
1908	157	166	291	307

Die Sterblichkeit bei den unehelich Geborenen ist also fast doppelt so groß als bei den ehelich Geborenen. Hier tritt uns die Säuglingssterblichkeit als soziale Frage mit einer erschreckend deutlichen, traurigen Lehre entgegen.

Wie aus den obigen Daten ersichtlich, ist Norwegen das Land mit dem günstigsten Sterblichkeitsgrad. Es sterben nur etwa 8% der Geborenen im ersten Lebensjahr. Norwegen ist jetzt das Land der Antialkoholbewegung und des „Stillwillens und der Stillmöglichkeit“ der Mütter. Vor einem Jahrhundert war die soziale

Lage der Bevölkerung eine durchaus entgegengesetzte, und damals betrug die Säuglingssterblichkeit etwa 30%. Man betrachte demgegenüber das bierfeste B a y e r n. Von den 230 000 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr 69 000, also rund 30%. Frau G e r k e n - L e i t g e b e l hat recht, wenn sie in ihrer Schrift „Eine Frauenpflicht“ sagt, daß Bayern bezüglich Alkoholismus und Säuglingssterblichkeit auf der Stufe steht wie Norwegen vor 100 Jahren. Die Lehren, die sich hieraus für die Frage der Säuglingssterblichkeit ergeben, lassen sich nicht ohne weiteres abweisen.

Beachtenswert ist der Zusammenhang zwischen Wohnungsn o t u n d Säuglingssterblichkeit. Die günstigste Sterblichkeitsziffer in Deutschland hat Frankfurt a. M., nämlich nur 13 bis 14%. Es ist bekannt, daß Frankfurt a. M. die günstigsten Wohnungsverhältnisse hat. Für Berlin hat Neumann berechnet, daß die Säuglingssterblichkeit in den Wohnungen mit 1 bis 2 Zimmern 17,7%, in den Dreizimmerwohnungen dagegen nur 12,8% betrug. Eine noch deutlichere Sprache reden die für Wien erhobenen Zahlen. Im X., XI., XVI., XIV., XII. und XVII. Bezirk Wiens, wo auf einen Wohnteil 1,5 bis 1,8 Bewohner entfallen, beträgt die Säuglingssterblichkeit 26,2%, 23,1%, 23,8%, 18,4%, 23,3% bzw. 23,2%. In den Stadtteilen mit guten Wohnungsverhältnissen (I., IV., VI. Bezirk) macht die Säuglingssterblichkeit dagegen nur 8,8%, 12,9% und 13,8% aus. Die Höhe der Säuglingssterblichkeit hängt also davon ab, ob die Wohnungsverhältnisse gute oder schlechte sind und, was eng damit zusammenhängt, ob die genannten Bezirke von armer und bedürftiger Bevölkerung bewohnt sind. Gerade die für Wien erhobenen Zahlen belegen, daß es vor allem die arme Bevölkerungsklasse ist, die unter der Säuglingssterblichkeit zu leiden hat.

Die Wiener Statistik über die Säuglingssterblichkeit gibt auf Grund der in einem Jahrfünft gemachten Erhebungen an, daß, nach der Ernährungsweise geordnet, von den Gestorbenen ernährt wurden: 15,12% mit Muttermilch, 10,33% mit Ammenmilch, 70,12% mit Mutter- und Ammenmilch, 58,72% mit künstlicher Nahrung, Kuhmilch usw. (die restlichen 8,8% starben gleich nach der Geburt und 9,85% hatten eine nicht näher bekannte Nahrung). Die Mutter- und Ammenmilch kinder stellen das geringste Kontingent, dagegen war mehr als die Hälfte aller Gestorbenen mit sogenannten Kindermilchen, Kuhmilch, Milchmehlen usw. ernährt worden.

Mit diesen wenigen statistischen Belegen, die sich noch bedeutend vervollständigen ließen, will ich nur ein Schlaglicht auf die Frage der Säuglingssterblichkeit werfen und andeuten, daß die Ursachen vor allem auf sozialem Gebiete zu suchen sind. Eine Verringerung der Säuglingssterblichkeit ist nur möglich, wenn sich die allgemeine soziale Lage der Bevölkerung bessert, wenn das Wohnungselend und die Heimarbeit verschwindet, die Antialkoholbewegung mehr Boden gewinnt und der Frau der arbeitenden Klasse Gelegenheit gegeben wird, ihrer Kindererziehung sich selbst mehr zu widmen. Hier haben wir die tieferen Ursachen der Säuglingssterblichkeit zu suchen.

Soweit die Milchnahrung hierbei in Betracht kommt, muß zunächst bemerkt werden, daß es für den Säugling nur eine ihm zusagende

und von der Natur bestimmte Nahrung gibt, die Muttermilch. Alle anderen Milchsorten sind als minderwertige Surrogate zu betrachten. Auch die beste Kuhmilch oder Säuglingsmilch ist in gewisser Hinsicht dem Säugling schädlich. Das Eiweiß der Kuhmilch ist biologisch grundverschieden von dem der Menschenmilch. Es reizt als artfremdes Eiweiß die Verdauungszellen des menschlichen Neugeborenen, die physiologischerweise nur zur Verdauung und Assimilation des menschlichen Eiweißes geeignet sind. Dem Säugling Kindermilch geben, heißt ihm totes Eiweiß anstatt des lebendigen Eiweißes der lebendigen Muttermilch zuführen, also die Bedeutung der Milch als Biogen ignorieren.

Mit der Milch sollen dem Säuglinge nicht nur Nährstoffe, sondern zugleich die in der Muttermilch enthaltenen Immunkörper, bakteriziden Substanzen und proteolytischen Fermente gegeben werden, die ein Organismus nur von einem ihm eng verwandten in sich aufnehmen kann, der Säugling nur von seiner Mutter.

Daß eine solche Kontaktwirkung unbestreitbar vorliegt, ergab sich auch bei den Versuchen mit dem Syphilisgegenmittel „Ehrlich 606“. Es sind einige Fälle bekannt, in denen syphilitische Säuglinge geheilt wurden durch die Brustnahrung ihrer Mutter, bei denen „Ehrlich 606“ angewandt wurde. Ein Beweis, der auch dem Laien einleuchtet, für den großen Wert der Milch als Biogen.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus die Vorwürfe nicht vollständig anerkennen können, die man im allgemeinen der Kuhmilch als der Hauptursache der Säuglingssterblichkeit macht, so soll damit selbstverständlich nicht verkannt werden, daß die Versorgung der Städte mit guter Säuglings- und Kindermilch eine wichtige Aufgabe der städtischen Milchversorgung ist.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich meine Ansicht, daß als Surrogat, nicht als vollwertiger Ersatz der Muttermilch die gesunde rohe Kuhmilch jeder künstlich zusammengesetzten Milch als Kinderernährung vorzuziehen ist. Die andauernde Ernährung der Kinder mit pasteurisierter oder sterilisierter Milch hat schwerwiegende Schädigungen des Säuglings im Gefolge, Rachitis und Basedowsche Krankheit. Die verschiedenen Kindermehle und Kindermilche sind meines Erachtens nicht als regelrechte Nährmittel, sondern als Arzneien zu betrachten. Und Medikamente sind nicht für den dauernden Genuß bestimmt. Vorübergehend, auf ärztliche Verordnung genossen, können sie zweckmäßig sein. Steht keine Brustnahrung zur Verfügung, so erscheint mir als die verhältnismäßig beste Nahrung die von gesunden Kühen gewonnene rohe Milch mit entsprechenden Wasser- und Milchzuckerzusätzen. Die Kindermilchgewinnung muß naturgemäß einer ganz besonderen Kontrolle unterworfen werden.

Es drängt sich die Frage auf, durch welche Verwaltungsmaßnahmen sich die Milchversorgung der Städte am besten regeln läßt und ob ein städtischer Milchhandel, als kommunales Unternehmen, empfehlenswert ist. Die lokalen Verhältnisse werden dies wohl nur ausnahmsweise zulassen. Dagegen haben die Stadtverwaltungen die Pflicht und auch fast überall die Möglichkeit, die Kindermilchversorgung selbst in die Hand zu nehmen, wenn die Privatinitiative der Milchhändler und Milchproduzenten dieses wichtige Gebiet vernachlässigt.

Die Stadtverwaltungen werden nicht umhin können, auf die Milchversorgung einen gewissen regu-

lierenden und kontrollierenden Einfluß nicht nur beim Milchhandel in der Stadt, sondern auch beim Milchproduzenten auf dem flachen Lande auszuüben. Das geschieht am einfachsten durch die Errichtung städtischer Milchämter als Kontrollorgane. Sie sollen nicht in den freien Milchhandel eingreifen, sondern für eine geregelte Milchzufuhr, für eine Anpassung der Milchanlieferung an den schwankenden Konsum, für die Sicherung stabiler Milchpreise und für die Erfüllung der in hygienischer Hinsicht aufzustellenden Vorschriften für Milchhändler und Milchproduzenten sorgen.

Hierzu brauchen die Stadtverwaltungen die Mitarbeit nicht nur der Milchwirtschaftler, sondern ebenso der Tierärzte und Mediziner und, last not least, der Volkswirtschaftler. Alle müssen zusammenwirken, um das weite Gebiet der hygienischen Milchversorgung einheitlich zu behandeln. Der Kommunalpraxis eröffnet sich hier noch ein großes Arbeitsfeld, auf dem die einzelnen Kräfte heute noch sehr zusammenhangslos schaffen, auf dem man vor lauter Einzelproblemen das Hauptproblem leicht aus dem Auge verliert, nämlich die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, das heißt die Sicherung der Volkswohlfahrt.

Dann wird auch die große Masse den Wert der Milch als Nahrungsmittel mehr schätzen und in ihr einen Verdränger des Alkohols würdigen lernen. Die Statistik lehrt, daß überall dort, wo der Milchkonsum zunimmt, der Alkoholkonsum sinkt. Beispielsweise entfielen in Dresden auf den Kopf der Bevölkerung 234 Liter Bier, als der jährliche Milchkonsum pro Kopf 106 Liter ausmachte. Sieben Jahre später ist der Milchkonsum auf 120 Liter gestiegen, und der Bierkonsum auf 189 Liter gesunken. Die Milch als Bundesgenossin der Antialkoholbewegung! Im Interesse der Volksernährung muß gewünscht werden, daß nicht allein der Milchkonsum zunimmt, sondern daß die Milch auch preiswert bleibt. Die angeführten Reformen der Milchversorgung bedingen aber eine Erhöhung der Produktionskosten. Soll diese nicht noch eine weitere Steigerung der Milchpreise zur Folge haben, so muß dafür gesorgt werden, daß durch systematische Regelung der Milchversorgung mit Unterstützung der Stadtverwaltungen die Mehrkosten aufgehoben werden, welche die konsequente Durchführung der hygienischen Anforderungen bei der Milchgewinnung verursacht.



HENRIETTE FÜRTH, FRANKFURT A. M.: DIE NOTWENDIGKEIT UND DIE POSTULATE DER MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG.



WEI Fünftel — und wenn wir nur den Hauptberuf gelten lassen wollen, nahezu ein Drittel — der weiblichen Bevölkerung funktioniert gleich den Männern als Rädchen innerhalb einer Produktionsmaschine, die notwendig seelenlos sein muß, da alle ihre beseelten Glieder mit derselben Präzision und mit einer durch keinerlei Imponderabilien zu beeinflussenden Gleichförmigkeit einander in die Hände arbeiten.

Aber die beseelten Glieder der großen Produktionsmaschinerie hörten darum doch nicht auf, Menschen zu sein. Und die Frauen unter ihnen hörten nicht auf, Mütter zu sein. Damit ist ein Dilemma fürchterlichster Art geschaffen. Die Mutterschaft ist die grundlegende Funktion des Menschheitsganzen. Die Beschaffung des Lebensunterhaltes, der Menschwerdung sachlich nachgeordnet, ist von nicht minderer Wichtigkeit. Zwei gleich geordnete Faktoren, die unlösbar aufeinander angewiesen sind. Was tun, wenn sie miteinander kollidieren? Die Mutter aus dem Produktionsprozeß herausnehmen? Mir scheint diese Lösung so wenig wünsch- wie durchführbar.

Niemals gab es eine Zeit, in der Mutterschaft ein lebendiger Beruf gewesen wäre. Auch würde es das Weib auf den Standpunkt des Zuchttieres herunterdrücken heißen, wollten wir es nur Mutter sein lassen und sonst nichts.

Das wäre ferner recht unerwünscht vom rassebiologischen Standpunkt aus. Die seelischen und geistigen Eigenschaften, die erst den Menschen zu einem übergeordneten Wesen machen, sind Entwicklungsprodukte, die, wenn schon in der Anlage ererbt, von jedem Menschen neu erworben werden müssen. Erwerbbar nur durch Arbeit und Erfahrung. Wollten wir nun die eine Hälfte der Menschheit der Möglichkeit dieser Arbeit und Erfahrung beraubten, so könnte das nur auf Kosten der Rasse geschehen.

Gut, daß solch Unterfangen undurchführbar ist, denn der systematische Ausschluß der künftigen Mutter von der Berufsbildung und Berufsübung müßte zu einer grundstürzenden Änderung der Bildungs- und Erziehungsordnung, der Berufs- und Lebensmöglichkeiten für das Weib führen. Und was sollte mit den Millionen nicht zur Ehe gelangenden und auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Frauen, den verwitweten wie auch den in kinderloser Ehe lebenden geschehen? Es würde an ihnen ein nicht wieder gutzumachender und durch nichts zu rechtfertigender Lebensraub begangen. Nicht davon zu reden, daß in Millionen von Fällen die Ehe die Berufsnotwendigkeit für die Frau nicht aufhebt und daß endlich die Frau die weitaus bessere bzw. fähigere Mutter ist, die ihre erzieherischen Fähigkeiten in Selbstzucht und lebendiger Erfahrung bilden konnte.

Schwerwiegender als jedes andere Beweisstück ist aber die Tatsache, daß unsere Produktionswelt ohne die tätige Anteilnahme der Frau nicht aufrecht erhalten werden könnte.

Sehen wir von der vorliegenden materiellen Nötigung der Frau zum Miterwerb ab und betrachten wir lediglich das zurzeit bestehende Verhältnis zwischen den vorhandenen, in die Produktion eingestellten Arbeitskräften und dem Bedarf an Arbeitskraft.

Die Berufsstatistik ergibt, daß einschließlich der Nebenberuflichen 22 693 959 = 74,5% der gesamten männlichen Bevölkerung erwerbstätig sind. Wir sahen, daß die Frauen mit 30,37% ihrer Gesamtzahl am Haupt- und mit 41,2% am Haupt- und Nebenberuf beteiligt sind. Das sind etwa 34% aller Erwerbstätigen. 30,5 Millionen Männliche waren 1907 überhaupt vorhanden, 22,7 Millionen davon standen im Erwerbsleben. Unter den Übrigbleibenden sind auch alle Greise und alle kindlichen Altersklassen bis herab zum jüngsten Säugling mit enthalten. Die einfache Feststellung dieser Tatsachen genügt, um nachzuweisen, daß die männliche Bevölkerung keinerlei arbeitsfähige Reserve zur Verfügung hat und daß Frauenarbeit im Produktionsprozeß nicht entbehrt werden kann.

Das sind Tatsachen, und mit Tatsachen muß man sich abfinden. So gut wie möglich abfinden, und in unserem Falle gut abfinden.

Denn wir wissen ja, was auf dem Spiele steht, und es wird uns um so deutlicher, je schärfer wir all diese Unbilden ins Auge fassen, die die jetzt auf dem Gebiete der Beziehung zwischen Frauenschutz und Erwerbstätigkeit herrschende Anarchie im Gefolge hat.

Nun, da der Strom der Entwicklung breiter und ruhiger geworden ist, nun wir gelernt haben, ihn zu überschauen und zu beherrschen, nun ist es an der Zeit, die Uferbauten aufzuführen und so zu festigen, daß kein elementares Geschehen uns überraschen und uns die Frucht jahrzehntelanger Arbeit und Mühen entreißen kann.

Die mächtigste Sicherung im Kampfe mit den Elementen ist Stärke und Kampftüchtigkeit der Kämpfer, ist ein starkes Geschlecht. Ein starkes Geschlecht kann aber nur sein, wenn wir gesunde und blühende Mütter haben.

Darum: Schutz den Müttern!

Es geht heute nicht mehr an, sich hinter Nichtwissen zu verschanzen, denn wir wissen ja!

Es geht heute nicht mehr an, sich hinter Nichtkönnen zu verschanzen, denn wir können ja!

Wir sind ein Volk, dessen Stimme im Rate der Völker gehört wird, dessen Handelsflagge auf allen Meeren weht, dessen materieller und geistiger Einfluß über die Meere hinüberreicht.

Noblesse oblige!

Aber es ist ja nicht nur das. Wollen wir erhalten, was wir errungen haben, dann heißt es die Quellgründe schützen, aus denen Mark und Kraft des Volkes hervorströmt.

Darum: Schutz den Müttern!

Ein Schutz, so umfassend, so sorgend und liebevoll, wie nur denkbar.

Ein Schutz, der in weiser Ökonomie zerstreute Kräfte, Hilfsquellen und Hilfsbereitschaften zu einer einheitlichen, trag- und schlagkräftigen Organisation zusammenfaßt.

Wie von Franqué sein Referat auf dem I. Kongreß für Säuglingsschutz schloß: „Wenn erst das deutsche Volk zu der Erkenntnis gelangt sein wird, daß die Herabminderung der Sterblichkeit der Mütter im Wochenbett und der Säuglinge eine Pflicht nationaler Selbsterhaltung ist, dann werden ihm auch die Mittel zur Erfüllung dieser Pflicht ebensowenig fehlen wie dem kleinen Magyarenvolke, das als erstes die Verstaatlichung der ganzen Säuglingsfürsorge von nationalen Gesichtspunkten aus unternommen hat. Vielleicht kommt auch einmal eine Zeit, in der die Völker nicht mehr gezwungen sind, sich bis an die Zähne in Waffen starrend gegenüberzustehen und in der sie dann mehr Mittel als jetzt für Inangriffnahme großer Kulturaufgaben haben. Wir Männer des Friedens aber haben jetzt schon die Pflicht, laut zu sagen, was not tut. Denn der erste Schritt zur Heilung einer infizierten Wunde ist, sie freizulegen. Eine solche Wunde aber am Körper des deutschen Volkes ist die Mortalität und Morbidität der Mütter und Säuglinge. Möge es den vereinten Bemühungen aller maßgebenden Faktoren gelingen, sie in nicht allzu ferner Zeit der Heilung entgegenzuführen.“

So brauchen wir Mutterschaftsversicherung als jenen Teil der sozialen Fürsorge, die allen Frauen, die dessen bedürfen, einen ausreichenden Schutz in den der Niederkunft voraufgehenden und den ihr folgenden Wochen angedeihen läßt.

Die weiter alle erforderlichen Maßnahmen trifft, um der Mutter das Stillen des Kindes zu ermöglichen, bzw. ihre Stillfähigkeit zu erhöhen, oder der nicht Stillfähigen für geeignete Säuglingsmilch zu sorgen.

Die gesetzliche Mutterschaftsversicherung muß danach obligatorisch alle Volksangehörigen umfassen, die mit einem Einkommen von weniger als 3000 M. zu rechnen haben.

Sie ist der bestehenden gesetzlichen Zwangsversicherung für Krankheitsfälle in der Weise anzugliedern, daß, unter Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen auf die heute noch nicht von der obligatorischen Versicherung erfaßten, in der Landwirtschaft, dem Gesindedienst, der unständigen und der Heimarbeit, den liberalen Berufen usw. erwerbstätigen Volkskreise, unter Erhöhung der Versicherungspflicht von den Einkommen von 2000 auf die von 3000 M., den in diesem Zusammenhang Versicherungspflichtigen entsprechende Beiträge zur Mutterschaftsversicherung bzw. eine Erhöhung der heutigen Beiträge zur Krankenversicherung aufgelegt werden.

Die Zwangsversicherungspflicht ist ferner auf die Familien der Versicherten auszudehnen. Die Sätze für Familienversicherung sind so zu bemessen, daß in ihnen die für Hauspflege in Wochenbetts- oder Krankheitsfällen des weiblichen Haushaltvorstandes benötigten Beiträge mitenthalten sind.

Die Mutterschaftsversicherung hat zu gewährleisten: eine Schonzeit für die Schwangere, die mindestens 4 Wochen, und eine solche für die Wöchnerin, die mindestens 6 Wochen beträgt. Es ist selbstverständlich, daß diese Schonzeit die der Niederkunft unmittelbar voraufgehenden und die ihr folgenden Wochen umfassen muß.

Während dieser Zeit ist der Schwangeren bzw. der Wöchnerin eine Entschädigung in der vollen Höhe des von ihr bezogenen Lohnes zuzuteilen.

Die Mutterschaftsversicherung umfaßt ferner das Recht auf den Bezug von Hauspflege im Falle von Wochenbett des weiblichen Haushaltvorstandes.

Sie gibt außerdem das Recht auf Anstaltspflege im Wochenbettfall entweder auf Kosten der Kassen und sonstigen verpflichteten Instanzen oder auf Selbstkosten zu den ermäßigten Sätzen, die den Krankenkassen usw. zugebilligt sind.

Schließlich umfaßt sie das Recht auf den Bezug von Stillprämien oder sonstiger Still- bzw. Säuglingsernährungsbeihilfen.

Lauter Minimalforderungen, deren Erfüllung vom Zusammenwirken aller verpflichteten Instanzen, als da sind Staat, Gemeinde und Krankenkassen, abhängig und bei gutem Willen aller Beteiligten unschwer durchführbar sind.



JOSEF GRÜN, MAILAND: DER KAMPF GEGEN DEN ALKOHOL IN ITALIEN.

 AS abgelaufene Jahr hat auch in der jungen Antialkohol-Bewegung Italiens Ansätze hervorgebracht, deren Fortentwicklung in der nächsten Zeit von beträchtlicher Bedeutung für die Geschichte der Bestrebungen der Alkoholgegner auf der Apenninenhalbinsel sein werden. Die den beiden Kammern von der Regierung in Vorschlag gebrachten Gesetzentwürfe auf finanziellem Gebiete (Erhöhung der Alkoholsteuern) so-

wohl wie auf dem der Verwaltungstechnik (gesetzliche Maßregeln gegen den Alkoholismus, Jugendschutzgesetze usw.) werden zwar zur Ausrottung der gefährlichen Volksseuche nicht ausreichend sein, aber die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als bisher auf diese Frage lenken und den allmählich an Zahl und Bedeutung anwachsenden Anhängern der planmäßig organisierten Bekämpfung des Alkoholismus in Italien Gelegenheit geben, mit ihren Ansichten und Forderungen vor die Öffentlichkeit zu treten und deren Aufmerksamkeit zu erobern.

Die Geschichte der Alkoholgegner-Organisationen im italienischen Reiche ist keine langjährige. Seit zwölf Jahren führt der älteste Anhänger des Gedankens vollständiger Enthaltsamkeit vom Alkohol, der Pastor Giovanni Rochat zu Florenz in seiner Monatsschrift „Bene sociale“ einen unermüdlichen Kampf wider den Alkohol und hat eine stattliche Anzahl von Anhängern zu erwerben verstanden. In den Jahren 1904, 1905 und 1907 fanden in Venedig, Verona und Mailand allgemeine italienische Alkoholgegnerstage statt, welche die Aufstellung der gemeinsamen Grundsätze und Forderungen vornahmen und im letztgenannten Jahre auch die Gründung des Landesverbandes „Federazione antialcoolista Italiana“ mit dem Sitze in Mailand, Via S. Barnaba 38 (Umanitaria) und seiner zweiten ständigen Zeitschrift gegen den Alkohol, der Mailänder Monatsschrift „Contro L'alcoolismo“, die einige eingegangene Vorgängerinnen hatte, herbeiführten.

Dem Landesverbande haben sich bisher sämtliche örtlichen Organisationen, ein Dutzend etwa der Zahl nach, in Nord- und Mittelitalien angeschlossen, während der Süden nur vereinzelte Alkoholgegner aufweist; diese Organisationen umfassen ebenso Enthaltsame wie auch Mäßige bis auf der jüngsten eine, den neutralen Guttemplerorden, der nach einer Werbereise des Altmeisters Forel im Frühjahr 1909 entstand und bisher zwei Logen in Mailand mit etwa 80 Mitgliedern sowie die erste Enthaltsamkeitszeitschrift, die Monatsschrift „Redenzione“ (Erlösung), ins Leben gerufen hat, die im Herbst 1910 zu Erscheinen begann, kurze Zeit vor dem von den rührigen Guttemplern Mailands im Vereine mit dem Landesverbande einberufenen und vorbereiteten IV. Alkoholgegnerstag Italiens, der am 30. und 31. Oktober 1910 etwa 100 Teilnehmer im Rathause von Mailand zu eifrigster Arbeit vereinigte und den zunehmenden Einfluß der Enthaltsamen auf die Alkoholgegnerbewegung des Landes zeigte, der zum erstenmale zu Zusammenstößen zwischen den Anhängern der beiden Richtungen führen mußte.

Der wichtigste Punkt der ungemein reichhaltigen Tagesordnung war die Beratung und Ausfeilung der Vorschläge des Landesverbandes zum Regierungsentwurf der gesetzlichen Maßregeln gegen den Alkoholismus; Berücksichtigung dieser Vorschläge war von dem gerade vorübergehend in Mailand befindlichen Ministerpräsidenten Luzzatti in einem Schreiben, das seine Nichtteilnahme an der Tagung entschuldigte, in Aussicht gestellt worden. Nach einem trefflichen Referat des Abg. Prof. Adolfo Zerboglio, Pisa, und einer ebenso gründlichen wie sachlichen Besprechung einigte man sich auf 14 Vorschläge, die sich auf die Regelung des Schankkonzessionswesens und des Schankbetriebes, Forderung des Absinthverbotes, des Verbotes der Verabfolgung von geistigen Getränken an Kinder und Trunkene, Errichtung von gesonderten Trinkerheilstätten usw. beziehen. Über die vielumstrittene Frage des Einflusses der Trunkenheit auf das Strafausmaß gelangte man trotz einer anregenden Aussprache zu keiner Einigung und beschloß die besondere Behandlung dieser wichtigen Frage auf der nächsten Tagung, während

vorläufig nur eine allgemeine Formel, die den Wunsch nach besserem Schutze der Gesellschaft vor Straftaten von Trunkenen zum Ausdruck brachte, Annahme fand. Der nächste Kongreß soll auch eine ausführlichere Besprechung des diesmal nur kurz gestreiften für Italien besonders wichtigen Problems des Weinbaus und dessen Umformung in gesundheitsfördernderem Sinne vornehmen.

Von den übrigen Referaten führte dasjenige des Enthaltsamen Dr. Luigi Rochat, Florenz, über „Alkohol und Ernährung“ den Zusammenstoß der beiden Richtungen herbei und veranlaßte die Annahme einer einigenden Formel, die sich auf die Beschlüsse der vorhergegangenen Kongresse bezog. Über „Einfluß des Alkoholismus auf die Arbeiterorganisationen“ sprach Dr. Alessandro Schiavi, dessen Schlußsätze mit einigen Zusätzen zur Annahme gelangten. Im übrigen befaßte man sich mit den Fragen des Antialkoholunterrichtes in den Schulen, Zusammenhang von Alkohol und Arbeitsleistung, Schaffung von alkoholfreien Wirtschaften usw., nahm Begrüßungen und Danksagungen von mehreren Seiten, u. a. auch einige Worte des anwesenden internationalen Alkoholgegnersekretärs Dr. Hercod, entgegen und beschloß endlich, die allgemeinen italienischen Alkoholgegnertage von nun ab regelmäßig alljährlich zu veranstalten; für das Jahr 1911 schlug man dem Landesverbande die Abhaltung in Florenz und für die Tagesordnung die gesetzliche Verantwortlichkeit Trunkener, die naturgemäße Ernährung, die Weinbaufrage, alkoholgegnerische Presse und die Entsendung von Delegierten zum internationalen Alkoholgegnerkongreß 1911 im Haag vor.

Inzwischen wird die Bedeutung der Alkoholfrage für die Volkswohlfahrt und Volkswirtschaft Italiens durch die parlamentarische Behandlung die öffentliche Aufmerksamkeit mehr auf sich lenken als bisher. Besonders ist eine weitere Steigerung des Interesses von seiten der sozialistischen Partei Italiens zu erwarten, die sich auch heute schon verhältnismäßig am meisten damit befaßt. Auf dem XI. Landeskongresse der Partei im Oktober 1910 zu Mailand stand denn auch die Alkoholfrage auf der Tagesordnung, konnte aber gleich einer Anzahl technischer und erzieherischer Fragen nicht mehr behandelt werden, da die ausführlichen und lebhaften Debatten über politische Dringlichkeiten die ganze Tagung in Anspruch nahmen. Erfreuliche Ansätze sind in der eifrigeren Mitarbeit bekannter Sozialisten an der alkoholgegnerischen Bewegung im allgemeinen bereits vorhanden, so nahmen außer einigen örtlichen Parteiführern an dem Alkoholgegnerkongresse von Mailand fünf sozialistische Abgeordnete teil, und zwar außer dem Referenten Zerboglio der Abstinenz Turati, der in seiner bedeutenden Halbmonatschrift „Critica sociale“ den Enthaltsamkeitstandpunkt öfter zu Worte gelangen läßt und erst kürzlich nach dem Mailänder Parteitag in seiner Zusammenfassung der nunmehrigen Aufgaben der örtlichen Parteivereine auch über den Kampf gegen den Alkoholismus regelmäßige Berichterstattung forderte; ferner Cabrini, der eifrige und vielseitige Fachmann auf dem Gebiete der Sozialpolitik; der neue Leiter des „Avanti“, Treves; schließlich Beltrami, der sich eifrig in der Genossenschaftsbewegung betätigt, die in Italien der sozialistischen Partei ziemlich nahesteht und durch die Beschlüsse von Kopenhagen und die bevorstehende Behandlung der Genossenschaftsfrage von seiten eines besonderen Parteitages wohl in noch engere Fühlung mit der Parteibewegung zu kommen bestimmt ist.

Im übrigen werden die auf dem Mailänder sozialistischen Parteitag unerledigt gebliebenen Punkte der Tagesordnung in bezug auf das Genossen-

schaftswesen auf einer Sondertagung im Frühjahr zur Behandlung gelangen. Dabei wird auch die Alkoholfrage mit in die Betrachtung zu ziehen sein, da das Korreferat der revolutionär-intransigenten Minderheit zum Punkte „Genossenschaft und Sozialismus“ diese streift und wohl nicht unerledigt lassen wird. Es handelt sich hierbei um Mißstände im italienischen Organisationswesen, um die sogenannten „Circoli Vinicoli“, deren Mitglieder den Wein in größeren Mengen gemeinsam einkaufen und an ihrem Sitze gesellschaftlich verbrauchen; diese Art Konsumgenossenschaften sind in vielen Gegenden, namentlich in Piemont, die Vorläufer der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariates, bleiben aber bedauerlicherweise auch oft noch dann neben diesen bestehen und schädigen die wirtschaftliche und sittlich-geistige Kraft der vom zeitgemäßen Organisationsgedanken erfaßten Lohnarbeiterchaft empfindlich. Auch die erweiterten Konsumgenossenschaften allgemeiner Art leiden durch den Alkoholismus in Form der Dividendenseuche, noch immer nicht verdrängt durch die Angewohnheit, den Jahresanteil am Gewinn gemeinsam zu vertrinken, statt zum Ausbau der genossenschaftlichen Einrichtungen anzulegen. Es steht zu hoffen, daß der Ausbau der genossenschaftlichen Beziehungen diesem persönlichen und örtlichen Egoismus allmählich ein Ende machen wird; der im November 1910 zum erstenmale von den allgemeinen Genossenschaftstagen gesondert tagende Kongreß der italienischen Konsumgenossenschaften hat mit dem Beschlusse der Errichtung einer Großeinkaufsgesellschaft die Möglichkeit zu derartigen Fortschritten gegeben, wenn auch eingeräumt werden muß, daß die zum Ausdruck gebrachte Neigung, die Produktivgenossenschaften zu fördern und zu bevorzugen, die Gefahr in sich schließt, durch Übernahme des Vertriebes von Erzeugnissen der zahlreichen Weinbaugenossenschaften Italiens durch die im Entstehen begriffene Großeinkaufsgesellschaft den heute bereits schwunghaft betriebenen Verkauf von alkoholischen Getränken durch die Konsumgenossenschaften des Inlands zu erweitern und im internationalen Verkehr der Großeinkaufsgesellschaften untereinander, der ja erst in den Anfängen steckt, dem wichtigsten der italienischen Ausfuhrgüter neue Märkte zu erobern.

In jedem Fortschritte lauert eine Gefahr, der möglichst im Keime zu begegnen ist. Die rasch fortschreitende Industrialisierung von Nord- und Mittelitalien hat den Alkoholismus in den letzten Jahrzehnten ungemein gesteigert, während Süditalien nicht so sehr davon berührt erscheint. Die alkoholgegnerische Betätigung sowohl in ihrer Einwirkung auf Erziehung und Wirtschaft gehört daher zu einer der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit in Italien sowohl wie in allen Gegenden der Erde.



LEOPOLD KATSCHER, MÜNCHEN: DIE SOZIALEKRETÄRIN ODER WOHLFAHRTSPFLEGERIN.

 S genügt nicht, die materielle Lage der Angestellten zu heben, ohne gleichzeitige soziale Hebung verfehlt die materielle zum großen Teil ihren Zweck. Da nun die Inhaber der jetzigen Riesenbetriebe völlig außerstande sind, die nötige persönliche Fürsorge für ihr Personal selber zu üben, greifen sie immer häufiger zu dem läblichen

und sehr erfolgreichen Auskunftsmittel, als Ersatz „Sozialsekretärinnen“ bzw. „Sozialsekretäre“ anzustellen.

1889 zum ersten Male verwirklicht, fand diese neue Einrichtung in den Vereinigten Staaten rasch so großen Anklang, daß bereits nach vier Jahren eine Konferenz der männlichen und weiblichen Sozialsekretäre stattfinden konnte. Namentlich in den gewaltigen nordamerikanischen Warenhäusern bewährt sich die Sache ausgezeichnet, und diese Betriebe betrachten es heutzutage schon als für ihr Gedeihen unerlässlich, solche Stellungen zu schaffen. Für diese Posten hat man auch noch andere Bezeichnungenersonnen: „Fabrik-pflegerin“, „Wohlfahrtsflegerin“. Bald fand die neue Institution auch in England Eingang. Bereits 1891 stellte die große Yorker Kakaofirma Rowntree eine Sozialsekretärin an, und sie machte mit dieser so glänzende Erfahrungen, daß sie schon nach kurzer Zeit auch einen männlichen Sozialsekretär, einen Doktor der Philosophie, annahm; gegenwärtig haben die beiden sieben Gehilfen, durchweg gründlich erfahrene soziale Hilfsarbeiter.

Da es sich empfiehlt, der Trägerin eines solchen Amtes eine gewisse amtliche Autorität zu verleihen, pflegt man sie u. a. mit der Anstellung der neuen Kräfte zu betrauen. Das setzt sie zugleich in die Lage, sich mit den Verhältnissen und Bedürfnissen der Neulinge vertraut zu machen und diese nachher besser beraten und betreuen zu können. Die Vorteile eines solchen Verfahrens liegen auf der Hand. In der Regel verständigen die Abteilungsleiter, die neuer „Hände“ bedürfen, den Direktor, der nach getroffener Entscheidung die Sozialsekretärin beauftragt, die Bewerber zu empfangen, die geeigneten den betreffenden Abteilungsleitern zu empfehlen und sie nachher, falls die letzteren ihre Eignung bestätigt haben, anzustellen. Auch die Entlassung wird durch die Sozialsekretärin vermittelt, die bei dieser Gelegenheit, wenn sie es für gut findet, die Versetzung in eine andere, vielleicht angemessene Abteilung vereinbaren, andernfalls der entlassenen Person hinsichtlich ihrer Zukunft raten und beistehen kann.

Die Anstellung von Personal ist übrigens, wie gesagt, nur eine neben-sächliche Funktion. Die Hauptsache bleibt die Förderung der Wohlfahrt der Angestellten, die Anregung verbesserter Arbeitsbedingungen, die Errichtung von Geselligkeits- und Bildungsklubs, die Hebung der sozialen Lage, die Vermittlung zwischen Unternehmer und Personal behufs Vermeidung oder Beseitigung von Reibungen u. dgl. Richtig ausgefüllt, stellt ein solcher Posten hohe geistige und seelische Ansprüche an seine Inhaberin, und es lohnt den Chefs, sie gut zu bezahlen. Ist ein Betrieb nicht groß genug, um eine Wohlfahrtsflegerin voll zu beschäftigen, so kann diese auch noch anderen Aufgaben dienen, z. B. nebenbei Privatsekretärin des Geschäftsbesitzers sein. In allen Fällen ist das erste Erfordernis, daß die Chefs der betreffenden Person vollstes Vertrauen schenken und daß diese sich das Vertrauen der Untergebenen zu erringen versteht, denn sonst wird die Sache ihren Zweck verfehlt.

Die Sozialsekretärin wird, wenn auf den richtigen Platz gestellt, die Mädchen in allen Lebenslagen bemuttern und den im Laden oder in der Fabrik herrschenden Ton beträchtlich heben. Ein Mädchen sagte von der ihr vorgesetzten Sozialsekretärin: „Sie läßt uns fühlen, daß das Warenhausleben denn doch Sonnenschein bietet. Dieses Gefühl flößt uns Vertrauen ein; wir empfinden, daß jemand da ist, dem wir unseren Kummer und unsere Beschwerden anvertrauen können.“ Und die Sozialsekretärin, von der dies gesagt wurde, hat geäußert: „Häufig vermitteln wir zwischen dem Publikum

und den Angestellten, indem wir die Mädchen gegen ungerechte Klagen in Schutz nehmen. Wir sehen auch darauf, daß verdienstvolle Angestellte gehörig befördert werden. Zuweilen bringen wir entlassene Mädchen zurück und sehen sie dann sehr tüchtig werden.“ In einem großen New-Yorker Kaufhause hoben die Wohlfahrtspfleger den Ton so außerordentlich, daß die Besitzer und die Stammkunden darüber höchst staunten. Das Bewußtsein, Ansprache, Wohlwollen, Rat und Beistand zu finden, erhöht die Arbeitsfreudigkeit ungemein.

Die Hauptsache ist der unmittelbare persönliche Verkehr der Sozialsekretärinnen mit den Chefs einerseits und dem Personal andererseits. Eine sympathische Sozialsekretärin kann auf ihre Pflegebefohlenen sehr oft einen größeren und günstigeren Einfluß ausüben, als deren Mütter, namentlich in Dingen, die im häuslichen Kreise unbekannt sind. Anfänglich mag es vorkommen, daß die Einführung einer Wohlfahrtspflegerin einiges Mißtrauen erregt, aber ein wenig Takt hilft erfahrungsgemäß sehr leicht darüber hinweg. Am besten führt man die neue Beamte unauffällig als eine Abteilungsleiterin ein, die lediglich nach dem materiellen Wohl des Personals zu sehen hat. Die ersten auf ihre Anregung bewirkten Verbesserungen genügen, um ihr die Zuneigung der Nutznießer zu gewinnen. Bald kann man sie bitten, sich durch hygienische und andere Plauderstunden mit sämtlichen Pflegebefohlenen persönlich bekannt zu machen. Inzwischen wird das schon teilweise der Fall gewesen sein durch das Empfangen und Anstellen von Bewerbern, durch die Entgegennahme von Gesuchen um Lohn- oder Gehaltserhöhung und durch die Untersuchung von Klagefällen. Allmählich wird das Besuchen von Kranken oder das Erwirken besonderer Vergünstigungen in Notfällen oder die Einrichtung von Nähklassen, Arbeitergärten u. dgl. die Leute davon überzeugen, daß sie es mit einer aufrichtigen Freundin zu tun haben.

Die für das Filenesche Warenhaus in Boston angestellte Sozialsekretärin wurde zunächst, um mit den Verhältnissen vertraut zu werden, auf drei Monate als eine Direktrice eingeführt, um nachher an die Spitze eines Bureaus zu treten, an das sich alle wenden mußten, die eine Beschwerde vorbringen oder um Gehaltserhöhung oder Versetzung bitten wollten. Später wurde ihr das Annehmen und Entlassen von Verkäuferinnen übertragen. Obwohl sie jeden Anschein von Autorität zu vermeiden sucht, genießt sie beim männlichen wie beim weiblichen Personal das größte Ansehen; alle wenden sich mit allen Anliegen nur an sie. Sie wahrt aber nicht nur das Interesse ihrer Untergebenen, sondern auch das der Firma, indem sie unbegründete Forderungen mit den angemessenen Aufklärungen ablehnt. Bei ihren gleichsam richterlichen Obliegenheiten läßt sie sich weder von Sentimentalität, noch von bloßer Menschenfreundlichkeit leiten, sondern von der Vernunft und dem Interesse des Geschäfts. Sie bringt den Leuten die Überzeugung bei, daß „die Firma anständig“, sei und sie wissen diese Überzeugung, weil sie begründet ist, aufs Publikum zu übertragen, was dem Hause selbstverständlich sehr zu-statten kommt.

Schon von letzterem Gesichtspunkte allein muß das Anstellen von Sozialsekretärinnen als im Interesse der Arbeitgeber liegend bezeichnet werden. Abgesehen von dem Segen für das Personal, lohnt sich die Sache für den Unternehmer, denn die verbesserte Bedienung lockt das kaufende Publikum an. Ein amerikanischer Sachverständiger schreibt: „Jeder Geschäftsbetrieb, der einen männlichen oder weiblichen Sekretär besitzt, erklärt, dessen Dienste nicht mehr entbehren zu können, denn beim Personal ist an die Stelle

und sehr erfolgreichen Auskunftsmittel, als Ersatz „Sozialsekretärinnen“ bzw. „Sozialsekretäre“ anzustellen.

1889 zum ersten Male verwirklicht, fand diese neue Einrichtung in den Vereinigten Staaten rasch so großen Anklang, daß bereits nach vier Jahren eine Konferenz der männlichen und weiblichen Sozialsekretäre stattfinden konnte. Namentlich in den gewaltigen nordamerikanischen Warenhäusern bewährt sich die Sache ausgezeichnet, und diese Betriebe betrachten es heutzutage schon als für ihr Gedeihen unerlässlich, solche Stellungen zu schaffen. Für diese Posten hat man auch noch andere Bezeichnungen ersonnen: „Fabrikpflegerin“, „Wohlfahrtpflegerin“. Bald fand die neue Institution auch in England Eingang. Bereits 1891 stellte die große Yorker Kakaofirma Rowntree eine Sozialsekretärin an, und sie machte mit dieser so glänzende Erfahrungen, daß sie schon nach kurzer Zeit auch einen männlichen Sozialsekretär, einen Doktor der Philosophie, annahm; gegenwärtig haben die beiden sieben Gehilfen, durchweg gründlich erfahrene soziale Hilfsarbeiter.

Da es sich empfiehlt, der Trägerin eines solchen Amtes eine gewisse amtliche Autorität zu verleihen, pflegt man sie u. a. mit der Anstellung der neuen Kräfte zu betrauen. Das setzt sie zugleich in die Lage, sich mit den Verhältnissen und Bedürfnissen der Neulinge vertraut zu machen und diese nachher besser beraten und betreuen zu können. Die Vorteile eines solchen Verfahrens liegen auf der Hand. In der Regel verständigen die Abteilungsleiter, die neuer „Hände“ bedürfen, den Direktor, der nach getroffener Entscheidung die Sozialsekretärin beauftragt, die Bewerber zu empfangen, die geeigneten den betreffenden Abteilungsleitern zu empfehlen und sie nachher, falls die letzteren ihre Eignung bestätigt haben, anzustellen. Auch die Entlassung wird durch die Sozialsekretärin vermittelt, die bei dieser Gelegenheit, wenn sie es für gut findet, die Versetzung in eine andere, vielleicht angemessene Abteilung vereinbaren, andernfalls der entlassenen Person hinsichtlich ihrer Zukunft raten und beistehen kann.

Die Anstellung von Personal ist übrigens, wie gesagt, nur eine neben-sächliche Funktion. Die Hauptsache bleibt die Förderung der Wohlfahrt der Angestellten, die Anregung verbesserter Arbeitsbedingungen, die Errichtung von Geselligkeits- und Bildungsklubs, die Hebung der sozialen Lage, die Vermittlung zwischen Unternehmer und Personal behufs Vermeidung oder Beseitigung von Reibungen u. dgl. Richtig ausgefüllt, stellt ein solcher Posten hohe geistige und seelische Ansprüche an seine Inhaberin, und es lohnt den Chefs, sie gut zu bezahlen. Ist ein Betrieb nicht groß genug, um eine Wohlfahrtpflegerin voll zu beschäftigen, so kann diese auch noch anderen Aufgaben dienen, z. B. nebenbei Privatsekretärin des Geschäftsbesitzers sein. In allen Fällen ist das erste Erfordernis, daß die Chefs der betreffenden Person vollstes Vertrauen schenken und daß diese sich das Vertrauen der Untergebenen zu erringen versteht, denn sonst wird die Sache ihren Zweck verfehlen.

Die Sozialsekretärin wird, wenn auf den richtigen Platz gestellt, die Mädchen in allen Lebenslagen bemuttern und den im Laden oder in der Fabrik herrschenden Ton beträchtlich heben. Ein Mädchen sagte von der ihr vorgesetzten Sozialsekretärin: „Sie läßt uns fühlen, daß das Warenhausleben denn doch Sonnenschein bietet. Dieses Gefühl flößt uns Vertrauen ein; wir empfinden, daß jemand da ist, dem wir unseren Kummer und unsere Be schwerden anvertrauen können.“ Und die Sozialsekretärin, von der dies gesagt wurde, hat geäußert: „Häufig vermitteln wir zwischen dem Publikum

und den Angestellten, indem wir die Mädchen gegen ungerechte Klagen in Schutz nehmen. Wir sehen auch darauf, daß verdienstvolle Angestellte gehörig befördert werden. Zuweilen bringen wir entlassene Mädchen zurück und sehen sie dann sehr tüchtig werden.“ In einem großen New-Yorker Kaufhause hoben die Wohlfahrtspfleger den Ton so außerordentlich, daß die Besitzer und die Stammkunden darüber höchst staunten. Das Bewußtsein, Ansprache, Wohlwollen, Rat und Beistand zu finden, erhöht die Arbeitsfreudigkeit ungemein.

Die Hauptsache ist der unmittelbare persönliche Verkehr der Sozialsekretärinnen mit den Chefs einerseits und dem Personal andererseits. Eine sympathische Sozialsekretärin kann auf ihre Pflegebefohlenen sehr oft einen größeren und günstigeren Einfluß ausüben, als deren Mütter, namentlich in Dingen, die im häuslichen Kreise unbekannt sind. Anfänglich mag es vorkommen, daß die Einführung einer Wohlfahrtspflegerin einiges Mißtrauen erregt, aber ein wenig Takt hilft erfahrungsgemäß sehr leicht darüber hinweg. Am besten führt man die neue Beamtin unauffällig als eine Abteilungsleiterin ein, die lediglich nach dem materiellen Wohl des Personals zu sehen hat. Die ersten auf ihre Anregung bewirkten Verbesserungen genügen, um ihr die Zuneigung der Nutznießer zu gewinnen. Bald kann man sie bitten, sich durch hygienische und andere Plauderstunden mit sämtlichen Pflegebefohlenen persönlich bekannt zu machen. Inzwischen wird das schon teilweise der Fall gewesen sein durch das Empfangen und Anstellen von Bewerbern, durch die Entgegennahme von Gesuchen um Lohn- oder Gehaltserhöhung und durch die Untersuchung von Klagefällen. Allmählich wird das Besuchen von Kranken oder das Erwirken besonderer Vergünstigungen in Notfällen oder die Einrichtung von Nähklassen, Arbeitergärten u. dgl. die Leute davon überzeugen, daß sie es mit einer aufrichtigen Freundin zu tun haben.

Die für das Filenesche Warenhaus in Boston angestellte Sozialsekretärin wurde zunächst, um mit den Verhältnissen vertraut zu werden, auf drei Monate als eine Direktrice eingeführt, um nachher an die Spitze eines Bureaus zu treten, an das sich alle wenden mußten, die eine Beschwerde vorbringen oder um Gehaltserhöhung oder Versetzung bitten wollten. Später wurde ihr das Annehmen und Entlassen von Verkäuferinnen übertragen. Obwohl sie jeden Anschein von Autorität zu vermeiden sucht, genießt sie beim männlichen wie beim weiblichen Personal das größte Ansehen; alle wenden sich mit allen Anliegen nur an sie. Sie wahrt aber nicht nur das Interesse ihrer Untergebenen, sondern auch das der Firma, indem sie unbegründete Forderungen mit den angemessenen Aufklärungen ablehnt. Bei ihren gleichsam richterlichen Obliegenheiten läßt sie sich weder von Sentimentalität, noch von bloßer Menschenfreundlichkeit leiten, sondern von der Vernunft und dem Interesse des Geschäfts. Sie bringt den Leuten die Überzeugung bei, daß „die Firma anständig“, sei und sie wissen diese Überzeugung, weil sie begründet ist, aufs Publikum zu übertragen, was dem Hause selbstverständlich sehr zustatten kommt.

Schon von letzterem Gesichtspunkte allein muß das Anstellen von Sozialsekretärinnen als im Interesse der Arbeitgeber liegend bezeichnet werden. Abgesehen von dem Segen für das Personal, lohnt sich die Sache für den Unternehmer, denn die verbesserte Bedienung lockt das kaufende Publikum an. Ein amerikanischer Sachverständiger schreibt: „Jeder Geschäftsbetrieb, der einen männlichen oder weiblichen Sekretär besitzt, erklärt, dessen Dienste nicht mehr entbehren zu können, denn beim Personal ist an die Stelle

der Reibungen, der Unzufriedenheit und des Zwistes Harmonie getreten; die Kunden haben das gemerkt und kaufen nicht nur mehr ein, sondern sie empfinden es auch als Vergnügen, bei solchen Firmen einzukaufen. Das ist das Ergebnis von planmäßigem Vorgehen, von Freundlichkeit und Rücksichtnahme.

Die bekannte National Cash Register Company in Dayton hat ihre Sozialsekretärin, die Inhaberin eines akademischen Grades, an die Spitze eines der Fabrik gegenüberliegenden Hauses gestellt, in dem sich bequeme Aufenthaltsstuben und eine Bücherei befinden. Hier werden allwöchentlich gesellige Zusammenkünfte veranstaltet, zu denen jedesmal eine gewisse Anzahl männlicher und weiblicher Arbeiter und Beamte, darunter einige hervorragende Beamte, Einladungen erhalten. In Verbindung mit diesen Veranstaltungen stehen Tanzklassen mit 450 Teilnehmern. Der Sozialsekretärin untersteht auch die „Fortschrittsabteilung“, die auf Wunsch gegen geringes Entgelt Sprach-, Koch-, Näh-, Tanz-, Mal-, Rede-, Schnitz- und andere Kurse einrichtet. Die Sozialsekretärin hat bereits drei Gehilfen und für die Männer ist ein „Wohlfahrtsdirektor“ tätig. Den Gipfel des sozialen Hilfwerkes dieser Firma bildet der große weibliche „Jahrhundertklub“, der die soziale Hebung des Arbeiterstandes nicht allein in der Daytner Fabrik, sondern auf der ganzen Erde bezweckt. Er gibt die prächtig ausgestattete Vierteljahrsschrift „Woman's Welfare“ (Frauenwohlfahrt) heraus, die an viele Interessenten unentgeltlich verschickt wird, aber auch für Geld abonniert werden kann.

Bei der National Cash Register Company und bei der großen englischen Kakaofabrik Cadbury (London und Bournville) werden die Sozialsekretärinnen von den befähigteren Abteilungsleiterinnen unterstützt. Im Wanamakerschen Riesenwarenhause zu New-York hilft die sogenannte „Führerin“ an der sozialen Hebungarbeit mit. Das Amt dieser Dame besteht darin, Kunden umherzuleiten, ihnen beim Auswählen von Waren beizustehen, durch kluge Fragen ihre Bedürfnisse zu erforschen — kurz, sich ihnen nützlich zu erweisen. Die gegenwärtige Inhaberin dieser Stelle, die fünf Jahre lang einem Heim für Ladenmädchen vorgestanden hat, benützt ihre freie Zeit zur sozialen Fürsorge für Verkäuferinnen. Sie hat ihnen einen sich selbst erhaltenden „Vorwärtsblickklub“ gegründet mit 50 Cents Jahresbeitrag und Lehrkursen für Englisch, Deutsch, Französisch, Deklamation, Gesang, Schneiderei, Putzmacherei und Kochkunst. Ein „Trostausschuß“ hat die Aufgabe, die kranken Mitglieder zu besuchen, sie mit Delikatessen zu versorgen, sowie Neuvermählten und Kindern Geschenke zu bringen. Jene „Führerin“ will „die Ideale und den Gedankenkreis der Mädchen heben, ihnen neue Interessen einflößen und sie zu möglichst guten Müttern oder Altjungfern machen.“

Die amerikanische Frauenrechtlerin Maud Nathan schrieb 1902: „Um den vielen Wohl- und Leichtlebigkeitsversuchungen, die an zahlreiche schlecht bezahlte und überanstrengte Ladenmädchen herantreten, entgegenzuarbeiten, bemühen sich die Sozialsekretärinnen, sie für ihren Beruf zu interessieren, ihnen Geschäftstüchtigkeit beizubringen und ihnen begreiflich zu machen, daß die Arbeit adelt, wenn ihr höhere Beweggründe innewohnen und sie nicht ausschließlich als Mittel zum Gelderwerb betrachtet wird. Die Chefs finden, daß die Mädchen gesünder werden, seltener bettlägerig sind und mehr an ihrer Arbeit hängen und daß daher ihre Leistungsfähigkeit steigt, wodurch wieder das Geschäft gehoben wird. Und zur Ehre des Publikums muß gesagt werden, daß es den Firmen, die solche Reformen eingeführt haben, seine Gunst in besonders hohem Grade zuwendet, so daß jene Geschäftshäuser

nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar die Erfahrung machen, daß die Wohlfahrtspflege ebensosehr eine Forderung der Klugheit, des wohlverstandenen Selbstinteresses ist, wie ein Gebot der Menschenfreundlichkeit und der Gerechtigkeit.

Was nun Deutschland anbelangt, so fehlt es auch hier nicht an Anfängen. Dem Zehlendorfer Professor Zimmer hat man die Anregung zur Einführung von „Fabrikpflegerinnen“ zu danken. Auf seinen Rat stellte vor mehreren Jahren eine große chemische Fabrik in Berlin einige „Fabrikpflegerinnen“ an, und der Erfolg war so befriedigend, daß eine Vereinigung von Chemikalienfabrikanten mehrere Frauen für diesen Beruf ausbilden ließ. Dr. Zimmer bezeichnet als Merkmale, die eine „Pflegerin“ von der amerikanischen „Sozialsekretärin“ unterscheiden, daß sie „die volle Arbeit einer Fabrikarbeiterin gelernt hat und zur Hilfe der Arbeiterinnen, zum Anlernen von Neueingetretenen sowie als Zwischenglied zwischen Meister und Arbeiterin“ dient. Sie sorgt für die Person der letzteren, ist aber nicht ihre dienstliche Vorgesetzte und daher nicht für ihre Arbeit verantwortlich.

Unabhängig von den Zimmerschen Vorschlägen traten württembergische Gewerbeinspektoren für die Einführung solcher Fabrikpflegerinnen ein, die sich allerdings von den amerikanischen Sozialsekretärinnen ebenfalls dadurch unterscheiden, daß sie nicht nur Aufsichtsdamen, sondern als Aufseherinnen gründlich ausgebildete Fachkräfte sind. Ein Trierer Fabrikbesitzer ging mit dem Beispiel voran, zehn solcher Aufseherinnen anzustellen, die in der ganzen Technik der Fabrikation unterrichtet worden waren. Die Josephsschwestern in Trier haben hierauf zum ersten Male im Herbst 1904 einen theoretischen Kursus für die sozialpolitische Ausbildung dieser Fabrikpflegerinnen durch eine volkswirtschaftlich ausgebildete Dame, Dr. Elisabeth Gottheiner, eingerichtet. Aufgabe der Fabrikpflegerinnen, die, wenn sie sich bewähren, auf ein Anfangsgehalt von etwa 1200 Mk. rechnen dürfen, ist die Beaufsichtigung und sittliche Beeinflussung der Arbeiterinnen, Prüfung der Arbeitsbücher und Überwachung der Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Etwas anderer Art ist die Tätigkeit der ersten Fabrikpflegerin Deutschlands, die Direktor Erich Rathenau im Kabelwerk Oberspree der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft angestellt hat. Es sind dort 800 Arbeiterinnen beschäftigt, und die Pflegerin übt Kontrolle über die zahlreichen Wohlfahrts-einrichtungen des Unternehmens. Sie erfreut sich des vollen Vertrauens ihrer Pfleglinge, die sich gern ihrer Vermittlung bedienen, um Wünsche auszusprechen und Mißstände abstellen zu lassen.

MARGARETHE VON GOTTBURG, STUTTGART: DIE BEEINFLUSSUNG DER KRIMINALITÄT DURCH DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE.

DER wirtschaftliche Umschwung, der im Laufe der letzten Jahrzehnte im Deutschen Reich eingetreten ist, der einen reinen Agrarstaat in einen vorwiegend industrietreibenden Staat verwandelte, mußte notwendig auch einen starken Einfluß auf das moralische und religiöse Empfinden des Volkes ausüben und auch dessen Charakter einer inneren Umwälzung unterziehen. Mit dem Anwachsen des Volksreich-

tums Hand in Hand ging eine Steigerung der Lebensansprüche, die ebenso wie die durch die aufs äußerste getriebene Arbeitsteilung engen Beziehungen des Menschen zu seinem Berufe einen unauslöschlichen Eindruck auf sein Denken und Empfinden ausüben.

Daß diese beiden Faktoren dem Volkscharakter eine bestimmte Richtung weisen und ein ausgesprochenes Gepräge geben, ist selbstverständlich. Die Belege hierfür können wir in der Kriminalität finden, wenn wir die Veränderungen betrachten, denen dieselbe in dem Zeitraum der letzten 25 Jahre ausgesetzt gewesen ist. Diese Veränderungen wurden hauptsächlich verursacht durch den Übergang zur Industrie und deren Folgeerscheinungen. Denn durch die Industrie hat eine Zusammenziehung großer Menschenmengen auf verhältnismäßig kleinem Raum stattgefunden. Ferner ist die Industrie stärker wie jeder andere Erwerbszweig wirtschaftlichen Depressionen unterworfen. Und sie ist es zuletzt, die das Eindringen des weiblichen Elementes in das Berufsleben in erster Linie unterstützt hat. Diese drei Momente zeitigen aber eine nicht zu unterschätzende Beeinflussung der verbrecherischen Tendenzen einer Bevölkerung. Es bestätigt sich das dadurch, daß der Anteil der industriellen Bevölkerung an der Kriminalität von Jahr zu Jahr gewachsen ist, so daß im Jahre 1907 unter den wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze Verurteilten auf die Landwirtschaft 97 885 Erwerbstätige und Angehörige entfielen, auf die Industrie 251 894, auf Handel und Verkehr 95 614, auf die Arbeiter und Tagelöhner 51 879, auf die häuslichen Dienstboten 7497, auf den öffentlichen Dienst und die freien Berufsarten 7920.

Die Industrie weist also mehr als doppelt soviel Verurteilte auf wie die Landwirtschaft gemeinsam mit dem Handel und Verkehr, während die anderen Berufsgruppen im Verhältnis verschwindend an der Kriminalität beteiligt sind. Neben den schlechten Wohnungsverhältnissen leisten die wirtschaftlichen Depressionen der Kriminalität großen Vorsehub und die alljährlich wiederkehrende mehr oder weniger hohe Ziffer der Arbeitslosen eröffnet gleichzeitig eine weite Perspektive auf die Zu- bzw. Abnahme der Kriminalität. Doch kommen noch andere Momente hinzu, die das Anwachsen der Verurteilten in den letzten Jahrzehnten besonders begünstigten. Zunächst kommt hierfür noch die Verkonsumierung von Genußmitteln auch in den breiteren Volkschichten in Betracht. Und da ist es hauptsächlich der übermäßige Alkoholgenuß, der auf Körper und Geist gleichermaßen schädigend wirkt. Steht doch das Deutsche Reich nach den letzten internationalen Vergleichen über den Anteil am Alkoholkonsum der Völker an zweiter Stelle.

Ferner muß aber auch noch der Schundliteratur Erwähnung getan werden, deren schädigende Einflüsse zur Genüge bekannt sind, als daß man hier noch weiter darauf einzugehen braucht.

Die industrielle Entwicklung förderte auch das Eindringen des weiblichen Elementes in das Erwerbsleben. Doch hier ist im Gegensatz zu allen Prophezeiungen eine Abnahme der Kriminalität festzustellen. Man hatte erwartet, daß die größere Freiheit und Unabhängigkeit der Frau auch ihre Kriminalität steigern würde, wohingegen sich die Charakterfestigkeit derselben, gehoben durch ein verstärktes Verantwortlichkeitsgefühl, in ihrem wahren Lichte gezeigt hat.

Betrachtet man die amtlichen Veröffentlichungen, so ergibt sich, daß die Gesamtzahl der jährlichen Verurteilten von 315 849 im Jahre 1882 auf 520 787 im Jahre 1907 stieg. Es entfallen darnach im Ausgangsjahr auf

100 000 Personen der strafmündigen Bevölkerung 996 und 1907: 1200 Verurteilte.

Diese Steigerung wird noch augenfälliger, wenn wir die Verurteilten in ihre einzelnen Bestandteile der männlichen und weiblichen Jugendlichen vom 12. bis 18. Lebensjahr, sowie der männlichen und weiblichen erwachsenen Verurteilten auflösen und sie in Beziehung zu der Zunahme des entsprechenden Teils der Bevölkerung setzen. Die männlichen und weiblichen Jugendlichen zusammen haben demgemäß im Vergleich zum Ausgangsjahr eine Zunahme von 29,2 % aufzuweisen; dabei entfällt auf die männlichen Jugendlichen eine Zunahme von 38,1 %, auf die weiblichen Jugendlichen eine Abnahme von 5,1 %. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den erwachsenen männlichen und weiblichen Verurteilten. Die ersten weisen eine Zunahme von 26,1 %, die letzteren eine Abnahme von 4,5 % auf. Der ganze Anteil der Steigerung entfällt somit auf das männliche Geschlecht. Eine besonders wenig ermutigende Erscheinung ist dabei auch die, daß die männlichen Jugendlichen mit 38,1 % die erwachsenen männlichen Verurteilten noch um 12 % überflügeln, also die Korruption in bedenklicher Weise schon in sehr jugendlichem Alter beginnt, so daß sich aus diesem Nachwuchs in späteren Jahren großenteils das gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrechertum zusammensetzt.

Wenn dieser kurze Überblick an sich nicht viel des Ermutigenden bietet, so ist andererseits doch die Möglichkeit gegeben, durch Reformen künftighin bessere Resultate zu erzielen. Der wirtschaftliche Aufschwung kam zu rasch, als daß den daraus entspringenden Schattenseiten auf allen Gebieten rechtzeitig begegnet werden konnte. Bisher hat man sich mit Reformversuchen fast ausschließlich der sozialen Seite zugewandt und die kriminelle fast gänzlich außer acht gelassen, und doch greifen beide eng ineinander. Die Reformen, die auch der Kriminalität zugute kommen würden, sind teilweise bei uns in ihren Anfängen begriffen und bedürfen nur eines stärkeren und intensiveren Ausbaues. Man kann sowohl von der Gartenstadtbewegung als auch von den Arbeiterkolonien mit Recht eine günstige Beeinflussung der Kriminalität erwarten, da sie eine Dezentralisation der Bevölkerung herbeiführt und die Wohnungsverhältnisse von Grund aus umgestaltet, ebenso wie die innere Kolonisation in den östlichen Provinzen einen Teil der Stadtbewölkerung wieder dem Lande zuführen wird. Ferner hat in den letzten Jahren ein heftiger und erfolgreicher Kampf gegen die Schundliteratur begonnen. Dagegen befindet sich die Arbeitslosenversicherung im Deutschen Reich noch in den ersten Anfängen, und doch dürfte es gerade ihr auch mit in erster Linie vorbehalten sein, einen günstigen Einfluß auf die Abnahme der Verurteilten auszuüben, ebenso wie der Kampf gegen den Alkohol noch viel energischer betrieben werden müßte.

Da man bisher diese Fragen fast ausschließlich von der sozialen Seite aus betrachtete, so war es an der Zeit, auch einmal der kriminellen Seite die ihre ungünstigen Resultate ebenfalls auf die rasche wirtschaftliche Entwicklung zurückführt, Erwähnung zu tun.

ERICH LILIENTHAL, BERLIN: DAS „GEFÄHRLICHE ALTER“ UND SEINE FOLGEN.



AS Buch der Dänin Karin Michaelis wird augenblicklich in Berlin und einigen anderen deutschen Großstädten von Hunderttausenden unter heftigem Protest mit Gier verschlungen. Karin Michaelis ist eine große Künstlerin und der Größten Eine unter den schreibenden Frauen, aber dies Buch gehört nicht in die Literatur und der Protest dagegen nicht in die Literaturkritik, sondern in die Sozialhygiene. Es mag deshalb mit ein paar Worten auf die eminente Gefährlichkeit dieses Werkes hingewiesen werden. „Das gefährliche Alter“ ist weit gefährlicher als das ganze gefährliche Alter überhaupt. Das Buch enthält eine Krankengeschichte, ein flott und packend geschriebenes Kapitel aus der Sexualpathologie, das unter den Krankengeschichten irgendeines von Nervenärzten gelesenen wissenschaftlichen Archivs sicherlich am Platze wäre. Es ist fast ein Unglück, daß das Buch so gut geschrieben ist, daß Hunderttausende, vielleicht eine Million von Lesern sogar, diese Arbeit ohne weiteres verstehen können. Die Entrüstung gegen das gefährliche Alter ist daher auch genau so allgemein wie die Lektüre. Überall im Berliner Westen, in den Straßenbahnen, Warenhäusern usw. sieht man Damen im gefährlichen Alter mit dem „gefährlichen Alter“. Die Damen hatten bisher zum größten Teil gar keine Ahnung von der Gefährlichkeit ihres Alters. Jetzt nun auf einmal, nachdem ihnen dieser Leitfaden der Perversität von Karin Michaelis in die Hand gegeben worden ist, rappeln sie ihre paar tierischen Instinkte, die sie zum Teil im Großstadtspektakel längst vergessen hatten, eifrig zusammen, suchen in ihren Seelenkemenaten nach Spuren erotischer Verirrung und werden so wild, wie es ihnen ihre Jahre erlauben. Das Buch ist eine Schmach. Nicht aus dem so beliebten allgemein angeführten Grunde, weil es nicht „wahr“ ist, sondern weil es einen seltenen Krankheitsfall so hinstellt, als ob es der annähernd typische Seelenzustand für eine große Anzahl kultivierter Frauen in den kritischen Jahren sein soll. Der Erfolg des Buches, der sich darin ausprägt, daß plötzlich eine Anzahl von Weibern — bisher anständigen und schamhaften Müttern und Frauen — in den kritischen Jahren auftauchen und sich offen zum gefährlichen Alter bekennen, ist ein Zeichen dafür, wie locker die Kulturschicht ist, mit der sich unsere Parvenugesellschaft überfrißt hat.

Man kann dies Buch ja nicht verbieten, aber man kann nur die flehentliche Bitte an alle sich in den Salons verbeugenden Psychiater, Migräne-Doktoren und pathologisch dichtenden Schriftsteller richten, daß sie möglichst wenig Verständnis dafür entwickeln, wenn nun plötzlich die Patientinnen im gefährlichen Alter haufenweise bei ihnen sichere Plätzchen für ihre seelische Dekolletierung zu finden hoffen. Nur durch das durchschnittliche Nichternstnehmen und durch eine starke Dosis Skepsis läßt sich die von Karin Michaelis verursachte Epidemie auf ihren Herd beschränken.



CHRONIK

FORTSCHRITTE der Wöchnerinnen Schutzbewegung in Frankreich: Die Bestrebungen für wirksamen Mutterschutz in Frankreich gehen auf die Anregungen der internationalen Konferenz zu Berlin im Jahre 1890 zurück. Mit Stimmeneinhelligkeit wurde damals festgestellt, daß es wünschenswert sei, die jungen Mütter erst frühestens vier Wochen nach der Entbindung wieder zur Arbeit zuzulassen. Im Jahre 1895 gab Professor Pinard von der Universität Paris ein Gutachten ab, das zu fernerer Beschäftigung mit der Frage anregte; er zeigte insbesondere, daß die Frauen, die vor der Entbindung nicht arbeiten, sondern ruhen, größere und stärkere Kinder zur Welt bringen als die, welche bis zur Entbindung arbeiten. Diese Beobachtung wurde durch zahlreiche Einzelfälle bestätigt.

Die Frage, die seither den Gesetzgeber beschäftigt, ist indes eine doppelte. Zunächst muß der Arbeiterin das Recht auf Ruhe gegeben werden, dann aber muß ihr auch ein Hilfsmittel zugewiesen werden, welches ihr den Lebensunterhalt in dieser schwierigen Zeit, unabhängig von dem entfallenden Arbeitslohn, gewährleistet.

Was den ersten Punkt anlangt, so verfügt der jüngst angenommene Gesetzentwurf, der auf Initiative des Deputierten Engerand zurückgeht, daß der Arbeitsvertrag von seiten der Arbeitgeber nicht gelöst werden dürfe, wenn eine Frau während der letzten Zeit der Schwangerschaft und der ersten Zeiten der Mutterschaft die Arbeit unterbricht. Weiter forderte Engerand, daß der Staat den bestehenden, der Mutterschaft sich widmenden privaten Vereinen eine höhere Subvention als bisher gewähre.

Dieser Teil des Antrags wurde von der Kammer nicht angenommen,

weil das gleiche Ziel nach Ansicht der Gesetzgeber besser durch Annahme eines vom Senator Strauß gestellten Antrages auf obligatorische Staatszufwendung an die jungen Mütter erreicht werde. Vielfach wurde in der Diskussion auf die beispielgebende Krankenversicherung Deutschlands und Österreichs und auf die Diskussion im deutschen Reichstag über Erweiterung der Wöchnerinnenfürsorge hingewiesen *).

Das Problem gewinnt in Frankreich auch deshalb eine besondere Wichtigkeit, weil die Statistik die große Sterblichkeit solcher Proletarierkinder, deren Mütter gewerblich tätig sind, nachgewiesen hat und weil auch dieses Moment die für Frankreich so bedeutungsvolle Gefahr der Entvölkerung verschlimmert. Es darf darum erwartet werden, daß sich der Gesetzgeber nicht bei der ersten Etappe des gegenwärtigen Gesetzes bescheiden, sondern bald weiter gehen und im Sinne des Antrags Strauß' für den Lebensunterhalt der Wöchnerinnen von Staats wegen sorgen werde.

Bemerkt mag übrigens noch werden, daß sich das neue Gesetz nicht bloß auf Fabrikarbeiterinnen, sondern auch auf Mägde in der Landwirtschaft und Dienstmädchen erstreckt, daß auch diese gegen die Gefahr der Entlassung aus Anlaß ihrer Schwangerschaft geschützt werden sollen.

René Simon, Cabinetschef im Arbeitsministerium, Paris.



Gartenstädte in Nordbayern: Eine durchgreifende Wandlung im Woh-

*) Siehe Artikel von Dr. Fischer in der Mainummer 1910 der Zeitschrift. Anm. d. Red.

nungswesen hat sich in jüngster Zeit im nördlichen Bayern vollzogen. Eine Wandlung, deren weitere Entwicklung sozial und gesundheitlich von außerordentlicher Bedeutung sein wird! Mit der Ausdehnung der Industrie, namentlich im bayrischen Industriezentrum Nürnberg, drängten sich die Massen der Bevölkerung in den städtischen Quartieren zusammen. In der Großstadt sowohl wie auch in kleineren Orten herrschten vielfach menschenunwürdige Wohnungszustände. Man suchte zu bessern, mit tatkräftiger Unterstützung der bayrischen Regierung entstanden zahlreiche Baugenossenschaften, die nun ihr Heil in der Errichtung großer Wohnhäuser mit vielen Geschossen und Wohnungen suchten. „Der Grund und Boden ist ja so teuer — so hieß es —, daß man nur noch an die Errichtung der vielgeschossigen Häuser heute denken kann.“ Und: „Die Baukosten dieser Häuser sind doch auch verhältnismäßig die billigsten... Man bedachte aber nicht, daß man durch das Bauen der großen Stockwerkhäuser das Werk der Bodenverteuerung förderte, statt es zu bekämpfen, und daß anderseits auch die Frage der Baukosten durchaus der Nachprüfung bedurfte.

Es haben nun eine Reihe praktischer Versuche in Nürnberg sowohl wie in der weiteren Umgebung erwiesen, daß man tatsächlich dem Arbeiter wie dem Bürger teils zum gleichen Preise, teils zu einem nicht nennenswert höheren Preis eine unendlich viel schönere und bessere Wohnung in einem eigenen, vom Nachbar völlig geschiedenen Hause mit schönem Garten geben kann. Anderseits hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß der Bau solcher Kleinhäuser mit niedrig gehaltenen Mieten das beste und wirksamste Mittel ist, die die Allgemeinheit schädigende und den natürlichen Wertzuwachs weit übersteigende Boden-

verteuerung aufzuhalten. Die Bewegung zur Errichtung solcher billiger Häuser zum Alleinbewohnen hat jetzt einen ganz ungeahnten Aufschwung genommen. Die älteste Baugenossenschaft, der Bauverein Siemens-Schuckertscher Arbeiter, der bereits 800 Wohnungen in großen Geschoßhäusern erbaute, hat ein Projekt zur Errichtung von 300 Einfamilienhäusern in der Stadt Nürnberg aufgestellt, mit dessen Ausführung im Frühjahr begonnen werden soll. Eine andere Baugenossenschaft, die Gartenstadt Nürnberg, baut etwas außerhalb der Stadt eine ungefähr 2000 Wohnungen umfassende Siedlung von Arbeiter- und kleinen Bürgerhäusern. In Fürth, in Ansbach, in Schwaig, Katzwang, Pappenheim, Bayreuth, Marktredwitz, Schnay, Würzburg, Heidingsfeld, in Regensburg und vielen andern Orten sind Kolonien von kleinen Häusern zum Alleinbewohnen teils ausgeführt worden, teils in den Projekten ausgearbeitet, um in aller Kürze zur Ausführung zu kommen. Die Baukosten der Arbeiterhäuser betragen zum Teil nicht mehr als 3000 M., während es mit einem Aufwande von 5000 bis 7000 M. möglich war, bürgerliche Kleinhäuser zu erstellen, die den durchschnittlichen Anforderungen vollauf genügen und die Geschoßwohnungen in ihrer Einrichtung weit übertreffen.

Heinrich Lotz, Architekt.

Nürnberg.

◆

Die Bewegung für Schaffung billiger Volkswohnungen in Frankreich:
Die teureren Preise der Pariser Wohnungen haben neben jenen Ursachen, die alle Großstädte aufweisen, noch eine Reihe besonderer Gründe, vor allem die so ausnehmend hohen Grundpreise, wie sie sich aus dem engen Raum innerhalb der Festungs-

mauern ergeben. Diesem Moment läßt sich nur durch Schaffung von Wohnkolonien außerhalb der Mauern im Seinetal und auf den Paris umgürtenden Höhen begegnen, und tatsächlich wohnen ja bereits eine Million Pariser außerhalb der eigentlichen Stadt.

Daß aber auch eine Milderung des Übelstandes in Paris selbst in gewissem Grade möglich ist, zeigt die Begründung des Volkswohnungshauses durch die Gesellschaft „Le Foyer“.

Dasselbe erhebt sich nahe dem Pantheon auf dem Gipfel der Montagne St. Généve, dem höchsten Punkte des alten Paris. Zwei weite Höfe mit Strauchwerk und Rasenplätzen sind umgeben von 63 Wohnungen mit einem Zins zwischen 120 bis 400 M. pro Jahr. Die Wohnungen haben eine geräumige und lichte Küche und Nebenräume nach englischer Art. Ebenso mehrere Wohnzimmer, einen Baderaum, eine Waschküche und auf einer flachen Terrasse über dem Haus einen Raum zum Trocknen der Wäsche. Außer dem mäßigen Mietzins und dem besonderen Gewicht, das auf hygienische Vorkehrungen gelegt wurde, findet sich besonders viel Sorgfalt für die Interessen der Kinder. Eine Haushaltungsschule wurde im Hause selbst errichtet, wo die kleinen Mädchen die Elementarregeln der Küche und die Großen die Kunst, billige und gesunde Mahlzeiten nach den Regeln der Wissenschaft herzustellen, erlernen können.

Der Umstand, daß Professor Landony, der sich durch seine Forschungen über billige Volksernährung*) einen Namen gemacht hat, an der Spitze dieses Unternehmens steht, kam gerade dieser Einführung besonders zugute.

*) Siehe den Artikel von Dr. Romme in der Juli-Nummer 1909 der Dokumente des Fortschritts.

Die finanzielle Schwierigkeit für das Unternehmen liegt naturgemäß in den hohen Bodenpreisen, die durch seine zentrale Lage bedingt werden. Doch scheint dieselbe angesichts der wenig günstigen Verkehrsmittel für viele Bewohner, deren Geschäfte ihre Anwesenheit im Bezirke notwendig machen, von besonderem Werte zu sein.

Die Gesellschaft, welche das Haus errichtete, trägt ausschließlich gemeinnützigen Charakter und brachte durch ihre Mitgliedsbeiträge einen Teil der nötigen Erfordernisse auf. Im übrigen wendet sie sich an kapitalistische Kreise, denen eine Verzinsung ihrer Kapitalien in gleicher Höhe wie die französischen Renten gewährleistet wird.

Höhere Anteile oder sonstige Profite für dieselben sind allerdings statutengemäß ausgeschlossen.



Ein neues Wohnungsfürsorgegesetz in Frankreich: Ein neues französisches Gesetz hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die Schäden der unhygienischen Wohnungen in den französischen Städten abzustellen. Es gewährt Steuererleichterungen und Vorschüsse aus Staatsmitteln an alle Bauunternehmer oder gemeinnützige Gesellschaften, welche allen hygienischen Anforderungen entsprechende und in ihren Preisen und Zinsen der Arbeiterbevölkerung trotzdem erschwingliche Volkswohnungen herstellen.

Ferner gibt das Gesetz Erleichterungen für den Erwerb eines eigenen Hauses durch den Arbeiter oder Beamten, der durch allmähliche Abzahlung das Baukapital rückerstattet kann.

Im wesentlichen knüpft das Gesetz an ein früheres vom Jahre 1894 an, das den Erbauern von Volks-

wohnungen eine fünfjährige Steuerfreiheit gewährte. Das neue Gesetz erweitert diese Frist von fünf auf zwölf Jahre; es ist daher leicht begreiflich, daß manche Unternehmer, denen nichts ferner lag, als billige Volkswohnungen bauen zu wollen, die vielmehr bloß durch die Benutzung der Steuerfreiheit nach einem guten Geschäft trachteten, den Bedingungen des Gesetzes zu genügen suchten. Man hat hierüber viel moralische Bedenken geäußert; meines Erachtens aber kommt es hier nicht auf die Intention, sondern auf das Resultat an. Wenn das neue Gesetz die geschäftliche Lage des Baumarktes dahin ändert, daß es geschäftlichen Profit bedeutet, hygienische und billige Volkswohnungen zu bauen, anstatt unhygienischer, teurerer, so kann gerade dies als ausgezeichnetes Ergebnis des Gesetzes angesehen werden.

Außerdem wird, nicht nur an alle Kranken, sondern auch an alle, die durch körperliche Schwächlichkeit gefährdet sind, tuberkulös zu werden, ein Erholungssurlaub von 1—2 Monaten gewährt unter der Bedingung, daß derselbe auf dem Lande bei Verwandten zugebracht werde.

Gerade dieses einsichtige Urlaubs- system hat in sehr vielen Fällen dem Entstehen der Tuberkulose vorgebeugt.

Das Ergebnis drückt sich in folgenden Ziffern aus: Im Jahre 1906 gab es unter den Pariser Postbediensteten 1048 Tuberkulöse, im Jahre 1907 nur mehr 808, im Jahre 1908 503. — Was übrigens die Vermin- derung an Ansteckungsgefahr für das ganze Publikum anlangt, das ja mit den Postbediensteten stetig in Berührung kommt und in den Post- lokalen sich immer wieder aufhalten muß, so läßt sich diese zwar nicht statistisch nachweisen, ist aber gewiß sehr bedeutend.

Tuberkulosebekämpfung in Frankreich: Die französische Postverwaltung hat in den letzten Jahren im Sinne eines systematischen Planes die Tuberkulose unter ihren Ange- stellten zu bekämpfen gesucht, und, wie Dr. L. Case in der „Revue“ ausführt, sind die Erfolge ausge- zeichnete gewesen.

Zunächst wurde eine eingehende Inspektion der Postämter sowie eine periodische ärztliche Untersuchung der Beamten und Beamteninnen ein- geführt. Alle von Tuberkulose, sei es auch erst im Anfangsstadium, Be- fallenen müssen einen eigenen Spuck- naph benutzen und mit einem eigenen tragbaren Taschenspucknapf versehen sein.

Ferner wurde eine umfassende Um- gestaltung aller Lokale für Post- und Telegraphendienst vorgenommen und eine bessere Lüftung und Reinigung eingeführt.

Leprakranke in Deutschland: Be- kanntlich hat der verstorbene Groß- herzog Friedrich von Baden am Ende seines dem Edelsten geweihten Lebens durch eine hochherzige Stiftung ein Institut für Erforschung und Heilung der Krebskrankheit in Heidelberg begründet. Es gibt aber unter den vielen Zerstörern des Menschenglücks noch eine viel furchtbarere Feindin; ich meine hier die Lepra, den Aussatz. Wohl ist es gelungen, den Erreger der Krankheit zu finden, aber alle Entdeckungen wirksamer Heil- mittel erwiesen sich immer wieder als irrig und so müssen wir es im 20. Jahrhundert erleben, daß noch viele Tausende unserer Mitmenschen in den Tropen in langem Siechtum bei lebendigem Leibe verfaulen, daß Glieder unserer Rasse, die als Kolo- nisten in die Ferne gezogen, den oft

viele Jahre lang unbemerkt Keim der Krankheit in die Heimat mitbringen, um, entdeckt und von den Ihrigen gerissen, der menschlichen Gesellschaft in einem Lepraheim entrückt zu werden. Träfen diese Worte, träfe das Bild eines solchen Unglücklichsten unsrer Brüder doch einen Menschenfreund, wie den heimgangenen Großherzog von Baden, welcher die Mittel und den Willen besäße, durch eine ähnliche Stiftung die Lepraforschung kräftig zu fördern; ich wüßte keine edlere Tat.

Dr. E. Göbel, Mainz am Donnersberge.



Die Prostitution in Deutschland: Endlich ein Buch, bei dem der so oft geschundene gesunde Menschenverstand das erste und letzte Wort hat. Robert Hessen, der Verfasser von „Reinlichkeit oder Sittlichkeit“ stellt nicht unerreichbare Ideale auf, formuliert keine sittlichen Forderungen, hinter denen irgendwo eine verkappte Muckerei hockt, die egoistische Interessen verfolgt, sondern überlegt klar und vernünftig, was zu tun ist. Da die Prostitution nicht auszurotten ist, muß sie unschädlicher gemacht werden. Auf welchem Wege das zu geschehen hat, mag jeder selbst in diesem flüssig und leicht geschriebenen schmalen Bande nachlesen. Man kann ruhig behaupten, daß diese Arbeit, wenn sie in recht viele Hände käme, ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sein könnte, an denen nach Hessen jährlich etwa 700 000 Deutsche leiden *).

Erich Lilienthal.

*) Robert Hessen, Die Prostitution in Deutschland, Verlag Albert Langen i. München. Brosch. 3 M., gebd. 4 M.



Was der Engländer verbraucht und vertrinkt: Zu der im 9. Heft S. 711 wiedergegebenen Korrespondenz: „Was der Deutsche vertrinkt“ sei ergänzend mitgeteilt: Ein englischer Tabakgegner (antitobacconist) Mr. R. P. Moncrieff in Newcastle hat eine interessante Statistik aufgestellt, mit dem Ergebnis, daß in England jede Familie durchschnittlich £ 2, 15 s. 2½ d. (etwa 56 Mark) jährlich für Tabak ausgibt, d. h. etwas mehr als 1 Shilling in der Woche. Rechnet man die jährlich für Getränke ausgegebene Summe von £ 15, 18 s. 6 d. hinzu, so ergibt sich nach dieser Berechnung, daß 23,9 % aller in England verdienten Löhne und Gehälter für Tabak und Getränke ausgegeben werden. Berücksichtigt man ferner, daß etwa ein Drittel der in England konsumierten recht teuren Streichhölzer zum Anzünden von Pfeifen, Zigaretten und Zigarren verwendet werden, so ergibt sich eine jährliche Gesamtausgabe von £ 26,896,224 (etwa 537,9 Millionen Mark) allein für den Tabakgenuss, und alles was der Raucher nach Ansicht des Herrn Moncrieff für sein Geld hat, ist Tabaksqualm, plus vergiftetes Nervensystem, plus verminderte Sehkraft und andere Schädigungen.

Dr. John Mez-London.



Eine Ausstellung gegen die Schundliteratur: Die Ausstellung gegen die Schundliteratur, welche die Deutsche Dichtergedächtnisstiftung zunächst in Hamburg eine Woche lang gezeigt hat und die nun wieder geschlossen wurde, ist von Hunderten von Personen besucht worden. Am Eröffnungsabend, der durch einen Vortrag des Vorsitzenden des Vorstandes, Dr. Ernst Schultze-Großbörstel, eingeleitet wurde, nahmen gegen 400 Personen teil. Auch an

jedem der folgenden Tage war die Ausstellung gedrängt voll. Bei der Besichtigung ist immer wieder spürbar gewesen, wie sich das Interesse der einzelnen Besucher im Laufe des Rundgangs vertiefte. Beim Verlassen der Ausstellung haben viele Besucher ausdrücklich hervorgehoben, daß sie die Schundliteratur schon vorher zu kennen geglaubt, sich aber doch erst durch diese Ausstellung von ihrem Wesen und ihrer Verderblichkeit richtig überzeugt hätten; eine sorgsame Vorstellung, wie sie durch Besichtigung dieser Schundliteraturproben nun in ihnen erwachsen sei, hätten sie sich vorher nicht davon gemacht. Auch ist durch die Ausstellung die Überzeugung gefestigt worden, daß durch alle negativen Maßnahmen der Gesetzgebung und der Verwaltung, so notwendig und unerlässlich diese auch sind, allein durch die Schundliteratur noch nicht ausgerottet werden kann, daß vielmehr die Verbreitung guter Literatur als positives Gegenmittel von allergrößter Bedeutung ist. Die genannte Ausstellung der Deutschen Dichtergedächtnisstiftung (Hamburg-Großborstel) wird als Wanderausstellung auch nach außerhalb vergeben. Aus nicht weniger als 19 Städten sind bisher Bewerbungen darum eingelau-fen.*)



Über den Sommerurlaub der Kaufmännischen Angestellten hat Professor Dr. Mosse interessante Erhebungen veranstaltet. Sie haben das erfreuliche Ergebnis gebracht,

*) Über den großen Erfolg der inzwischen in Berlin veranstalteten Ausstellung soll in einer späteren Nummer der D. D. F. noch berichtet werden.

daß die Gewährung eines alljährlichen Sommerurlaubs für die kaufmännischen Angestellten sich mehr und mehr einzubürgern beginnt. Durch Vermittlung des Verbandes für weibliche Angestellte wurde eine Umfrage veranstaltet, auf die 1324 Betriebe in Berlin und den Vororten Auskunft gaben. In 8 % der Betriebe wurde kein Urlaub gewährt von den übrigen gaben 3,8 % keinen Urlaub nach dem ersten Jahr der Anstellung, während 6,1 % auch nach dem ersten Jahr 6 Tage Urlaub, 32,3 % bis zu 10 Tagen, 45,7 % bis zu 14 Tagen, 8,5 % bis zu 21 Tagen, und 3,5 % sogar bis zu 35 Tagen Urlaub gewährten. Nach dem 2. Jahr der Anstellung gibt es nur noch 1 % der Betriebe, die den Urlaub versagen, während 58,8 % 10—14 Tage Urlaub gewähren und 14,5 % bis zu 3 Wochen. Von hier ab verändern sich die Verhältnisse nicht mehr wesentlich mit steigender Anstellungsdauer, die Urlaubszeiten von 3 Wochen und darüber erfahren allerdings nach vierjähriger Anstellung noch eine geringe Zunahme, sodaß im Ganzen von den Angestellten, die so lange im Betriebe tätig sind, 30 % 3 Wochen und darüber Erholungsurlaub erhalten. Diesen günstigen Bedingungen stehen auch einzelne recht traurige Bilder gegenüber. So haben z. B. 3 weibliche Angestellte, nach 5jähriger, 9jähriger und 13jähriger Tätigkeit, trotz wiederholter Bitten noch nicht ein einzigesmal einen Urlaub erzielen können. Ein Teil des Urlaubs wird ohne Weiterzahlung des Gehalts bewilligt, insbesondere in den Detailgeschäften. Im allgemeinen wird in der Großstadt eher Urlaub gewährt als in den kleinen Orten. Die Kontorangestellten sind günstiger daran als die Verkäuferinnen, die besten Zustände finden sich in den Bankgeschäften.



Argentinien als Fleischlieferant Europas: Die in Europa, besonders Deutschland und Österreich, aufgetretene „Fleischnot“ hat die Aufmerksamkeit auf Argentinien als Fleischlieferanten gelenkt. Auf Grund meiner in diesen südamerikanischen Ländern gemachten Studien kann ich nur bemerken, daß sich vom hygienischen Gesichtspunkte aus kein Einwand gegen die Fleischeinfuhr aus Argentinien erheben läßt und daß alle dagegen ins Treffen geführten Argumente einer sachlichen Prüfung nicht standhalten. Da das Vieh sich während des ganzen Jahres auf der Weide befindet, ist es viel gesünder als das europäische Vieh. Die Schlacht- und Kühlhäuser sind mit den modernsten Einrichtungen versehen und übertreffen in vielen Punkten sogar die europäischen Schlachthäuser. Sachliche Gründe gegen die argentinische Fleischeinfuhr, das heißt von Fleisch in gefrorenem Zustande, wird niemand anführen können, der die Fleischproduktion und Fleischverarbeitung an Ort und Stelle kennt gelernt hat.

Bemerkt sei noch, daß neben Argentinien auch die Republik Uruguay als Fleischlieferant in Betracht kommt. Hier befinden sich die bekannten Unternehmungen der Liebig-Compagnie, und die uruguayische Viehzucht befindet sich in einem ausgezeichneten Entwicklungsstadium.

Die Engländer und Nordamerikaner nützen diese günstige Lage auch gut aus. Fast alle Fleischexportunternehmungen sind in englischen Händen, und die Nordamerikaner bemühen sich in letzter Zeit eifrig, in Uruguay und Argentinien Boden zu fassen. Wollen die europäischen Länder, Deutschland und Österreich, welche auf Fleischeinfuhr angewiesen sind, sich die südamerikanischen Staaten als Fleischlieferanten sichern, so ist ein schnelleres und systematisches Vorgehen nötig.

Prof. Otto Kasdorff, Montevideo.

Eine Schulärztin in Österreich: Neuester Zeit wurde an den Bildungs- und Erziehungsanstalten mit Pensionat des tschechischen Frauenvereins „Vesna“ in Brünn Frl. Dr. Marie Peiger als Schul- und Anstaltsärztin angestellt. Dieselbe ist Hausärztin in dem Mädchenpensionate des Vereins und tradiert an den Bildungsanstalten (höhere Mädchenschule, Mädchen - Industrialschule und -kurse sowie Mädchen - Lyzeum) Gesundheitspflege und Körperkunde, hat außerdem die Obliegenheiten einer Schulärztin. Dieselbe war früher an dem tschechischen Kinder- spital in Prag als Sekundärärztin angestellt, und war diese ihre Anstellung die erste dieser Art in ganz Österreich.

Dr. Jan Kucera.



Nüchternheitsbestrebungen in der Kaiserlichen Marine: An den jungen Nachwuchs des Seeoffizierskorps hat jüngst der Kaiser eine Ansprache gehalten, in welcher er mit größter Entschiedenheit zur Enthaltsamkeit von berauschen Getränken auffordert. Schon seit neuerer Zeit sind die maßgebenden Stellen unserer Vereine bemüht, durch Wort und Schrift wie durch praktische Einrichtungen den Mißbrauch geistiger Getränke zu bekämpfen. Auf der 27. Jahresversammlung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in Kiel teilte, wie wir dem im Mäßigkeitsverlag Berlin W 15 zum Preise von 1,25 M. erscheinenden inhaltsreichen Versammlungsbericht entnehmen, der Präses der Schiffsprüfungskommission, Kontreadmiral Saß u. a. folgendes mit: „Den Bestrebungen gegen den Alkoholmißbrauch wird von seiten des Heeres und der Marine ein großes Interesse entgegengebracht, einmal, um belehrend auf den Soldaten während seiner Dienstzeit einzuwirken, ihn an

Leib und Seele frisch zu erhalten, damit er, wenn er einst in den Zivilberuf zurückkehrt, ein guter Bürger und treuer Untertan wird, und dann, um den Soldaten körperlich zu stählen und für seinen Beruf geeignet zu machen. Nur der nüchterne Soldat ist imstande, vor dem Feind etwas zu leisten, wie zahlreiche Beispiele aus neueren Feldzügen — ich weise nur hin auf den russisch-japanischen Krieg und den südwestafrikanischen Feldzug — gezeigt haben. . . . Durch Vorträge wird an Bord der Kriegsschiffe auf die schlimmen Folgen des Alkoholmissbrauchs aufmerksam gemacht. Wo an Bord keine Gelegenheit zu entsprechenden Vorträgen ist, werden die Mannschaften an Land geschickt, damit sie solche hören. Besonders wird in den Seemannshäusern zu Kiel und Wilhelmshaven außerordentlich segensreich in dieser Richtung gewirkt. Während früher in diesen Häusern jemand, der Milch trinken wollte, von seinen Kameraden verhöhnt wurde, sieht man jetzt Bier- und Milchtrinker friedlich nebeneinander sitzen. Die Teilnehmer der Antialkoholbewegung sind vom Marinestabszahlmeister Haberer, dem Begründer der Zeitschrift „Der sichere Kurs“, in Logen organisiert. Zurzeit bestehen vier solcher Logen; ihnen sind auch mehrere Offiziere beigetreten.“



Antialkoholbewegung in Rußland:

Auch in Rußland schreitet die Bewegung gegen den Alkoholismus vorwärts. Davon legt ein Telegramm beredtes Zeugnis ab, das an die Internationale Vereinigung gegen den Mißbrauch geistiger Getränke anlässlich einer Konferenz im Haag (9. u. 10. September) gerichtet war. Das Telegramm hat in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Die Gesellschaft der ersten russischen Sergiusschen Schule der Enthaltsamkeit begrüßt die Konferenz im Kampfe gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und hofft, daß die Konferenz dazu dient, einen neuen Eckstein zur Schaffung eines die ganze Welt umspannenden Tempels der Enthaltsamkeit und Kultur zu legen. Die Gesellschaft hatte die Absicht, an der Konferenz durch ihren Vertreter und Begründer, den Priester-mönch Paul teilzunehmen; aber Gründe, welche nicht von unserer Gesellschaft abhängen, hielten ihn in Rußland zurück. Wir wollten der Konferenz Bericht erstatten über den Stand der Tätigkeit der Enthaltsamkeitsbewegung in Rußland, über Privat-Initiative im Kampfe gegen die Trunksucht, über die Beziehungen zu dieser Frage — einerseits des russischen Finanzministeriums, andererseits der weiten Schichten der Intelligenz und des Volkes selbst und über viele gesammelte Tatsachen aus der Erfahrung unserer eigenen Tätigkeit. Aus der Tätigkeit geistlicher und anderer Privatvereine, des Kuratoriums für Entwicklung der Nüchternheit und Enthaltsamkeit des Volkes, aus der Tätigkeit des Finanzministeriums und aus dem öffentlichen Leben könnte der Resultate wegen sehr viel Material zu den erwähnten Fragen gegeben werden. So Gott will, werden wir auf einer der Internationalen Konferenzen Bericht erstatten. — Jetzt erlauben wir uns, einiges über unsere gemeinschaftlichen Ergebnisse mitzuteilen im ernsten systematischen Kampfe gegen die Trunksucht in Rußland. Die Hauptsache erzielt das Finanzministerium durch Gesetzgebung, durch Verringerung der Verkaufsstellen starker geistiger Getränke, Erhöhung der Steuer auf Spiritus, und endlich ist es durch Einführung des „Monopols“ möglich, die Verkaufszeit einzuschränken, den Beamtenstand, welcher den Verkauf

der geistigen Getränke leitet, zu verbessern. Korrektiv auf das Monopol wirkt das Kuratorium für Entwicklung der Nüchternheit und Enthaltsamkeit des Volkes. Die einfache Bevölkerung kennt den Schaden der Trunksucht; leider verhält sich die russische Intelligenz vollständig gleichgültig gegenüber dem aktiven Kampfe gegen die Trunksucht und der Propaganda zur Enthaltsamkeit. Nur in den letzten Jahren gründeten sich Privatvereine, welche hauptsächlich auf dem Boden religiössittlicher Überzeugung tätig sind. Aus solchen Pionieren besteht auch unsere Gesellschaft. Das Hauptziel unserer Tätigkeit ist, auf das Gemüt des Kindes zu wirken und auf seine Umgebung. In der Schule werden die Kinder zur Enthaltsamkeit erzogen. Die Erwachsenen werden durch öffentlichen Meinungsaustausch, begleitet von Volksliedern, über den Schaden der Trunksucht aufgeklärt. Bei der Schule befindet sich ein Betzimmer, wo reuige Trinker das Gelübde der Enthaltsamkeit ablegen. Die sittliche Bedeutung dieser Gelübde ist sehr groß, und Übertretungen kommen verhältnismäßig wenig vor. Anfangs wird das Gelübde der Enthaltsamkeit auf kurze Frist gegeben, nach und nach werden die Fristen verlängert; sehr oft arbeiten sich Trinker zu entschlossenen Kämpfern der Enthaltsamkeit durch. Die Zahl, welche das Gelübde ablegt, vermehrt sich in jedem Jahre. Bei der Schule ist in einem Rohbau eine Werkstatt und Räume für Obdachlose, wo sie leben und arbeiten können; auch eine Garküche befindet sich dabei, wo Kinder und Obdachlose umsonst gespeist werden. Die Gesellschaft hat

eine Kinderkolonie gebildet, wo die Kinder an militärische Disziplin gewöhnt werden, und ärztliche Gymnastik getrieben wird. Unter diesen Kindern wird die Idee der Enthaltsamkeit streng kultiviert. Während fünfjähriger Tätigkeit der Gesellschaft hat sich die örtliche Umgebung sehr vorteilhaft verändert. Schnapsläden wurden in einer Entfernung von mehreren Kilometern geschlossen; die Sitten der Bewohner haben sich gemildert, und der Wohlstand hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Diese Resultate sind die Erfolge der fruchtbaren Tätigkeit der Gesellschaft. Der Finanzminister, Herr W. N. Kokonzow, und sein Gehilfe, Herr J. J. Nowitzki, wendeten dem Verein ebenfalls ihre Gunst zu; und seit der Zeit erfreuen wir uns ihrer Unterstützungen und unveränderten Sympathie in allen unseren Unternehmungen gegen die Trunksucht. — Zum Schlusse unserer Begrüßung können wir es uns nicht versagen, Ihnen unseren heißesten Wunsch auszudrücken, daß im Kampf gegen die tausendjährige Krankheit der Menschheit alle wie ein Mann zusammenhalten und ihr Mitgefühl der Tätigkeit der Enthaltsamkeit zuwenden müssen. Privatvereine, gemeinschaftliche Gründungen, die Regierung und der Staat müssen zusammen an dem ausgearbeiteten Plane ihre Kräfte und Mittel messen, planmäßig und systematisch im Kampfe vorzugehen für eine hellere Zukunft der Menschheit.

Der Vereinsvorstand:

W. E. Smith. J. J. Baranoff.
J. F. Onoschkowitsch. Jatzin.“

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA · PARIS

R. BRODA: DAS PROBLEM DER JUGENDVERWAHRLOSUNG.



N allen Ländern Europas werden Klagen laut, daß die Zahl der jugendlichen Verbrechen sich mehre; überall erhebt sich die Frage, worauf das Übel zurückzuführen, wie ihm abzuhelpen sei. Der Erklärungen viele werden alltäglich vorgebracht. Man klagt das Schwinden des Autoritätsglaubens im Volke, in Frankreich speziell aber die Verweltlichung der Schulen an, die der heranwachsenden Jugend den Glauben und damit den sittlichen Halt geraubt habb; man weist andererseits darauf hin, daß ein großer Teil der Großstadtjugend in zerrütteten Familienverhältnissen lebe, daß die Kinder der Alkoholiker erblich belastet, die meisten unehelichen Kinder aber, die ihren Vater gar nicht kennen, frühzeitig dem Gassentreiben überantwortet seien, wo sie ihren Unterhalt in ehrlicher oder unehrlicher Weise suchen müssen. Man weist auf die Prostitution hin, die die Straßen aller Großstädte schändet und in ihrem Gefolge Scharen von Zuhältern heranzieht, die Jugend, die von ehrlichem Gewerbe gelebt, zum Schandgewerbe hinüberlockend.

In Wahrheit sind wohl alle die angeführten Momente in gewissem Grade für die Verwahrlosung der Jugendlichen verantwortlich, wenngleich andererseits speziell, was die Schule und speziell, was Frankreich anlangt, der erfolgreiche weltliche Moralunterricht einen starken Ausgleich gegen die geschilderten Tendenzen bietet.

Gegenüber dem Übel, das als solches von keiner Seite geleugnet wird, hat man von verschiedenem Standpunkte verschiedene Heilmittel vorgeschlagen. Von kirchlicher Seite verlangt man die Rückkehr zum alten kirchlichen Schulsystem, zur suggestiven Einimpfung des Glaubens an Himmel und Hölle als einzigstem Mittel, die Jugend, wie das Volk überhaupt, vom Bösen abzuhalten. Während die weltliche Polizei unmöglich jedes Verbrechen entdecken und ahnden könne, sehe sich der gläubige Mensch, vor allem das gläubige Kind, allüberall von den Augen des Weltbeherrschers überwacht und wage es darum nicht, sich zu vergehen.

Ein Blick auf das Mittelalter, dem doch der „Glaube“ nicht fehlte, während sich in ihm die Verbrechen häuften, ein Blick auf die Länder mit konfessionellen Schulen, die an jugendlicher Verwahrlosung Frankreich doch kaum nachstehen, scheint dieser Beweisführung zu widersprechen. Doch ob sie ein Körnchen Wahrheit enthalte oder nicht, so ist es material unmöglich, dem ganzen Volke den Kinderglauben verflossener Jahrhunderte wieder zu geben. Die Macht der Wahrheit, die überzeugende

Kraft der Wissenschaft bricht überall durch. Unsere Zeit bietet sich nicht mehr zur Einhüllung der Menschen in bewußte, wenn auch gutgemeinte Lüge. Was Schiller im „Verschleierten Bilde“ von Sais gepredigt, läßt sich nicht auf die Massen unserer Zeit anwenden: ob auch die modern wissenschaftliche Wahrheit mit ihrer Zersetzung überlieferten Autoritätsglaubens manche Schranken, die ehedem gewissen sozialen Übeln gegenüberstanden, niederriß. . . .

Wieder von anderer Seite hat man, speziell in Frankreich, das brutale Einschreiten weltlicher Gewalt, die Wiedereinführung der Prügelstrafe für die „Apachen“, das ist für Zuhälter und Verbrecher überhaupt, jugendliche Zuhälter und Verbrecher im besonderen, gefordert — eine Methode, noch systemloser als die erstgenannte der Kirche. Die Prügelstrafe hat durch Jahrtausende in allen Ländern bestanden; sie hat niemals und nirgends Verbrechen verhütet; und gerade heute, speziell in Frankreich, angesichts des schäumenden Temperaments seiner Bevölkerung, würden die Gezüchtigten zweifellos mit erneuter Wut an dem unschuldigen nächtlichen Passanten Rache nehmen für das vermeintlich erlittene Unrecht. Die Wirkungen, die von der wiedereingeführten Prügelstrafe ausgingen, würden, meiner Auffassung nach, die rohen Sitten des Volkes nicht mildern, sondern verschärfen.

Abgesehen davon, spechen aber die schwerwiegendsten moralischen und sozialen Gründe gegen diese Maßnahme. Wenn irgend ein soziales Gesetz der Geschichtsentwicklung unwiderleglich erwiesen ist, so dieses: daß mit der fortschreitenden Kulturentwicklung der Völker ihre Strafmittel sanfter werden, daß die Tortur aufgehoben, die Todesstrafe eingeschränkt, die Körperstrafe verpönt wurde. In den letzten Jahrzehnten haben wir in Rußland die gleiche Entwicklung sich vollziehen sehen, wo die Einschränkung und schließliche Aufhebung der Prügelstrafe für die Bauernbevölkerung die allgemeine Hebung des Kulturniveaus begleitete. Die Wiedereinführung der Prügelstrafe in Frankreich wäre ein Rückfall in Barbarei. —

Abgesehen davon, macht sich in der ganzen Entwicklung der Strafsysteme immer mehr der Gesichtspunkt geltend, daß die Bestrafung eine legitime Selbstverteidigung der Gesellschaft darstelle, dazu bestimmt, die Rechtsgüter der Gesellschaft zu schützen, nicht aber Rache zu nehmen. Man hat immer mehr und mehr erkannt, daß Rechtsverletzungen sehr häufig Akte des Kampfes gegen die Gesellschaft waren, gegen die sich die Gesellschaft wohl wehren mußte und durfte, die aber im Namen eines wirklichen oder vermeintlichen Rechtes der Zukunft begangen wurden, die sogenannten politischen Verbrechen: auch der Beste ist nicht sicher, eines Tages schuldig zu werden und in Strafe zu verfallen. Jedermann aber hat ein Recht darauf, durch eine humane Gesetzgebung unzweckdienlichen Schädigungen von vornherein entrückt zu sein. Dem Gesichtspunkt der Selbstverteidigung der Gesellschaft ohne zwecklose Schmerzzufügung entspricht aber einzig die Gefängnishaft und, in gewisser Hinsicht, die Todesstrafe. Die Prügelstrafe ist ihm diametral entgegengesetzt.

Gewiß wird man einwenden, daß die in Frage stehende Prügelstrafe nur für gemeine Verbrechen, nicht für politische Übertretungen gedacht sei: ein Scheinargument; denn sowie die Gesellschaft ihr Strafmittel besitzt, wendet sie es immer gegen jene an, die ihr als ihre gefährlichsten Feinde erscheinen. Das sind die politischen Verbrecher. Wo immer die Todesstrafe aus dem Gesetzbuche nicht ausnahmslos verbannt und unzweideutig gestrichen ist, wird sie gegen die politischen Verbrecher angewendet: siehe

Rußland, wo sie für die gemeinen Verbrecher sogar aufgehoben ward, während politische Verbrecher ihr, wie bekannt, in Massen zum Opfer fallen. Ebenso würde es mit der Prügelstrafe gehen. Wenn das französische Parlament dem Wunsche der Pariser Geschworenen folgen und die Züchtigung zunächst für Raub und Totschlag wieder einführen würde, käme es zweifellos einige Jahre später zu dem Vorschlag, auch Streikenden, welche die „Arbeitswilligen“ durch Gewalt oder Drohung von ihrer Arbeit abhalten, mit Rutenstrichen aufzuwarten. Denn gegen den wirklichen oder vermeintlichen Terrorismus solcher Streikführer richtet sich ja der Unwillen einflußreicher Volkschichten in mindestens dem gleichen Grade wie gegen den eigentlichen Apachen, der dem unbekannten Passanten auflauert, um ihn zu berauben. Wenn man sich also auf die abschüssige Bahn einer Wiederanwendungsmöglichkeit begäbe, so würde diese gewiß dem Streik und vielleicht, einige Zeit später, auch rein politischen, revolutionären Vergehungen gegenüber gehandhabt werden. Die Folgen wären unausbleiblich. Die Revolutionäre würden genau so, wie sie das in Russland getan haben, auf die individuelle Schändung der Ihren mit individuellen Attentaten gegen Minister, Richter usw. antworten. Die Methoden des Kampfes ums Dasein der politischen Parteien würden um alle jene Stufen menschlicher Verständigung, die sie heute erreicht, wieder in die volle Barbarei zurückgeworfen werden. Im übrigen ist zu erwarten, daß der gesunde Kulturinstinkt und das fortschrittlich demokratische Bewußtsein des französischen Volkes verhindern werden, daß man in einem Augenblicke der Furcht und Unüberlegtheit einen Schritt tue, der Frankreich in den Augen der Kulturmenschheit, wenn nicht degradieren, so doch lächerlich erscheinen lassen müßte. Englands Beispiel wird zu Unrecht für die gegenteiligen Gesichtspunkte herangezogen, denn auch in England wird die Prügelstrafe von Jahrzehnt zu Jahrzehnt auf einen engeren Kreis von Personen und Vergehungen angewandt und die fortschrittliche öffentliche Meinung verlangt stets ungestümer ihre Abschaffung.

Für Deutschland kommt diese Methode jedenfalls nicht in Frage.

Welche (moralischen) Mittel können also angewendet werden, um dem Anschwellen des Verbrechertums, speziell der Jugendlichen, Einhalt zu tun?

Meiner Auffassung nach einerseits Reformen des Strafvollzugs, anderseits allgemeine soziale Reformen. Betrachten wir zunächst die ersteren, weil sie unmittelbarerer Anwendung fähig sind. Den Weg zeigt England in der Gesetzgebungsvorlage, welche die liberale Regierung in der letzten Parlamentssession eingebbracht hat.

Weit davon entfernt, die Prügelstrafe auf Jugendliche auszudehnen oder überhaupt in der Erschwerung der Strafsätze ein Heilmittel zu suchen, trachtet man vielmehr, durch eine humanere, planmäßige Behandlung der jugendlichen Delinquenten deren moralische Triebe zu fördern. Nach dem neuen englischen Gesetze sollen jugendliche Verbrecher zwischen 16 und 21 Jahren nicht mehr ins Gefängnis kommen, sondern in Besserungsanstalten ohne Gefängnischarakter, die bloß erzieherische Zwecke verfolgen. Ferner darf ein jugendlicher Delinquent unter Monatsfrist überhaupt nicht mehr zu Gefängnis verurteilt werden, da der erzieherische Wert einer kürzeren Haft, der für jugendliche Personen in Frage kommt, als gleich Null betrachtet wird und das Gefängnisleben im übrigen nur einen herabziehenden Einfluß ausüben kann. Auch hat man festgelegt, daß jugendliche Delinquenten nach ihrer ersten Verurteilung in der Regel bedingt freigelassen werden und die Strafe erst auf ein Rückfälligkeitwerden des Delinquenten in doppeltem Ausmaße zu vollziehen sei.

Ferner sollen in allen englischen Gefängnissen von nun an regelmäßige Vorlesungen und Konzerte stattfinden, um so den Häftlingen Interesse an höheren Anregungen und Fragen zu geben und ihre moralische Veredlung anzubahnen. Die neuen Reformen knüpfen übrigens an die bekannten Reformen des Vorjahres an, durch welche die Festhaltung von Gewohnheitsverbrechern auf unbestimmte Frist bloß zum Zwecke des Gesellschaftsschutzes und ohne jede Absicht der Schmerzzufügung vorgesehen wurde.

Ebenso hat man in Amerika schon gleiche Gedanken systematisch durchgeführt (siehe den Aufsatz von Singh über amerikanische Strafanstalten). Die jugendlichen Insassen — Knaben und Mädchen — werden in systematischer Weise für nützliche Lebensbetätigung herangebildet; kein Hauch des Gefängnislebens, der Schande und der Erniedrigung liegt über diesen Anstalten, nicht durch Furcht und Gewalt, sondern durch wissenschaftliche systematische Entfaltung aller wertvollen Seelenkräfte sucht man eine Charakterwandlung zu erreichen.

Eine interessante Methode soll in nächster Frist auf Antrag des Senators Etienne Flandrin im französischen Senate zur Verhandlung kommen. Die Leitidee des Vorschlages ist die, alle jugendlichen und sonstigen Vagabunden zur Arbeit heranzuziehen, ähnlich wie in den holländischen Arbeitskolonien. Alle Personen ohne regelmäßigen Unterhalt sollen auf systematischen Streifungen aufgegriffen werden. Insoweit es sich um, sei es aus Alter, sei es aus Krankheit oder sonstiger Ursache Arbeitsunfähige handelt, sollen sie der Assistance publique überwiesen werden; die andern schlägt Flandrin vor, in eigens dazu gebauten staatlichen Anstalten mit Arbeitsgelegenheit unterzubringen und zu beschäftigen; eine gewiß überaus weitgehende Maßnahme, die, was Senator Flandrin vielleicht zu wenig bedachte, eine wohltätige, aber nur mit großen Kosten und im Zuge weitausgreifender Reform realisierbare Lösung der Arbeitslosenversorgung darstellen würde (siehe meinen Aufsatz in der November-Nurnmmer).

Die dritte Gruppe von Subsistenzlosen, die eigentlichen Vagabunden, die nicht arbeiten wollen, sollen nach Flandrins Vorschlag mit größter Strenge behandelt werden; eigene Arbeitshäuser: nicht Gefängnis im alten Sinne; aber infolge ihres absoluten Arbeitszwanges mindestens ebenso wirksam, sollen sie aufnehmen. Vagabunden unter 18 Jahren sollen ihren Eltern unterstellt oder, falls diese sie nicht aufnehmen können, in eigenen Besserungsanstalten bis zur Erreichung ihres 21. Lebensjahres verwahrt werden.

Eigene Maßregeln endlich sollen gegen die Zuhälter ergriffen werden, die in Strafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnishaft und Aufenthaltsverbot von fünf bis zehn Jahren bestehen sollen; wenn sie im Besitze von Waffen gefunden werden, soll die Strafe niemals weniger als zwei Jahre betragen, unbeschadet höherer Strafen, sofern sie als mitschuldig an irgend welchem Verbrechen befunden werden. Bei Rückfällen soll die Strafe immer zwei bis fünf Jahre betragen, und zwar zunächst in den gewöhnlichen Strafanstalten, später, wenn Arbeitshäuser errichtet sind, in diesen. Senator Flandrin hofft von seinen Maßregeln die radikale Eliminierung aller jugendlichen oder erwachsenen Vagabunden.

Eine moralisch-ökonomische Heilung speziell des jugendlichen Verbrechertums erwartet er jedoch von einer Neugestaltung des Lehrlingswesens, bzw. von der Errichtung von Gewerbeschulen und Lehrwerkstätten; er spricht im „Journal“ die Hoffnung aus, daß hierdurch die Lücke zwischen Schul- und Militärdienstzeit ausgefüllt werde, jene gefährdetste Altersperiode zwi-

schen 14 und 20 Jahren, aus der sich das jugendliche Verbrechertum meist rekrutiert. Gewiß ein ausgezeichnetes Mittel, das auch in anderen Ländern durchaus anwendbar wäre.

Übrigens sind solche Gewerbeschulen in Deutschland weit ausgebreiteter als in Frankreich, wo derzeit eine auch vom technischen Standpunkte vielfach beklagte Krise der Heranbildung gelernter Arbeiter besteht.

Auch die zweckmäßige Unterbringung verwahrloster Kinder, der Schutz der von ihren Eltern vernachlässigten, verstoßenen oder mißhandelten Kleinen würde manche Quelle des jugendlichen Verbrechertums verstopfen.

Die weitere Ausbildung des Systems der Jugendgerichte, wie sie sich in Amerika so schön bewährt haben und auch in Deutschland, Frankreich, Österreich einzubürgern beginnen (die planmäßige individuelle Behandlung jedes Falles) wird viel Gutes tun. — — — —

Wirklich dauernde Lösung des Problems der Jugendverwahrlosung kann allerdings nur durch geschichtliche Wandlung gegeben werden: einerseits durch Beseitigung des sozialen Elends unserer Großstädte mit ihren überfüllten Wohnungen, die die Kinder frühzeitig auf die Straße treiben, mit ihrer Zersetzung der Arbeiterfamilie; andererseits durch Beseitigung des Alkoholismus, der in den Kindern der Trinker Degenerierte heranbildet, die jeder Versuchung zum Opfer fallen.

Insolange diese geschichtlichen Wandlungen nicht eingetreten sind, muß die Festhaltung von Zuhältern und Vagabunden in Arbeitshäusern, die Unterbringung verwahrloster Kinder in Erziehungsheimen, die Heranziehung der aus der Volksschule entlassenen Jugend in Lehrwerkstätten und Fortbildungsschulen angestrebt werden.

Der Jugend muß so der präzise Beschäftigungzwang wiedergegeben, die Möglichkeit, jenseits der Arbeit lockeren und reicher Lebensunterhalt zu finden, genommen werden. Nur arbeitende Menschen und nur eine vollbeschäftigte Jugend dürfen in unseren Städten zurückbleiben; wer nicht arbeiten will, muß ins Arbeitshaus; wer nicht arbeiten kann, der staatlichen Versicherung oder Hilfstätigkeit überantwortet werden.

So kann schon jetzt viel zur Eindämmung des jugendlichen Verbrechertums geschehen.



KORRESPONDENZEN

OKONOMISCHE ENTWICKLUNG

ERICH LILIENTHAL, BERLIN: KLEINKAUFMANN UND WARENHAUS.

Nachdruck verboten.

DAS Gerede vom Untergange des Mittelstandes ist eine hohle Phrase. Der Mittelstand geht durchaus nicht zugrunde, aber er verändert seine Struktur. Er entwickelt sich wie kaum ein anderer Stand und gewinnt nach und nach eine innere Festigkeit, die ihm in Verbindung vielleicht mit dem aus der berühmten „Kompottschüssel“ gespeisten Proletariat die Herrschaft in Staat und Gemeinde sichern wird.

Was zugrunde geht und wert ist, zugrunde zu gehen, ist ein Teil des kleinen Zwischenhändlertums, dessen Verdienst nichts ist als eine unnütze, die Verbraucher des wirklichen aufstrebenden Mittelstandes belastende Steuer. Nach dem Mitleide mit diesen Überlebenden einer nunmehr definitiv überwundenen Wirtschaftsepoke darf eine an die Zukunft denkende Gesetzgebung wirklich nicht mehr orientiert werden. Leider sind die Wahlstimmen dieser Kreise, die manchem noch als die „guten Bürger“ par excellence erscheinen, im Parteileben noch derartig wichtig, daß sie weit über ihre reale Bedeutung hinaus Einfluß ausüben. Das sozial Parasitäre, das diesen Ständen, als Ganzes betrachtet, anhängt, ist im Laufe der Jahrhunderte von Junkern und Proletariern in gleicher Weise empfunden und ausgesprochen worden.

Die in den achtziger Jahren als der alleinige Mittelstand sich fühlenden Volkskreise setzten sich in ihrem Kern aus dem selbständigen Handwerksmeister und dem Kleinkaufmann zusammen. Die sogenannte typische Mittelstandsgesinnung aber strahlte noch weit aus in die Sphären der Bourgeoisie und der mittleren Beamenschaft. Diese Kreise mit Mittelstandsgesinnung waren ein eminent fortschrittshemmendes Element, waren durch ihre wirtschaftliche Unbildung das leicht zu überwältigende Opfer des in Deutschland sich entwickelnden Industrialismus. Diese Kreise traten in die neue Zeit ein mit einer gehäuften Summe von Ansprüchen ohne die entsprechenden Fähigkeiten, diese Ansprüche in wirtschaftliche Taten umzusetzen. Sie kamen vor 20 Jahren bereits unter die Räder des Großkapitalismus, und so viel sie auch schrien und um Staatshilfe jammerten, so wurden sie dennoch überfahren und wirtschaftlich an die Wand gedrückt. Ein Teil von ihnen jedoch, trat in die Dienste der Großindustrie, wurde Beamter in den sich nach und nach zu immer größerer Solidität entwickelnden großindustriellen Organisationen und half durch seine gewissenhafte Tüchtigkeit Deutschlands industrielle Großmachtstellung zu erringen. Die noch übrigen existierten weiter und protestierten gegen den Lauf der Welt.

Als viele der tüchtigsten Persönlichkeiten des Mittelstandes Beamte der Großindustrie wurden, waren sie allerdings zu Anfang dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und es läßt sich nicht leugnen, daß die moralische Stellung des Mannes, der, wenn er bis dahin in seiner eigenen Werkstatt auch nur einem Gesellen geboten hatte, sich verschlechterte, als er im Großbetriebe nur Ordres an eine Reihe von Gesellen weiterzugeben hatte, die ihm von einem unsichtbaren Chef diktiert wurden. Er hatte einen großen Teil seiner eigenen Initiative aufgegeben und war zunächst weiter nichts geworden, als was die Franzosen so treffend als Funktionär bezeichnen. Aber als immer mehr Leute von den Großbetrieben jeder Art gebraucht wurden, als durch die riesenhafte Entwicklung ein dauerndes Verlangen nach tüchtigen Beamten eintrat, hob sich die Stellung des Funktionärs nach und nach wieder. Der Initiative wurde im Rahmen des Betriebes immer größerer Spielraum gelassen, und man kann heute ruhig sagen, daß der moralischen und geistigen Entwicklung des gewissenhaften Beamten im modernen Riesenbetriebe im letzten Jahrzehnt weit größere Chancen geboten waren als dem schwer kämpfenden selbständigen Handwerker.

Eben erst beginnen diese neuen Stände sich als Einheit zu fühlen und zu begreifen, daß Ihnen Macht und Einfluß zufallen muss, wie eine reife Frucht, daß sie allein der wahre Mittelstand der Gegenwart sind, dessen jeder gesunde Staatsorganismus bedarf. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die Verbände der Privat- und Staatsbeamten, deren Interessen ja in unzähligen Punkten zusammenlaufen, sich zusammenschließen, und dadurch vielleicht im Verein mit der gelernten Arbeiterschaft und den „Qualitätshandwerkern“ dem Kapitalismus als ebenbürtige nicht Gegner, sondern Kontrahenten gegenüberstehen. Damit wäre auch erreicht, daß sich zwischen die Pöbelbegehrlichkeit auf der einen Seite und den Übermut der Kapitalisten auf der andern Seite der Granitblock der wirklich arbeitenden Mittelklassen zwischenstöbe, die im besten Sinne des Wortes dann ein konservatives, das heißt staatserhaltendes und den demokratischen Staatsgedanken entwickelndes Element bilden würden.

Selbstverständlich wird ein einzelner Tüchtiger, ganz gleich, ob er Möbel macht oder Heringe mariniert oder Kuchen backt, sich einen verhältnismäßig eigenen Platz im Leben zu sichern wissen. Die Bedingung dabei muß aber sein, daß er tatsächlich Kuchen backt, die besser sind wie alle andern im Viertel. Für diese — Qualitätsproduzenten — wird immer ein Platz im Wirtschaftsleben freigehalten werden. Wer aber seinen Kuchen so backt, wie es hunderttausend Bäcker im Deutschen Reiche außer ihm noch können, hat keinerlei Anspruch darauf, daß man bei ihm, das Brot kauft und es ein bißchen teurer bezahlt wie in der Zentralbäckerei, die dasselbe Brot billiger und in den meisten Fällen auch besser liefert.

Die von den berufsmäßigen Mittelstandsverfechtern ausgegebene Parole: „Kauft nicht im Warenhause, kauft nicht von den Großbäckereien, sondern beim kleinen Bäcker“ muß in neunundneunzig von hundert Fällen dahin ergänzt werden: „Kauft nicht im Warenhause, sondern bei mir, denn bei mir ist alles etwas teurer“. Es hat daher auch gar keinen Sinn, wenn ein Mann wie der Abgeordnete Raab in der Reichstagssitzung vom 4. Dezember v. J. sich über die bloße Tatsache entrüstet, daß ein jüdischer Bäckermeister aus Wien 50 Filialen in Berlin errichtet hätte. Diese Entrüstung ist recht zwecklos, denn dieser jüdische Bäckermeister aus Wien hätte alle seine 50 Filialen

längst wieder zumachen müssen, wenn das Brot der 50 Berliner Bäckermeister, an deren Stelle er getreten ist, in Qualität und Preis seinem Brot ebenbürtig gewesen wäre. Das einzige Bedauerliche dabei ist — und wenn Herr Raab das meint, so hat er recht —, daß dieser intelligente Bäckermeister den Berlinern erst aus Wien kommen mußte.

Was — um bei diesem konkreten Falle zu bleiben — die Bäckermeister, namentlich im Berliner Westen, dem Publikum an Qualität und Quantität geboten haben, ehe die Konkurrenz einsetzte, ist allen Hausfrauen bekannt. Ein Plakat, das in Wilmersdorfer Bäckereien aushängt, beleuchtet grell, wie nötig diese Konkurrenz der Großbetriebe für das Publikum gewesen ist. Das Plakat lautet ungefähr: „Um das Publikum zu veranlassen, auch das Schwarzbrot in den hiesigen Bäckereien zu kaufen, ist das Brot bedeutend größer geworden.“ Das heißt mit andern Worten, wenn die Konkurrenz der Großbetriebe nicht dagewesen wäre, wäre das Brot bedeutend kleiner geblieben.

Vorläufig haben bei der großen Lebensmittelsteuerung (Fleischsteuerung) nur die Warenhäuser die Preise verhältnismäßig niedrig gehalten und durch ihre Konkurrenz für ganz Berlin preisregulierend gewirkt. Der Abgeordnete Dr. Roesicke, der sicherlich kein Warenhausfreund ist, hat selber betont, daß die Fleischsteuerung doch nicht so drückend sein könnte, wenn die Warenhäuser das Fleisch so billig geben könnten.

Die Preise betragen Ende Oktober, Anfang November:

	für Fleisch im Warenhause:	für Fleisch beim Schlächter im Ber- liner Westen:
Schweinekoteletts:	0,90 M.	1,10 M.
Hammelkeule:	0,75 „	1,00 „
Schmorfleisch:	0,90 „	1,10 „
Kalbskamm und Bug:	0,85—0,95 „	1,00 „
Rinderfilet, ausgeschält	1,30—1,50 „	1,80 „

Die Qualitäten waren bei Warenhäusern und Privatschlächtern gleichwertig. Von den Schlächtereien im Berliner Westen hatten einzelne ein wenig billiger wie die oben genannten Preise, jedoch waren die meisten in den sogenannten feinen Quartieren sogar noch beträchtlich teurer.

In den Kolonialwarenhandlungen, soweit sie nicht Filialgeschäfte großer Betriebe waren, stellten sich die Preisdifferenzen für Kolonialwaren zum großen Teile noch erheblich günstiger für die Warenhäuser, so daß es sich für eine Hausfrau — selbst bei kleinstem Bedarf — durchaus, im Durchschnitt mit 10% rentierte, ihre Bestellungen im Warenhause zu machen obgleich der Preis für Hin- und Rückfahrt nach der Stadt als Aufschlag hinzukam.

Es ist daher kein Zweifel möglich, daß nach und nach alle diese bisher die alleinige Domäne des Kleinkaufmanns bildenden Zweige des Lebensmittelzwischenhandels teils von den eigentlichen Warenhäusern, teils von den Riesenspezialgeschäften mit Filialbetrieb in den Großstädten übernommen werden. Der Milch-, Butter und Eierhandel befindet sich in Berlin bereits zum größten Teil in den Händen der mit agrarischem Kapital arbeitenden großen Gesellschaften. Die großen Schwarzbrotbäckereien werden sicherlich in kürzester Zeit den Brotvertrieb ganz in ihren Händen haben, und wenn die Schlächtereien nicht infolge der Fleischnot allmählich in die Hände der Stadtverwaltungen übergleiten, so wird sicherlich auch da der Großbetrieb sehr bald den Kleinbetrieb verdrängen.

Trotzdem gibt es auch heutigen Tags noch Exemplare von der Sorte jener sonderbaren Heiligen, die nicht nur gegen die Warenhäuser, sondern sogar gegen die dort Kaufenden eine Art von Kreuzzug predigen. Der Warenhauskäufer ist ihnen zufolge eine Art besondere Spezies, kaum wert, den Namen Deutscher zu tragen und jedenfalls völlig minderwertig und nicht ohne weiteres schuldlos an allem, was im Deutschen Reiche schief geht. Aber es ist wirklich kein Beweis für den so oft erfolglos angezeigten moralischen Niedergang Deutschlands, wenn um die breiten Auslagetische sich die Käuferinnen drängen, „um wertlosen Tand“ mit nach Hause zu nehmen. Diesen „Tand“ kauften die Frauen früher auch, und es macht — sozialethisch genommen — keinen Unterschied, ob dieser „Tand“ vom kleinen Krämer, auf dem Jahrmarkt oder im modernen Kaufhaus erstanden wurde. Der Plunder auf den Jahrmärkten ist heute noch trotz aller Volkskunstbestrebungen genau so bösartig wie in den schlimmsten Ramschbazaren. Die Warenhäuser der Zukunft werden voraussichtlich ganz im Gegenteil die wichtigsten Bundesgenossen aller der Bestrebungen werden können, die auf eine Hebung des Kunstverständnisses der breiteren Massen gerichtet sind. Es ist auch mehr als wahrscheinlich — gewisse Versuche deuten klar darauf hin —, daß diese Aufgabe von den Warenhäusern selbst begriffen und im eigensten Geschäftsinteresse ausgenutzt werden wird.

Aber nicht allein der begreifliche Wunsch, dort einzukaufen, wo es am wohlfeilsten ist, treibt die Massen in die schimmernden Warenpaläste, sondern auch die unleidliche Geschäftsgebarung, die in vielen Kleinbetrieben noch immer herrscht und den Einkauf beschwerlich macht. In zahlreichen Kolonialwarengeschäften im Berliner Westen zum Beispiel, dem Hauptkunden der großen Warenhäuser, werden die Wageschalen hinter einem Berge von Konservenbüchsen versteckt, was Hunderttausende von Käufern verärgert hat und noch täglich verärgert, ohne daß den Geschäftsinhabern die Einsicht aufdämmert, daß man nirgends in der Welt gezwungen ist, sich auf Treu und Glauben und auf die unbedingte Redlichkeit irgendeines Unbekannten zu verlassen, und auch beim Einkauf von Zucker und Mehl keine Ausnahme machen will.

Ein anderes Kapitel ist die Verpackung beim Einkauf von frischem Fleisch und Gemüsen. Es ist für eine im Beruf stehende Frau, die auf dem Rückwege vom Bureau ein Stück Fleisch für den nächsten Mittag einkaufen will, kaum möglich, das Fleisch in der Verpackung, wie sie die meisten Schlachtermeister liefern, selbst nach Hause mitzunehmen, während sie mit der Verpackung, die sie — ohne erst darum bitten zu müssen — in den Warenhäusern erhält, durch ihr Paket kaum behindert wird. Gerade das Verschnüren der Pakete, das bei den Riesenentfernungen innerhalb der Stadt zur Notwendigkeit geworden ist, wird in der Mehrzahl der kleinen Geschäfte noch als eine Gefälligkeit betrachtet und nur auf besonderen Wunsch ausgeführt.

Die Preise sind jetzt im allgemeinen auch im Kleinhandel fest, wenn auch z. B. sicherlich der Hauptgrund für den Ruin der Berliner Markthallen das berühmte Handeln war, auf das sich die kurz angebundene großstädtische Bevölkerung nicht mehr einlassen konnte. Wieweit die Klagen über das nie verwendete Fünfgrammstück beim Einkaufen von Viertelpfunden auf Richtigkeit beruhen, soll hier nicht untersucht werden, jedoch wäre es sicherlich interessant, einmal festzustellen, in wie vielen kleinen Geschäften das Fünfgrammstück regelmäßig gebraucht wird und in wie vielen es nicht verwendet wird oder gar fehlt.

Nun noch ein Hauptmoment, das die Wage zugunsten der Warenhäuser sich senken läßt. Das ist die leider in noch vielen kleinen Geschäften — nicht gerade der Lebensmittelbranchen, aber aller übrigen Zweige — angewandte Auszeichnung der Waren mit Buchstaben. Von jedem denkenden Menschen muß das Auszeichnen der Waren mit Buchstaben als ein Betrugsvorwurf empfunden werden, und es ist eine Schande, die an dem ganzen deutschen Kleinkaufmannsgewerbe haften bleibt, daß nicht aus der Mitte dieser Kreise heraus selbst mit diesem Unfug aufgeräumt worden ist. Wenn von diesen Kreisen selbst die Parole ausgegeben würde: „Kauft nicht in Geschäften, die keine Fünfgrammstücke verwenden, kauft nicht in Geschäften, die mit Buchstaben auszeichnen, kauft nicht in Geschäften, die ihre Wagen hinter Bergen von Konservenbüchsen verstecken“, so würde diese Parole mehr für den Fortbestand der kleinen Geschäfte leisten und für das Weiterexistieren neben den Großbetrieben als alle noch so gut geschriebenen pathetischen Erklärungen gegen die Warenhäuser.

Die Konkurrenz der Kleinhändler mit den Warenhäusern ist aussichtslos. Der Kleinkaufmann, wie wir ihn aus der deutschen Mittelstadt in die moderne Großstadt übernommen haben, ist unzeitgemäß. Auch hier findet jedoch eine allerdings mit grausamer Folgerichtigkeit gehandhabte Auslese der Tüchtigsten statt. Denn was mit dem Ruf nach Qualitätsarbeit heute für das deutsche Handwerk allgemein als Rettungsweg mit Recht erkannt worden ist, läßt sich ähnlich auch für den Kleinkaufmann erreichen. Ein Speziallager einer kleinen Anzahl von Qualitätsarbeiten, die sich dem Massenkonsum, auf den das Warenhaus doch dauernd angewiesen ist, entziehen, wird stets auf Kunden rechnen können. Ein Beweis dafür sind die zahllosen vorzüglichen Spezialgeschäfte, die sich rund um die Warenhäuser aufgetan haben und aus der Nähe des großen Menschenmagnets vor allem den Vorteil ziehen, daß mit den Massen, die nach dem Warenhause strömen, ihnen die eigene Kundenschaft zugeführt wird.

Überall, fast in jedem Zweige des modernen Lebens, sieht ein scharfes Auge heute Möglichkeiten der Ausdehnung auf Gebiete, auf denen die Konkurrenz der Warenhäuser bisher geradezu fehlt und in denen derartig straff und großartig organisierte Wirtschaftskörper belebend und anregend wirken könnten. Die Entwicklung der Warenhäuser in den letzten zwei Jahrzehnten vom Ramschbazar zum Kaufpalast ist so überwältigend, daß man — ohne Phantast zu sein — daran denken muß, das Warenhaus auch als Zentralpunkt für große Kulturzwecke in einer nahen Zukunft schon in Anspruch nehmen zu können.

Einem Warenhausbesitzer mit weitem Blicke böten sich heute bereits Gelegenheiten, sowohl der Allgemeinheit als auch seinem Privatinteresse auf Gebieten zu dienen, auf denen man die Möglichkeit eines Eingreifens der Warenhäuser noch vor wenigen Jahren als utopisch veracht hätte.



ALBERT FALKENBERG, BERLIN: DIE ORGANISATIONEN DER SUBALTERNEN BEAMTEN IN DEUTSCHLAND.



FT bricht in einzelnen Berufsschichten orkanartig der Wille zur Organisation durch, während anderwärts wieder das Streben nach stetiger Sammlung aller Kräfte für eine zurückhaltende Organisierung zu verfolgen ist. Fast immer aber ist es ein bestimmtes Ziel, das als erstrebenswert gilt, um dessentwillen die Kräftesammlung geschieht, nur selten hat man die Einsicht für sich gewonnen, daß alle Organisierung im Grunde dazu dient, die Neubildung der Schichten zu fördern und damit neue Allgemeinzustände zu schaffen.

Diese Erkenntnis kann sich nur langsam durchsetzen, weil die einzelnen Schichten über ihr eigenes Wesen, namentlich über ihr Verhältnis zu den übrigen Berufsschichten zu wenig Klarheit empfinden. Schließlich war es auch hier wieder die moderne Wirtschaftsentwicklung, die klarend wirkte, neue Möglichkeiten und neue Perspektiven schuf, indem sie auch in den Kreisen der öffentlichen subalternen Beamten das Problem zur Diskussion stellte, das die Reihen der Privatangestellten längst zum Zusammenschluß getrieben hatte, das Problem Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Öffentliche Beamte und Privatangestellte unterscheiden sich in bezug auf dies Problem nur graduell, nicht grundsätzlich; mag noch so viel Trennendes vorhanden sein, die feste Besoldung eint sie zur gleichartigen Volksschicht. Allerdings nur äußerlich, innerlich hält sie sowohl gleicher Bildungsgang als auch die gleiche geistige Interessensphäre auf demselben Niveau. Im Gegensatz zu den nur physisch tätigen Arbeitern hat man für diese Mittelschicht die Bezeichnung Kopfarbeiter erfunden. Von vornherein muß darauf hingewiesen werden, daß selbstverständlich von einer scharfen Abgrenzung beider Schichten, den Kopfarbeitern und der schlechthin als Arbeiter bezeichneten Klasse nicht die Rede sein kann, ebenso wenig wie die strenge Scheidung zwischen Kopf- und Handarbeit möglich ist.

Will man öffentliche Beamte und Privatangestellte zum neuen Mittelstande zählen, kann das nur auf Grund ihres Wesens geschehen. Beide Kategorien haben gewissermaßen dasselbe Sammlungsniveau. Ihre wirtschaftliche Struktur macht an den gleichen Grenzen halt, beide sind besonders deswegen lebensfähig, weil ihnen durch unsere moderne Entwicklung unaufhörlich neue Kräfte von unten herauf zugeführt werden. Andererseits ist die Tendenz beider Kategorien insofern dieselbe, als sie eben auch unter dem Zwange der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung fortgesetzt bisherige Klassenangehörige nach unten, bis an die Grenzen des Proletariats oder gar noch weiter, abstoßen.

Als ein Spiegelbild dieses Prozesses vollzieht sich die Organisationsierung in den Reihen der öffentlichen Beamten und der Privatangestellten. Die Art der Organisierung beider Kategorien, die bis vor kurzem streng unterschiedlich war, beginnt schmiegamer zu werden, sich ineinander hineinzufühlen. Aber sie ist noch längst nicht bis dahin, wo sie ineinander aufgehen könnte. Die markantesten Trennungsmomente sind augenblicklich die Möglichkeit der Anwendung des Streikmittels auf Seiten der Privatangestellten und der Unterschied in der Rechtsstellung beider Kategorien.

Es ist klar, daß eine im Laufschritt einherstürmende Wirtschaftsentwicklung den Rechtsboden ihrer „Industriebürger“ ebenso schnell zu verändern imstande ist, als sie die ursprünglich selbsttherrlichen Staatsbetriebe in reine Rentabilitätsbetriebe verwandeln kann. Wo aber in einem Betriebe der Charakter der Rentabilität dominiert, muß sich mehr und mehr auch der Charakter der Betriebsangehörigen diesem Moment anpassen; das bedeutet für einen Staatsbetrieb nichts anderes, als daß die Beamten in das Verhältnis eines Arbeitnehmers zum Arbeitgeber hineingedrängt werden. Ihr Wille wird beiseit geschoben, auch sie müssen den Wirtschaftsgesetzen Folge leisten. Nebenher aber suchen sie diejenigen Vorzüge der Beamtenstellung festzuhalten, die heute in der Bewegung der Privatangestellten als Kardinalforderungen bezeichnet werden dürfen: Die Stetigkeit der Anstellungsverhältnisse und die Alters- und Invalidenversorgung. Wenn die Privatangestellten auf diesem Gebiet erst das erreicht haben werden, was die öffentlichen Beamten zum größten Teil als ihren Besitz bezeichnen dürfen, dann verliert die Möglichkeit der Anwendung des Streikmittels an Wert. Vielleicht bleibt sie noch eine Zeitlang Paradestück, das aber schließlich doch in die Rumpelkammer wandert. Schon heute ist ja der Streik als Mittel zur Herbeiführung günstigerer Wirtschaftsverhältnisse für die Angestellten in den freien Berufen, namentlich in den Kreisen, die zum neuen Mittelstande zählen, vielfach nur noch ein unerfüllter Programmfpunkt. Wann haben denn die Privatangestellten, beispielsweise die Bureauarbeiter der großen Betriebe, deren Position derjenigen der Staatsbeamten am nächsten steht, überhaupt einmal einen Streik inszeniert? Die Statistik schweigt. Und zuletzt, bietet denn nicht gerade das Streben der Mittelschichten, eine gesunde Wirtschaftspolitik herauf zu führen, die aussichtsvollste Gewähr für das Verschwinden des Streikmittels auch aus ihren Organisationsprogrammen? Ein allmählich fortschreitender Prozeß eröffnet neue Perspektiven, morsche Mauern stürzen und es entstehen neue Organisierungsmöglichkeiten. Um sie zu hegieren, müssen wir uns Klarheit verschaffen über die Aufgaben und Ziele der bestehenden Organisationen.

Die Privatangestellten zerfallen nach der Statistik des Sozialen Ausschusses von Vereinen technischer Privatangestellten in die Kategorien der kaufmännischen Angestellten, technischen Angestellten, Bureauangestellten, landwirtschaftlichen Angestellten und in verschiedene Kategorien, unter denen neben dem allgemeinen Wohlfahrtsverband Deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Berlin mit 44 000 Mitgliedern der Deutsche Privatbeamtenverein in Magdeburg mit 27 051 Mitgliedern zu den bedeutendsten zählt. Die Zahl der in Verbänden organisierten Privatangestellten belief sich Ende Dezember 1909 auf 776 231.

Unter den Organisationen der kaufmännischen Angestellten marschieren an der Spitze der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg, mit 108 745 Mitgliedern, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, mit 89 158 Mitgliedern und der Verein für Handlungskommiss von 1858, Hamburg, mit 95 645 Mitgliedern. Bei allen Organisationen kaufmännischer Angestellter entwickeln sich die Programme herüber von der Linie, die hauptsächlich der Verfolgung von Bildungszwecken dient, hinüber zu der Linie, auf der die Vertretung sozialer Interessen geschieht. Da jedoch die Mehrzahl der

ALBERT FALKENBERG, BERLIN: DIE ORGANISATIONEN DER SUBALTERNEN BEAMTEN IN DEUTSCHLAND.



FT bricht in einzelnen Berufsschichten orkanartig der Wille zur Organisation durch, während anderwärts wieder das Streben nach stetiger Sammlung aller Kräfte für eine zurückhaltende Organisierung zu verfolgen ist. Fast immer aber ist es ein bestimmtes Ziel, das als erstrebenswert gilt, um dessentwillen die Kräftesammlung geschieht, nur selten hat man die Einsicht für sich gewonnen, daß alle Organisierung im Grunde dazu dient, die Neubildung der Schichten zu fördern und damit neue Allgemeinzustände zu schaffen.

Diese Erkenntnis kann sich nur langsam durchsetzen, weil die einzelnen Schichten über ihr eigenes Wesen, namentlich über ihr Verhältnis zu den übrigen Berufsschichten zu wenig Klarheit empfinden. Schließlich war es auch hier wieder die moderne Wirtschaftsentwicklung, die klarend wirkte, neue Möglichkeiten und neue Perspektiven schuf, indem sie auch in den Kreisen der öffentlichen subalternen Beamten das Problem zur Diskussion stellte, das die Reihen der Privatangestellten längst zum Zusammenschluß getrieben hatte, das Problem Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Öffentliche Beamte und Privatangestellte unterscheiden sich in bezug auf dies Problem nur graduell, nicht grundsätzlich; mag noch so viel Trennendes vorhanden sein, die feste Besoldung eint sie zur gleichartigen Volksschicht. Allerdings nur äußerlich, innerlich hält sie sowohl gleicher Bildungsgang als auch die gleiche geistige Interessensphäre auf demselben Niveau. Im Gegensatz zu den nur physisch tätigen Arbeitern hat man für diese Mittelschicht die Bezeichnung Kopfarbeiter erfunden. Von vornherein muß darauf hingewiesen werden, daß selbstverständlich von einer scharfen Abgrenzung beider Schichten, den Kopfarbeitern und der schlechthin als Arbeiter bezeichneten Klasse nicht die Rede sein kann, ebensowenig wie die strenge Scheidung zwischen Kopf- und Handarbeit möglich ist.

Will man öffentliche Beamte und Privatangestellte zum neuen Mittelstande zählen, kann das nur auf Grund ihres Wesens geschehen. Beide Kategorien haben gewissermaßen dasselbe Sammlungsniveau. Ihre wirtschaftliche Struktur macht an den gleichen Grenzen halt, beide sind besonders deswegen lebensfähig, weil ihnen durch unsere moderne Entwicklung unaufhörlich neue Kräfte von unten herauf zugeführt werden. Andererseits ist die Tendenz beider Kategorien insofern dieselbe, als sie eben auch unter dem Zwange der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung fortgesetzt bisherige Klassenangehörige nach unten, bis an die Grenzen des Proletariats oder gar noch weiter, abstoßen.

Als ein Spiegelbild dieses Prozesses vollzieht sich die Organisierung in den Reihen der öffentlichen Beamten und der Privatangestellten. Die Art der Organisierung beider Kategorien, die bis vor kurzem streng unterschiedlich war, beginnt schmiegamer zu werden, sich ineinander hineinzufühlen. Aber sie ist noch längst nicht bis dahin, wo sie ineinander aufgehen könnte. Die markantesten Trennungsmomente sind augenblicklich die Möglichkeit der Anwendung des Streikmittels auf Seiten der Privatangestellten und der Unterschied in der Rechtsstellung beider Kategorien.

Es ist klar, daß eine im Laufschritt einherstürmende Wirtschaftsentwicklung den Rechtsboden ihrer „Industriebürger“ ebenso schnell zu verändern imstande ist, als sie die ursprünglich selbstherrlichen Staatsbetriebe in reine Rentabilitätsbetriebe verwandeln kann. Wo aber in einem Betriebe der Charakter der Rentabilität dominiert, muß sich mehr und mehr auch der Charakter der Betriebsangehörigen diesem Moment anpassen; das bedeutet für einen Staatsbetrieb nichts anderes, als daß die Beamten in das Verhältnis eines Arbeitnehmers zum Arbeitgeber hineingedrängt werden. Ihr Wille wird beiseit geschoben, auch sie müssen den Wirtschaftsgesetzen Folge leisten. Nebenher aber suchen sie diejenigen Vorzüge der Beamtenstellung festzuhalten, die heute in der Bewegung der Privatangestellten als Kardinalforderungen bezeichnet werden dürfen: Die Stetigkeit der Anstellungsverhältnisse und die Alters- und Invalidenversorgung. Wenn die Privatangestellten auf diesem Gebiet erst das erreicht haben werden, was die öffentlichen Beamten zum größten Teil als ihren Besitz bezeichnen dürfen, dann verliert die Möglichkeit der Anwendung des Streikmittels an Wert. Vielleicht bleibt sie noch eine Zeitlang Paradestück, das aber schließlich doch in die Rumpelkammer wandert. Schon heute ist ja der Streik als Mittel zur Herbeiführung günstigerer Wirtschaftsverhältnisse für die Angestellten in den freien Berufen, namentlich in den Kreisen, die zum neuen Mittelstande zählen, vielfach nur noch ein unerfüllter Programmpunkt. Wann haben denn die Privatangestellten, beispielsweise die Bureauarbeiter der großen Betriebe, deren Position derjenigen der Staatsbeamten am nächsten steht, überhaupt einmal einen Streik inszeniert? Die Statistik schweigt. Und zuletzt, bietet denn nicht gerade das Streben der Mittelschichten, eine gesunde Wirtschaftspolitik herauf zu führen, die aussichtsvollste Gewähr für das Verschwinden des Streikmittels auch aus ihren Organisationsprogrammen? Ein allmählich fortschreitender Prozeß eröffnet neue Perspektiven, morsche Mauern stürzen und es entstehen neue Organisierungsmöglichkeiten. Um sie zu begreifen, müssen wir uns Klarheit verschaffen über die Aufgaben und Ziele der bestehenden Organisationen.

Die Privatangestellten zerfallen nach der Statistik des Sozialen Ausschusses von Vereinen technischer Privatangestellten in die Kategorien der kaufmännischen Angestellten, technischen Angestellten, Bureauangestellten, landwirtschaftlichen Angestellten und in verschiedene Kategorien, unter denen neben dem allgemeinen Wohlfahrtsverband Deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Berlin mit 44 000 Mitgliedern der Deutsche Privatbeamtenverein in Magdeburg mit 27 051 Mitgliedern zu den bedeutendsten zählt. Die Zahl der in Verbänden organisierten Privatangestellten belief sich Ende Dezember 1909 auf 776 231.

Unter den Organisationen der kaufmännischen Angestellten marschieren an der Spitze der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg, mit 108 745 Mitgliedern, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, mit 89 158 Mitgliedern und der Verein für Handlungskommiss von 1858, Hamburg, mit 95 615 Mitgliedern. Bei allen Organisationen kaufmännischer Angestellter entwickeln sich die Programme herüber von der Linie, die hauptsächlich der Verfolgung von Bildungszwecken dient, hinüber zu der Linie, auf der die Vertretung sozialer Interessen geschieht. Da jedoch die Mehrzahl der

Vereine Prinzipale und Gehilfen zu Mitgliedern zählt, bricht sich die zielbewußte Interessenvertretung mit sozialem Einschlag nur langsam Bahn.

W. Kulemann widmet den dritten Abschnitt im ersten Bande seines Werkes „Die Berufsvereine“ *) den Privatangestellten. An erster Stelle behandelt er den Deutschen Privatbeamtenverein in Magdeburg. Dieser Verband steht vielleicht darum den Organisationen der öffentlichen Beamten am nächsten, weil seine Grundtendenz der ihnen am meisten konform ist. In der vom Privatbeamtenverein herausgegebenen Schrift; „Der deutsche Privatbeamtenverein“ wird mehrfach darauf hingewiesen, daß keine gegensätzliche Stellung zu den Arbeitgebern eingenommen werden soll. Diese Grundtendenz wird an einer Stelle der erwähnten Programmschrift in folgender Weise formuliert: „Kein P.-B. und kein Arbeitgeber, auf welchem Gebiete privat-wirtschaftlicher Tätigkeit er auch sein Geschäft betreibt, wird zwischen den Bestrebungen und Endzielen des deutschen P.-B.-V. und den Interessen der Arbeitgeber (dieses Wort immer im weitesten, volkswirtschaftlichen Sinne gebraucht) einen Gegensatz zu finden vermögen, der ihn abhalten könnte, diese Bestrebungen zu unterstützen, sondern nur eine Gemeinschaft der Interessen, die jedem die Unterstützung dieser Bestrebung zur Pflicht macht“.

Wesentlich schärfer kommen die Forderungen der technisch-industriellen Beamten zum Ausdruck. Die hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl dominierenden Verbände dieser Berufskategorien sind: Deutscher Werkmeisterverband, Düsseldorf, mit 50 577 Mitgliedern, Deutscher Techniker-Verband, Berlin, mit 27 359 Mitgliedern, und Bund der technisch-industriellen Beamten, Berlin, mit 15 034 Mitgliedern.

Der Deutsche Werkmeisterverband „bezuweckt, alle deutschen Werkmeister zu vereinigen, um die Interessen der Mitglieder sowie der Angestellten derselben zu schützen und zu fördern“. Zur Erreichung dieses Ziels hat der Verband Unterstützungseinrichtungen geschaffen, die in einer Sterbekasse, Witwen- und Waisenunterstützung, Unterstützung stellenloser und invalider Mitglieder, Unterstützung in Notfällen und einem Brandversicherungsverein bestehen. Daneben wird Stellenvermittlung und Rechtsschutz gewährt. Auch in diesem Verbande ist das Verhältnis zu den Behörden und den Prinzipalen ein freundliches. Sein Organ ist die „Deutsche Werkmeisterzeitung“, die die Ziele des „Deutschen Werkmeisterverbandes“ mit erfreulicher Stetigkeit vertritt, ohne daß das Gewerkschaftsprinzip besonders hervortritt.

Auch der „Deutsche Technikerverband“ lehnt mit aller Schärfe das Prinzip der rein gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisation ab. Schon in seinem Programm kommt die Art seines Wollens zum Ausdruck. Neben materieller Interessenvertretung erstreckt sich seine Tätigkeit besonders auf Pflege des geselligen Verkehrs und auf die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen. Der „Deutsche Technikerverband“ betrachtet das „zwischen den höheren und niederen Kategorien der technischen Berufstände vorhandene differenzierte Standesbewußtsein“ als gegeben. Er ist daher als Organisation zu betrachten, die in solider Beharrlichkeit ihre Entwicklungslinie verfolgt, die aber nicht als eine Vereinigung bezeichnet werden kann, in der die Gärungen unserer Zeitläufte einen besonders hellklingenden Resonanzboden finden.

*) Jena, Verlag von Gustav Fischer. 3 Bände.

In schroffem Gegensatz zu diesem Verbande steht der „Bund der technisch-industriellen Beamten“. Schon sein Programm beweist, daß er auf weitest vorgeschobenem Posten in der Organisationsbewegung der Privatangestellten arbeitet. Hier trägt der Begriff Organisation alle Keime in sich, aus denen die wirtschaftspolitisch und kulturell freiheitlichere Zukunft der Glieder einer Berufskategorie sich entwickeln kann. Der Bund betont mit allem Nachdruck seinen gewerkschaftlichen Charakter, er vertritt die Interessen seiner Mitglieder „in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer gegenüber Arbeitgebern, Staat und Gesellschaft“. Diese zielbewußte Haltung trägt ihm mancherlei Vorwürfe ein, z. B. „daß er sozialdemokratische Tendenzen verfolge, das gute Einvernehmen zwischen Prinzipalen und Angestellten stören und die Techniker proletarisieren wolle“. Zu seiner Verteidigung hat der Bund auf seinem ersten Bundestage im März 1905 ein soziales Programm aufgestellt, das auf dem im Mai 1907 abgehaltenen zweiten Bundestage einer Revision unterzogen und nach der Seite rationeller Interessenvertretung bedeutend erweitert wurde.

Es kann nicht wundernehmen, daß die Bestrebungen des Bundes von Unternehmerseite starken Widerspruch erfahren. Mehrfach sind die Bundesmitglieder zum Austritt aufgefordert, z. B. von dem „Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Verein“. Den Boykott der Mitglieder herbeizuführen, riet der „Verband bayrischer Metallindustrieller“. Nur der energische Protest des Bundes, dem sich die ebenfalls betroffenen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Verein deutscher Kaufleute und Verein für Handlungskommis von 1858 anschlossen, bewirkte, daß die geplante Maßnahme rückgängig gemacht wurde.

Die gesamte Organisation der öffentlichen, mittleren und unteren Beamten ruht auf wesentlich anderer Grundlage. Hier ist für die Organisationsart der Beamtencharakter von ausschlaggebender Bedeutung. Schon die Beamtengesetze enthalten die Richtlinien, auf denen sich die Organisierung zu vollziehen hat, noch weit mehr aber sollen nach dem Willen der Regierung die „Staatsnotwendigkeiten“ den Beamtenorganisationen Weg und Ziele weisen. Aber diese „Staatsnotwendigkeiten“ können nicht ein für alle Mal festgelegt werden, sie sind wandelbar wie die Programme der Regierung und dürfen darum keinen Anspruch auf absolute Giltigkeit erheben. Das gerade ist charakteristisch für die Entwicklung der Beamtenbewegung, daß die großen Massen der Beamten sich nicht mehr bedingungslos zu diesen „Staatsnotwendigkeiten“, wie sie die Regierungen von Zeit zu Zeit gewissermaßen als etwas Naturgesetzliches hinstellen möchten, bekennen können. Der Druck der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung lastet viel zu schwer auf ihnen, als daß sie noch Politik als eine Art Sport zu treiben vermöchten. Das staatsbürgerliche Moment spielt heute im Beamtendasein eine wesentlich wichtigere Rolle als in den verflossenen Jahrzehnten. Das zeigt sich in der ungleich stärkeren Anteilnahme der Beamten am politischen Leben im Staat und in der Kommune. Und als Folgeerscheinung dieser Tatsache dürfen wir die gesteigerte Besorgnis der Regierung und der Behörden bezeichnen, daß die Beamtenschaft ihnen gegenüber aus der sekundierenden in eine oppositionelle Stellung hinübergleitet. Schon diese Situation ist geeignet ein Korrektiv zu schaffen, das die Haltung der Regierung gegenüber der Beamtenschaft günstig beeinflussen könnte.

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

INTERNATIONALE REVUE

HERAUSGEGEBEN VON PROFESSOR DR. R.
BRODÀ PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR: HERMANN BECK BERLIN UND
ERICH LILIENTHAL BERLIN + VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN 1915

JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTE: 1 MARK

4. JAHR

1-6 HEFT



DOCUMENTS OF PROGRESS

PRINTED IN GERMANY

84094

WILLIAM H. DODD

INHALT:

ABHANDLUNGEN:

Dr. Kristian B. R. Aars: Der abstrakte Zug in der Philosophie des Morgenlandes	315
Dr. Walter Abelsdorff, Berlin: Die Wirksamkeit der Baugenossenschaften in den letzten Jahren	410
Julie Adam, Wien: Moderne Tiergeschichten und Tierbücher	170
Prof. Dr. Alfred Agache, Paris: Das Problem der sozialen Kunst	176
Walter Assmus, Charlottenburg: Arbeiterunterrichtskurse	240
S. B. Bannerjea, Kalkutta: Die „Freiwilligenbewegung“ in Bengalen	55
Dantes Bellegarde (Port au Prince): Die Republik Haiti	343
T. B. Bidard, Professor an der Lehrerbildungsanstalt in Dax: Französische Schulfragen	223
Willy Brachvogel, Friedenau-Berlin: Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte	274
Prof. Dr. R. Broda, Paris: Das Problem der Jugendverwahrlosung	32
— — — Munizipalsozialismus	112
— — — Entwicklungsmöglichkeiten des Instituts für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen	199
— — — Die Ausgestaltung der französischen Schule	220
— — — Zur psychologischen Differenzierung der internationalen Arbeiterbewegung	262
— — — Neureligiöse Entwicklungen	332
— — — Kultursynthesen	405
Dr. H. Christ-Soen, Basel: Zu den alten eine neue Konzessionsgesellschaft im belgischen Kongo	387
Vincente Cutanda, Toledo: Soziale Kunst in Spanien	185
Adolf Damaschke, Berlin, Vorsitzender des Bundes deutscher Bodenreformer: Die deutsche Reichszuwachssteuer ..	202
Dr. Helene Deutsch, Wien: Die Bildungsbestrebungen der Wiener Arbeiterinnen ..	242
Der Schatz der Incas	421
Albert Falkenberg, Berlin: Die Organisation der subalternen Beamten in Deutschland	42
Albert Falkenberg, Berlin: Kernfragen des sozialen und politischen Organisationswesens	391
Hans Ferch-Verus, Wien: Wir Arbeiterschriftsteller	235
Dr. Jakob Fromer, Berlin: Der Ursprung Israels	295
Henriette Fürth, Frankfurt a. M.: Die Notwendigkeit und die Postulate der Mutterschaftsversicherung	9
— — — Freistundenkunst in Frankfurt a. M. und im Rhein-Maingebiet	244
Margarethe von Gottberg, Stuttgart: Die Beeinflussung der Kriminalität durch die wirtschaftliche Lage	19
— — — Das unentgeltliche Rechtsauskunfts wesen für Minderbemittelte im Deutschen Reich	431
Josef Grün, Mailand: Der Kampf gegen den Alkoholismus in Italien	12
Prof. Ludwig Gurlitt, Steglitz: Wir Laien	309
Das Genfer städtische Gaswerk	47
Rosine Handlirsch, Wien: Soziale Kunst in Österreich. Ein Nachruf für Hermine Heller-Ostersetzer	77
Dr. Robert Hercod, Lausanne: Volksabstimmung in der Schweiz	382
Dr. Ludwig Heyde, Berlin: Die Bedeutung des Deutschen Heimarbeiter tages	83
Walter Hofmann, Leiter der freien öffentlichen Bibliothek Dresden-Plauen: Zur Methode des Volks- und Arbeiter bildungswesens. Eine Anregung ..	227
Prof. Otto Kasdorf, Montevideo: Die hygienische Milchversorgung der Städte	3
Leopold Katscher, München: Die Sozial sekretärin oder Wohlfahrtspflegerin ..	15
Ellen Key, Das Friedensproblem	367
Graf Karl v. Klinckowström, München: Gedankenübertragung	128
Samuel Léfèvre: Der römische Katholizismus und das Christentum Jesu (Ein moderner Kreuzzug)	305
Adolf Levenstein, Berlin: Nietzsche und die Arbeiterklasse	238
Erich Lillenthal, Berlin: Das „gefährliche“ Alter und seine Folgen	22

Erich Liffenthal , Berlin: Kleinkaufmann und Warenhaus	37	setzung der Strafbestimmungen bei Kindesmorden	216
— — Die schönen Künste und die Technik	150	Dr. Heinrich Pudor , Irrigations- und Bewässerungsarbeiten in Amerika	102
— — Jules Huret über Deutschland	155	Dr. Emil Rasmussen , Kopenhagen: Moderne Christustypen	300
— — Gerhart Hauptmanns Ratten	290	Dr. Felix Regnault , Paris: Die Entwaldung in Spanien	99
— — Die Juden und das Wirtschaftsleben	336	A. Sauzède , Paris: Die Frage der gewerblichen Schiedsgerichte	273
Paul Hyacinthe Loysen , Paris: Ein modernistischer Kongreß	307	Viktor Schidl , Wien: Die österreichische Staatsbeamtenorganisation. Ihre Ziele und Methoden	92
Karl Mann , Berlin: Die Verwendung meines Geschäftsgewinnes	206	Georg Schmiedl , Wien: Die Kulturarbeit der ungarischen Freimaurer
Fernand Mazade , Paris: Die Entvölkerung Frankreichs (Ursachen und Mittel der Abhilfe). Enquête	280	Adele Schreiber , Berlin: Kinderlesezimmer	250
Grete Meisel-Heß , Berlin-Steglitz: Literarische Preise	167	Dr. Ernst Schultze , Hamburg-Großborstel: Wo ist das Automobil am beliebtesten?	356
Dr. John Mez , London: Die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte der Welt und die Einführung des Dezimalsystems in England und Amerika	96	Saint Nihal Singh , Kalkutta: Das Familienleben in Indien	141
— — Die Ausrottung der spanischen Stierkämpfe	213	Paul Stoklossa , Deutsches Zeitungswesen. Einige Zahlen	160
— — Kalenderreform	270	Fritz Telmann , Wien: Die Bewegung für ein Theatergesetz in Deutschland und Österreich	163
— — Mehr Tageslicht! (Ein Vorschlag zur Änderung unserer Zeiteinteilung auf internationaler Basis	354	Johannes Tiedje , Marburg: Die Heimatlosen in der Nordmark	51
Gewerberat Dr. Müller, Worms: Der freie Sonntag der deutschen Putzmacherin	86	Leo Tolstoi , Die Legende von Alexander I.	322
Die Pariser Volksuniversität	147	A. Valensi , Tunis: Der Zionismus	70
Hilja Pärssinen , Mitglied des finnischen Landtages: Eine Eingabe an die finnische Volksvertretung über die Herab-		John Welsh : Methoden friedlicher Beilegung von Arbeitskonflikten in Kanada	60
		William White , New York: Die Juden in Amerika	118

CHRONIKEN:

CHRONIK DER ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG.

Vereinigung für moderne Frauenwohnungen. Von Ida Eberhardt , Berlin	108
Reformgasthäuser auf gemeinnütziger Grundlage in Rheinland und Westfalen	109
Der kollektive Arbeitsvertrag in Frankreich	109
Ein internationales Übereinkommen für den Personenverkehr	111
Der Schutzverband deutscher Schriftsteller	340
Künstlerelend und Proletariat. Von Dr. Joachim v. Bülow	342
Jedem sparsamen Arbeiter ein eigenes Wohnhaus	416
Weltverkehr. Von Dr. Richard Hennig , Friedenau	417

CHRONIK DER POLITISCHEN ENTWICKLUNG.

Eisenbahngesetzgebung in Amerika	58
Bergwerksverstaatlichung in Frankreich. Von Charles Volstin , Paris	59
Ein Unternehmen zur Förderung der Parteienkunde. Von Dr. Adolf Grabowsky , Berlin	121
Das Volk im französischen Kongo, verblutet unter dem Monopolsystem. Von Dr. H. Christ-Socin , Basel	122
Französische Zeitungen in Deutschland	126
Die europäische Presse in Marokko	126
Ein deutsches Organ in der Kapkolonie	127
Aus den Anfängen der portugiesischen Republik. Von Angelo Vaz , Oporto	212

Ratifikation des internationalen Funkentelegraphenvertrages. Von Dr. Graßmann, Mannheim	349
Die Zukunft der chinesischen Marine	350
Die Fremdenlegion. Von Viktor Reven, Stuttgart	350
Judenkolonien in den Vereinigten Staaten	351
Sozialistische Konsulate	351
Ein Verband für internationale Verständigung. Von Dr. John Mez	399
La „Vie internationale“. Von Dr. John Mez, London	400
Die Ausbreitung der Friedensidee. Von Georg Schmiedl, Wien	400
Aus der Weltsprachebewegung	401
Volkstümliche weltpolitische Schriften	401
Eine volkstümliche Redekunst. Von Adolf Damaschke	402
Österreichische Verwaltungsreformen	402
Esperanto — ein Helfer der Friedensidee	404

CHRONIK DER SOZIALEN ENTWICKLUNG.

Fortschritte der Wöhnerinnen-Schutzbewegung in Frankreich. Von René Simon, Kabinettschef im Arbeitsministerium, Paris	23
Gartenstädte in Nordbayern. Von Heinrich Lotz, Nürnberg	23
Die Bewegung für Schaffung billiger Volkswohnungen in Frankreich	24
Ein neues Wohnungsfürsorgegesetz in Frankreich	25
Tuberkulosebekämpfung in Frankreich	26
Leprakranke in Deutschland. Von Dr. E. Göbel, Marnheim am Donnersberge	27
Die Prostitution in Deutschland. Von Erich Lillenthal	27
Was der Engländer verbraucht und vertrinkt. Von Dr. John Mez, London	27
Eine Ausstellung gegen die Schundliteratur	28
Über den Sommerurlaub der kaufmännischen Angestellten	28
Argentinien als Fleischlieferant Europas. Von Prof. Otto Kasdorf, Montevideo	29
Eine Schulärztin in Österreich. Von Dr. Jan Kucera	29
Nüchternheitsbestrebungen in der Kaiserlichen Marine	29
Antialkoholbewegung in Rußland	30
Ein Kongreß für Sozialreformen in Indien	278
Der Ausbau der englischen Antisweating-League	279
Gewerbliche Schiedsgerichte in England	279
Das Problem der Straßenbenennung in Großstädten. Von Dr. L. Oppenheimer, Darmstadt	352
Internationaler Kinderaustausch	352
Die Eindämmung der Jugendkriminalität in Frankreich	354
Ein Wohnungsfürsorgegesetz in Österreich. Von Dr. Julius Deutsch, Wien	418

Ein Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeit in Frankreich	419
Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien	420

CHRONIK DER ARBEITERBEWEGUNG.

Der gesetzliche Zehnstundenarbeitstag in Frankreich	61
---	----

CHRONIK DES TECHNISCHEN UND WISSENSCHAFTLICHEN FORTSCHRITTS.

Ein neuer Elektrizitätserzeuger. Von Ingenieur Otto Schulz, Charlottenburg	63
Kinematographie der Befruchtung und ersten Entwicklung des tierischen Eies	134
Die neuen Forschungsinstitute und die Hochschulen	136
Die Germanistic Society of America. Von Prof. v. Noe, New York	138
Esperanto in der Praxis. Von Arnold Behrendt, Berlin	140
Das Buch berühmter Ingenieure. Von Dr. R. Hennig, Friedenau	140
Gedanken über Völkerkunde und Völkerkundemuseen. Von Dr. R. Thurnwald, Berlin	423
Die größte Kolonialbibliothek der Welt	423
Eine Ausstellung kultur- und medizinhistorischer Werke	424
Über die literarische Weltproduktion der Sozialwissenschaften	424
Parlamentarische Jahrbücher	425
Naturschutztage von Georg Schmiedl, Wien	425
Über das Amerika-Institut in Berlin	425
Esperanto in der Praxis. Von Arnold Behrendt, Berlin	429
Impfung der Rinder gegen Tuberkulose	430
Eine neue Art der Namenszeichnung. Von N. Madison	431

CHRONIK DER MORALISCHEN UND RECHTSENTWICKLUNG.

Die Organisierung der Intelligenz. Von Hauptmann Viktor Hueber, Prag	68
Der internationale Orden für Ethik und Kultur	68
Die Empfängniszeit bei unehelichen Kindern	146
Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten in Schweden	147
Aus der Friedensbewegung	147
Zoologische Gärten. Von Lida Gustava Heymann	286
Die kriminelle Fruchtabtreibung	435
Sphaera intellectualis. Von Rudolf Czapek, Bad Frankenhausen	435
Gemeinnützige Kinematographenkonferenz im Reichstag	436

CHRONIK DER NEUEN RELIGIÖSEN TENDENZEN.

Die Mormonen in England. Von Dr. John Mez, London	325
Der Mohammedanismus in Österreich..	328
Eine neue religiöse Sekte in Belgien ..	328
Ein Buddhabild	328
Erster Monistenkongreß zu Hamburg. Von R. Broda	329
Der Glaube in den Gefängnissen	330
Krankes Christentum. Von Dr. Georg Lomer	330
Der ewige Jude. Von E. L.	330
Eine jüdisch-theologische Bibliothek in Amerika	331

CHRONIK DES BILDUNGSWESENS.

Vorlesungen über künstliche Verständigungsmittel an der Berliner Universität	149
Die Zentralbibliothek für Blinde in Hamburg	149
Eine türkische Frauenzeitschrift	149
Volksbildungswesen in Amerika	253
Amerikanische Volksbibliotheken. Von William White	254
Volksschulen in Dänemark. Von Holger Hagerup	255
Volkshochschulen in Norwegen	255
Das Wiener Volksheim	255
Eine Kunstausstellung für Arbeiter. Von Gaston Sauvebols, Paris	257
Das Volksbildungsarchiv	258
Eine Muster-Kinderbibliothek mit Lesehalle	258
Schulen für Mütter. Von Dr. John Mez	258

Ein Fortschritt auf dem Gebiete des Blindenbildungswesens. Von Dr. v. Gerhardt, Dozent der Staatswissenschaften, Breslau	259
--	-----

Der Jahresbericht der deutschen Dichter-Gedächtnisstiftung	260
--	-----

CHRONIK DER NEUEN KÜNSTLERISCHEN UND NEUEN LITERARISCHEN TENDENZEN.

Die Weihnachtssondernummer des Studio. Von Erich Lillenthal	78
Vergessene Kunststätten in Deutschland. Von Leo Sternberg, Wallmerod	79
Das Bühnenkleid der Zukunft. Von Hedwig Buschmann, Berlin	80
Grete Wiesenthal	80
Mit Blitzlicht und Büchse im Zauber des Elelescho	80
Die junge bulgarische Kultur. Von Helenka	152
Ideenbewegung in Italien. Von Alfredo Garguilo	191
Literarische und künstlerische Strömungen in Südamerika. Von Ricardo Sáenz Hayes, Buenos-Aires	192
Belgische Musik. Von René Lyr, Boitsfort	193
Die Musik Spaniens. Von José Gonzalo Rusinol, Madrid	194
Christliche Musik. Von Samuel Lefèvre	195
Das wallonische Theater. Von Martin Blatz, Lüttich	195
Das Monopol. Von Karl Kuhls	196
Die Geschichte einer Sünde. Von Stefania Goldenring, Berlin	196
Der Herr Medikus und andere Geschichten. Von Marie Schloß, Karlsruhe .	198

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS INTERNATIONALE REVUE

**HERAUSGEgeben von PROFESSOR DR. R.
BRODA:PARIS in VERBINDUNG MIT
DR:HERMANN BECK:BERLIN und
ERICH LILIENTHAL:BERLIN. VER-
LEGT BEI GEORG REIMER:BERLIN:W. S.
JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

**AUSGEGBESEN ANF: JANUAR 1911
4-JAHR. 1-HEFT**



INHALT:

DIESES HEFT IST VORNEHMlich PROBLEMEN DER SOZIALHYGIENE
GEWIDMET.

NACHDRUCK MIT AUSNAHME DER DURCH EINEN VERMERK
GEKENNZEICHNETEN ARTIKEL MIT QUELLENANGABE GESTATTET.

ALLE SENDUNGEN SIND AN DIE DEUTSCHE REDAKTION, BERLIN-
WILMERSDORF, PRINZREGENTENSTR. 115/116 ZU RICHTEN.

PROBLEME DER SOZIALHYGIENE:

OTTO KASDORF, Universitätsprofessor, Montevideo: Die hygienische Milchversorgung der Städte	3
HENRIETTE FÜRTH, Frankfurt a. M.: Die Notwendigkeit und die Postulate der Mutterschaftsversicherung	9
JOSEF GRÜN, Mailand: Der Kampf gegen den Alkohol in Italien	12
LEOPOLD KATSCHER, München: Die Sozialsekretärin oder Wohlfahrtspflegerin	15
MARGARETHE VON GOTTERBERG, Stuttgart: Die Beeinflussung der Kriminalität durch die wirtschaftliche Lage	19
ERICH LILIENTHAL, Berlin: Das „gefährliche Alter“ und seine Folgen ..	22
Chronik	23

RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Das Problem der Jugendverwahrlosung	32
--	----

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:

ERICH LILIENTHAL, Berlin: Kleinkaufmann und Warenhaus	37
ALBERT FALKENBERG, Berlin: Die Organisation der subalternen Beamten in Deutschland	42
Das Genfer städtische Gaswerk	47
Chronik	49

POLITISCHE ENTWICKLUNG:

JOHANNES TIEDJE, Marburg: Die Heimatlosen in der Nordmark	51
S. B. BANNERJEA, Calcutta: Die „Freiwilligen“-Bewegung in Bengalen ..	55
Chronik	57

ARBEITERBEWEGUNG:

JOHN WELSH: Methoden friedlicher Beilegung von Arbeitskonflikten in Kanada	60
Chronik	61

TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT:

Chronik	62
---------------	----

MORALISCHE UND RECHTSENTWICKLUNG:

Chronik	64
---------------	----

NEUE RELIGIÖSE TENDENZEN:

A. VALENSI, Tunis: Der Zionismus	70
--	----

NEUE KÜNSTLERISCHE TENDENZEN:

ROSINE HANDLIRSCH, Wien: Soziale Kunst in Österreich. Ein Nachruf für Hermine Heller-Ostersetzer	77
Chronik	78

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

OTTO KASDORF, UNIVERSITÄTSPROFESSOR: MONTE-VIDEO: DIE HYGIENISCHE MILCHVERSORGUNG DER STÄDTE.

IN den letzten Jahren wendet man dem Problem der Versorgung der Städte mit hygienisch einwandfreier Milch immer mehr Aufmerksamkeit zu. Es hat allerdings lange genug gedauert, bis eine allgemeine Würdigung der hygienischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Milchwirtschaft gerade für die Stadtbevölkerung Platz gegriffen hat. Man bedenke nur, daß zum Beispiel die in Berlin konsumierte Milch einen Jahreswert von rund 60 Millionen Mark repräsentiert, und daß im Haushaltbudget der Wiener Bevölkerung die Milch mit ungefähr 80 Millionen Kronen jährlich figuriert. Eine Preiserhöhung dieses Nahrungsmittels wird daher den Konsumenten ganz besonders fühlbar, um so mehr, als gerade die unbemittelte Bevölkerung der Milch als Kindernahrung dringend bedarf. Die in den letzten Jahren in nahezu allen europäischen Staaten, vor allem Österreich-Ungarn und Deutschland, durchgeführten Milchpreiserhöhungen bedeuten demnach eine in hygienischer und volkswirtschaftlicher Hinsicht nicht zu unterschätzende Belastung der Konsumenten. Es sei hiermit nur auf diese Tatsache aufmerksam gemacht (denn diese Milchpreiserhöhungen geben gewissermaßen den Anlaß dazu, daß die Öffentlichkeit sich neuerdings mehr mit der Milchhygiene beschäftigt) und zur weiteren Orientierung auf meine diesbezüglichen Schriften *) verwiesen. Einer späteren Gelegenheit die Erörterung der Bedeutung der internationalen Milchpreisfrage vorbehaltend, sollen heute nur die Hauptprobleme der hygienischen Milchversorgung in Kürze beleuchtet werden.

Es ist das Ideal der Milchhygiene, dem Konsumenten gesunde rohe Milch, also weder sterilisierte noch pasteurisierte, von gesunden Kühen stammend, zu liefern. Vom idealen Gesichtspunkte der Milchhygiene aus ist jede Manipulation der Milch schädlich, welche ihre natürlichen physikalischen, chemischen und biologischen Eigenschaften verändert. Durch die Erhitzung aber wird die Milch in ihrer chemischen und biologischen Zusammensetzung wesentlich verändert. Das Albumin und Globulin koagulieren und die löslichen Kalisalze verwandeln sich zum Teil in unlösliches Kalkphosphat. Auch die in der Milch enthaltenen Fermente werden zerstört. Da es nun nach den neuesten Forschungen der Biochemie als sicher anzunehmen ist, daß die rohe Milch enzymatische, antitoxische und immunisatorische Einflüsse auf den menschlichen Körper ausübt, ist es klar, daß die Denaturierung der Eiweißstoffe auch eine Aufhebung dieser physiologisch wichtigen Wirkungen bedeutet. Die Verdaulichkeit des Proteins wird durch die Erhitzung beeinträchtigt und der für die Kinderernährung wichtige Lezithingehalt der Milch wird vermindert.

Die Milcherhitzung wendet man bekanntlich an, um etwaige in der Milch enthaltene gefährliche Keime zu vernichten. Zugleich aber werden auch die an und für sich unschädlichen Milchsäurebakterien getötet, und den überlebenden schädlichen Bakterien wird dadurch ein guter Nährboden geschaffen.

*) U. A. Die Milchpreiserhöhung und die Milchversorgung der Stadt Wien. Verlag Brüder Suschitzky in Wien. 1910.

Beim Pasteurisieren der Milch werden wohl die krankheitserregenden vegetativen Keime vernichtet, es bleiben jedoch die **D a u e r s p o r e n** am Leben, welche sich — ungehindert von den Milchsäurebakterien — entwickeln und Giftstoffe erzeugen können. Milch ohne Säurebakterien kann nicht mehr normal gerinnen, säuern. Sie geht, so zu sagen, in Fäulnis über. Da diese Verschlechterung der Milch äußerlich nicht oder doch erst später als bei roher Milch erkenntlich ist, liegt in dem Genuß von pasteurisierter Milch eine Gefahr, wenn eine längere Zeit seit dem Pasteurisieren verstrichen ist.

Das Erhitzen der Milch geschieht heutzutage vor allem, wie der Konsument meint, um einer Übertragung der Tuberkulose vorzubeugen. Die Keime der Tuberkulose sowie alle pathogenen Keime können durch hochgradige Erhitzung getötet werden. Die Bedeutung dieses Momentes wird seitens der Laien aber meistens überschätzt. Die Frage der Übertragbarkeit der Rindertuberkulose auf den Menschen ist allerdings noch nicht endgültig beantwortet, aber die bisher vorliegenden Beobachtungen drängen im allgemeinen zu der Ansicht, daß die Gefahr, welche dem Menschen durch den Genuß von Milch eutertuberkulöser Kühe droht, keine große ist. Auch die letzten Tuberkulosearbeiten des kaiserlichen deutschen Gesundheitsamtes (10. Heft 1910), welche eine umfangreiche Sammelforschung des Regierungsrates Dr. Weber bieten, kommen zu dem Schluß: **Die Gefahr, welche dem Menschen durch den Genuß von Milch und Milchprodukten eutertuberkulöser Kühe droht, ist im Vergleich mit der Gefahr, welche der mit offener Lungentuberkulose behaftete Mensch für seinen Nebenmenschen bildet, nur sehr gering.** Es bedarf der wiederholten Aufnahme einer großen Menge von Perlsuchtbazillen, um die Infektion hervorzubringen. Alle mir bekannten Fälle der Molkereipraxis bestätigen dieses Schlußurteil vollkommen und zwingen mich zu der Ansicht, daß die Milcherhitzung als Vorbeugungsmittel der Tuberkuloseübertragung in ihrem praktischen Werte im allgemeinen überschätzt wird.

Wenn an der ersten Forderung der hygienischen Milchversorgung strikte festgehalten wird — „gesunde Milch von gesunden Kühen“ —, dann muß das Milchvieh ständig unter tierärztlicher Kontrolle stehen. Die Ausmerzung der mit Eutertuberkulose und anderen Krankheiten behafteten Tiere ist leicht möglich, und die Krankheitsübertragung durch den Genuß von roher Milch ausgeschlossen.

Hier ist aber ein wesentlicher Fehler der heutigen Milchkontrolle zu suchen. Sie erstreckt sich in fast allen Städten nur auf den Milchhandel, auf die Kontrolle der Milch in der Stadt. Krankheitskeime können dann nur in Ausnahmefällen in der Milch konstatiert werden. Man begnügt sich mit der Untersuchung der Milch auf Unverfälschtheit und in manchen Fällen auf ihren Schmutzgehalt. Diese, ich möchte sagen, **oberflächliche Kontrolle** hat einen sehr geringen Wert. Sie beugt im besten Falle den Verfälschungen der Milch vor. Häufig ist sie jedoch auch die Ursache von ungerechten Bestrafungen und Beanstandungen der Milchhändler wegen Verkaufs schlechter Milch, für deren Beschaffenheit oft der Milchhändler als verantwortlich herangezogen wird, während doch in erster Linie der Milchproduzent für die Lieferung einer einwandfreien Milch in die Stadt, an den Händler, zu sorgen hat. Eine Kontrolle des Milchhandels, wie sie heute fast allgemein vorherrscht, ist

wertlos, wenn nicht zugleich auch die Milchproduktionsstelle einer ständigen Kontrolls unterworfen wird. Einige städtische Molkereibetriebe haben die Wichtigkeit dieser Forderung erkannt. Die in mancher Hinsicht vorbildliche „Wiener Molkerei“ zum Beispiel läßt die Rindviehbestände ihrer Milchproduzenten regelmäßig durch Tierärzte kontrollieren, und seit kurzem hat sie sich auch noch der Kontrolle des Hygienischen Instituts der Wiener Universität insofern unterstellt, als dieses einen Arzt entsendet, der sämtliche in Betracht kommenden Milchproduktionsstellen in gewissen Zeiträumen untersucht, Milch- und Wasserproben nimmt, den Gesundheitszustand des Personals überwacht usw. Es ist jedoch eine Aufgabe der Stadtverwaltung, dafür zu sorgen, daß die Produktionsstellen der in ihrem Gebiete zum Verkauf gelangenden Milch auch ihrer Kontrolle unterstellt werden. In Buenos Aires soll demnächst ein neues Gesetz in Kraft treten, welches bestimmt, daß in dem Stadtgebiete nur solche Milch verkauft werden darf, die aus von der Stadtverwaltung als hygienisch einwandfrei anerkannten und ständig unter ihrer Kontrolle stehenden Landwirtschaftsbetrieben stammt.

Es wäre zu wünschen, daß die europäischen Städte in dieser Hinsicht diese südamerikanische Metropole als Vorbild betrachten. Die vielen und sich zum Teil widersprechenden Bestimmungen der städtischen Milchregulatoren Deutschlands und Österreichs weisen in diesem Punkte eine bedauerliche Lücke auf. Sie läßt sich nur durch einheitliche, für das ganze Reich geltende Bestimmungen schließen.

Auf diese Weise ist es sehr wohl möglich, gesunde rohe Milch in den Handel zu bringen, die lediglich gut gekühlt und sauber aufbewahrt zu werden braucht und mit der weitere Manipulationen nicht nötig sind, denn auch das Reinigen, Filtrieren, ist bei der hygienisch einwandfrei gewonnenen Milch überflüssig, ja schädlich. Durch das Filtrieren können nur die Verunreinigungen der Milch entfernt werden, welche durch unsaubere Behandlung beim Melken in sie gelangt sind, und die bereits aufgelösten Schmutzteile lassen sich durch das Filtrieren überhaupt nicht mehr trennen.

Die moderne Milchhygiene muß diesen Idealstandpunkt einnehmen und dem Konsumenten immer mehr die Tatsache vor Augen führen, daß gesunde rohe Milch wertvoller ist als jede andere, mag sie pasteurisiert, sterilisiert, filtriert u. a. m. sein. Diese Milch den Konsumenten zu liefern, ist das ideale Ziel der modernen Milchversorgung. Will der Konsument dann pasteurisierte Milch haben, so kann die Milch in jedem Haushalt aufgekocht und bis zum Genuss kühl aufbewahrt werden.

Bei der heutigen Lage der Milchwirtschaft ist die konsequente Durchführung dieser Forderungen noch nicht allgemein möglich. In vielen Fällen läßt sich die Pasteurisierung der Milch, um sie zu konservieren, nicht vermeiden, aber dann darf man die Pasteurisierung nicht, wie es noch vielfach geschieht, als einen Vorteil hinstellen. Sie ist weiter nichts als ein oft nicht vermeidbares Übel. Wird pasteurisierte Milch in den Handel gebracht, so muß sie ausdrücklich als solche bezeichnet werden. Die Unterlassung dieser Vorschrift ist eine Täuschung des Konsumenten. Dem Prof. Dr. W. Kirschner (Leipzig) ist es zu verdanken, daß die Stadtverwaltungen jetzt nach und nach dieses Moment mehr beachten und daß zunächst die neue Milchverkehrsordnung der Stadt Leipzig bestimmt, daß jedes Aufbewahrungs- oder Verkaufsgefäß er-

hitzer Milch die Aufschrift tragen muß: „Erhitzte Milch hergestellt am ... muß unter 15° aufbewahrt oder innerhalb 12 Stunden verbraucht werden“.

In den letzten Jahren hat man vielfache Versuche gemacht, die schädlichen Keime in der Milch zu vernichten, ohne sie zu erhitzten und ohne sie in ihren chemischen und biologischen Eigenschaften zu verändern. Mit der Einwirkung der ultravioletten Strahlen der Quecksilber- und der Quarzlampen auf die Milch wurden gute Erfolge erzielt. Aus meinen in dieser Richtung angestellten Versuchen glaube ich schließen zu können, daß in absehbarer Zeit das Problem gelöst werden wird. Die wissenschaftliche Begründung der durch praktische Versuche schon bewiesenen Wirksamkeit der ultravioletten Strahlen ist jedoch noch nicht geklärt, so daß es noch nicht am Platze ist, einer weiteren Verbreitung dieser Methode das Wort zu reden. Jedenfalls aber wird die moderne städtische Milchversorgung in ihr einmal ein wichtiges Hilfsmittel erhalten, welche eine in qualitativer Beziehung bessere pasteurisierte Milch liefert, als es die durch Erhitzung keimarm gemachte Milch ist.

Ein besonderes Gebiet der Milchversorgung nimmt die Kindermilch ein. Die hohe Säuglingssterblichkeit stellt man gewöhnlich als eine Folge der schlechten Milchnahrung hin. Im allgemeinen ist das nicht richtig. Die Säuglingssterblichkeit ist nicht eine spezielle Milchfrage, sondern eine soziale Frage mit allgemein sozialen Ursachen. Betrachten wir einmal die Statistik der Säuglingssterblichkeit. Von 100 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr:

in Norwegen	8,1	in Italien	16,6
in Schweden	8,4	in Deutschland	18,5
in England	11,8	in Ungarn	20,5
in Dänemark	12,1	in Österreich	21,5
in Frankreich	14,3	in Rußland (europ.)	27,2

Diese Zahlen richten sich gewissermaßen nach der Kulturstufe der Völker, und die Säuglingssterblichkeit erweist sich dort als am geringsten, wo es noch Brauch ist, daß die Mütter ihre Kinder selbst stillen.

Sehr lehrreich ist das Verhältnis der Sterblichkeit bei den ehelich und unehelich Geborenen. Von 1000 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr in Preußen:

Im Jahre	bei den Ehelichen		bei den Unehelichen	
	in der Stadt	auf dem Lande	in der Stadt	auf dem Lande
1906	168	167	303	303
1907	154	162	281	295
1908	157	166	291	307

Die Sterblichkeit bei den unehelich Geborenen ist also fast doppelt so groß als bei den ehelich Geborenen. Hier tritt uns die Säuglingssterblichkeit als soziale Frage mit einer erschreckend deutlichen, traurigen Lehre entgegen.

Wie aus den obigen Daten ersichtlich, ist Norwegen das Land mit dem günstigsten Sterblichkeitsgrad. Es sterben nur etwa 8% der Geborenen im ersten Lebensjahr. Norwegen ist jetzt das Land der Antialkoholbewegung und des „Stillwillens und der Stillmöglichkeit“ der Mütter. Vor einem Jahrhundert war die soziale

Lage der Bevölkerung eine durchaus entgegengesetzte, und damals betrug die Säuglingssterblichkeit etwa 30%. Man betrachte demgegenüber das bierfeste B a y e r n. Von den 230 000 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahr 69 000, also rund 30%. Frau Gerken-Leitgebelt hat recht, wenn sie in ihrer Schrift „Eine Frauenpflicht“ sagt, daß Bayern bezüglich Alkoholismus und Säuglingssterblichkeit auf der Stufe steht wie Norwegen vor 100 Jahren. Die Lehren, die sich hieraus für die Frage der Säuglingssterblichkeit ergeben, lassen sich nicht ohne weiteres abweisen.

Beachtenswert ist der Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und Säuglingssterblichkeit. Die günstigste Sterblichkeitsziffer in Deutschland hat Frankfurt a. M., nämlich nur 13 bis 14%. Es ist bekannt, daß Frankfurt a. M. die günstigsten Wohnungsverhältnisse hat. Für Berlin hat Neumann berechnet, daß die Säuglingssterblichkeit in den Wohnungen mit 1 bis 2 Zimmern 17,7%, in den Dreizimmerwohnungen dagegen nur 12,8% betrug. Eine noch deutlichere Sprache reden die für Wien erhobenen Zahlen. Im X., XI., XVI., XIV., XII. und XVII. Bezirk Wiens, wo auf einen Wohnteil 1,5 bis 1,8 Bewohner entfallen, beträgt die Säuglingssterblichkeit 26,2%, 23,1%, 23,8%, 18,4%, 23,3% bzw. 23,2%. In den Stadtteilen mit guten Wohnungsverhältnissen (I., IV., VI. Bezirk) macht die Säuglingssterblichkeit dagegen nur 8,8%, 12,9% und 13,8% aus. Die Höhe der Säuglingssterblichkeit hängt also davon ab, ob die Wohnungsverhältnisse gute oder schlechte sind und, was eng damit zusammenhängt, ob die genannten Bezirke von armer und bedürftiger Bevölkerung bewohnt sind. Gerade die für Wien erhobenen Zahlen belegen, daß es vor allem die arme Bevölkerungsklasse ist, die unter der Säuglingssterblichkeit zu leiden hat.

Die Wiener Statistik über die Säuglingssterblichkeit gibt auf Grund der in einem Jahrfünft gemachten Erhebungen an, daß, nach der Ernährungsweise geordnet, von den Gestorbenen ernährt wurden: 15,12% mit Muttermilch, 10,33% mit Ammenmilch, 70,12% mit Muttermilch und Ammenmilch, 58,72% mit künstlicher Nahrung, Kuhmilch usw. (die restlichen 8,8% starben gleich nach der Geburt und 9,8% hatten eine nicht näher bekannte Nahrung). Die Muttermilchkinder stellen das geringste Kontingent, dagegen war mehr als die Hälfte aller Gestorbenen mit sogenannten Kindermilchen, Kuhmilch, Milchmehlen usw. ernährt worden.

Mit diesen wenigen statistischen Belegen, die sich noch bedeutend vervollständigen ließen, will ich nur ein Schlaglicht auf die Frage der Säuglingssterblichkeit werfen und andeuten, daß die Ursachen vor allem auf sozialem Gebiete zu suchen sind. Eine Verringerung der Säuglingssterblichkeit ist nur möglich, wenn sich die allgemeine soziale Lage der Bevölkerung verbessert, wenn das Wohlangelebt und die Heimarbeit verschwindet, die Antialkoholbewegung mehr Boden gewinnt und der Frau der arbeitenden Klasse Gelegenheit gegeben wird, ihrer Kindererziehung sich selbst mehr zu widmen. Hier haben wir die tieferen Ursachen der Säuglingssterblichkeit zu suchen.

Soweit die Milchnahrung hierbei in Betracht kommt, muß zunächst bemerkt werden, daß es für den Säugling nur eine ihm zusagende

und von der Natur bestimmte Nahrung gibt, die Muttermilch. Alle anderen Milchsorten sind als minderwertige Surrogate zu betrachten. Auch die beste Kuhmilch oder Säuglingsmilch ist in gewisser Hinsicht dem Säugling schädlich. Das Eiweiß der Kuhmilch ist biologisch grundverschieden von dem der Menschenmilch. Es reizt als artfremdes Eiweiß die Verdauungszellen des menschlichen Neugeborenen, die physiologischerweise nur zur Verdauung und Assimilation des menschlichen Eiweißes geeignet sind. Dem Säugling Kindermilch geben, heißt ihm totes Eiweiß anstatt des lebendigen Eiweißes der lebendigen Muttermilch zuführen, also die Bedeutung der Milch als Biogen ignorieren.

Mit der Milch sollen dem Säuglinge nicht nur Nährstoffe, sondern zugleich die in der Muttermilch enthaltenen Immunkörper, bakteriziden Substanzen und proteolytischen Fermente gegeben werden, die ein Organismus nur von einem ihm eng verwandten in sich aufnehmen kann, der Säugling nur von seiner Mutter.

Daß eine solche Kontaktwirkung unbestreitbar vorliegt, ergab sich auch bei den Versuchen mit dem Syphilisgegenmittel „Ehrlich 606“. Es sind einige Fälle bekannt, in denen syphilitische Säuglinge geheilt wurden durch die Brustnahrung ihrer Mutter, bei denen „Ehrlich 606“ angewandt wurde. Ein Beweis, der auch dem Laien einleuchtet, für den großen Wert der Milch als Biogen.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkte aus die Vorwürfe nicht vollständig anerkennen können, die man im allgemeinen der Kuhmilch als der Hauptursache der Säuglingssterblichkeit macht, so soll damit selbstverständlich nicht verkannt werden, daß die Versorgung der Städte mit guter Säuglings- und Kindermilch eine wichtige Aufgabe der städtischen Milchversorgung ist.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich meine Ansicht, daß als Surrogat, nicht als vollwertiger Ersatz der Muttermilch die gesunde rohe Kuhmilch jeder künstlich zusammengesetzten Milch als Kinderernährung vorzuziehen ist. Die andauernde Ernährung der Kinder mit pasteurisierter oder sterilisierter Milch hat schwerwiegende Schädigungen des Säuglings im Ge folge, Rachitis und Basedowsche Krankheit. Die verschiedenen Kindermehle und Kindermilche sind meines Erachtens nicht als regelrechte Nährmittel, sondern als Arzneien zu betrachten. Und Medikamente sind nicht für den dauernden Genuß bestimmt. Vorübergehend, auf ärztliche Verordnung genossen, können sie zweckmäßig sein. Steht keine Brustnahrung zur Verfügung, so erscheint mir als die verhältnismäßig beste Nahrung die von gesunden Kühen gewonnene rohe Milch mit entsprechenden Wasser- und Milchzuckerzusätzen. Die Kindermilchgewinnung muß naturgemäß einer ganz besonderen Kontrolle unterworfen werden.

Es drängt sich die Frage auf, durch welche Verwaltungsmaßnahmen sich die Milchversorgung der Städte am besten regeln läßt und ob ein städtischescher Milchhandel, als kommunales Unternehmen, empfehlenswert ist. Die lokalen Verhältnisse werden dies wohl nur ausnahmsweise zulassen. Dagegen haben die Stadtverwaltungen die Pflicht und auch fast überall die Möglichkeit, die Kindermilchversorgung selbst in die Hand zu nehmen, wenn die Privatinitiative der Milchhändler und Milchproduzenten dieses wichtige Gebiet vernachlässigt.

Die Stadtverwaltungen werden nicht umhin können, auf die Milchversorgung einen gewissen regu-

lierenden und kontrollierenden Einfluß nicht nur beim Milchhandel in der Stadt, sondern auch beim Milchproduzenten auf dem flachen Lande auszuüben. Das geschieht am einfachsten durch die Errichtung städtischer Milchämter als Kontrollorgane. Sie sollen nicht in den freien Milchhandel eingreifen, sondern für eine geregelte Milchzufuhr, für eine Anpassung der Milchanlieferung an den schwankenden Konsum, für die Sicherung stabiler Milchpreise und für die Erfüllung der in hygienischer Hinsicht aufzustellenden Vorschriften für Milchhändler und Milchproduzenten sorgen.

Hierzu brauchen die Stadtverwaltungen die Mitarbeit nicht nur der Milchwirtschaftler, sondern ebenso der Tierärzte und Mediziner und, last not least, der Volkswirtschaftler. Alle müssen zusammenwirken, um das weite Gebiet der hygienischen Milchversorgung einheitlich zu behandeln. Der Kommunalpraxis eröffnet sich hier noch ein großes Arbeitsfeld, auf dem die einzelnen Kräfte heute noch sehr zusammenhangslos schaffen, auf dem man vor lauter Einzelproblemen das Hauptproblem leicht aus dem Auge verliert, nämlich die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, das heißt die Sicherung der Volkswohlfahrt.

Dann wird auch die große Masse den Wert der Milch als Nahrungsmittel mehr schätzen und in ihr einen Verdränger des Alkohols würdigen lernen. Die Statistik lehrt, daß überall dort, wo der Milchkonsum zunimmt, der Alkoholkonsum sinkt. Beispielsweise entfielen in Dresden auf den Kopf der Bevölkerung 234 Liter Bier, als der jährliche Milchkonsum pro Kopf 106 Liter ausmachte. Sieben Jahre später ist der Milchkonsum auf 120 Liter gestiegen, und der Bierkonsum auf 189 Liter gesunken. Die Milch als Bundesgenossin der Antialkoholbewegung! Im Interesse der Volksernährung muß gewünscht werden, daß nicht allein der Milchkonsum zunimmt, sondern daß die Milch auch preiswert bleibt. Die angeführten Reformen der Milchversorgung bedingen aber eine Erhöhung der Produktionskosten. Soll diese nicht noch eine weitere Steigerung der Milchpreise zur Folge haben, so muß dafür gesorgt werden, daß durch systematische Regelung der Milchversorgung mit Unterstützung der Stadtverwaltungen die Mehrunkosten aufgehoben werden, welche die konsequente Durchführung der hygienischen Anforderungen bei der Milchgewinnung verursacht.



HENRIETTE FÜRTH, FRANKFURT A. M.: DIE NOTWENDIGKEIT UND DIE POSTULATE DER MUTTERSCHAFTSVERSICHERUNG.



WEI Fünftel — und wenn wir nur den Hauptberuf gelten lassen wollen, nahezu ein Drittel — der weiblichen Bevölkerung funktioniert gleich den Männern als Rädchen innerhalb einer Produktionsmaschine, die notwendig seelenlos sein muß, da alle ihre beseelten Glieder mit derselben Präzision und mit einer durch keinerlei Imponderabilien zu beeinflussenden Gleichförmigkeit einander in die Hände arbeiten.

Aber die beseelten Glieder der großen Produktionsmaschinerie hörten darum doch nicht auf, Menschen zu sein. Und die Frauen unter ihnen hörten nicht auf, Mütter zu sein. Damit ist ein Dilemma fürchterlichster Art geschaffen. Die Mutterschaft ist die grundlegende Funktion des Menschheitsganzen. Die Beschaffung des Lebensunterhaltes, der Menschwerdung sachlich nachgeordnet, ist von nicht minderer Wichtigkeit. Zwei gleich geordnete Faktoren, die unlösbar aufeinander angewiesen sind. Was tun, wenn sie miteinander kollidieren? Die Mutter aus dem Produktionsprozeß herausnehmen? Mir scheint diese Lösung so wenig wünsch- wie durchführbar.

Niemals gab es eine Zeit, in der Mutterschaft ein lebendiger Beruf gewesen wäre. Auch würde es das Weib auf den Standpunkt des Zuchttieres herunterdrücken heißen, wollten wir es nur Mutter sein lassen und sonst nichts.

Das wäre ferner recht unerwünscht vom rassebiologischen Standpunkt aus. Die seelischen und geistigen Eigenschaften, die erst den Menschen zu einem übergeordneten Wesen machen, sind Entwicklungsprodukte, die, wenn schon in der Anlage ererbt, von jedem Menschen neu erworben werden müssen. Erwerbar nur durch Arbeit und Erfahrung. Wollten wir nun die eine Hälfte der Menschheit der Möglichkeit dieser Arbeit und Erfahrung berauben, so könnte das nur auf Kosten der Rasse geschehen.

Gut, daß solch Unterfangen undurchführbar ist, denn der systematische Ausschluß der künftigen Mutter von der Berufsbildung und Berufsübung müßte zu einer grundstürzenden Änderung der Bildungs- und Erziehungsordnung, der Berufs- und Lebensmöglichkeiten für das Weib führen. Und was sollte mit den Millionen nicht zur Ehe gelangenden und auf ihrer Hände Arbeit angewiesenen Frauen, den verwitweten wie auch den in kinderloser Ehe lebenden geschehen? Es würde an ihnen ein nicht wieder gutzumachender und durch nichts zu rechtfertigender Lebensraub begangen. Nicht davon zu reden, daß in Millionen von Fällen die Ehe die Berufsnotwendigkeit für die Frau nicht aufhebt und daß endlich die Frau die weitaus bessere bzw. fähigere Mutter ist, die ihre erzieherischen Fähigkeiten in Selbstzucht und lebendiger Erfahrung bilden konnte.

Schwerwiegender als jedes andere Beweisstück ist aber die Tatsache, daß unsere Produktionswelt ohne die tätige Anteilnahme der Frau nicht aufrecht erhalten werden könnte.

Sehen wir von der vorliegenden materiellen Nötigung der Frau zum Miterwerb ab und betrachten wir lediglich das zurzeit bestehende Verhältnis zwischen den vorhandenen, in die Produktion eingestellten Arbeitskräften und dem Bedarf an Arbeitskraft.

Die Berufsstatistik ergibt, daß einschließlich der Nebenberuflichen 22 693 959 = 74,5% der gesamten männlichen Bevölkerung erwerbstätig sind. Wir sahen, daß die Frauen mit 30,37% ihrer Gesamtzahl am Haupt- und mit 41,2% am Haupt- und Nebenberuf beteiligt sind. Das sind etwa 34% aller Erwerbstätigen. 30,5 Millionen Männliche waren 1907 überhaupt vorhanden, 22,7 Millionen davon standen im Erwerbsleben. Unter den Übrigbleibenden sind auch alle Greise und alle kindlichen Altersklassen bis herab zum jüngsten Säugling mit enthalten. Die einfache Feststellung dieser Tatsachen genügt, um nachzuweisen, daß die männliche Bevölkerung keinerlei arbeitsfähige Reserve zur Verfügung hat und daß Frauenarbeit im Produktionsprozeß nicht entbehrt werden kann.

Das sind Tatsachen, und mit Tatsachen muß man sich abfinden. So gut wie möglich abfinden, und in unserem Falle gut abfinden.

Denn wir wissen ja, was auf dem Spiele steht, und es wird uns um so deutlicher, je schärfer wir all diese Unbilden ins Auge fassen, die die jetzt auf dem Gebiete der Beziehung zwischen Frauenschutz und Erwerbstätigkeit herrschende Anarchie im Gefolge hat.

Nun, da der Strom der Entwicklung breiter und ruhiger geworden ist, nun wir gelernt haben, ihn zu überschauen und zu beherrschen, nun ist es an der Zeit, die Uferbauten aufzuführen und so zu festigen, daß kein elementares Geschehen uns überraschen und uns die Frucht jahrzehntelanger Arbeit und Mühen entreißen kann.

Die mächtigste Sicherung im Kampfe mit den Elementen ist Stärke und Kampftüchtigkeit der Kämpfer, ist ein starkes Geschlecht. Ein starkes Geschlecht kann aber nur sein, wenn wir gesunde und blühende Mütter haben.

Darum: Schutz den Müttern!

Es geht heute nicht mehr an, sich hinter Nichtwissen zu verschanzen, denn wir wissen ja!

Es geht heute nicht mehr an, sich hinter Nichtkönnen zu verschanzen, denn wir können ja!

Wir sind ein Volk, dessen Stimme im Rate der Völker gehört wird, dessen Handelsflagge auf allen Meeren weht, dessen materieller und geistiger Einfluß über die Meere hinüberreicht.

Noblesse oblige!

Aber es ist ja nicht nur das. Wollen wir erhalten, was wir errungen haben, dann heißt es die Quellgründe schützen, aus denen Mark und Kraft des Volkes hervorströmt.

Darum: Schutz den Müttern!

Ein Schutz, so umfassend, so sorgend und liebevoll, wie nur denkbar.

Ein Schutz, der in weiser Ökonomie zerstreute Kräfte, Hilfsquellen und Hilfsbereitschaften zu einer einheitlichen, trag- und schlagkräftigen Organisation zusammenfaßt.

Wie von Franqué sein Referat auf dem I. Kongreß für Säuglingsschutz schloß: „Wenn erst das deutsche Volk zu der Erkenntnis gelangt sein wird, daß die Herabminderung der Sterblichkeit der Mütter im Wochenbett und der Säuglinge eine Pflicht nationaler Selbsterhaltung ist, dann werden ihm auch die Mittel zur Erfüllung dieser Pflicht ebensowenig fehlen wie dem kleinen Magyarenvolke, das als erstes die Verstaatlichung der ganzen Säuglingsfürsorge von nationalen Gesichtspunkten aus unternommen hat. Vielleicht kommt auch einmal eine Zeit, in der die Völker nicht mehr gezwungen sind, sich bis an die Zähne in Waffen starrend gegenüberzustehen und in der sie dann mehr Mittel als jetzt für Inangriffnahme großer Kulturaufgaben haben. Wir Männer des Friedens aber haben jetzt schon die Pflicht, laut zu sagen, was not tut. Denn der erste Schritt zur Heilung einer infizierten Wunde ist, sie freizulegen. Eine solche Wunde aber am Körper des deutschen Volkes ist die Mortalität und Morbidität der Mütter und Säuglinge. Möge es den vereinten Bemühungen aller maßgebenden Faktoren gelingen, sie in nicht allzu ferner Zeit der Heilung entgegenzuführen.“

So brauchen wir Mutterschaftsversicherung als jenen Teil der sozialen Fürsorge, die allen Frauen, die dessen bedürfen, einen ausreichenden Schutz in den der Niederkunft voraufgehenden und den ihr folgenden Wochen angedeihen läßt.

Die weiter alle erforderlichen Maßnahmen trifft, um der Mutter das Stillen des Kindes zu ermöglichen, bzw. ihre Stillfähigkeit zu erhöhen, oder der nicht Stillfähigen für geeignete Säuglingsmilch zu sorgen.

Die gesetzliche Mutterschaftsversicherung muß danach obligatorisch alle Volksangehörigen umfassen, die mit einem Einkommen von weniger als 3000 M. zu rechnen haben.

Sie ist der bestehenden gesetzlichen Zwangsversicherung für Krankheitsfälle in der Weise anzugliedern, daß, unter Ausdehnung des Kreises der Versicherungspflichtigen auf die heute noch nicht von der obligatorischen Versicherung erfaßten, in der Landwirtschaft, dem Gesindedienst, der unständigen und der Heimarbeit, den liberalen Berufen usw. erwerbstätigen Volkskreise, unter Erhöhung der Versicherungspflicht von den Einkommen von 2000 auf die von 3000 M., den in diesem Zusammenhang Versicherungspflichtigen entsprechende Beiträge zur Mutterschaftsversicherung bzw. eine Erhöhung der heutigen Beiträge zur Krankenversicherung aufgelegt werden.

Die Zwangsversicherungspflicht ist ferner auf die Familien der Versicherten auszudehnen. Die Sätze für Familienversicherung sind so zu bemessen, daß in ihnen die für Hauspflege in Wochenbetts- oder Krankheitsfällen des weiblichen Haushaltvorstandes benötigten Beträge mitenthalten sind.

Die Mutterschaftsversicherung hat zu gewährleisten: eine Schonzeit für die Schwangere, die mindestens 4 Wochen, und eine solche für die Wöchnerin, die mindestens 6 Wochen beträgt. Es ist selbstverständlich, daß diese Schonzeit die der Niederkunft unmittelbar voraufgehenden und die ihr folgenden Wochen umfassen muß.

Während dieser Zeit ist der Schwangeren bzw. der Wöchnerin eine Entschädigung in der vollen Höhe des von ihr bezogenen Lohnes zuzuteilen.

Die Mutterschaftsversicherung umfaßt ferner das Recht auf den Bezug von Hauspflege im Falle von Wochenbett des weiblichen Haushaltvorstandes.

Sie gibt außerdem das Recht auf Anstaltspflege im Wochenbettsfall entweder auf Kosten der Kassen und sonstigen verpflichteten Instanzen oder auf Selbstkosten zu den ermäßigten Sätzen, die den Krankenkassen usw. zugebilligt sind.

Schließlich umfaßt sie das Recht auf den Bezug von Stillprämien oder sonstiger Still- bzw. Säuglingsernährungsbeihilfen.

Lauter Minimalforderungen, deren Erfüllung vom Zusammenwirken aller verpflichteten Instanzen, als da sind Staat, Gemeinde und Krankenkassen, abhängig und bei gutem Willen aller Beteiligten unschwer durchführbar sind.



JOSEF GRÜN, MAILAND: DER KAMPF GEGEN DEN ALKOHOL IN ITALIEN.

DAS abgelaufene Jahr hat auch in der jungen Antialkohol-Bewegung Italiens Ansätze hervorgebracht, deren Fortentwicklung in der nächsten Zeit von beträchtlicher Bedeutung für die Geschichte der Bestrebungen der Alkoholgegner auf der Apenninenhalbinsel sein werden. Die den beiden Kammern von der Regierung in Vorschlag gebrachten Gesetzentwürfe auf finanziellem Gebiete (Erhöhung der Alkoholsteuern) so-

wohl wie auf dem der Verwaltungstechnik (gesetzliche Maßregeln gegen den Alkoholismus, Jugendschutzgesetze usw.) werden zwar zur Ausrottung der gefährlichen Volksseuche nicht ausreichend sein, aber die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als bisher auf diese Frage lenken und den allmählich an Zahl und Bedeutung anwachsenden Anhängern der planmäßig organisierten Bekämpfung des Alkoholismus in Italien Gelegenheit geben, mit ihren Ansichten und Forderungen vor die Öffentlichkeit zu treten und deren Aufmerksamkeit zu erobern.

Die Geschichte der Alkoholgegner-Organisationen im italienischen Reiche ist keine langjährige. Seit zwölf Jahren führt der älteste Anhänger des Gedankens vollständiger Enthaltsamkeit vom Alkohol, der Pastor Giovanni Rochat zu Florenz in seiner Monatsschrift „Bene sociale“ einen unermüdlichen Kampf wider den Alkohol und hat eine stattliche Anzahl von Anhängern zu erwerben verstanden. In den Jahren 1904, 1905 und 1907 fanden in Venedig, Verona und Mailand allgemeine italienische Alkoholgegnertage statt, welche die Aufstellung der gemeinsamen Grundsätze und Forderungen vornahmen und im letztgenannten Jahre auch die Gründung des Landesverbandes „Federazione antialcoolista Italiana“ mit dem Sitze in Mailand, Via S. Barnaba 38 (Umanitaria) und seiner zweiten ständigen Zeitschrift gegen den Alkohol, der Mailänder Monatsschrift „Contro L'alcoolismo“, die einige eingegangene Vorgängerinnen hatte, herbeiführten.

Dem Landesverbande haben sich bisher sämtliche örtlichen Organisationen, ein Dutzend etwa der Zahl nach, in Nord- und Mittelitalien angeschlossen, während der Süden nur vereinzelte Alkoholgegner aufweist; diese Organisationen umfassen ebenso Enthaltsame wie auch Mäßige bis auf der jüngsten eine, den neutralen Guttemplerorden, der nach einer Werbereise des Altmeisters Forel im Frühjahr 1909 entstand und bisher zwei Logen in Mailand mit etwa 80 Mitgliedern sowie die erste Enthaltsamkeitszeitschrift, die Monatsschrift „Redenzione“ (Erlösung), ins Leben gerufen hat, die im Herbste 1910 zu Erscheinen begann, kurze Zeit vor dem von den rührigen Guttemplern Mailands im Vereine mit dem Landesverbande einberufenen und vorbereiteten IV. Alkoholgegnertag Italiens, der am 30. und 31. Oktober 1910 etwa 100 Teilnehmer im Rathause von Mailand zu eifrigster Arbeit vereinigte und den zunehmenden Einfluß der Enthaltsamen auf die Alkoholgegnerbewegung des Landes zeigte, der zum erstenmale zu Zusammenstößen zwischen den Anhängern der beiden Richtungen führen mußte.

Der wichtigste Punkt der ungemein reichhaltigen Tagesordnung war die Beratung und Ausfeilung der Vorschläge des Landesverbandes zum Regierungsentwurf der gesetzlichen Maßregeln gegen den Alkoholismus; Berücksichtigung dieser Vorschläge war von dem gerade vorübergehend in Mailand befindlichen Ministerpräsidenten Luzzatti in einem Schreiben, das seine Nichtteilnahme an der Tagung entschuldigte, in Aussicht gestellt worden. Nach einem trefflichen Referat des Abg. Prof. Adolfo Zerboglio, Pisa, und einer ebenso gründlichen wie sachlichen Besprechung einigte man sich auf 14 Vorschläge, die sich auf die Regelung des Schankkonzessionswesens und des Schankbetriebes, Forderung des Absinthverbotes, des Verbotes der Verabfolgung von geistigen Getränken an Kinder und Trunkene, Errichtung von gesonderten Trinkerheilstätten usw. beziehen. Über die vielumstrittene Frage des Einflusses der Trunkenheit auf das Strafausmaß gelangte man trotz einer anregenden Aussprache zu keiner Einigung und beschloß die besondere Behandlung dieser wichtigen Frage auf der nächsten Tagung, während

vorläufig nur eine allgemeine Formel, die den Wunsch nach besserem Schutze der Gesellschaft vor Straftaten von Trunkenen zum Ausdruck brachte, Annahme fand. Der nächste Kongreß soll auch eine ausführlichere Besprechung des diesmal nur kurz gestreiften für Italien besonders wichtigen Problems des Weinbaus und dessen Umformung in gesundheitsfördernderem Sinne vornehmen.

Von den übrigen Referaten führte dasjenige des Enthaltsamen Dr. Luigi Rochat, Florenz, über „Alkohol und Ernährung“ den Zusammenstoß der beiden Richtungen herbei und veranlaßte die Annahme einer einigenden Formel, die sich auf die Beschlüsse der vorhergegangenen Kongresse bezog. Über „Einfluß des Alkoholismus auf die Arbeiterorganisationen“ sprach Dr. Alessandro Schiavi, dessen Schlußsätze mit einigen Zusätzen zur Annahme gelangten. Im übrigen befaßte man sich mit den Fragen des Antialkoholunterrichtes in den Schulen, Zusammenhang von Alkohol und Arbeitsleistung, Schaffung von alkoholfreien Wirtschaften usw., nahm Begrüßungen und Danksagungen von mehreren Seiten, u. a. auch einige Worte des anwesenden internationalen Alkoholgegnersekretärs Dr. Hercod, entgegen und beschloß endlich, die allgemeinen italienischen Alkoholgegnertage von nun ab regelmäßig alljährlich zu veranstalten; für das Jahr 1911 schlug man dem Landesverbande die Abhaltung in Florenz und für die Tagesordnung die gesetzliche Verantwortlichkeit Trunkener, die naturgemäße Ernährung, die Weinbaufrage, alkoholgegnerische Presse und die Entsendung von Delegierten zum internationalen Alkoholgegnerkongreß 1911 im Haag vor.

Inzwischen wird die Bedeutung der Alkoholfrage für die Volkswohlfahrt und Volkswirtschaft Italiens durch die parlamentarische Behandlung die öffentliche Aufmerksamkeit mehr auf sich lenken als bisher. Besonders ist eine weitere Steigerung des Interesses von seiten der sozialistischen Partei Italiens zu erwarten, die sich auch heute schon verhältnismäßig am meisten damit befaßt. Auf dem XI. Landeskongresse der Partei im Oktober 1910 zu Mailand stand denn auch die Alkoholfrage auf der Tagesordnung, konnte aber gleich einer Anzahl technischer und erzieherischer Fragen nicht mehr behandelt werden, da die ausführlichen und lebhaften Debatten über politische Dringlichkeiten die ganze Tagung in Anspruch nahmen. Erfreuliche Ansätze sind in der eifrigsten Mitarbeit bekannter Sozialisten an der alkoholgegnerrischen Bewegung im allgemeinen bereits vorhanden, so nahmen außer einigen örtlichen Parteiführern an dem Alkoholgegnerkongresse von Mailand fünf sozialistische Abgeordnete teil, und zwar außer dem Referenten Zerboglio der Abstinent Turati, der in seiner bedeutenden Halbmonatschrift „Critica sociale“ den Enthaltsamkeitstandpunkt öfter zu Worte gelangen läßt und erst kürzlich nach dem Mailänder Parteitage in seiner Zusammenfassung der nunmehrigen Aufgaben der örtlichen Parteivereine auch über den Kampf gegen den Alkoholismus regelmäßige Berichterstattung forderte; ferner Cabrini, der eifrige und vielseitige Fachmann auf dem Gebiete der Sozialpolitik; der neue Leiter des „Avanti“, Treves; schließlich Beltrami, der sich eifrig in der Genossenschaftsbewegung betätigt, die in Italien der sozialistischen Partei ziemlich nahesteht und durch die Beschlüsse von Kopenhagen und die bevorstehende Behandlung der Genossenschaftsfrage von seiten eines besonderen Parteitages wohl in noch engere Fühlung mit der Partiebewegung zu kommen bestimmt ist.

Im übrigen werden die auf dem Mailänder sozialistischen Parteitage unerledigt gebliebenen Punkte der Tagesordnung in bezug auf das Genosse-

schaftswesen auf einer Sondertagung im Frühjahr zur Behandlung gelangen. Dabei wird auch die Alkoholfrage mit in die Betrachtung zu ziehen sein, da das Korreferat der revolutionär-intransigenten Minderheit zum Punkte „Genossenschaft und Sozialismus“ diese streift und wohl nicht unerledigt lassen wird. Es handelt sich hierbei um Mißstände im italienischen Organisationswesen, um die sogenannten „Circoli Vinicoli“, deren Mitglieder den Wein in größeren Mengen gemeinsam einkaufen und an ihrem Sitze gesellschaftlich verbrauchen; diese Art Konsumgenossenschaften sind in vielen Gegenden, namentlich in Piemont, die Vorläufer der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariates, bleiben aber bedauerlicherweise auch oft noch dann neben diesen bestehen und schädigen die wirtschaftliche und sittlich-geistige Kraft der vom zeitgemäßen Organisationsgedanken erfaßten Lohnarbeiterenschaft empfindlich. Auch die erweiterten Konsumgenossenschaften allgemeiner Art leiden durch den Alkoholismus in Form der Dividendenseuche, noch immer nicht verdrängt durch die Angewohnheit, den Jahresanteil am Gewinn gemeinsam zu vertrinken, statt zum Ausbau der genossenschaftlichen Einrichtungen anzulegen. Es steht zu hoffen, daß der Ausbau der genossenschaftlichen Beziehungen diesem persönlichen und örtlichen Egoismus allmählich ein Ende machen wird; der im November 1910 zum erstenmale von den allgemeinen Genossenschaftstagen gesondert tagende Kongreß der italienischen Konsumgenossenschaften hat mit dem Beschlusse der Errichtung einer Großeinkaufsgesellschaft die Möglichkeit zu derartigen Fortschritten gegeben, wenn auch eingeräumt werden muß, daß die zum Ausdruck gebrachte Neigung, die Produktivgenossenschaften zu fördern und zu bevorzugen, die Gefahr in sich schließt, durch Übernahme des Vertriebes von Erzeugnissen der zahlreichen Weinbaugenossenschaften Italiens durch die im Entstehen begriffene Großeinkaufsgesellschaft den heute bereits schwunghaft betriebenen Verkauf von alkoholischen Getränken durch die Konsumgenossenschaften des Inlands zu erweitern und im internationalen Verkehr der Großeinkaufsgesellschaften untereinander, der ja erst in den Anfängen steckt, dem wichtigsten der italienischen Ausfuhrgüter neue Märkte zu erobern.

In jedem Fortschritte lauert eine Gefahr, der möglichst im Keime zu begegnen ist. Die rasch fortschreitende Industrialisierung von Nord- und Mittelitalien hat den Alkoholismus in den letzten Jahrzehnten ungemein gesteigert, während Süditalien nicht so sehr davon berührt erscheint. Die alkoholgegnerische Betätigung sowohl in ihrer Einwirkung auf Erziehung und Wirtschaft gehört daher zu einer der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit in Italien sowohl wie in allen Gegenden der Erde.



LEOPOLD KATSCHER, MÜNCHEN: DIE SOZIALEKRETÄRIN ODER WOHLFAHRTSPFLEGERIN.



S genügt nicht, die materielle Lage der Angestellten zu heben, ohne gleichzeitige soziale Hebung verfehlt die materielle zum großen Teil ihren Zweck. Da nun die Inhaber der jetzigen Riesenbetriebe völlig außerstande sind, die nötige persönliche Fürsorge für ihr Personal selber zu üben, greifen sie immer häufiger zu dem läblichen

und sehr erfolgreichen Auskunftsmittel, als Ersatz „Sozialsekretärinnen“ bzw. „Sozialsekretäre“ anzustellen.

1889 zum ersten Male verwirklicht, fand diese neue Einrichtung in den Vereinigten Staaten rasch so großen Anklang, daß bereits nach vier Jahren eine Konferenz der männlichen und weiblichen Sozialsekretäre stattfinden konnte. Namentlich in den gewaltigen nordamerikanischen Warenhäusern bewährt sich die Sache ausgezeichnet, und diese Betriebe betrachten es heutzutage schon als für ihr Gedeihen unerlässlich, solche Stellungen zu schaffen. Für diese Posten hat man auch noch andere Bezeichnungen ersonnen: „Fabrikspflegerin“, „Wohlfahrtspflegerin“. Bald fand die neue Institution auch in England Eingang. Bereits 1891 stellte die große Yorker Kakaoftirma Rowntree eine Sozialsekretärin an, und sie machte mit dieser so glänzende Erfahrungen, daß sie schon nach kurzer Zeit auch einen männlichen Sozialsekretär, einen Doktor der Philosophie, annahm; gegenwärtig haben die beiden sieben Gehilfen, durchweg gründlich erfahrene soziale Hilfsarbeiter.

Da es sich empfiehlt, der Trägerin eines solchen Amtes eine gewisse amtliche Autorität zu verleihen, pflegt man sie u. a. mit der Anstellung der neuen Kräfte zu betrauen. Das setzt sie zugleich in die Lage, sich mit den Verhältnissen und Bedürfnissen der Neulinge vertraut zu machen und diese nachher besser beraten und betreuen zu können. Die Vorteile eines solchen Verfahrens liegen auf der Hand. In der Regel verständigen die Abteilungsleiter, die neuer „Hände“ bedürfen, den Direktor, der nach getroffener Entscheidung die Sozialsekretärin beauftragt, die Bewerber zu empfangen, die geeignetsten den betreffenden Abteilungsleitern zu empfehlen und sie nachher, falls die letzteren ihre Eignung bestätigt haben, anzustellen. Auch die Entlassung wird durch die Sozialsekretärin vermittelt, die bei dieser Gelegenheit, wenn sie es für gut findet, die Versetzung in eine andere, vielleicht angemessene Abteilung vereinbaren, andernfalls der entlassenen Person hinsichtlich ihrer Zukunft raten und beistehen kann.

Die Anstellung von Personal ist übrigens, wie gesagt, nur eine neben-sächliche Funktion. Die Hauptsache bleibt die Förderung der Wohlfahrt der Angestellten, die Anregung verbesserter Arbeitsbedingungen, die Errichtung von Geselligkeits- und Bildungsklubs, die Hebung der sozialen Lage, die Vermittlung zwischen Unternehmer und Personal behufs Vermeidung oder Beseitigung von Reibungen u. dgl. Richtig ausgefüllt, stellt ein solcher Posten hohe geistige und seelische Ansprüche an seine Inhaberin, und es lohnt den Chefs, sie gut zu bezahlen. Ist ein Betrieb nicht groß genug, um eine Wohlfahrtspflegerin voll zu beschäftigen, so kann diese auch noch anderen Aufgaben dienen, z. B. nebenbei Privatsekretärin des Geschäftsbesitzers sein. In allen Fällen ist das erste Erfordernis, daß die Chefs der betreffenden Person vollstes Vertrauen schenken und daß diese sich das Vertrauen der Untergebenen zu erringen versteht, denn sonst wird die Sache ihren Zweck verfehlen.

Die Sozialsekretärin wird, wenn auf den richtigen Platz gestellt, die Mädchen in allen Lebenslagen bemuttern und den im Laden oder in der Fabrik herrschenden Ton beträchtlich heben. Ein Mädchen sagte von der ihr vorgesetzten Sozialsekretärin: „Sie läßt uns fühlen, daß das Warenhausleben denn doch Sonnenschein bietet. Dieses Gefühl flößt uns Vertrauen ein; wir empfinden, daß jemand da ist, dem wir unseren Kummer und unsere Be schwerden anvertrauen können.“ Und die Sozialsekretärin, von der dies gesagt wurde, hat geäußert: „Häufig vermitteln wir zwischen dem Publikum

und den Angestellten, indem wir die Mädchen gegen ungerechte Klagen in Schutz nehmen. Wir sehen auch darauf, daß verdienstvolle Angestellte gehörig befördert werden. Zuweilen bringen wir entlassene Mädchen zurück und sehen sie dann sehr tüchtig werden.“ In einem großen New-Yorker Kaufhause hoben die Wohlfahrtspfleger den Ton so außerordentlich, daß die Besitzer und die Stammkunden darüber höchst staunten. Das Bewußtsein, Ansprache, Wohlwollen, Rat und Beistand zu finden, erhöht die Arbeitsfreudigkeit ungemein.

Die Hauptsache ist der unmittelbare persönliche Verkehr der Sozialsekretärinnen mit den Chefs einerseits und dem Personal andererseits. Eine sympathische Sozialsekretärin kann auf ihre Pflegebefohlenen sehr oft einen größeren und günstigeren Einfluß ausüben, als deren Mütter, namentlich in Dingen, die im häuslichen Kreise unbekannt sind. Anfänglich mag es vorkommen, daß die Einführung einer Wohlfahrtspflegerin einiges Mißtrauen erregt, aber ein wenig Takt hilft erfahrungsgemäß sehr leicht darüber hinweg. Am besten führt man die neue Beamte unauffällig als eine Abteilungsleiterin ein, die lediglich nach dem materiellen Wohl des Personals zu sehen hat. Die ersten auf ihre Anregung bewirkten Verbesserungen genügen, um ihr die Zuneigung der Nutznießer zu gewinnen. Bald kann man sie bitten, sich durch hygienische und andere Plauderstunden mit sämtlichen Pflegebefohlenen persönlich bekannt zu machen. Inzwischen wird das schon teilweise der Fall gewesen sein durch das Empfangen und Anstellen von Bewerbern, durch die Entgegennahme von Gesuchen um Lohn- oder Gehaltserhöhung und durch die Untersuchung von Klagefällen. Allmählich wird das Besuchen von Kranken oder das Erwirken besonderer Vergünstigungen in Notfällen oder die Einrichtung von Nähklassen, Arbeitergärten u. dgl. die Leute davon überzeugen, daß sie es mit einer aufrichtigen Freundin zu tun haben.

Die für das Filenesche Warenhaus in Boston angestellte Sozialsekretärin wurde zunächst, um mit den Verhältnissen vertraut zu werden, auf drei Monate als eine Direktrice eingeführt, um nachher an die Spitze eines Bureaus zu treten, an das sich alle wenden mußten, die eine Beschwerde vorbringen oder um Gehaltserhöhung oder Versetzung bitten wollten. Später wurde ihr das Annehmen und Entlassen von Verkäuferinnen übertragen. Obwohl sie jeden Anschein von Autorität zu vermeiden sucht, genießt sie beim männlichen wie beim weiblichen Personal das größte Ansehen; alle wenden sich mit allen Anliegen nur an sie. Sie wahrt aber nicht nur das Interesse ihrer Untergebenen, sondern auch das der Firma, indem sie unbegründete Forderungen mit den angemessenen Aufklärungen ablehnt. Bei ihren gleichsam richterlichen Obliegenheiten läßt sie sich weder von Sentimentalität, noch von bloßer Menschenfreundlichkeit leiten, sondern von der Vernunft und dem Interesse des Geschäfts. Sie bringt den Leuten die Überzeugung bei, daß „die Firma anständig“, sei und sie wissen diese Überzeugung, weil sie begründet ist, aufs Publikum zu übertragen, was dem Hause selbstverständlich sehr zu-statten kommt.

Schon von letzterem Gesichtspunkte allein muß das Anstellen von Sozialsekretärinnen als im Interesse der Arbeitgeber liegend bezeichnet werden. Abgesehen von dem Segen für das Personal, lohnt sich die Sache für den Unternehmer, denn die verbesserte Bedienung lockt das kaufende Publikum an. Ein amerikanischer Sachverständiger schreibt: „Jeder Geschäftsbetrieb, der einen männlichen oder weiblichen Sekretär besitzt, erklärt, dessen Dienste nicht mehr entbehren zu können, denn beim Personal ist an die Stelle

der Reibungen, der Unzufriedenheit und des Zwistes Harmonie getreten; die Kunden haben das gemerkt und kaufen nicht nur mehr ein, sondern sie empfinden es auch als Vergnügen, bei solchen Firmen einzukaufen. Das ist das Ergebnis von planmäßigem Vorgehen, von Freundlichkeit und Rücksichtnahme.

Die bekannte National Cash Register Company in Dayton hat ihre Sozialsekretärin, die Inhaberin eines akademischen Grades, an die Spitze eines der Fabrik gegenüberliegenden Hauses gestellt, in dem sich bequeme Aufenthaltsstuben und eine Bücherei befinden. Hier werden allwöchentlich gesellige Zusammenkünfte veranstaltet, zu denen jedesmal eine gewisse Anzahl männlicher und weiblicher Arbeiter und Beamte, darunter einige hervorragende Beamte, Einladungen erhalten. In Verbindung mit diesen Veranstaltungen stehen Tanzklassen mit 450 Teilnehmern. Der Sozialsekretärin untersteht auch die „Fortschrittsabteilung“, die auf Wunsch gegen geringes Entgelt Sprach-, Koch-, Näh-, Tanz-, Mal-, Rede-, Schnitz- und andere Kurse einrichtet. Die Sozialsekretärin hat bereits drei Gehilfen und für die Männer ist ein „Wohlfahrtsdirektor“ tätig. Den Gipfel des sozialen Hilfswerkes dieser Firma bildet der große weibliche „Jahrhundertklub“, der die soziale Hebung des Arbeiterstandes nicht allein in der Daytonten Fabrik, sondern auf der ganzen Erde bezweckt. Er gibt die prächtig ausgestattete Vierteljahrsschrift „Woman's Welfare“ (Frauenwohlfahrt) heraus, die an viele Interessenten unentgeltlich verschickt wird, aber auch für Geld abonniert werden kann.

Bei der National Cash Register Company und bei der großen englischen Kakaofabrik Cadbury (London und Bournville) werden die Sozialsekretärinnen von den befähigteren Abteilungsleiterinnen unterstützt. Im Wanamakerschen Riesenwarenhause zu New-York hilft die sogenannte „Führerin“ an der sozialen Hebungarbeit mit. Das Amt dieser Dame besteht darin, Kunden umherzugeleiten, ihnen beim Auswählen von Waren beizustehen, durch kluge Fragen ihre Bedürfnisse zu erforschen — kurz, sich ihnen nützlich zu erweisen. Die gegenwärtige Inhaberin dieser Stelle, die fünf Jahre lang einem Heim für Ladenmädchen vorgestanden hat, benützt ihre freie Zeit zur sozialen Fürsorge für Verkäuferinnen. Sie hat ihnen einen sich selbst erhaltenden „Vorwärtsblickklub“ gegründet mit 50 Cents Jahresbeitrag und Lehrkursen für Englisch, Deutsch, Französisch, Deklamation, Gesang, Schneiderei, Putzmacherei und Kochkunst. Ein „Trostausschuß“ hat die Aufgabe, die kranken Mitglieder zu besuchen, sie mit Delikatessen zu versehen, sowie Neuvermählten und Kindern Geschenke zu bringen. Jene „Führerin“ will „die Ideale und den Gedankenkreis der Mädchen heben, ihnen neue Interessen einflößen und sie zu möglichst guten Müttern oder Altjungfern machen.“

Die amerikanische Frauenrechtlerin Maud Nathan schrieb 1902: „Um den vielen Wohl- und Leichtlebigkeitsversuchungen, die an zahlreiche schlecht bezahlte und überanstrengte Ladenmädchen herantreten, entgegenzuarbeiten, bemühen sich die Sozialsekretärinnen, sie für ihren Beruf zu interessieren, ihnen Geschäftstüchtigkeit beizubringen und ihnen begreiflich zu machen, daß die Arbeit adelt, wenn ihr höhere Beweggründe innewohnen und sie nicht ausschließlich als Mittel zum Gelderwerb betrachtet wird. Die Chefs finden, daß die Mädchen gesünder werden, seltener bettlägerig sind und mehr an ihrer Arbeit hängen und daß daher ihre Leistungsfähigkeit steigt, wodurch wieder das Geschäft gehoben wird. Und zur Ehre des Publikums muß gesagt werden, daß es den Firmen, die solche Reformen eingeführt haben, seine Gunst in besonders hohem Grade zuwendet, so daß jene Geschäftshäuser

nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar die Erfahrung machen, daß die Wohlfahrtspflege ebenso sehr eine Forderung der Klugheit, des wohlverstandenen Selbstinteresses ist, wie ein Gebot der Menschenfreundlichkeit und der Gerechtigkeit.

Was nun Deutschland anbelangt, so fehlt es auch hier nicht an Anfängen. Dem Zehlendorfer Professor Zimmer hat man die Anregung zur Einführung von „Fabrikpflegerinnen“ zu danken. Auf seinen Rat stellte vor mehreren Jahren eine große chemische Fabrik in Berlin einige „Fabrikpflegerinnen“ an, und der Erfolg war so befriedigend, daß eine Vereinigung von Chemikalienfabrikanten mehrere Frauen für diesen Beruf ausbilden ließ. Dr. Zimmer bezeichnet als Merkmale, die eine „Pflegerin“ von der amerikanischen „Sozialsekretärin“ unterscheiden, daß sie „die volle Arbeit einer Fabrikarbeiterin gelernt hat und zur Hilfe der Arbeiterinnen, zum Anlernen von Neueingetretenen sowie als Zwischenglied zwischen Meister und Arbeiterin“ dient. Sie sorgt für die Person der letzteren, ist aber nicht ihre dienstliche Vorgesetzte und daher nicht für ihre Arbeit verantwortlich.

Unabhängig von den Zimmerschen Vorschlägen traten württembergische Gewerbeinspektoren für die Einführung solcher Fabrikpflegerinnen ein, die sich allerdings von den amerikanischen Sozialsekretärinnen ebenfalls dadurch unterscheiden, daß sie nicht nur Aufsichtsdamen, sondern als Aufseherinnen gründlich ausgebildete Fachkräfte sind. Ein Trierer Fabrikbesitzer ging mit dem Beispiel voran, zehn solcher Aufseherinnen anzustellen, die in der ganzen Technik der Fabrikation unterrichtet worden waren. Die Josephsschwestern in Trier haben hierauf zum ersten Male im Herbst 1904 einen theoretischen Kursus für die sozialpolitische Ausbildung dieser Fabrikpflegerinnen durch eine volkswirtschaftlich ausgebildete Dame, Dr. Elisabeth Gottheiner, eingerichtet. Aufgabe der Fabrikpflegerinnen, die, wenn sie sich bewähren, auf ein Anfangsgehalt von etwa 1200 Mk. rechnen dürfen, ist die Beaufsichtigung und sittliche Beeinflussung der Arbeiterinnen, Prüfung der Arbeitsbücher und Überwachung der Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Etwas anderer Art ist die Tätigkeit der ersten Fabrikpflegerin Deutschlands, die Direktor Erich Rathenau im Kabelwerk Oberspree der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft angestellt hat. Es sind dort 800 Arbeiterinnen beschäftigt, und die Pflegerin übt Kontrolle über die zahlreichen Wohlfahrteinrichtungen des Unternehmens. Sie erfreut sich des vollen Vertrauens ihrer Pfleglinge, die sich gern ihrer Vermittlung bedienen, um Wünsche auszusprechen und Mißstände abstellen zu lassen.



MARGARETHE VON GOTTBURG, STUTTGART: DIE BEEINFLUSSUNG DER KRIMINALITÄT DURCH DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE.

DER wirtschaftliche Umschwung, der im Laufe der letzten Jahrzehnte im Deutschen Reich eingetreten ist, der einen reinen Agrarstaat in einen vorwiegend industrietreibenden Staat verwandelte, mußte notwendig auch einen starken Einfluß auf das moralische und religiöse Empfinden des Volkes ausüben und auch dessen Charakter einer inneren Umwälzung unterziehen. Mit dem Anwachsen des Volksreich-

tums Hand in Hand ging eine Steigerung der Lebensansprüche, die ebenso wie die durch die aufs äußerste getriebene Arbeitsteilung engen Beziehungen des Menschen zu seinem Berufe einen unauslöschlichen Eindruck auf sein Denken und Empfinden ausüben.

Daß diese beiden Faktoren dem Volkscharakter eine bestimmte Richtung weisen und ein ausgesprochenes Gepräge geben, ist selbstverständlich. Die Belege hierfür können wir in der Kriminalität finden, wenn wir die Veränderungen betrachten, denen dieselbe in dem Zeitraum der letzten 25 Jahre ausgesetzt gewesen ist. Diese Veränderungen wurden hauptsächlich verursacht durch den Übergang zur Industrie und deren Folgeerscheinungen. Denn durch die Industrie hat eine Zusammenziehung großer Menschenmengen auf verhältnismäßig kleinem Raum stattgefunden. Ferner ist die Industrie stärker wie jeder andere Erwerbszweig wirtschaftlichen Depressionen unterworfen. Und sie ist es zuletzt, die das Eindringen des weiblichen Elementes in das Berufsleben in erster Linie unterstützt hat. Diese drei Momente zeitigen aber eine nicht zu unterschätzende Beeinflussung der verbrecherischen Tendenzen einer Bevölkerung. Es bestätigt sich das dadurch, daß der Anteil der industriellen Bevölkerung an der Kriminalität von Jahr zu Jahr gewachsen ist, so daß im Jahre 1907 unter den wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze Verurteilten auf die Landwirtschaft 97 885 Erwerbstätige und Angehörige entfielen, auf die Industrie 251 894, auf Handel und Verkehr 95 614, auf die Arbeiter und Tagelöhner 51 879, auf die häuslichen Dienstboten 7497, auf den öffentlichen Dienst und die freien Berufsarten 7920.

Die Industrie weist also mehr als doppelt soviel Verurteilte auf wie die Landwirtschaft gemeinsam mit dem Handel und Verkehr, während die anderen Berufsgruppen im Verhältnis verschwindend an der Kriminalität beteiligt sind. Neben den schlechten Wohnungsverhältnissen leisten die wirtschaftlichen Depressionen der Kriminalität großen Vorschub und die alljährlich wiederkehrende mehr oder weniger hohe Ziffer der Arbeitslosen eröffnet gleichzeitig eine weite Perspektive auf die Zu- bzw. Abnahme der Kriminalität. Doch kommen noch andere Momente hinzu, die das Anwachsen der Verurteilten in den letzten Jahrzehnten besonders begünstigten. Zunächst kommt hierfür noch die Verkonsumierung von Genußmitteln auch in den breiteren Volkschichten in Betracht. Und da ist es hauptsächlich der übermäßige Alkoholgenuß, der auf Körper und Geist gleichermaßen schädigend wirkt. Steht doch das Deutsche Reich nach den letzten internationalen Vergleichen über den Anteil am Alkoholkonsum der Völker an zweiter Stelle.

Ferner muß aber auch noch der Schundliteratur Erwähnung getan werden, deren schädigende Einflüsse zur Genüge bekannt sind, als daß man hier noch weiter darauf einzugehen braucht.

Die industrielle Entwicklung förderte auch das Eindringen des weiblichen Elementes in das Erwerbsleben. Doch hier ist im Gegensatz zu allen Prophezeiungen eine Abnahme der Kriminalität festzustellen. Man hatte erwartet, daß die größere Freiheit und Unabhängigkeit der Frau auch ihre Kriminalität steigern würde, wohingegen sich die Charakterfestigkeit derselben, gehoben durch ein verstärktes Verantwortlichkeitsgefühl, in ihrem wahren Lichte gezeigt hat.

Betrachtet man die amtlichen Veröffentlichungen, so ergibt sich, daß die Gesamtzahl der jährlichen Verurteilten von 315 849 im Jahre 1882 auf 520 787 im Jahre 1907 stieg. Es entfallen darnach im Ausgangsjahr auf

100 000 Personen der strafmündigen Bevölkerung 996 und 1907: 1200 Verurteilte.

Diese Steigerung wird noch augenfälliger, wenn wir die Verurteilten in ihre einzelnen Bestandteile der männlichen und weiblichen Jugendlichen vom 12. bis 18. Lebensjahr, sowie der männlichen und weiblichen erwachsenen Verurteilten auflösen und sie in Beziehung zu der Zunahme des entsprechenden Teils der Bevölkerung setzen. Die männlichen und weiblichen Jugendlichen zusammen haben demgemäß im Vergleich zum Ausgangsjahr eine Zunahme von 29,2 % aufzuweisen; dabei entfällt auf die männlichen Jugendlichen eine Zunahme von 38,1 %, auf die weiblichen Jugendlichen eine Abnahme von 5,1 %. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den erwachsenen männlichen und weiblichen Verurteilten. Die ersten weisen eine Zunahme von 26,1 %, die letzteren eine Abnahme von 4,5 % auf. Der ganze Anteil der Steigerung entfällt somit auf das männliche Geschlecht. Eine besonders wenig ermutigende Erscheinung ist dabei auch die, daß die männlichen Jugendlichen mit 38,1 % die erwachsenen männlichen Verurteilten noch um 12 % überflügeln, also die Korruption in bedenklicher Weise schon in sehr jugendlichem Alter beginnt, so daß sich aus diesem Nachwuchs in späteren Jahren großenteils das gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrechertum zusammensetzt.

Wenn dieser kurze Überblick an sich nicht viel des Ermutigenden bietet, so ist andererseits doch die Möglichkeit gegeben, durch Reformen künftighin bessere Resultate zu erzielen. Der wirtschaftliche Aufschwung kam zu rasch, als daß den daraus entspringenden Schattenseiten auf allen Gebieten rechtzeitig begegnet werden konnte. Bisher hat man sich mit Reformversuchen fast ausschließlich der sozialen Seite zugewandt und die kriminelle fast gänzlich außer acht gelassen, und doch greifen beide eng ineinander. Die Reformen, die auch der Kriminalität zugute kommen würden, sind teilweise bei uns in ihren Anfängen begriffen und bedürfen nur eines stärkeren und intensiveren Ausbaues. Man kann sowohl von der Gartenstadtbewegung als auch von den Arbeiterkolonien mit Recht eine günstige Beeinflussung der Kriminalität erwarten, da sie eine Dezentralisation der Bevölkerung herbeiführt und die Wohnungsverhältnisse von Grund aus umgestaltet, ebenso wie die innere Kolonisation in den östlichen Provinzen einen Teil der Stadtbewölkerung wieder dem Lande zuführen wird. Ferner hat in den letzten Jahren ein heftiger und erfolgreicher Kampf gegen die Schundliteratur begonnen. Dagegen befindet sich die Arbeitslosenversicherung im Deutschen Reich noch in den ersten Anfängen, und doch dürfte es gerade ihr auch mit in erster Linie vorbehalten sein, einen günstigen Einfluß auf die Abnahme der Verurteilten auszuüben, ebenso wie der Kampf gegen den Alkohol noch viel energischer betrieben werden müßte.

Da man bisher diese Fragen fast ausschließlich von der sozialen Seite aus betrachtete, so war es an der Zeit, auch einmal der kriminellen Seite die ihre ungünstigen Resultate ebenfalls auf die rasche wirtschaftliche Entwicklung zurückführt, Erwähnung zu tun.



ERICH LILIENTHAL, BERLIN: DAS „GEFÄHRLICHE ALTER“ UND SEINE FOLGEN.



AS Buch der Dänin Karin Michaelis wird augenblicklich in Berlin und einigen anderen deutschen Großstädten von Hunderttausenden unter heftigem Protest mit Gier verschlungen. Karin Michaelis ist eine große Künstlerin und der Größten Eine unter den schreibenden Frauen, aber dies Buch gehört nicht in die Literatur und der Protest dagegen nicht in die Literaturkritik, sondern in die Sozialhygiene. Es mag deshalb mit ein paar Worten auf die eminente Gefährlichkeit dieses Werkes hingewiesen werden. „Das gefährliche Alter“ ist weit gefährlicher als das ganze gefährliche Alter überhaupt. Das Buch enthält eine Krankengeschichte, ein flott und packend geschriebenes Kapitel aus der Sexualpathologie, das unter den Krankengeschichten irgendeines von Nervenärzten gelesenen wissenschaftlichen Archivs sicherlich am Platze wäre. Es ist fast ein Unglück, daß das Buch so gut geschrieben ist, daß Hunderttausende, vielleicht eine Million von Lesern sogar, diese Arbeit ohne weiteres verstehen können. Die Entrüstung gegen das gefährliche Alter ist daher auch genau so allgemein wie die Lektüre. Überall im Berliner Westen, in den Straßenbahnen, Warenhäusern usw. sieht man Damen im gefährlichen Alter mit dem „gefährlichen Alter“. Die Damen hatten bisher zum größten Teil gar keine Ahnung von der Gefährlichkeit ihres Alters. Jetzt nun auf einmal, nachdem ihnen dieser Leitfaden der Perversität von Karin Michaelis in die Hand gegeben worden ist, rappeln sie ihre paar tierischen Instinkte, die sie zum Teil im Großstadtspektakel längst vergessen hatten, eifrig zusammen, suchen in ihren Seelenkemenaten nach Spuren erotischer Verirrung und werden so wild, wie es ihnen ihre Jahre erlauben. Das Buch ist eine Schmach. Nicht aus dem so beliebten allgemein angeführten Grunde, weil es nicht „wahr“ ist, sondern weil es einen seltenen Krankheitsfall so hinstellt, als ob es der annähernd typische Seelenzustand für eine große Anzahl kultivierter Frauen in den kritischen Jahren sein soll. Der Erfolg des Buches, der sich darin ausprägt, daß plötzlich eine Anzahl von Weibern — bisher anständigen und schamhaften Müttern und Frauen — in den kritischen Jahren auftauchen und sich offen zum gefährlichen Alter bekennen, ist ein Zeichen dafür, wie locker die Kulturschicht ist, mit der sich unsere Parvenugesellschaft überfrißt hat.

Man kann dies Buch ja nicht verbieten, aber man kann nur die flehentliche Bitte an alle sich in den Salons verbeugenden Psychiater, Migränedoktoren und pathologisch dichtenden Schriftsteller richten, daß sie möglichst wenig Verständnis dafür entwickeln, wenn nun plötzlich die Patientinnen im gefährlichen Alter haufenweise bei ihnen sichere Plätzchen für ihre seelische Dekolletierung zu finden hoffen. Nur durch das durchschnittliche Nichternstnehmen und durch eine starke Dosis Skepsis läßt sich die von Karin Michaelis verursachte Epidemie auf ihren Herd beschränken.



CHRONIK

FORTSCHRITTE der Wöchnerinnen-Schutzbewegung in Frankreich: Die Bestrebungen für wirksamen Mutterschutz in Frankreich gehen auf die Anregungen der internationalen Konferenz zu Berlin im Jahre 1890 zurück. Mit Stimmeneinhelligkeit wurde damals festgestellt, daß es wünschenswert sei, die jungen Mütter erst frühestens vier Wochen nach der Entbindung wieder zur Arbeit zuzulassen. Im Jahre 1895 gab Professor Pinard von der Universität Paris ein Gutachten ab, das zu fernerer Beschäftigung mit der Frage anregte; er zeigte insbesondere, daß die Frauen, die vor der Entbindung nicht arbeiten, sondern ruhen, größere und stärkere Kinder zur Welt bringen als die, welche bis zur Entbindung arbeiten. Diese Beobachtung wurde durch zahlreiche Einzelfälle bestätigt.

Die Frage, die seither den Gesetzgeber beschäftigt, ist indes eine doppelte. Zunächst muß der Arbeiterin das Recht auf Ruhe gegeben werden, dann aber muß ihr auch ein Hilfsmittel zugewiesen werden, welches ihr den Lebensunterhalt in dieser schwierigen Zeit, unabhängig von dem entfallenden Arbeitslohn, gewährleistet.

Was den ersten Punkt anlangt, so verfügt der jüngst angenommene Gesetzentwurf, der auf Initiative des Deputierten Engerand zurückgeht, daß der Arbeitsvertrag von Seiten der Arbeitgeber nicht gelöst werden dürfe, wenn eine Frau während der letzten Zeit der Schwangerschaft und der ersten Zeiten der Mutterschaft die Arbeit unterbricht. Weiter forderte Engerand, daß der Staat den bestehenden, der Mutterschaft sich widmenden privaten Vereinen eine höhere Subvention als bisher gewähre.

Dieser Teil des Antrags wurde von der Kammer nicht angenommen,

weil das gleiche Ziel nach Ansicht der Gesetzgeber besser durch Annahme eines vom Senator Strauß gestellten Antrages auf obligatorische Staatszuwendung an die jungen Mütter erreicht werde. Vielfach wurde in der Diskussion auf die beispielgebende Krankenversicherung Deutschlands und Österreichs und auf die Diskussion im deutschen Reichstag über Erweiterung der Wöchnerinnenfürsorge hingewiesen *).

Das Problem gewinnt in Frankreich auch deshalb eine besondere Wichtigkeit, weil die Statistik die große Sterblichkeit solcher Proletarierkinder, deren Mütter gewerblich tätig sind, nachgewiesen hat und weil auch dieses Moment die für Frankreich so bedeutungsvolle Gefahr der Entvölkerung verschlimmert. Es darf darum erwartet werden, daß sich der Gesetzgeber nicht bei der ersten Etappe des gegenwärtigen Gesetzes bescheiden, sondern bald weiter gehen und im Sinne des Antrags Strauß' für den Lebensunterhalt der Wöchnerinnen von Staats wegen sorgen werde.

Bemerkt mag übrigens noch werden, daß sich das neue Gesetz nicht bloß auf Fabrikarbeiterinnen, sondern auch auf Mägde in der Landwirtschaft und Dienstmädchen erstreckt, daß auch diese gegen die Gefahr der Entlassung aus Anlaß ihrer Schwangerschaft geschützt werden sollen.

René Simon, Cabinetschef im Arbeitsministerium, Paris.



Gartenstädte in Nordbayern: Eine durchgreifende Wandlung im Woh-

*) Siehe Artikel von Dr. Fischer in der Mainummer 1910 der Zeitschrift. Anm. d. Red.

nungswesen hat sich in jüngster Zeit im nördlichen Bayern vollzogen. Eine Wandlung, deren weitere Entwicklung sozial und gesundheitlich von außerordentlicher Bedeutung sein wird! Mit der Ausdehnung der Industrie, namentlich im bayrischen Industriezentrum Nürnberg, drängten sich die Massen der Bevölkerung in den städtischen Quartieren zusammen. In der Großstadt sowohl wie auch in kleineren Orten herrschten vielfach menschenunwürdige Wohnungszustände. Man suchte zu bessern, mit tatkräftiger Unterstützung der bayrischen Regierung entstanden zahlreiche Baugenossenschaften, die nun ihr Heil in der Errichtung großer Wohnhäuser mit vielen Geschossen und Wohnungen suchten. „Der Grund und Boden ist ja so teuer — so hieß es —, daß man nur noch an die Errichtung der vielgeschossigen Häuser heute denken kann.“ Und: „Die Baukosten dieser Häuser sind doch auch verhältnismäßig die billigsten... Man bedachte aber nicht, daß man durch das Bauen der großen Stockwerkhäuser das Werk der Bodenverteuerung förderte, statt es zu bekämpfen, und daß anderseits auch die Frage der Baukosten durchaus der Nachprüfung bedurfte.“

Es haben nun eine Reihe praktischer Versuche in Nürnberg sowohl wie in der weiteren Umgebung erwiesen, daß man tatsächlich dem Arbeiter wie dem Bürger teils zum gleichen Preise, teils zu einem nicht nennenswert höheren Preis eine unendlich viel schönere und bessere Wohnung in einem eigenen, vom Nachbar völlig geschiedenen Hause mit schönem Garten geben kann. Anderseits hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß der Bau solcher Kleinhäuser mit niedrig gehaltenen Mieten das beste und wirksamste Mittel ist, die die Allgemeinheit schädigende und den natürlichen Wertzuwachs weit übersteigende Boden-

verteuerung aufzuhalten. Die Bewegung zur Errichtung solcher billiger Häuser zum Alleinbewohnen hat jetzt einen ganz ungeahnten Aufschwung genommen. Die älteste Baugenossenschaft, der Bauverein Siemens-Schuckertscher Arbeiter, der bereits 800 Wohnungen in großen Geschoßhäusern erbaute, hat ein Projekt zur Errichtung von 300 Einfamilienhäusern in der Stadt Nürnberg aufgestellt, mit dessen Ausführung im Frühjahr begonnen werden soll. Eine andere Baugenossenschaft, die Gartenstadt Nürnberg, baut etwas außerhalb der Stadt eine ungefähr 2000 Wohnungen umfassende Siedlung von Arbeiter- und kleinen Bürgerhäusern. In Fürth, in Ansbach, in Schwaig, Katzwang, Pappenheim, Bayreuth, Marktredwitz, Schney, Würzburg, Heidingsfeld, in Regensburg und vielen andern Orten sind Kolonien von kleinen Häusern zum Alleinbewohnen teils ausgeführt worden, teils in den Projekten ausgearbeitet, um in aller Kürze zur Ausführung zu kommen. Die Baukosten der Arbeiterhäuser betragen zum Teil nicht mehr als 3000 M., während es mit einem Aufwande von 5000 bis 7000 M. möglich war, bürgerliche Kleinhäuser zu erstellen, die den durchschnittlichen Anforderungen vollauf genügen und die Geschoßwohnungen in ihrer Einrichtung weit übertreffen.

Heinrich Lotz, Architekt.
Nürnberg.



Die Bewegung für Schaffung billiger Volkswohnungen in Frankreich: Die teureren Preise der Pariser Wohnungen haben neben jenen Ursachen, die alle Großstädte aufweisen, noch eine Reihe besonderer Gründe, vor allem die so ausnehmend hohen Grundpreise, wie sie sich aus dem engen Raum innerhalb der Festungs-

mauern ergeben. Diesem Moment läßt sich nur durch Schaffung von Wohnkolonien außerhalb der Mauern im Seinetal und auf den Paris umgürtenden Höhen begegnen, und tatsächlich wohnen ja bereits eine Million Pariser außerhalb der eigentlichen Stadt.

Daß aber auch eine Milderung des Übelstandes in Paris selbst in gewissem Grade möglich ist, zeigt die Begründung des Volkswohnungshauses durch die Gesellschaft „Le Foyer“.

Dasselbe erhebt sich nahe dem Pantheon auf dem Gipfel der Montagne St. Généve, dem höchsten Punkte des alten Paris. Zwei weite Höfe mit Strauchwerk und Rasenplätzen sind umgeben von 63 Wohnungen mit einem Zins zwischen 120 bis 400 M. pro Jahr. Die Wohnungen haben eine geräumige und lichte Küche und Nebenräume nach englischer Art. Ebenso mehrere Wohnzimmer, einen Baderaum, eine Waschküche und auf einer flachen Terrasse über dem Haus einen Raum zum Trocknen der Wäsche. Außer dem mäßigen Mietzins und dem besonderen Gewicht, das auf hygienische Vorkehrungen gelegt wurde, findet sich besonders viel Sorgfalt für die Interessen der Kinder. Eine Haushaltungsschule wurde im Hause selbst errichtet, wo die kleinen Mädchen die Elementarregeln der Küche und die Großen die Kunst, billige und gesunde Mahlzeiten nach den Regeln der Wissenschaft herzustellen, erlernen können.

Der Umstand, daß Professor Landony, der sich durch seine Forschungen über billige Volksernährung*) einen Namen gemacht hat, an der Spitze dieses Unternehmens steht, kam gerade dieser Einführung besonders zugute.

*) Siehe den Artikel von Dr. Romme in der Juli-Nummer 1909 der Dokumente des Fortschritts.

Die finanzielle Schwierigkeit für das Unternehmen liegt naturgemäß in den hohen Bodenpreisen, die durch seine zentrale Lage bedingt werden. Doch scheint dieselbe angesichts der wenig günstigen Verkehrsmittel für viele Bewohner, deren Geschäfte ihre Anwesenheit im Bezirke notwendig machen, von besonderem Werte zu sein.

Die Gesellschaft, welche das Haus errichtete, trägt ausschließlich gemeinnützigen Charakter und brachte durch ihre Mitgliedsbeiträge einen Teil der nötigen Erfordernisse auf. Im übrigen wendet sie sich an kapitalistische Kreise, denen eine Verzinsung ihrer Kapitalien in gleicher Höhe wie die französischen Renten gewährleistet wird.

Höhere Anteile oder sonstige Profite für dieselben sind allerdings statutengemäß ausgeschlossen.



Ein neues Wohnungsfürsorgegesetz in Frankreich: Ein neues französisches Gesetz hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die Schäden der unhygienischen Wohnungen in den französischen Städten abzustellen. Es gewährt Steuererleichterungen und Vorschüsse aus Staatsmitteln an alle Bauunternehmer oder gemeinnützige Gesellschaften, welche allen hygienischen Anforderungen entsprechende und in ihren Preisen und Zinsen der Arbeiterbevölkerung trotzdem erschwingliche Volkswohnungen herstellen.

Ferner gibt das Gesetz Erleichterungen für den Erwerb eines eigenen Hauses durch den Arbeiter oder Beamten, der durch allmähliche Abzahlung das Baukapital rückerstattet kann.

Im wesentlichen knüpft das Gesetz an ein früheres vom Jahre 1894 an, das den Erbauern von Volks-

wohnungen eine fünfjährige Steuerfreiheit gewährte. Das neue Gesetz erweitert diese Frist von fünf auf zwölf Jahre; es ist daher leicht begreiflich, daß manche Unternehmer, denen nichts ferner lag, als billige Volkswohnungen bauen zu wollen, die vielmehr bloß durch die Benutzung der Steuerfreiheit nach einem guten Geschäft trachteten, den Bedingungen des Gesetzes zu genügen suchten. Man hat hierüber viel moralische Bedenken geäußert; meines Erachtens aber kommt es hier nicht auf die Intention, sondern auf das Resultat an. Wenn das neue Gesetz die geschäftliche Lage des Baumarktes dahin ändert, daß es geschäftlichen Profit bedeutet, hygienische und billige Volkswohnungen zu bauen, anstatt unhygienischer, teurerer, so kann gerade dies als ausgezeichnetes Ergebnis des Gesetzes angesehen werden.



Tuberkulosebekämpfung in Frankreich: Die französische Postverwaltung hat in den letzten Jahren im Sinne eines systematischen Planes die Tuberkulose unter ihren Angestellten zu bekämpfen gesucht, und, wie Dr. L. Case in der „Revue“ ausführt, sind die Erfolge ausgezeichnete gewesen.

Zunächst wurde eine eingehende Inspektion der Postämter sowie eine periodische ärztliche Untersuchung der Beamten und Beamteninnen eingeführt. Alle von Tuberkulose, sei es auch erst im Anfangsstadium, Befallenen müssen einen eigenen Spucknapf benutzen und mit einem eigenen tragbaren Taschenspucknapf versehen sein.

Ferner wurde eine umfassende Umgestaltung aller Lokale für Post- und Telegraphendienst vorgenommen und eine bessere Lüftung und Reinigung eingeführt.

Außerdem wird, nicht nur an alle Kranken, sondern auch an alle, die durch körperliche Schwächlichkeit gefährdet sind, tuberkulös zu werden, ein Erholungsurlaub von 1—2 Monaten gewährt unter der Bedingung, daß derselbe auf dem Lande bei Verwandten zugebracht werde.

Gerade dieses einsichtige Urlaubs- system hat in sehr vielen Fällen dem Entstehen der Tuberkulose vorgebeugt.

Das Ergebnis drückt sich in folgenden Ziffern aus: Im Jahre 1906 gab es unter den Pariser Postbediensteten 1048 Tuberkulöse, im Jahre 1907 nur mehr 808, im Jahre 1908 503. — Was übrigens die Verminderung an Ansteckungsgefahr für das ganze Publikum anlangt, das ja mit den Postbediensteten stetig in Berührung kommt und in den Postlokalen sich immer wieder aufhalten muß, so läßt sich diese zwar nicht statistisch nachweisen, ist aber gewiß sehr bedeutend.



Leprakranke in Deutschland: Bekanntlich hat der verstorbene Großherzog Friedrich von Baden am Ende seines dem Edelsten geweihten Lebens durch eine hochherzige Stiftung ein Institut für Erforschung und Heilung der Krebskrankheit in Heidelberg begründet. Es gibt aber unter den vielen Zerstörern des Menschenglücks noch eine viel furchtbarere Feindin; ich meine hier die *Lepra*, den Aussatz. Wohl ist es gelungen, den Erreger der Krankheit zu finden, aber alle Entdeckungen wirksamer Heilmittel erwiesen sich immer wieder als irrig und so müssen wir es im 20. Jahrhundert erleben, daß noch viele Tausende unserer Mitmenschen in den Tropen in langem Siechtum bei lebendigem Leibe verfaulen, daß Glieder unserer Rasse, die als Kolonisten in die Ferne gezogen, den oft

11
le
ie
seit
n,
o-
g,
r-
s-
m-
e-
l-
06
n-
re
08
n-
ür
ja
in
t-
en
nt
B
e-
3-
le
ns
in
ng
rg
en
ks
n;
en
er
l-
er
m
ch
on
m
B
D-
ft

viele Jahre lang unbemerkten Keim der Krankheit in die Heimat mitbringen, um, entdeckt und von den Ihrigen gerissen, der menschlichen Gesellschaft in einem Lepraheim entrückt zu werden. Träfen diese Worte, träfe das Bild eines solchen Unglücklichsten unsrer Brüder doch einen Menschenfreund, wie den heimgangenen Großherzog von Baden, welcher die Mittel und den Willen besäße, durch eine ähnliche Stiftung die Lepraforschung kräftig zu fördern; ich wüßte keine edlere Tat.

Dr. E. Göbel, Marnheim
am Donnersberge.



Die Prostitution in Deutschland: Endlich ein Buch, bei dem der so oft geschundene gesunde Menschenverstand das erste und letzte Wort hat. Robert Hessen, der Verfasser von „Reinlichkeit oder Sittlichkeit“ stellt nicht unerreichbare Ideale auf, formuliert keine sittlichen Forderungen, hinter denen irgendwo eine verkappte Muckerei hockt, die egoistische Interessen verfolgt, sondern überlegt klar und vernünftig, was zu tun ist. Da die Prostitution nicht auszurotten ist, muß sie unschädlicher gemacht werden. Auf welchem Wege das zu geschehen hat, mag jeder selbst in diesem flüssig und leicht geschriebenen schmalen Bande nachlesen. Man kann ruhig behaupten, daß diese Arbeit, wenn sie in recht viele Hände käme, ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sein könnte, an denen nach Hessen jährlich etwa 700 000 Deutsche leiden *).

Erich Lilienthal.

*) Robert Hessen, Die Prostitution in Deutschland, Verlag Albert Langen i. Mnüchen. Brosch. 3 M., gebd. 4 M.



Was der Engländer verbraucht und vertrinkt: Zu der im 9. Heft S. 711 wiedergegebenen Korrespondenz: „Was der Deutsche vertrinkt“ sei ergänzend mitgeteilt: Ein englischer Tabakgegner (antitobacconist) Mr. R. P. Moncrieff in Newcastle hat eine interessante Statistik aufgestellt, mit dem Ergebnis, daß in England jede Familie durchschnittlich £ 2, 15 s. 2½ d. (etwa 56 Mark) jährlich für Tabak ausgibt, d. h. etwas mehr als 1 Shilling in der Woche. Rechnet man die jährlich für Getränke ausgegebene Summe von £ 15, 18 s. 6 d. hinzu, so ergibt sich nach dieser Berechnung, daß 23,9 % aller in England verdienten Löhne und Gehälter für Tabak und Getränke ausgegeben werden. Berücksichtigt man ferner, daß etwa ein Drittel der in England konsumierten recht teuren Streichhölzer zum Anzünden von Pfeifen, Zigaretten und Zigarren verwendet werden, so ergibt sich eine jährliche Gesamtausgabe von £ 26,896,224 (etwa 537,9 Millionen Mark) allein für den Tabakgenuss, und alles was der Raucher nach Ansicht des Herrn Moncrieff für sein Geld hat, ist Tabaksqualm, plus vergiftetes Nervensystem, plus verminderte Sehkraft und andere Schädigungen.

Dr. John Mez-London.



Eine Ausstellung gegen die Schundliteratur: Die Ausstellung gegen die Schundliteratur, welche die Deutsche Dichtergedächtnisstiftung zunächst in Hamburg eine Woche lang gezeigt hat und die nun wieder geschlossen wurde, ist von Hunderten von Personen besucht worden. Am Eröffnungsabend, der durch einen Vortrag des Vorsitzenden des Vorstandes, Dr. Ernst Schultze-Großborstel, eingeleitet wurde, nahmen gegen 400 Personen teil. Auch an

jedem der folgenden Tage war die Ausstellung gedrängt voll. Bei der Besichtigung ist immer wieder spürbar gewesen, wie sich das Interesse der einzelnen Besucher im Laufe des Rundgangs vertieft. Beim Verlassen der Ausstellung haben viele Besucher ausdrücklich hervorgehoben, daß sie die Schundliteratur schon vorher zu kennen geglaubt, sich aber doch erst durch diese Ausstellung von ihrem Wesen und ihrer Verderblichkeit richtig überzeugt hätten; eine so arge Vorstellung, wie sie durch Besichtigung dieser Schundliteraturproben nun in ihnen erwachsen sei, hätten sie sich vorher nicht davon gemacht. Auch ist durch die Ausstellung die Überzeugung gefestigt worden, daß durch alle negativen Maßnahmen der Gesetzgebung und der Verwaltung, so notwendig und unerlässlich diese auch sind, allein durch die Schundliteratur noch nicht ausgerottet werden kann, daß vielmehr die Verbreitung guter Literatur als positives Gegenmittel von allergrößter Bedeutung ist. Die genannte Ausstellung der Deutschen Dichtergedächtnisstiftung (Hamburg-Großborstel) wird als **Wanderausstellung** auch nach außerhalb vergeben. Aus nicht weniger als 19 Städten sind bisher Bewerbungen darum eingelau-fen.*)



Über den Sommerurlaub der Kaufmännischen Angestellten hat Professor Dr. Mosse interessante Erhebungen veranstaltet. Sie haben das erfreuliche Ergebnis gebracht,

*) Über den großen Erfolg der inzwischen in Berlin veranstalteten Ausstellung soll in einer späteren Nummer der D. D. F. noch berichtet werden.

daß die Gewährung eines alljährlichen Sommerurlaubs für die kaufmännischen Angestellten sich mehr und mehr einzubürgern beginnt. Durch Vermittlung des Verbandes für weibliche Angestellte wurde eine Umfrage veranstaltet, auf die 1324 Betriebe in Berlin und den Vororten Auskunft gaben. In 8 % der Betriebe wurde kein Urlaub gewährt von den übrigen gaben 3,8 % keinen Urlaub nach dem ersten Jahr der Anstellung, während 6,1 % auch nach dem ersten Jahr 6 Tage Urlaub, 32,3 % bis zu 10 Tagen, 45,7 % bis zu 14 Tagen, 8,5 % bis zu 21 Tagen, und 3,5 % sogar bis zu 35 Tagen Urlaub gewährten. Nach dem 2. Jahr der Anstellung gibt es nur noch 1 % der Betriebe, die den Urlaub versagen, während 58,8 % 10—14 Tage Urlaub gewähren und 14,5 % bis zu 3 Wochen. Von hier ab verändern sich die Verhältnisse nicht mehr wesentlich mit steigender Anstellungsdauer, die Urlaubszeiten von 3 Wochen und darüber erfahren allerdings nach vierjähriger Anstellung noch eine geringe Zunahme, sodaß im Ganzen von den Angestellten, die so lange im Betriebe tätig sind, 30 % 3 Wochen und darüber Erholungsurlaub erhalten. Diesen günstigen Bedingungen stehen auch einzelne recht traurige Bilder gegenüber. So haben z. B. 3 weibliche Angestellte, nach 5jähriger, 9jähriger und 13jähriger Tätigkeit, trotz wiederholter Bitten noch nicht ein einzigesmal einen Urlaub erzielen können. Ein Teil des Urlaubs wird ohne Weiterzahlung des Gehalts bewilligt, insbesondere in den Detailgeschäften. Im allgemeinen wird in der Großstadt eher Urlaub gewährt als in den kleinen Orten. Die Kontorangestellten sind günstiger daran als die Verkäuferinnen, die besten Zustände finden sich in den Bankgeschäften.



Argentinien als Fleischlieferant Europas:

Die in Europa, besonders Deutschland und Österreich, aufgetretene „Fleischnot“ hat die Aufmerksamkeit auf Argentinien als Fleischlieferanten gelenkt. Auf Grund meiner in diesen südamerikanischen Ländern gemachten Studien kann ich nur bemerken, daß sich vom hygienischen Gesichtspunkte aus kein Einwand gegen die Fleischeinfuhr aus Argentinien erheben läßt und daß alle dagegen ins Treffen geführten Argumente einer sachlichen Prüfung nicht standhalten. Da das Vieh sich während des ganzen Jahres auf der Weide befindet, ist es viel gesünder als das europäische Vieh. Die Schlacht- und Kühlhäuser sind mit den modernsten Einrichtungen versehen und übertriften in vielen Punkten sogar die europäischen Schlachthäuser. Sachliche Gründe gegen die argentinische Fleischeinfuhr, das heißt von Fleisch in gefrorenem Zustande, wird niemand anführen können, der die Fleischproduktion und Fleischverarbeitung an Ort und Stelle kennen gelernt hat.

Bemerkt sei noch, daß neben Argentinien auch die Republik Uruguay als Fleischlieferant in Betracht kommt. Hier befinden sich die bekannten Unternehmungen der Liebig-Compagnie, und die uruguayische Viehzucht befindet sich in einem ausgezeichneten Entwicklungsstadium.

Die Engländer und Nordamerikaner nützen diese günstige Lage auch gut aus. Fast alle Fleischexportunternehmungen sind in englischen Händen, und die Nordamerikaner bemühen sich in letzter Zeit eifrig, in Uruguay und Argentinien Boden zu fassen. Wollen die europäischen Länder, Deutschland und Österreich, welche auf Fleischeinfuhr angewiesen sind, sich die südamerikanischen Staaten als Fleischlieferanten sichern, so ist ein schnelleres und systematisches Vorgehen nötig.

Prof. Otto Kasdorf, Montevideo.

Eine Schulärztin in Österreich:

Neuester Zeit wurde an den Bildungs- und Erziehungsanstalten mit Pensionat des tschechischen Frauenvereins „Vesna“ in Brünn Frl. Dr. Marie Peiger als Schul- und Anstaltsärztin angestellt. Dieselbe ist Hausärztin in dem Mädchenpensionate des Vereins und tradiert an den Bildungsanstalten (höhere Mädchenschule, Mädchen-Industrialschule und -kurse sowie Mädchen-Lyzeum) Gesundheitspflege und Körperkunde, hat außerdem die Obliegenheiten einer Schulärztin. Dieselbe war früher an dem tschechischen Kinder- spital in Prag als Sekundärärztin angestellt, und war diese ihre Anstellung die erste dieser Art in ganz Österreich.

Dr. Jan Kucera.

**Nüchternheitsbestrebungen in der Kaiserlichen Marine:**

An den jungen Nachwuchs des Seeoffizierskorps hat jüngst der Kaiser eine Ansprache gehalten, in welcher er mit größter Entschiedenheit zur Enthaltsamkeit von berauschenen Getränken auffordert. Schon seit neuerer Zeit sind die maßgebenden Stellen unserer Vereine bemüht, durch Wort und Schrift wie durch praktische Einrichtungen den Mißbrauch geistiger Getränke zu bekämpfen. Auf der 27. Jahresversammlung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in Kiel teilte, wie wir dem im Mäßigkeitsverlag Berlin W 15 zum Preise von 1,25 M. erscheinenden inhaltsreichen Versammlungsbericht entnehmen, der Präs des Schiffsprüfungskommission, Kontreadmiral Saß u. a. folgendes mit: „Den Bestrebungen gegen den Alkoholmißbrauch wird von seiten des Heeres und der Marine ein großes Interesse entgegengesetzt, einmal, um belehrend auf den Soldaten während seiner Dienstzeit einzuwirken, ihn an

Leib und Seele frisch zu erhalten, damit er, wenn er einst in den Zivilberuf zurückkehrt, ein guter Bürger und treuer Untertan wird, und dann, um den Soldaten körperlich zu stählen und für seinen Beruf geeignet zu machen. Nur der nüchterne Soldat ist imstande, vor dem Feind etwas zu leisten, wie zahlreiche Beispiele aus neueren Feldzügen — ich weise nur hin auf den russisch-japanischen Krieg und den südwestafrikanischen Feldzug — gezeigt haben.... Durch Vorträge wird an Bord der Kriegsschiffe auf die schlimmen Folgen des Alkoholmissbrauchs aufmerksam gemacht. Wo an Bord keine Gelegenheit zu entsprechenden Vorträgen ist, werden die Mannschaften an Land geschickt, damit sie solche hören. Besonders wird in den Seemannshäusern zu Kiel und Wilhelmshaven außerordentlich segensreich in dieser Richtung gewirkt. Während früher in diesen Häusern jemand, der Milch trinken wollte, von seinen Kameraden verhöhnt wurde, sieht man jetzt Bier- und Milchtrinker friedlich nebeneinander sitzen. Die Teilnehmer der Antialkoholbewegung sind vom Marinestabszahlmeister Haberer, dem Begründer der Zeitschrift „Der sichere Kurs“, in Logen organisiert. Zurzeit bestehen vier solcher Logen; ihnen sind auch mehrere Offiziere beigetreten.“



Antialkoholbewegung in Rußland:
Auch in Rußland schreitet die Bewegung gegen den Alkoholismus vorwärts. Davon legt ein Telegramm beredtes Zeugnis ab, das an die Internationale Vereinigung gegen den Mißbrauch geistiger Getränke anlässlich einer Konferenz im Haag (9. u. 10. September) gerichtet war. Das Telegramm hat in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Die Gesellschaft der ersten russischen Sergiusschen Schule der Enthaltsamkeit begrüßt die Konferenz im Kampfe gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und hofft, daß die Konferenz dazu dient, einen neuen Eckstein zur Schaffung eines die ganze Welt umspannenden Tempels der Enthaltsamkeit und Kultur zu legen. Die Gesellschaft hatte die Absicht, an der Konferenz durch ihren Vertreter und Begründer, den Priermönch Paul teilzunehmen; aber Gründe, welche nicht von unserer Gesellschaft abhängen, hielten ihn in Rußland zurück. Wir wollten der Konferenz Bericht erstatten über den Stand der Tätigkeit der Enthaltsamkeitsbewegung in Rußland, über Privat-Initiative im Kampfe gegen die Trunksucht, über die Beziehungen zu dieser Frage — einerseits des russischen Finanzministeriums, andererseits der weiten Schichten der Intelligenz und des Volkes selbst und über viele gesammelte Tatsachen aus der Erfahrung unserer eigenen Tätigkeit. Aus der Tätigkeit geistlicher und anderer Privatvereine, des Kuratoriums für Entwicklung der Nüchternheit und Enthaltsamkeit des Volkes, aus der Tätigkeit des Finanzministeriums und aus dem öffentlichen Leben könnte der Resultate wegen sehr viel Material zu den erwähnten Fragen gegeben werden. So Gott will, werden wir auf einer der Internationalen Konferenzen Bericht erstatten. — Jetzt erlauben wir uns, einiges über unsere gemeinschaftlichen Ergebnisse mitzuteilen im ernsten systematischen Kampfe gegen die Trunksucht in Rußland. Die Hauptsache erzielt das Finanzministerium durch Gesetzgebung, durch Verringerung der Verkaufsstellen starker geistiger Getränke, Erhöhung der Steuer auf Spiritus, und endlich ist es durch Einführung des „Monopols“ möglich, die Verkaufszeit einzuschränken, den Beamtenstand, welcher den Verkauf

der geistigen Getränke leitet, zu verbessern. Korrektiv auf das Monopol wirkt das Kuratorium für Entwicklung der Nüchternheit und Enthaltsamkeit des Volkes. Die einfache Bevölkerung kennt den Schaden der Trunksucht; leider verhält sich die russische Intelligenz vollständig gleichgültig gegenüber dem aktiven Kampfe gegen die Trunksucht und der Propaganda zur Enthaltsamkeit. Nur in den letzten Jahren gründeten sich Privatvereine, welche hauptsächlich auf dem Boden religiössittlicher Überzeugung tätig sind. Aus solchen Pionieren besteht auch unsere Gesellschaft. Das Hauptziel unserer Tätigkeit ist, auf das Gemüt des Kindes zu wirken und auf seine Umgebung. In der Schule werden die Kinder zur Enthaltsamkeit erzogen. Die Erwachsenen werden durch öffentlichen Meinungsaustausch, begleitet von Volksliedern, über den Schaden der Trunksucht aufgeklärt. Bei der Schule befindet sich ein Betzimmer, wo reuige Trinker das Gelübde der Enthaltsamkeit ablegen. Die sittliche Bedeutung dieser Gelübde ist sehr groß, und Übertretungen kommen verhältnismäßig wenig vor. Anfangs wird das Gelübde der Enthaltsamkeit auf kurze Frist gegeben, nach und nach werden die Fristen verlängert; sehr oft arbeiten sich Trinker zu entschlossenen Kämpfern der Enthaltsamkeit durch. Die Zahl, welche das Gelübde ablegt, vermehrt sich in jedem Jahre. Bei der Schule ist in einem Rohbau eine Werkstatt und Räume für Obdachlose, wo sie leben und arbeiten können; auch eine Garküche befindet sich dabei, wo Kinder und Obdachlose umsonst gespeist werden. Die Gesellschaft hat

eine Kinderkolonie gebildet, wo die Kinder an militärische Disziplin gewöhnt werden, und ärztliche Gymnastik getrieben wird. Unter diesen Kindern wird die Idee der Enthaltsamkeit streng kultiviert. Während fünfjähriger Tätigkeit der Gesellschaft hat sich die örtliche Umgebung sehr vorteilhaft verändert. Schnapsläden wurden in einer Entfernung von mehreren Kilometern geschlossen; die Sitten der Bewohner haben sich gemildert, und der Wohlstand hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Diese Resultate sind die Erfolge der fruchtbaren Tätigkeit der Gesellschaft. Der Finanzminister, Herr W. N. Kokonzow, und sein Gehilfe, Herr J. J. Nowitzki, wendeten dem Verein ebenfalls ihre Gunst zu; und seit der Zeit erfreuen wir uns ihrer Unterstützungen und unveränderten Sympathie in allen unseren Unternehmungen gegen die Trunksucht. — Zum Schlusse unserer Begrüßung können wir es uns nicht versagen, Ihnen unseren heißesten Wunsch auszudrücken, daß im Kampf gegen die tausendjährige Krankheit der Menschheit alle wie ein Mann zusammenhalten und ihr Mitgefühl der Tätigkeit der Enthaltsamkeit zuwenden müssen. Privatvereine, gemeinschaftliche Gründungen, die Regierung und der Staat müssen zusammen an dem ausgearbeiteten Plane ihre Kräfte und Mittel messen, planmäßig und systematisch im Kampfe vorzugehen für eine hellere Zukunft der Menschheit.

Der Vereinsvorstand:

W. E. Smith. J. J. Baranoff.
J. F. Onoschkowitsch. Jatzin.“



RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA · PARIS

R. BRODA: DAS PROBLEM DER JUGENDVERWAHRLOSUNG.

IN allen Ländern Europas werden Klagen laut, daß die Zahl der jugendlichen Verbrechen sich mehre; überall erhebt sich die Frage, worauf das Übel zurückzuführen, wie ihm abzuhelpen sei. Der Erklärungen viele werden alltäglich vorgebracht. Man klagt das Schwinden des Autoritätsglaubens im Volke, in Frankreich speziell aber die Verweltlichung der Schulen an, die der heranwachsenden Jugend den Glauben und damit den sittlichen Halt geraubt habe; man weist andererseits darauf hin, daß ein großer Teil der Großstadtjugend in zerrütteten Familienverhältnissen lebe, daß die Kinder der Alkoholiker erblich belastet, die meisten unehelichen Kinder aber, die ihren Vater gar nicht kennen, frühzeitig dem Gassentreiben überantwortet seien, wo sie ihren Unterhalt in ehrlicher oder unehrlicher Weise suchen müssen. Man weist auf die Prostitution hin, die die Straßen aller Großstädte schändet und in ihrem Gefolge Scharen von Zuhältern heranzieht, die Jugend, die von ehrlichem Gewerbe gelebt, zum Schandgewerbe hinüberlockend.

In Wahrheit sind wohl alle die angeführten Momente in gewissem Grade für die Verwahrlosung der Jugendlichen verantwortlich, wenngleich andererseits speziell, was die Schule und speziell, was Frankreich anlangt, der erfolgreiche weltliche Moralunterricht einen starken Ausgleich gegen die geschilderten Tendenzen bietet.

Gegenüber dem Übel, das als solches von keiner Seite geleugnet wird, hat man von verschiedenem Standpunkte verschiedene Heilmittel vorgeschlagen. Von kirchlicher Seite verlangt man die Rückkehr zum alten kirchlichen Schulsystem, zur suggestiven Einimpfung des Glaubens an Himmel und Hölle als einzigstem Mittel, die Jugend, wie das Volk überhaupt, vom Bösen abzuhalten. Während die weltliche Polizei unmöglich jedes Verbrechen entdecken und ahnden könne, sehe sich der gläubige Mensch, vor allem das gläubige Kind, allüberall von den Augen des Weltbeherrschers überwacht und wage es darum nicht, sich zu vergehen.

Ein Blick auf das Mittelalter, dem doch der „Glaube“ nicht fehlte, während sich in ihm die Verbrechen häuften, ein Blick auf die Länder mit konfessionellen Schulen, die an jugendlicher Verwahrlosung Frankreich doch kaum nachstehen, scheint dieser Beweisführung zu widersprechen. Doch ob sie ein Körnchen Wahrheit enthalte oder nicht, so ist es material unmöglich, dem ganzen Volke den Kinderglauben verflossener Jahrhunderte wiederzugeben. Die Macht der Wahrheit, die überzeugende

Kraft der Wissenschaft bricht überall durch. Unsere Zeit bietet sich nicht mehr zur Einhüllung der Menschen in bewußte, wenn auch gutgemeinte Lüge. Was Schiller im „Verschleierten Bilde“ von Sais gepredigt, läßt sich nicht auf die Massen unserer Zeit anwenden: ob auch die modern wissenschaftliche Wahrheit mit ihrer Zersetzung überlieferten Autoritätsglaubens manche Schranken, die ehedem gewissen sozialen Übeln gegenüberstanden, niederrüß. . . .

Wieder von anderer Seite hat man, speziell in Frankreich, das brutale Einschreiten weltlicher Gewalt, die Wiedereinführung der Prügelstrafe für die „Apachen“, das ist für Zuhälter und Verbrecher überhaupt, jugendliche Zuhälter und Verbrecher im besonderen, gefordert — eine Methode, noch systemloser als die erstgenannte der Kirche. Die Prügelstrafe hat durch Jahrtausende in allen Ländern bestanden; sie hat niemals und nirgends Verbrechen verhütet; und gerade heute, speziell in Frankreich, angesichts des schäumenden Temperaments seiner Bevölkerung, würden die Gezüchtigten zweifellos mit erneuter Wut an dem unschuldigen nächtlichen Passanten Rache nehmen für das vermeintlich erlittene Unrecht. Die Wirkungen, die von der wiedereingeführten Prügelstrafe ausgingen, würden, meiner Auffassung nach, die rohen Sitten des Volkes nicht mildern, sondern verschärfen.

Abgesehen davon, spechen aber die schwerwiegendsten moralischen und sozialen Gründe gegen diese Maßnahme. Wenn irgend ein soziales Gesetz der Geschichtsentwicklung unwiderleglich erwiesen ist, so dieses: daß mit der fortschreitenden Kulturentwicklung der Völker ihre Strafmittel sanfter werden, daß die Tortur aufgehoben, die Todesstrafe eingeschränkt, die Körperstrafe verpönt wurde. In den letzten Jahrzehnten haben wir in Rußland die gleiche Entwicklung sich vollziehen sehen, wo die Einschränkung und schließlich Aufhebung der Prügelstrafe für die Bauernbevölkerung die allgemeine Hebung des Kulturniveaus begleitete. Die Wiedereinführung der Prügelstrafe in Frankreich wäre ein Rückfall in Barbarei. —

Abgesehen davon, macht sich in der ganzen Entwicklung der Strafsysteme immer mehr der Gesichtspunkt geltend, daß die Bestrafung eine legitime Selbstverteidigung der Gesellschaft darstelle, dazu bestimmt, die Rechtsgüter der Gesellschaft zu schützen, nicht aber Rache zu nehmen. Man hat immer mehr und mehr erkannt, daß Rechtsverletzungen sehr häufig Akte des Kampfes gegen die Gesellschaft waren, gegen die sich die Gesellschaft wohl wehren mußte und durfte, die aber im Namen eines wirklichen oder vermeintlichen Rechtes der Zukunft begangen wurden, die sogenannten politischen Verbrechen: auch der Beste ist nicht sicher, eines Tages schuldig zu werden und in Strafe zu verfallen. Jedermann aber hat ein Recht darauf, durch eine humane Gesetzgebung unzweckdienlichen Schädigungen von vornherein entrückt zu sein. Dem Gesichtspunkt der Selbstverteidigung der Gesellschaft ohne zwecklose Schmerzzufügung entspricht aber einzig die Gefängnishaft und, in gewisser Hinsicht, die Todesstrafe. Die Prügelstrafe ist ihm diametral entgegengesetzt.

Gewiß wird man einwenden, daß die in Frage stehende Prügelstrafe nur für gemeine Verbrechen, nicht für politische Übertretungen gedacht sei: ein Scheinargument; denn sowie die Gesellschaft ihr Strafmittel besitzt, wendet sie es immer gegen jene an, die ihr als ihre gefährlichsten Feinde erscheinen. Das sind die politischen Verbrecher. Wo immer die Todesstrafe aus dem Gesetzbuche nicht ausnahmslos verbannt und unzweideutig gestrichen ist, wird sie gegen die politischen Verbrecher angewendet: siehe

Rußland, wo sie für die gemeinen Verbrecher sogar aufgehoben ward, während politische Verbrecher ihr, wie bekannt, in Massen zum Opfer fallen. Ebenso würde es mit der Prügelstrafe gehen. Wenn das französische Parlament dem Wunsche der Pariser Geschworenen folgen und die Züchtigung zunächst für Raub und Totschlag wieder einführen würde, käme es zweifellos einige Jahre später zu dem Vorschlag, auch Streikenden, welche die „Arbeitswilligen“ durch Gewalt oder Drohung von ihrer Arbeit abhalten, mit Rutenstreichen aufzuwarten. Denn gegen den wirklichen oder vermeintlichen Terrorismus solcher Streikführer richtet sich ja der Unwille einflußreicher Volkschichten in mindestens dem gleichen Grade wie gegen den eigentlichen Apachen, der dem unbekannten Passanten auflauert, um ihn zu berauben. Wenn man sich also auf die abschüssige Bahn einer Wiederanwendungsmöglichkeit begäbe, so würde diese gewiß dem Streik und vielleicht, einige Zeit später, auch rein politischen, revolutionären Vergehungen gegenüber gehandhabt werden. Die Folgen wären unausbleiblich. Die Revolutionäre würden genau so, wie sie das in Rußland getan haben, auf die individuelle Schändung der Ihren mit individuellen Attentaten gegen Minister, Richter usw. antworten. Die Methoden des Kampfes ums Dasein der politischen Parteien würden um alle jene Stufen menschlicher Verständigung, die sie heute erreicht, wieder in die volle Barbarei zurückgeworfen werden. Im übrigen ist zu erwarten, daß der gesunde Kulturinstinkt und das fortschrittlich demokratische Bewußtsein des französischen Volkes verhindern werden, daß man in einem Augenblitche der Furcht und Unüberlegtheit einen Schritt tue, der Frankreich in den Augen der Kulturmenschheit, wenn nicht degradieren, so doch lächerlich erscheinen lassen müßte. Englands Beispiel wird zu Unrecht für die gegenteiligen Gesichtspunkte herangezogen, denn auch in England wird die Prügelstrafe von Jahrzehnt zu Jahrzehnt auf einen engeren Kreis von Personen und Vergehungen angewandt und die fortschrittliche öffentliche Meinung verlangt stets ungestümer ihre Abschaffung.

Für Deutschland kommt diese Methode jedenfalls nicht in Frage.

Welche (moralischen) Mittel können also angewendet werden, um dem Anschwellen des Verbrechertums, speziell der Jugendlichen, Einhalt zu tun?

Meiner Auffassung nach einerseits Reformen des Strafvollzugs, anderseits allgemeine soziale Reformen. Betrachten wir zunächst die ersteren, weil sie unmittelbarerer Anwendung fähig sind. Den Weg zeigt England in der Gesetzgebungsvorlage, welche die liberale Regierung in der letzten Parlamentssession eingebracht hat.

Weit davon entfernt, die Prügelstrafe auf Jugendliche auszudehnen oder überhaupt in der Erschwerung der Strafsätze ein Heilmittel zu suchen, trachtet man vielmehr, durch eine humanere, planmäßige Behandlung der jugendlichen Delinquenten deren moralische Triebe zu fördern. Nach dem neuen englischen Gesetze sollen jugendliche Verbrecher zwischen 16 und 21 Jahren nicht mehr ins Gefängnis kommen, sondern in Besserungsanstalten ohne Gefängnischarakter, die bloß erzieherische Zwecke verfolgen. Ferner darf ein jugendlicher Delinquent unter Monatsfrist überhaupt nicht mehr zu Gefängnis verurteilt werden, da der erzieherische Wert einer kürzeren Haft, der für jugendliche Personen in Frage kommt, als gleich Null betrachtet wird und das Gefängnisleben im übrigen nur einen herabziehenden Einfluß ausüben kann. Auch hat man festgelegt, daß jugendliche Delinquenten nach ihrer ersten Verurteilung in der Regel bedingt freigelassen werden und die Strafe erst auf ein Rückfälligwerden des Delinquenten in doppeltem Ausmaße zu vollziehen sei.

Ferner sollen in allen englischen Gefängnissen von nun an regelmäßige Vorlesungen und Konzerte stattfinden, um so den Häftlingen Interesse an höheren Anregungen und Fragen zu geben und ihre moralische Veredlung anzubahnen. Die neuen Reformen knüpfen übrigens an die bekannten Reformen des Vorjahres an, durch welche die Festhaltung von Gewohnheitsverbrechern auf unbestimmte Frist bloß zum Zwecke des Gesellschaftsschutzes und ohne jede Absicht der Schmerzzufügung vorgesehen wurde.

Ebenso hat man in Amerika schon gleiche Gedanken systematisch durchgeführt (siehe den Aufsatz von Singh über amerikanische Strafanstalten). Die jugendlichen Insassen — Knaben und Mädchen — werden in systematischer Weise für nützliche Lebensbetätigung herangebildet; kein Hauch des Gefängnislebens, der Schande und der Erniedrigung liegt über diesen Anstalten, nicht durch Furcht und Gewalt, sondern durch wissenschaftliche systematische Entfaltung aller wertvollen Seelenkräfte sucht man eine Charakterwandlung zu erreichen.

Eine interessante Methode soll in nächster Frist auf Antrag des Senators Etienne Flandrin im französischen Senate zur Verhandlung kommen. Die Leitidee des Vorschlages ist die, alle jugendlichen und sonstigen Vagabunden zur Arbeit heranzuziehen, ähnlich wie in den holländischen Arbeitskolonien. Alle Personen ohne regelmäßigen Unterhalt sollen auf systematischen Streifungen aufgegriffen werden. Insoweit es sich um, sei es aus Alter, sei es aus Krankheit oder sonstiger Ursache Arbeitsunfähige handelt, sollen sie der Assistance publique überwiesen werden; die andern schlägt Flandrin vor, in eigens dazu gebauten staatlichen Anstalten mit Arbeitsgelegenheit unterzubringen und zu beschäftigen; eine gewiß überaus weitgehende Maßnahme, die, was Senator Flandrin vielleicht zu wenig bedachte, eine wohltätige, aber nur mit großen Kosten und im Zuge weitausgreifender Reform realisierbare Lösung der Arbeitslosenversorgung darstellen würde (siehe meinen Aufsatz in der November-Nummer).

Die dritte Gruppe von Subsistenzlosen, die eigentlichen Vagabunden, die nicht arbeiten wollen, sollen nach Flandrins Vorschlag mit größter Strenge behandelt werden; eigene Arbeitshäuser: nicht Gefängnis im alten Sinne, aber infolge ihres absoluten Arbeitszwanges mindestens ebenso wirksam, sollen sie aufnehmen. Vagabunden unter 18 Jahren sollen ihren Eltern unterstellt oder, falls diese sie nicht aufnehmen können, in eigenen Besserungsanstalten bis zur Erreichung ihres 21. Lebensjahres verwahrt werden.

Eigene Maßregeln endlich sollen gegen die Zuhälter ergriffen werden, die in Strafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnishaft und Aufenthaltsverbot von fünf bis zehn Jahren bestehen sollen; wenn sie im Besitze von Waffen gefunden werden, soll die Strafe niemals weniger als zwei Jahre betragen, unbeschadet höherer Strafen, sofern sie als mitschuldig an irgend welchem Verbrechen befunden werden. Bei Rückfällen soll die Strafe immer zwei bis fünf Jahre betragen, und zwar zunächst in den gewöhnlichen Strafanstalten, später, wenn Arbeitshäuser errichtet sind, in diesen. Senator Flandrin hofft von seinen Maßregeln die radikale Eliminierung aller jugendlichen oder erwachsenen Vagabunden.

Eine moralisch-ökonomische Heilung speziell des jugendlichen Verbrechertums erwartet er jedoch von einer Neugestaltung des Lehrlingswesens, bzw. von der Errichtung von Gewerbeschulen und Lehrwerkstätten; er spricht im „Journal“ die Hoffnung aus, daß hierdurch die Lücke zwischen Schul- und Militärdienstzeit ausgefüllt werde, jene gefährdetste Altersperiode zw.

schen 14 und 20 Jahren, aus der sich das jugendliche Verbrechertum meist rekrutiert. Gewiß ein ausgezeichnetes Mittel, das auch in anderen Ländern durchaus anwendbar wäre.

Übrigens sind solche Gewerbeschulen in Deutschland weit ausgebreiteter als in Frankreich, wo derzeit eine auch vom technischen Standpunkte vielfach beklagte Krise der Heranbildung gelernter Arbeiter besteht.

Auch die zweckmäßige Unterbringung verwahrloster Kinder, der Schutz der von ihren Eltern vernachlässigten, verstoßenen oder mißhandelten Kleinen würde manche Quelle des jugendlichen Verbrechertums verstopfen.

Die weitere Ausbildung des Systems der Jugendgerichte, wie sie sich in Amerika so schön bewährt haben und auch in Deutschland, Frankreich, Österreich einzubürgern beginnen (die planmäßige individuelle Behandlung jedes Falles) wird viel Gutes tun. — — — —

Wirklich dauernde Lösung des Problems der Jugendverwahrlosung kann allerdings nur durch geschichtliche Wandlung gegeben werden: einerseits durch Beseitigung des sozialen Elends unserer Großstädte mit ihren überfüllten Wohnungen, die die Kinder frühzeitig auf die Straße treiben, mit ihrer Zersetzung der Arbeiterfamilie; andererseits durch Beseitigung des Alkoholismus, der in den Kindern der Trinker Degenerierte heranbildet, die jeder Versuchung zum Opfer fallen.

Insolange diese geschichtlichen Wandlungen nicht eingetreten sind, muß die Festhaltung von Zuhältern und Vagabunden in Arbeitshäusern, die Unterbringung verwahrloster Kinder in Erziehungsheimen, die Heranziehung der aus der Volksschule entlassenen Jugend in Lehrwerkstätten und Fortbildungsschulen angestrebt werden.

Der Jugend muß so der präzise Beschäftigungzwang wiedergegeben, die Möglichkeit, jenseits der Arbeit lockeren und reicherem Lebensunterhalt zu finden, genommen werden. Nur arbeitende Menschen und nur eine vollbeschäftigte Jugend dürfen in unseren Städten zurückbleiben; wer nicht arbeiten will, muß ins Arbeitshaus; wer nicht arbeiten kann, der staatlichen Versicherung oder Hilfstätigkeit überantwortet werden.

So kann schon jetzt viel zur Eindämmung des jugendlichen Verbrechertums geschehen.



KORRESPONDENZEN

OKONOMISCHE ENTWICKLUNG

ERICH LILIENTHAL, BERLIN: KLEINKAUFMANN UND WARENHAUS.

Nachdruck verboten.

DAS Gerede vom Untergange des Mittelstandes ist eine hohle Phrase. Der Mittelstand geht durchaus nicht zugrunde, aber er verändert seine Struktur. Er entwickelt sich wie kaum ein anderer Stand und gewinnt nach und nach eine innere Festigkeit, die ihm in Verbindung vielleicht mit dem aus der berühmten „Kompottschüssel“ gespeisten Proletariat die Herrschaft in Staat und Gemeinde sichern wird.

Was zugrunde geht und wert ist, zugrunde zu gehen, ist ein Teil des kleinen Zwischenhändlertums, dessen Verdienst nichts ist als eine unnütze, die Verbraucher des wirklichen aufstrebenden Mittelstandes belastende Steuer. Nach dem Mitleide mit diesen Überlebenden einer nunmehr definitiv überwundenen Wirtschaftssepoke darf eine an die Zukunft denkende Gesetzgebung wirklich nicht mehr orientiert werden. Leider sind die Wahlstimmen dieser Kreise, die manchem noch als die „guten Bürger“ par excellence erscheinen, im Parteileben noch derartig wichtig, daß sie weit über ihre reale Bedeutung hinaus Einfluß ausüben. Das sozial Parasitäre, das diesen Ständen, als Ganzes betrachtet, anhängt, ist im Laufe der Jahrhunderte von Junkern und Proletariern in gleicher Weise empfunden und ausgesprochen worden.

Die in den achtziger Jahren als der alleinige Mittelstand sich fühlenden Volkskreise setzten sich in ihrem Kern aus dem selbständigen Handwerksmeister und dem Kleinkaufmann zusammen. Die sogenannte typische Mittelstandsgesinnung aber strahlte noch weit aus in die Sphären der Bourgeoisie und der mittleren Beamenschaft. Diese Kreise mit Mittelstandsgesinnung waren ein eminent fortschrittshemmendes Element, waren durch ihre wirtschaftliche Unbildung das leicht zu überwältigende Opfer des in Deutschland sich entwickelnden Industrialismus. Diese Kreise traten in die neue Zeit ein mit einer gehäuften Summe von Ansprüchen ohne die entsprechenden Fähigkeiten, diese Ansprüche in wirtschaftliche Taten umzusetzen. Sie kamen vor 20 Jahren bereits unter die Räder des Großkapitalismus, und so viel sie auch schrien und um Staatshilfe jammerten, so wurden sie dennoch überfahren und wirtschaftlich an die Wand gedrückt. Ein Teil von ihnen jedoch, trat in die Dienste der Großindustrie, wurde Beamter in den sich nach und nach zu immer größerer Solidität entwickelnden großindustriellen Organisationen und half durch seine gewissenhafte Tüchtigkeit Deutschlands industrielle Großmachtstellung zu erringen. Die noch übrigen existierten weiter und protestierten gegen den Lauf der Welt.

Als viele der tüchtigsten Persönlichkeiten des Mittelstandes Beamte der Großindustrie wurden, waren sie allerdings zu Anfang dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und es läßt sich nicht leugnen, daß die moralische Stellung des Mannes, der, wenn er bis dahin in seiner eigenen Werkstatt auch nur einem Gesellen geboten hatte, sich verschlechterte, als er im Großbetriebe nur Ordres an eine Reihe von Gesellen weiterzugeben hatte, die ihm von einem unsichtbaren Chef diktiert wurden. Er hatte einen großen Teil seiner eigenen Initiative aufgegeben und war zunächst weiter nichts geworden, als was die Franzosen so treffend als Funktionär bezeichnen. Aber als immer mehr Leute von den Großbetrieben jeder Art gebraucht wurden, als durch die riesenhafte Entwicklung ein dauerndes Verlangen nach tüchtigen Beamten eintrat, hob sich die Stellung des Funktionärs nach und nach wieder. Der Initiative wurde im Rahmen des Betriebes immer größerer Spielraum gelassen, und man kann heute ruhig sagen, daß der moralischen und geistigen Entwicklung des gewissenhaften Beamten im modernen Riesenbetriebe im letzten Jahrzehnt weit größere Chancen geboten waren als dem schwer kämpfenden selbständigen Handwerker.

Eben erst beginnen diese neuen Stände sich als Einheit zu fühlen und zu begreifen, daß Ihnen Macht und Einfluß zufallen muss, wie eine reife Frucht, daß sie allein der wahre Mittelstand der Gegenwart sind, dessen jeder gesunde Staatsorganismus bedarf. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die Verbände der Privat- und Staatsbeamten, deren Interessen ja in unzähligen Punkten zusammenlaufen, sich zusammenschließen, und dadurch vielleicht im Verein mit der gelernten Arbeiterschaft und den „Qualitätshandwerkern“ dem Kapitalismus als ebenbürtige nicht Gegner, sondern Kontrahenten gegenüberstehen. Damit wäre auch erreicht, daß sich zwischen die Pöbelbegehrlichkeit auf der einen Seite und den Übermut der Kapitalisten auf der andern Seite der Granitblock der wirklich arbeitenden Mittelklassen zwischen- schöbe, die im besten Sinne des Wortes dann ein konservatives, das heißt staatserhaltendes und den demokratischen Staatsgedanken entwickelndes Element bilden würden.

Selbstverständlich wird ein einzelner Tüchtiger, ganz gleich, ob er Möbel macht oder Heringe mariniert oder Kuchen backt, sich einen verhältnismäßig eigenen Platz im Leben zu sichern wissen. Die Bedingung dabei muß aber sein, daß er tatsächlich Kuchen backt, die besser sind wie alle andern im Viertel. Für diese — Qualitätsproduzenten — wird immer ein Platz im Wirtschaftsleben freigehalten werden. Wer aber seinen Kuchen so backt, wie es hunderttausend Bäcker im Deutschen Reiche außer ihm noch können, hat keinerlei Anspruch darauf, daß man bei ihm, das Brot kauft und es ein bißchen teurer bezahlt wie in der Zentralbäckerei, die dasselbe Brot billiger und in den meisten Fällen auch besser liefert.

Die von den berufsmäßigen Mittelstandsverfechtern ausgegebene Parole: „Kauft nicht im Warenhause, kauft nicht von den Großbäckereien, sondern beim kleinen Bäcker“ muß in neunundneunzig von hundert Fällen dahin ergänzt werden: „Kauft nicht im Warenhause, sondern bei mir, denn bei mir ist alles etwas teurer“. Es hat daher auch gar keinen Sinn, wenn ein Mann wie der Abgeordnete Raab in der Reichstagssitzung vom 4. Dezember v.J. sich über die bloße Tatsache entrüstet, daß ein jüdischer Bäckermeister aus Wien 50 Filialen in Berlin errichtet hätte. Diese Entrüstung ist recht zwecklos, denn dieser jüdische Bäckermeister aus Wien hätte alle seine 50 Filialen

längst wieder zumachen müssen, wenn das Brot der 50 Berliner Bäckermeister, an deren Stelle er getreten ist, in Qualität und Preis seinem Brot ebenbürtig gewesen wäre. Das einzige Bedauerliche dabei ist — und wenn Herr Raab das meint, so hat er recht —, daß dieser intelligente Bäckermeister den Berlinern erst aus Wien kommen mußte.

Was — um bei diesem konkreten Falle zu bleiben — die Bäckermeister, namentlich im Berliner Westen, dem Publikum an Qualität und Quantität geboten haben, ehe die Konkurrenz einsetzte, ist allen Hausfrauen bekannt. Ein Plakat, das in Wilmersdorfer Bäckereien aushängt, beleuchtet grell, wie nötig diese Konkurrenz der Großbetriebe für das Publikum gewesen ist. Das Plakat lautet ungefähr: „Um das Publikum zu veranlassen, auch das Schwarzbrot in den hiesigen Bäckereien zu kaufen, ist das Brot bedeutend größer geworden.“ Das heißt mit andern Worten, wenn die Konkurrenz der Großbetriebe nicht dagewesen wäre, wäre das Brot bedeutend kleiner geblieben.

Vorläufig haben bei der großen Lebensmittelsteuerung (Fleischsteuerung) nur die Warenhäuser die Preise verhältnismäßig niedrig gehalten und durch ihre Konkurrenz für ganz Berlin preisregulierend gewirkt. Der Abgeordnete Dr. Roesicke, der sicherlich kein Warenhausfreund ist, hat selber betont, daß die Fleischsteuerung doch nicht so drückend sein könnte, wenn die Warenhäuser das Fleisch so billig geben könnten.

Die Preise betragen Ende Oktober, Anfang November:

	für Fleisch im Warenhause:	für Fleisch beim Schlächter im Ber- liner Westen:
Schweinekoteletts:	0,90 M.	1,10 M.
Hammelkeule:	0,75 „	1,00 „
Schmorfleisch:	0,90 „	1,10 „
Kalbskamm und Bug:	0,85—0,95 „	1,00 „
Rinderfilet, ausgeschält	1,30—1,50 „	1,80 „

Die Qualitäten waren bei Warenhäusern und Privatschlächtern gleichwertig. Von den Schlächtereien im Berliner Westen hatten einzelne ein wenig billigere wie die oben genannten Preise, jedoch waren die meisten in den sogenannten feinen Quartieren sogar noch beträchtlich teurer.

In den Kolonialwarenhandlungen, soweit sie nicht Filialgeschäfte großer Betriebe waren, stellten sich die Preisdifferenzen für Kolonialwaren zum großen Teile noch erheblich günstiger für die Warenhäuser, so daß es sich für eine Hausfrau — selbst bei kleinstem Bedarf — durchaus, im Durchschnitt mit 10% rentierte, ihre Bestellungen im Warenhause zu machen obgleich der Preis für Hin- und Rückfahrt nach der Stadt als Aufschlag hinzukam.

Es ist daher kein Zweifel möglich, daß nach und nach alle diese bisher die alleinige Domäne des Kleinkaufmanns bildenden Zweige des Lebensmittelzwischenhandels teils von den eigentlichen Warenhäusern, teils von den Riesenspezialgeschäften mit Filialbetrieb in den Großstädten übernommen werden. Der Milch-, Butter und Eierhandel befindet sich in Berlin bereits zum größten Teil in den Händen der mit agrarischem Kapital arbeitenden großen Gesellschaften. Die großen Schwarzbrotbäckereien werden sicherlich in kürzester Zeit den Brotvertrieb ganz in ihren Händen haben, und wenn die Schlächtereien nicht infolge der Fleischnot allmählich in die Hände der Stadtverwaltungen übergleiten, so wird sicherlich auch da der Großbetrieb sehr bald den Kleinbetrieb verdrängen.

Trotzdem gibt es auch heutigentags noch Exemplare von der Sorte jener sonderbaren Heiligen, die nicht nur gegen die Warenhäuser, sondern sogar gegen die dort Kaufenden eine Art von Kreuzzug predigen. Der Warenhauskäufer ist ihnen zufolge eine Art besondere Spezies, kaum wert, den Namen Deutscher zu tragen und jedenfalls völlig minderwertig und nicht ohne weiteres schuldlos an allem, was im Deutschen Reiche schief geht. Aber es ist wirklich kein Beweis für den so oft erfolglos angezeigten moralischen Niedergang Deutschlands, wenn um die breiten Auslagetische sich die Käuferinnen drängen, „um wertlosen Tand“ mit nach Hause zu nehmen. Diesen „Tand“ kauften die Frauen früher auch, und es macht — sozialethisch genommen — keinen Unterschied, ob dieser „Tand“ vom kleinen Krämer, auf dem Jahrmarkt oder im modernen Kaufhaus erstanden wurde. Der Plunder auf den Jahrmarkten ist heute noch trotz aller Volkskunstbestrebungen genau so bösartig wie in den schlimmsten Ramschbazaren. Die Warenhäuser der Zukunft werden voraussichtlich ganz im Gegenteil die wichtigsten Bundesgenossen aller der Bestrebungen werden können, die auf eine Hebung des Kunstverständnisses der breiteren Massen gerichtet sind. Es ist auch mehr als wahrscheinlich — gewisse Versuche deuten klar darauf hin —, daß diese Aufgabe von den Warenhäusern selbst begriffen und im eigensten Geschäftsinteresse ausgenutzt werden wird.

Aber nicht allein der begreifliche Wunsch, dort einzukaufen, wo es am wohlfeilsten ist, treibt die Massen in die schimmernden Warenpaläste, sondern auch die unleidliche Geschäftsgebarung, die in vielen Kleinbetrieben noch immer herrscht und den Einkauf beschwerlich macht. In zahlreichen Kolonialwarengeschäften im Berliner Westen zum Beispiel, dem Hauptkunden der großen Warenhäuser, werden die Wageschalen hinter einem Berge von Konservenbüchsen versteckt, was Hunderttausende von Käufern verärgert hat und noch täglich verärgert, ohne daß den Geschäftsinhabern die Einsicht aufdämmert, daß man nirgends in der Welt gezwungen ist, sich auf Treu und Glauben und auf die unbedingte Redlichkeit irgendeines Unbekannten zu verlassen, und auch beim Einkauf von Zucker und Mehl keine Ausnahme machen will.

Ein anderes Kapitel ist die Verpackung beim Einkauf von frischem Fleisch und Gemüsen. Es ist für eine im Beruf stehende Frau, die auf dem Rückwege vom Bureau ein Stück Fleisch für den nächsten Mittag einkaufen will, kaum möglich, das Fleisch in der Verpackung, wie sie die meisten Schlachtermeister liefern, selbst nach Hause mitzunehmen, während sie mit der Verpackung, die sie — ohne erst darum bitten zu müssen — in den Warenhäusern erhält, durch ihr Paket kaum behindert wird. Gerade das Verschnüren der Pakete, das bei den Riesenentfernungen innerhalb der Stadt zur Notwendigkeit geworden ist, wird in der Mehrzahl der kleinen Geschäfte noch als eine Gefälligkeit betrachtet und nur auf besonderen Wunsch ausgeführt.

Die Preise sind jetzt im allgemeinen auch im Kleinhandel fest, wenn auch z. B. sicherlich der Hauptgrund für den Ruin der Berliner Markthallen das berühmte Handeln war, auf das sich die kurz angebundene großstädtische Bevölkerung nicht mehr einlassen konnte. Wieweit die Klagen über das nie verwendete Fünfgrammstück beim Einkaufen von Viertelpfunden auf Richtigkeit beruhen, soll hier nicht untersucht werden, jedoch wäre es sicherlich interessant, einmal festzustellen, in wie vielen kleinen Geschäften das Fünfgrammstück regelmäßig gebraucht wird und in wie vielen es nicht verwendet wird oder gar fehlt.

Nun noch ein Hauptmoment, das die Wage zugunsten der Warenhäuser sich senken läßt. Das ist die leider in noch vielen kleinen Geschäften — nicht gerade der Lebensmittelbranchen, aber aller übrigen Zweige — angewandte Auszeichnung der Waren mit Buchstaben. Von jedem denkenden Menschen muß das Auszeichnen der Waren mit Buchstaben als ein Betrugsvorwurf empfunden werden, und es ist eine Schande, die an dem ganzen deutschen Kleinkaufmannsgewerbe haften bleibt, daß nicht aus der Mitte dieser Kreise heraus selbst mit diesem Unfug aufgeräumt worden ist. Wenn von diesen Kreisen selbst die Parole ausgegeben würde: „Kauft nicht in Geschäften, die keine Fünfgrammstücke verwenden, kauft nicht in Geschäften, die mit Buchstaben auszeichnen, kauft nicht in Geschäften, die ihre Wagen hinter Bergen von Konservenbüchsen verstecken“, so würde diese Parole mehr für den Fortbestand der kleinen Geschäfte leisten und für das Weiterexistieren neben den Großbetrieben als alle noch so gut geschriebenen pathetischen Erklärungen gegen die Warenhäuser.

Die Konkurrenz der Kleinhändler mit den Warenhäusern ist aussichtslos. Der Kleinkaufmann, wie wir ihn aus der deutschen Mittelstadt in die moderne Großstadt übernommen haben, ist unzeitgemäß. Auch hier findet jedoch eine allerdings mit grausamer Folgerichtigkeit gehandhabte Auslese der Tüchtigsten statt. Denn was mit dem Ruf nach Qualitätsarbeit heute für das deutsche Handwerk allgemein als Rettungsweg mit Recht erkannt worden ist, läßt sich ähnlich auch für den Kleinkaufmann erreichen. Ein Speziallager einer kleinen Anzahl von Qualitätsarbeiten, die sich dem Massenkonsum, auf den das Warenhaus doch dauernd angewiesen ist, entziehen, wird stets auf Kunden rechnen können. Ein Beweis dafür sind die zahllosen vorzüglichen Spezialgeschäfte, die sich rund um die Warenhäuser aufgetan haben und aus der Nähe des großen Menschenmagnets vor allem den Vorteil ziehen, daß mit den Massen, die nach dem Warenhause strömen, ihnen die eigene Kundenschaft zugeführt wird.

Überall, fast in jedem Zweige des modernen Lebens, sieht ein scharfes Auge heute Möglichkeiten der Ausdehnung auf Gebiete, auf denen die Konkurrenz der Warenhäuser bisher geradezu fehlt und in denen derartig straff und großartig organisierte Wirtschaftskörper belebend und anregend wirken könnten. Die Entwicklung der Warenhäuser in den letzten zwei Jahrzehnten vom Ramschbazar zum Kaufpalast ist so überwältigend, daß man — ohne Phantast zu sein — daran denken muß, das Warenhaus auch als Zentralpunkt für große Kulturzwecke in einer nahen Zukunft schon in Anspruch nehmen zu können.

Einem Warenhausbesitzer mit weitem Blicke böten sich heute bereits Gelegenheiten, sowohl der Allgemeinheit als auch seinem Privatinteresse auf Gebieten zu dienen, auf denen man die Möglichkeit eines Eingreifens der Warenhäuser noch vor wenigen Jahren als utopisch verachtet hätte.



ALBERT FALKENBERG, BERLIN: DIE ORGANISATIONEN DER SUBALTERNEN BEAMTEN IN DEUTSCHLAND.



FT bricht in einzelnen Berufsschichten orkanartig der Wille zur Organisation durch, während anderwärts wieder das Streben nach stetiger Sammlung aller Kräfte für eine zurückhaltende Organisierung zu verfolgen ist. Fast immer aber ist es ein bestimmtes Ziel, das als erstrebenswert gilt, um dessentwillen die Kräftesammlung geschieht, nur selten hat man die Einsicht für sich gewonnen, daß alle Organisierung im Grunde dazu dient, die Neubildung der Schichten zu fördern und damit neue Allgemeinzustände zu schaffen.

Diese Erkenntnis kann sich nur langsam durchsetzen, weil die einzelnen Schichten über ihr eigenes Wesen, namentlich über ihr Verhältnis zu den übrigen Berufsschichten zu wenig Klarheit empfinden. Schließlich war es auch hier wieder die moderne Wirtschaftsentwicklung, die klarend wirkte, neue Möglichkeiten und neue Perspektiven schuf, indem sie auch in den Kreisen der öffentlichen subalternen Beamten das Problem zur Diskussion stellte, das die Reihen der Privatangestellten längst zum Zusammenschluß getrieben hatte, das Problem Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Öffentliche Beamte und Privatangestellte unterscheiden sich in bezug auf dies Problem nur graduell, nicht grundsätzlich; mag noch so viel Trennendes vorhanden sein, die feste Besoldung eint sie zur gleichartigen Volksschicht. Allerdings nur äußerlich, innerlich hält sie sowohl gleicher Bildungsgang als auch die gleiche geistige Interessensphäre auf demselben Niveau. Im Gegensatz zu den nur physisch tätigen Arbeitern hat man für diese Mittelschicht die Bezeichnung Kopfarbeiter erfunden. Von vornherein muß darauf hingewiesen werden, daß selbstverständlich von einer scharfen Abgrenzung beider Schichten, den Kopfarbeitern und der schlechthin als Arbeiter bezeichneten Klasse nicht die Rede sein kann, ebensowenig wie die strenge Scheidung zwischen Kopf- und Handarbeit möglich ist.

Will man öffentliche Beamte und Privatangestellte zum neuen Mittelstande zählen, kann das nur auf Grund ihres Wesens geschehen. Beide Kategorien haben gewissermaßen dasselbe Sammlungsniveau. Ihre wirtschaftliche Struktur macht an den gleichen Grenzen halt, beide sind besonders deswegen lebensfähig, weil ihnen durch unsere moderne Entwicklung unaufhörlich neue Kräfte von unten herauf zugeführt werden. Andererseits ist die Tendenz beider Kategorien insofern dieselbe, als sie eben auch unter dem Zwange der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung fortgesetzt bisherige Klassenangehörige nach unten, bis an die Grenzen des Proletariats oder gar noch weiter, abstoßen.

Als ein Spiegelbild dieses Prozesses vollzieht sich die Organisation in den Reihen der öffentlichen Beamten und der Privatangestellten. Die Art der Organisierung beider Kategorien, die bis vor kurzem streng unterschiedlich war, beginnt schmiegamer zu werden, sich ineinander hineinzufühlen. Aber sie ist noch längst nicht bis dahin, wo sie ineinander aufgehen könnte. Die markantesten Trennungsmomente sind augenblicklich die Möglichkeit der Anwendung des Streikmittels auf Seiten der Privatangestellten und der Unterschied in der Rechtsstellung beider Kategorien.

Es ist klar, daß eine im Laufschritt einherstürmende Wirtschaftsentwicklung den Rechtsboden ihrer „Industriebürger“ ebenso schnell zu verändern imstande ist, als sie die ursprünglich selbstherrlichen Staatsbetriebe in reine Rentabilitätsbetriebe verwandeln kann. Wo aber in einem Betriebe der Charakter der Rentabilität dominiert, muß sich mehr und mehr auch der Charakter der Betriebsangehörigen diesem Moment anpassen; das bedeutet für einen Staatsbetrieb nichts anderes, als daß die Beamten in das Verhältnis eines Arbeitnehmers zum Arbeitgeber hineingedrängt werden. Ihr Wille wird beiseit geschoben, auch sie müssen den Wirtschaftsgesetzen Folge leisten. Nebenher aber suchen sie diejenigen Vorzüge der Beamtenstellung festzuhalten, die heute in der Bewegung der Privatangestellten als Kardinalforderungen bezeichnet werden dürfen: Die Stetigkeit der Anstellungsverhältnisse und die Alters- und Invalidenversorgung. Wenn die Privatangestellten auf diesem Gebiet erst das erreicht haben werden, was die öffentlichen Beamten zum größten Teil als ihren Besitz bezeichnen dürfen, dann verliert die Möglichkeit der Anwendung des Streikmittels an Wert. Vielleicht bleibt sie noch eine Zeitlang Paradestück, das aber schließlich doch in die Rumpelkammer wandert. Schon heute ist ja der Streik als Mittel zur Herbeiführung günstigerer Wirtschaftsverhältnisse für die Angestellten in den freien Berufen, namentlich in den Kreisen, die zum neuen Mittelstande zählen, vielfach nur noch ein unerfüllter Programmpunkt. Wann haben denn die Privatangestellten, beispielsweise die Bureauarbeiter der großen Betriebe, deren Position derjenigen der Staatsbeamten am nächsten steht, überhaupt einmal einen Streik inszeniert? Die Statistik schweigt. Und zuletzt, bietet denn nicht gerade das Streben der Mittelschichten, eine gesunde Wirtschaftspolitik herauf zu führen, die aussichtsvollste Gewähr für das Verschwinden des Streikmittels auch aus ihren Organisationsprogrammen? Ein allmählich fortschreitender Prozeß eröffnet neue Perspektiven, morsche Mauern stürzen und es entstehen neue Organisierungsmöglichkeiten. Um sie zu begreifen, müssen wir uns Klarheit verschaffen über die Aufgaben und Ziele der bestehenden Organisationen.

Die Privatangestellten zerfallen nach der Statistik des Sozialen Ausschusses von Vereinen technischer Privatangestellten in die Kategorien der kaufmännischen Angestellten, technischen Angestellten, Bureauangestellten, landwirtschaftlichen Angestellten und in verschiedene Kategorien, unter denen neben dem allgemeinen Wohlfahrtsverband Deutscher Lehrer und Lehrerinnen in Berlin mit 44 000 Mitgliedern der Deutsche Privatbeamtenverein in Magdeburg mit 27 051 Mitgliedern zu den bedeutendsten zählt. Die Zahl der in Verbänden organisierten Privatangestellten belief sich Ende Dezember 1909 auf 776 231.

Unter den Organisationen der kaufmännischen Angestellten marschieren an der Spitze der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg, mit 108 745 Mitgliedern, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, mit 89 158 Mitgliedern und der Verein für Handlungskommiss von 1858, Hamburg, mit 95 615 Mitgliedern. Bei allen Organisationen kaufmännischer Angestellter entwickeln sich die Programme herüber von der Linie, die hauptsächlich der Verfolgung von Bildungszwecken dient, hinüber zu der Linie, auf der die Vertretung sozialer Interessen geschieht. Da jedoch die Mehrzahl der

Vereine Prinzipale und Gehilfen zu Mitgliedern zählt, bricht sich die zielbewußte Interessenvertretung mit sozialem Einschlag nur langsam Bahn.

W. Kulemann widmet den dritten Abschnitt im ersten Bande seines Werkes „Die Berufsvereine“ *) den Privatangestellten. An erster Stelle behandelt er den Deutschen Privatbeamtenverein in Magdeburg. Dieser Verband steht vielleicht darum den Organisationen der öffentlichen Beamten am nächsten, weil seine Grundtendenz der ihnen am meisten konform ist. In der vom Privatbeamtenverein herausgegebenen Schrift; „Der deutsche Privatbeamtenverein“ wird mehrfach darauf hingewiesen, daß keine gegensätzliche Stellung zu den Arbeitgebern eingenommen werden soll. Diese Grundtendenz wird an einer Stelle der erwähnten Programmschrift in folgender Weise formuliert: „Kein P.-B. und kein Arbeitgeber, auf welchem Gebiete privat-wirtschaftlicher Tätigkeit er auch sein Geschäft betreibt, wird zwischen den Bestrebungen und Endzielen des deutschen P.-B.-V. und den Interessen der Arbeitgeber (dieses Wort immer im weitesten, volkswirtschaftlichen Sinne gebraucht) einen Gegensatz zu finden vermögen, der ihn abhalten könnte, diese Bestrebungen zu unterstützen, sondern nur eine Gemeinschaft der Interessen, die jedem die Unterstützung dieser Bestrebung zur Pflicht macht“.

Wesentlich schärfer kommen die Forderungen der technisch-industriellen Beamten zum Ausdruck. Die hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl dominierenden Verbände dieser Berufskategorien sind: Deutscher Werkmeisterverband, Düsseldorf, mit 50 577 Mitgliedern, Deutscher Techniker-Verband, Berlin, mit 27 359 Mitgliedern, und Bund der technisch-industriellen Beamten, Berlin, mit 15 034 Mitgliedern.

Der Deutsche Werkmeisterverband „bezieht, alle deutschen Werkmeister zu vereinigen, um die Interessen der Mitglieder sowie der Angestellten derselben zu schützen und zu fördern“. Zur Erreichung dieses Ziels hat der Verband Unterstützungseinrichtungen geschaffen, die in einer Sterbekasse, Witwen- und Waisenunterstützung, Unterstützung stellenloser und invalider Mitglieder, Unterstützung in Notfällen und einem Brandversicherungsverein bestehen. Daneben wird Stellenvermittlung und Rechtsschutz gewährt. Auch in diesem Verbande ist das Verhältnis zu den Behörden und den Prinzipalen ein freundliches. Sein Organ ist die „Deutsche Werkmeisterzeitung“, die die Ziele des „Deutschen Werkmeisterverbandes“ mit erfreulicher Stetigkeit vertritt, ohne daß das Gewerkschaftsprinzip besonders hervortritt.

Auch der „Deutsche Technikerverband“ lehnt mit aller Schärfe das Prinzip der rein gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisation ab. Schon in seinem Programm kommt die Art seines Wollens zum Ausdruck. Neben materieller Interessenvertretung erstreckt sich seine Tätigkeit besonders auf Pflege des geselligen Verkehrs und auf die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen. Der „Deutsche Technikerverband“ betrachtet das „zwischen den höheren und niederen Kategorien der technischen Berufsstände vorhandene differenzierte Standesbewußtsein“ als gegeben. Er ist daher als Organisation zu betrachten, die in solider Beharrlichkeit ihre Entwicklungslinie verfolgt, die aber nicht als eine Vereinigung bezeichnet werden kann, in der die Gärungen unserer Zeitläufte einen besonders hellklingenden Resonanzboden finden.

*) Jena, Verlag von Gustav Fischer. 3 Bände.

In schroffem Gegensatz zu diesem Verbande steht der „B u n d d e r t e c h n i s c h - i n d u s t r i e l l e n B e a m t e n“. Schon sein Programm beweist, daß er auf weitest vorgeschobenem Posten in der Organisationsbewegung der Privatangestellten arbeitet. Hier trägt der Begriff Organisation alle Keime in sich, aus denen die wirtschaftspolitisch und kulturell freiheitlichere Zukunft der Glieder einer Berufskategorie sich entwickeln kann. Der Bund betont mit allem Nachdruck seinen gewerkschaftlichen Charakter, er vertritt die Interessen seiner Mitglieder „in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer gegenüber Arbeitgebern, Staat und Gesellschaft“. Diese zielbewußte Haltung trägt ihm mancherlei Vorwürfe ein, z. B. „daß er sozialdemokratische Tendenzen verfolge, das gute Einvernehmen zwischen Prinzipalen und Angestellten stören und die Techniker proletarisieren wolle“. Zu seiner Verteidigung hat der Bund auf seinem ersten Bundestage im März 1905 ein soziales Programm aufgestellt, das auf dem im Mai 1907 abgehaltenen zweiten Bundestage einer Revision unterzogen und nach der Seite rationeller Interessenvertretung bedeutend erweitert wurde.

Es kann nicht wundernehmen, daß die Bestrebungen des Bundes von Unternehmerseite starken Widerspruch erfahren. Mehrfach sind die Bundesmitglieder zum Austritt aufgefordert, z. B. von dem „Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Verein“. Den Boykott der Mitglieder herbeizuführen, riet der „Verband bayrischer Metallindustrieller“. Nur der energische Protest des Bundes, dem sich die ebenfalls betroffenen Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Verein deutscher Kaufleute und Verein für Handlungskommis von 1858 anschlossen, bewirkte, daß die geplante Maßnahme rückgängig gemacht wurde.

Die gesamte Organisation der öffentlichen, mittleren und unteren Beamten ruht auf wesentlich anderer Grundlage. Hier ist für die Organisationsart der Beamtencharakter von ausschlaggebender Bedeutung. Schon die Beamtengesetze enthalten die Richtlinien, auf denen sich die Organisierung zu vollziehen hat, noch weit mehr aber sollen nach dem Willen der Regierung die „Staatsnotwendigkeiten“ den Beamtenorganisationen Weg und Ziele weisen. Aber diese „Staatsnotwendigkeiten“ können nicht ein für alle Mal festgelegt werden, sie sind wandelbar wie die Programme der Regierung und dürfen darum keinen Anspruch auf absolute Giltigkeit erheben. Das gerade ist charakteristisch für die Entwicklung der Beamtenbewegung, daß die großen Massen der Beamten sich nicht mehr bedingungslos zu diesen „Staatsnotwendigkeiten“, wie sie die Regierungen von Zeit zu Zeit gewissermaßen als etwas Naturgesetzliches hinstellen möchten, bekennen können. Der Druck der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung lastet viel zu schwer auf ihnen, als daß sie noch Politik als eine Art Sport zu treiben vermöchten. Das staatsbürgerliche Moment spielt heute im Beamtendasein eine wesentlich wichtigere Rolle als in den verflossenen Jahrzehnten. Das zeigt sich in der ungleich stärkeren Anteilnahme der Beamten am politischen Leben im Staat und in der Kommune. Und als Folgeerscheinung dieser Tatsache dürfen wir die gesteigerte Besorgnis der Regierung und der Behörden bezeichnen, daß die Beamtenschaft ihnen gegenüber aus der sekundierenden in eine oppositionelle Stellung hinübergleitet. Schon diese Situation ist geeignet ein Korrektiv zu schaffen, das die Haltung der Regierung gegenüber der Beamtenschaft günstig beeinflussen könnte.

Die öffentlichen Beamten haben die Struktur ihrer Organisierung erst ändern können, als infolge der rapiden Verkehrssteigerung die Beamtenmassen auf dem Plan erschienen. Es ist darum verständlich, daß die mit diesem Prozeß liierten Beamtenenschichten — die Verkehrsbeamten — zu Trägern des in die Beamtenorganisationen eingezogenen modernen Geistes werden mußten. Sie werden diesen Vorsprung auf alle Zeit zu wahren suchen.

Der an Zahl stärkste Verband der öffentlichen Beamten ist der Verband der Eisenbahnvereine der preußisch-hessischen Staats-eisenbahnen und Reichsbahnen mit über 500 000 Mitgliedern. Er kommt jedoch als Verband mit ausgesprochener Organisationstendenz nicht in Frage, sondern ist im Grunde nichts anderes als die Frucht des Versuchs, von Staats wegen eine Sammelorganisation loyaler Observanz zu schaffen. Das Kartell der Eisenbahnverbände umfaßt einige Organisationen der mittleren Eisenbahnbeamten mit einer Gesamtmitgliederzahl von etwa 20 000. Im Gebiete der preußischen Eisenbahnverwaltung gibt es etwa 40 Einzelorganisationen von mehr oder minder großer Bedeutung, von denen jedoch nur wenige die Bezeichnung einer modern-fortschrittlichen Organisation verdienen. Das Beamtentum Preußens steht eben in vielen Dingen noch zu sehr unter dem Zwange der Tradition, namentlich die Eisenbahnverwaltung hat durch die von ihr verfügten Erlasse dokumentiert, daß sie glaubt, alle Modernisierung aus den Reihen ihrer Beamten fernhalten zu sollen. Wo sie das nicht konnte, in den Reihen der Eisenbahnarbeiter, da versucht sie durch Wohlfahrtseinrichtungen den gewerkschaftlichen Geist zu paralysieren. Mit drakonischer Strenge ist im Jahre 1907 der Landwirtschaftsminister gegen die Förster vorgegangen, indem er jede selbständige Organisierung untersagte und ein Verbot gegen die bisherige Vereinszeitung erließ.

Ob all diese Mittel verhindern können, daß schließlich die gesamte Beamtenenschaft auf dem Wege zielbewußter Organisation vom Geist des Fortschritts erfaßt wird, muß man bezweifeln, wenn man sieht, wie beispielsweise die Beamten der Reichs-Postverwaltung bereits rüstig in dieser Richtung marschieren. Die beiden Organisationen, die hier neben einigen kleineren Vereinen in Frage kommen, sind die großen Verbände der mittleren und unteren Postbeamten.

Der Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten zählt heute nahezu 40 000 Mitglieder. Er hat eine zwanzigjährige Entwicklungsperiode hinter sich, die ihm als Kampfperiode den stetigen Aufstieg bescherte. Mit seiner Organisierungsmethode ist er vielen Beamtenverbänden Vorbild geworden. Sein Werdegang beweist mit aller Deutlichkeit, daß ohne Kampf eine moderne Organisation undenkbar ist, und daß sich dieser Kampf nur durchführen läßt, wenn das Salz der Begeisterung in jedem Einzelnen wirksam ist. Eigentlich darf man sagen, der erste Staatssekretär des Reichs-Postamts von Stephan hat den Verband groß gemacht durch das Maßregelungssystem, mit dem er glaubte, die ihm verhaßte Organisation seiner Beamten totschlagen zu können. In Wirklichkeit verpflanzte er durch diese Art der Bekämpfung den modernen Geist bis in die Winkel des Deutschen Reichs. Heute gebietet der Postverband über ein Vermögen von etwa 2 Millionen Mark, er besitzt segensreich wirkende Rechtsschutz- und Fürsorgekassen und gilt immer noch unter den Beamtenorganisationen als der rocher de bronze.

Der ebenfalls in freiheitlichem Sinne geleitete Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten mit einem Mitgliederbestand von 90 000 ist nach Überwindung des zähen Widerstandes der Postverwaltung gegen den Zusammenschluß der bis dahin für sich bestehenden Bezirksorganisationen am 1. Januar 1909 gebildet worden. Über die Entwicklung des Verbandes läßt sich noch kein Urteil bilden, so viel aber läßt sich bereits heute übersehen, daß auch in dieser Reichsbeamtenorganisation der Kern zur Fortentwicklung in modernem Sinne steckt, weil die Massen mit ihrer Evolutionstendenz von unten heraufdrängen.

Was der Organisierung der subalternen Beamten eine neue Note verleiht, ist das Empfinden der Notwendigkeit des wirtschaftspolitischen Zusammenschlusses zu einer Wirtschaftseinheit aller Festbesoldeten, wie sie neuerdings im Bunde der Festbesoldeten angestrebt wird. Vielfach übersieht man, daß aus diesem äußerlichen Merkmal der Homogenität einer neuen Mittelschicht sich ein starkes innerliches Zusammengehörigkeitsgefühl als Grundlage für die Organisation der Zukunft entwickeln muß. Die Fachorganisationen bedeuten bei der heutigen politischen Konstellation eine notwendige Vorstufe zum Einfühlen in den Organisationsgedanken, aber in ihnen lassen sich nicht Interessen vertreten, die weit über den Rahmen des Fachlichen hinaus- und in die wirtschaftspolitische Interessensphäre hineinragen. Gerade so gut wie wir auf dem Wege des Zusammenschlusses zu einer Sammlung der Handarbeiter gekommen sind, werden wir auch die Organisation der geistigen, der Kopfarbeiter, erleben. Wir wollen zu einer neuen Kultur, dazu hilft uns die Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens, der im Grunde nichts Anderes darstellt als den sozialen Gedanken in konzentrierter Form.

Was bedeuten Ansätze zu einem ernsthaften Beamteninternationalismus, wie sie auf dem Delegiertentage französischer Post- und Telegraphenbeamten im Juni dieses Jahres in Marseille geschaffen sind, wenn sie nicht mit Überspannung weiter Organisationsgebiete zum Zwecke der Gedankenbeeinflussung rechnen? Neue Ideenassoziationen bringen neue Kulturen hervor. Vielleicht ist die wirtschaftspolitische Methode geeignet, Kräfte in den Reihen der subalternen Beamtenschaft zu wecken, die mitarbeiten an der Verwirklichung des Zusammenschlusses aller Kopfarbeiter.



DAS GENFER STÄDTISCHE GASWERK.



SEIT 14 Jahren liegt die Gas- und Elektrizitätsversorgung der Stadt Genf in Händen städtischer Werke, und die Ergebnisse einer so langen Prüfzeit lassen wohl bereits ein zuverlässiges Urteil über die Vorteile der Verstadtlichung zu.

Dieselben ließen allerdings nichts zu wünschen übrig, wie Edgar Milhaud, Professor an der Universität zu Genf, in seiner Zeitschrift „Les annales de la régie directe“ ausführt. Wir wollen in nachfolgendem eine knappe Darlegung davon geben:

1. Die Tarife für elektrische Beleuchtung wurden sofort nach Übernahme der Werke in städtischen Besitz wesentlich ermäßigt, und zwar pro Lampe von

10	Kerzenstärken	pro Stunde von	5	auf 4 Cts.
16	"	"	7	" 5.5 "
20	"	"	8.5	" 7 "
24	"	"	10	" 8 "
32	"	"	12.5	" 10 "
60	"	"	18	" 15 "
100	"	"	35	" 25 "

Aber diese neuen Preise werden für Fabriken noch weiter ermäßigt, und zwar, wie eine Verordnung der Stadtverwaltung sagt, um den Arbeitern bessere Beleuchtung und damit bessere hygienische Möglichkeiten zu bieten.

Inzwischen sind noch andere Verordnungen erschienen, die auch den privaten Verbrauch weiter verbilligen.

Genau die gleiche Preispolitik wurde in der Gasversorgung der Stadt durchgeführt.

Der Preis eines Kubikmeters Gas, der von der Gasgesellschaft seinerzeit auf 30 Cts. zu Beleuchtungszwecken und 20 Cts. zu Beheizungs- und gewerblichen Zwecken festgesetzt war, wurde von der Stadt einheitlich auf 20 Cts. gebracht.

Des fernerne erleichtert sie die Last des kleinen Verbrauches durch überaus billige leihweise Abgabe von Gasmessern, wodurch gleichzeitig, was sowohl der Stadt wie den Verbrauchern zugute kommt, ein Hindernis, das ehedem manche armen Menschen von der Einführung der Gasbeleuchtung zurückhielt, beiseite geschafft ist.

Ein interessanter Vergleich zwischen den Preisen der Stadtverwaltung und denen der Privatgesellschaften läßt sich anstellen, wenn wir Genf den benachbarten Städten entgegenhalten, wo die Gasabgabe noch in Händen privater Gesellschaften liegt.

Dem obenerwähnten Preis der Stadt Genf zu 20 Cts. (resp. jetzt vorübergehend 22 Cts. pro cbm) steht ein Preis von 25 Cts. in der Gasgesellschaft zu Chambéry, zu 30 Cts. in der Gasgesellschaft zu Bonneville und zu 35 Cts. in der Gasgesellschaft Aix-les-Bains gegenüber.

2. Auch für das Personal der Gasanstalten war das Ergebnis der Genfer Verstadtlichung ein glückliches.

Der Tagelohn wurde von 4 Mk. auf 5,80 Mk. erhöht, die Arbeitszeit von 12 Stunden zuerst auf 10 und seit 1. April 1909 auf 8 Stunden herabgesetzt.

3. All dies würde vermuten lassen, daß die rein finanzielle Seite, das Ertragnis sich angesichts dieser Preisdrückung im Konsum und Lohnerhöhung zugunsten der Angestellten habe verschlechtern müssen. Das Gegenteil ist der Fall. Die städtischen Werke sind in der Lage, die für staatliche und städtische Zwecke erforderlichen Gas- und Elektrizitätsmengen zum Selbstkostenpreis zu liefern, was nicht hindert, daß sie im übrigen im Jahre 1908 ein Reinertragnis von 3 500 000 Fr. = 2 800 000 Mk. abwarfen, bzw. — wenn man die für Verzinsungszwecke des für Ankauf der Werke aufgenommenen Anleihekaptals und die für Amortisierungszwecke benötigten Gelder abzieht — einen Reingewinn von 1 100 000 Fr. = fast 900 000 Mk. pro Jahr, während die Gesellschaft ehedem bloß 30000 Frs. pro Jahr erzielte!

Die Herabsetzung der Preise hat in der Tat keine ungünstige finanzielle Wirkung ausgeübt, sondern durch Erweiterung des Konsums, durch Er-

streckung des Gasverbrauches auch auf die proletarischen Schichten, im letzten Grunde die finanzielle Kraft der Werke gestärkt. Die großen Erträge der Regie sind doppelt bedeutend, wenn wir die geringe Einwohnerzahl der Stadt Genf in Frage ziehen. In der Tat könnte eine wesentliche Erleichterung der Steuerlasten für städtische Zwecke vermöge der Beiträge der Regie ermöglicht werden.

Ziehen wir all dieses in wenige Worte zusammen, so sehen wir, daß die Stadt zum Ankauf der Werke ein Kapital aufgenommen, für dessen Verzinsung und Amortisierung sie $5\frac{1}{2}\%$ aufzuwenden hat, während das Ertragnis $12\frac{1}{100}\%$ beträgt, somit ein Beweis, daß eine Verstadtlichungsaktion nicht nur, was allgemein zugegeben wird, für Konsumenten und Angestellte überaus günstig ist, sondern daß sie, richtig durchgeführt, sich auch rentieren kann.

Ein starkes Argument für die zielbewußte Durchführung gleicher Aktionen in den Städten des Auslandes *) . . .



CHRONIK

LANDWIRTSCHAFTLICHE Maschinenprüfungsstation in Montevideo: Vor vier Jahren beschloß die Regierung der Republik Uruguay ein landwirtschaftliches Institut nach deutschem Muster im Anschluß an die Universität in Montevideo zu errichten. Für die Installation wurden 3½ Millionen Mark bewilligt. Dieses Institut ist nunmehr seit 4 Jahren in Tätigkeit, seit Dezember 1908 in dem neuen Studiengebäude. Die Organisation wurde von dem preußischen Professor Dr. A. Backhaus durchgeführt, und die einzelnen Lehrstühle wurden mit deutschen Wissenschaftlern besetzt. Insgesamt bestehen 14 ordentliche Professuren. Unter anderem wirken die Professoren Dr. Dammann aus Berlin, Dr. Schroeder aus Gießen und Dr. Walther aus Jena an dem Instituto de Agronomia. Auch die land-

wirtschaftliche Maschinentechnik hat nach dem Organisationsprogramm einen selbständigen Lehrstuhl erhalten, und zwar vereinigt mit einer landwirtschaftlichen Maschinenprüfungsstation. Für diese Materie wurde der Professor Ingenieur Otto Kasdorf aus Wien berufen, welcher soeben den ersten Bericht der Maschinenprüfungsstation herausgegeben hat. Da diese Prüfungsstation die erste in Südamerika ist und da es andererseits wohl keioem Zweifel unterliegt, daß die südamerikanischen Staaten noch ein gutes Absatzgebiet für landwirtschaftliche Maschinen jeder Art darstellen, verdient diese Einrichtung besonders die Beachtung der europäischen Maschinenfabriken. Bisher ist der Absatz der Maschinen in Südamerika dadurch erschwert, daß die dortigen Produktionsverhältnisse

*) Besonders, wenn wir es neben die durchaus günstigen Ergebnisse des Wiener Munizipalsozialismus stellen (siehe den Artikel in der Juni-Nummer 1908 der Zeitschrift). Anm. der Red.

nicht genügend erforscht und den europäischen Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen bekannt sind. Es ist daher schwer, die zweckentsprechenden Maschinen für den Export nach Südamerika auszuwählen. Hier soll, wie es in dem ersten erwähnten Bericht heißt, die Maschinenprüfungsstation klarend eingreifen, indem sie Prüfungen von Maschinen vornimmt und den südamerikanischen Landwirten sowohl als den Maschinenfabrikanten mit Rat und fachlichen Auskünften zur Verfügung steht. Allen Interessenten, welche Wert auf den Absatz ihrer Erzeugnisse in Südamerika legen, sei empfohlen, sich die Geschäftsordnung der Maschinenprüfungsstation senden zu lassen. Sie wird kostenlos zugeschickt. Alle Anfragen und Mitteilungen sind an Professor Ingenieur Otto Kasdorf, Instituto de Agronomia, Montevideo (Uruguay) zu adressieren. Auch kann den Maschinenfabriken geraten werden, ihre Prospekte und sonstigen Drucksachen dorthin zu senden sowie etwaige Modelle oder Zeichnungen, welche bei den Vorträgen über Maschinenwesen nützlich sein können, genanntem Professor zu übermitteln. Bemerkt sei noch, daß die Republik Uruguay außerordentliche Mittel für den Hochschulunterricht aufwendet. So erhält dieses Institut einen Zuschuß von 78 000 Goldpeso (= etwa 350 000 M.) pro Studiensemester. Die von Professor Kasdorf neben seiner Vorlesungstätigkeit organisierte Maschinenprüfungsstation findet in Südamerika, besonders auch in Argentinien, so viel Anklang, daß sie vorbildlich für ähnliche Anstalten der andern südamerikanischen Republiken werden dürfte.



Kap—Kairo-Eisenbahn: Von der großen Eisenbahnlinie, die Afrika von Süden nach Norden durchziehen

wird, wurde am 1. November d. J. eine neue Teilstrecke, südwärts von Wad Medani nach Sennar, eröffnet. Die gesamte Länge des nördlichen Teiles der Bahn beträgt gegenwärtig 1501 Meilen (etwa 2400 km). Der südliche Teil nordwärts von Kapstadt hat den Ort „Star of Congo“ im Kongo-Freistaat erreicht, der 2312 Meilen (etwa 3700 km) vom Ausgangspunkt der Bahn entfernt ist. Die noch zu erbauende Strecke wird eine Länge von 2060 Meilen (= 3200 km) besitzen, wenn sie in der geplanten Weise ausgeführt wird. Die Gesamtlänge der Bahn wird 5,873 Meilen betragen, wovon 3813 Meilen, also zwei Drittel, fertiggestellt sind. Der Verkehr auf den bestehenden Linien ist schon sehr rege, insbesondere auf dem nördlichen Teilstück, das jetzt aus der Wüste heraus in bevölkerte Gegenden hineinreicht, wo die Eingeborenen hauptsächlich infolge der Einrichtung einer billigen 4. Wagenklasse die Bahn rege benutzen; auch ist der Güterverkehr jetzt schon sehr bedeutend.

Dr. John Mez.



Ein Gesetz für Einführung obligatorischer Schiedsgerichte in der französischen Handelsmarine: Vor einiger Zeit wurde eine Verordnung des französischen Ministeriums publiziert, die in Anlehnung an einen im Vorjahr angenommenen Gesetzentwurf einen permanenten Schiedsgerichtshof für Fälle von Lohnstreitigkeiten zwischen den Rhedern der französischen Handelsmarine und ihren Bediensteten begründete.

Dieser Schiedsgerichtshof hat seinen Sitz in Paris und besteht aus drei von der Regierung aus dem Kreise der Staatsräte und Richter am Obersten Gerichtshofe ernannten Beisitzern, sowie je 5 Delegierten der Rheder und Matrosen.

Der Präsident und Vizepräsident des Schiedsgerichtshofes sind aus dem Kreise der von der Regierung ernannten Mitglieder zu wählen, ebenso obliegt es dieser, ein Sekretariat des Schiedsgerichtshofes einzusetzen und zu überwachen.

Der Schiedsgerichtshof tritt entweder auf Antrag der Beteiligten zusammen oder aber muß ferner in jedem Konfliktfalle auf Antrag der Regierung zusammentreten.

Derselbe hat den Beteiligten seinen ganzen Vermittlungsdienst anzubieten. Im Falle der Ablehnung nimmt er bloß ein Protokoll auf; die

Vermittlung ist nicht obligatorisch; wird sie angenommen, so findet eine Verhandlung unter Leitung des Präsidenten und Beziehung der Delegierten beider Parteien statt.

Das Urteil muß binnen acht Tagen gefällt werden und wird beiden streitenden Parteien sowie den beteiligten Ressortministerien bekannt gegeben und im Regierungsanzeiger veröffentlicht.

Ihm kommt die Kraft eines ordentlichen gerichtlichen Urteils zu.

Louis Andrien, Paris.



POLITISCHE ENTWICKLUNG

JOHANNES TIEDJE, MARBURG: DIE HEIMATLOSEN IN DER NORDMARK.



Ei der Fülle der nationalen Ärgernisse in der Nordmark entfällt dem Kenner der Verhältnisse manchmal noch leichter als dem Fernstehenden das *W e s e n t l i c h e*: Ausweisungen und Kränkungen durch unverantwortliche Presseverleumdungen treffen in Wirklichkeit nicht so hart wie Zustände, unter denen die Menge, die Ungenannten und Vielen im Lande leiden. Diese die ganze Bevölkerung wirklich entrüstende, in ihrer Rechtssicherheit erschütternde Tatsache war einst die *O p t a n t e n s a c h e*, ist heute die *S a c h e d e r H e i m a t l o s e n*.

Nach dänischem Indigenatsrecht, wie es bis 1898 galt, sind die Kinder von dänischen Untertanen, welche im Auslande geboren sind, ohne dänisches Staatsbürgerrecht, und damit — weil sie in Deutschland auch kein deutsches Staatsbürgerrecht durch Geburt im Lande erwerben — sind sie staatsrechtlich *h e i m a t l o s*. Von solchen Heimatlosen gibt es in Nordschleswig etwa 2000! Sie standen bisher im Schatten der Optanten und Optantenkinder (das sind solche nordschleswigsche dänische Untertanen, denen die Friedensgarantien von 1864 zugute kommen). Seit in der Optantenkonvention 1907 diese ihre Naturalisation (wenigstens zum großen Teile) erhielten, tauchten hinter ihnen die andern Rechtlosen, die Heimatlosen, als schweres Problem auf. Denn wie sie heimatlos sind, so auch ohne den Schutz eines Staates. Dänemarks Diplomaten können ihretwegen nicht intervenieren; sie sind ganz dem Wohl- oder Übelwollen der Polizei preisgegeben.

Erst die seit 1898 geborenen Kinder von Dänen im Auslande haben in Dänemark Heimatrecht.

Es liegt nahe, daß sie sich naturalisieren lassen. Das wird auch von ihnen angestrebt und ist, wie für sie, so für unseren Staat das Nächstliegende. Denn auch die Heimatlosen „freien und lassen sich freien“, und Preußen steht darum in wenigen Jahren wieder vor dem Faktum, in Nordschleswig einen großen Bevölkerungsteil von Staatsbürgern II. Klasse mit der entsprechenden Unzufriedenheit zu haben.

Leider weigert sich die Regierung konsequent, diese Heimatlosen zu naturalisieren. Sie hat 1907 unterm „milden Kurs“, als der hakatistische „Deutsche Verein“ mit seiner Selbstauflösung drohte, sich dessen Vorsitzenden, dem durch seine scharfmacherische Art unliebsam bekannten Landgerichtsdirektor Hahn in Kiel, verpflichtet, nicht nur die preußische Nordmarkgrenze unverrückt bleiben zu lassen — wie lachhaft —, sondern auch außer der der Optanten keine weitere Naturalisationen vorzunehmen. Leider hat der neue Zwangskurs die Regierung hierin nicht nur bestärkt, sondern neben dem ökonomischen Kampfe, zu dem sie sich hat, vom Deutschen Verein belehrt, verleiten lassen, ist gerade die Weigerung, die Heimatlosen zu naturalisieren, das gegenwärtig schärfste und häblichste Gewaltmittel der politischen Behörden. Es ist wiederholt von den Behörden ausgesprochen, daß sie grundsätzlich die Naturalisation allen Heimatlosen verweigere.

Diese „Heimatlosen“ haben ihre wahre Heimat in Nordschleswig: sie sind dort geboren, erzogen, haben die deutsche Schule, den landeskirchlichen Unterricht, deutsches Handwerk oder Landwirtschaft unter deutschen Zollbedingungen gelernt. Sie sind politisch ganz ungefährlich. Denn sie haben keine Rechte, nicht nur keine Wahlrechte: jede politische Versammlung, an der ein solcher nachweisbar teilnimmt, kann aufgelöst, er selber bestraft werden, sie sind politisch wie unmündige Kinder. Sie lieben die Heimat, so wie das Landvolk seine Scholle liebt, und sind zum Teil ganz unfähig, sich im Süden unter andern Sprachverhältnissen oder im Norden unter andern Wirtschaftsbedingungen zu erhalten: sie sind überwiegend Arbeiter oder Tagelöhner, doch gibt es auch vermögende Bauern oder tüchtige Handwerker unter ihnen.

Und diesen politisch Entrechteten will man auch das letzte Recht, die Heimat, nehmen. Landrat Dr. Dryander, der auf so manchen Gebieten durch fragwürdige Auslegungen des Verwaltungsrechts neues Recht zu schaffen sucht, hat das traurige Verdienst, zuerst den „Kampf“ wider die Heimatlosen aufgenommen zu haben. Wohl dank eines Dezerrenten in der Schleswiger Regierung, Herrn Dr. Albrecht, ist aus dem Dryanderschen Verfahren dann ein allgemeiner Regierungserlaß geworden. Der Erlaß wie das Dryandersche Gebahren ist hervorgerufen aus dem Bestreben, auch ohne Naturalisation das rapide Anwachsen der Heimatlosen zu verhindern. Wie macht man denn das? Nun, wo in Preußen schikaniert werden soll, hat es an Erfindungsgabe noch nie gefehlt: den Heimatlosen wird die Siedlungserlaubnis verweigert.

Unterm 5. November 1841 erließ die schleswig-holsteinische Kanzlei im Kopenhagener Ministerium ein von König Christian VIII. von Dänemark signiertes Patent betreffs der Ansiedlung von Ausländern. Diese Ansiedlung wurde abhängig gemacht von der Erwerbstüchtigkeit, der Unbescholtenheit usw., lauter Bedingungen, welche lediglich einer Überschwemmung mit ausländischen Landesarmen vorbeugen sollten. Dieser armen-

polizeilichen Verordnung des dänischen Königs bedienen sich heute die preußischen Landräte in nationalpolitischem Zwangseifer*).

Zunächst ist das Recht, ja die Notwendigkeit, unseren Behörden einzuräumen, zu verhindern, daß immer weiter und weiter in unserem Staate ein dänischer Nachwuchs hochkommt, dem das Reich Dänemark nicht die Garantie eines solchen Indigenatsrechtes einräumt, auf Grund dessen auch die Nachkommen im Armutsfalle Heimat und Staatshilfe im Mutterlande finden. Wie gegen die slavische Flut, so haben wir auch gegenüber einer heutigen dänischen Einwanderung von Bassermannschen Gestalten die Notwehr des Abschiebens. Aber das hat Dänemark bereits seit 1898 geregelt! Wenn dann unsere Beamten vor 1898 ihre Pflicht nicht taten, sondern unser Land durch Verbreitung so vieler Heimatloser in Kalamität brachten, dann ist es heute doch eine geradezu empörende Selbsthilfe, nun die Heimatlosen unsere Verwaltungsfehler büßen zu lassen.

Man kann aber fragen: warum hat dann Dänemark nicht seinem neuen Indigenatsrechte von 1898 rückwirkende Kraft gegeben, so daß alle seit 1864 bei uns geborenen dänischen Nachkommen auch dänische Untertanen seien? Es haben darüber in der Tat Verhandlungen geschwebt, und hätte die preußische Verwaltung den vornehmen Geist der englischen, hätte Dänemark es so geordnet. Aber gerade damals begann die widerliche Kölner-Politik in Nordschleswig mit ihren brutalen Ausweisungen. Das Interesse der Heimatlosen selbst ist es selbstverständlich, in Nordschleswig zu bleiben. Hier stand ihre Wiege, hier fanden sie ihr Brot. Jenem Indigenatsrechte rückwirkende Kraft zu verleihen, hieße wider ihr Interesse sie zum Prügelknaben der preußischen Bureaucratie machen. Also nicht das ist die Lösung: Aufnahme der Heimatlosen ins dänische Indigenatsrecht, sondern Preußen muß aus seinem Verwaltungsfehler die Konsequenz ziehen, muß sie naturalisieren oder doch wenigstens ihnen die Siedlungserlaubnis geben. Ihren Eltern ist nun einmal die Siedlungserlaubnis gegeben, oder vielmehr ein großer Teil von ihnen, der nichtnaturalisierte Rest der Optantenkinder, hat stets im Lande Indigenatsrecht gehabt, — und denen wollen aus dem fernen Osten importierte Beamte, die z. T. als Großstadtkinder gar nicht wissen, was „die Heimat“ dem bodenständigen Volke bedeutet, die Siedlungserlaubnis versagen!

Und wenn nun solchen landesbürtigen Heimatlosen die Siedlungserlaubnis versagt ist und sie gleichwohl heiraten, dann kann die Behörde ihnen zwar mit Ausweisung nicht beikommen, — denn Dänemark nimmt sie nicht auf, oder braucht es doch nicht — aber mit Verweisung aus dem Kreise! Das ist die neueste Erfindung der preußischen Verwaltung.

Welch häßliche Formen diese Verfolgung von Kreis zu Kreis annimmt, mögen einige Beispiele lehren. So hat man einem Ehemann behördlicherseits zugemutet, falls er seine (gute) Arbeitsstelle nicht preisgeben wolle, sich von seiner Frau zu trennen. So schätzt der Thron den Altar! Oder es ist eine Familie: die Eltern hatten Siedlungserlaubnis; von vier Brüdern sind drei naturalisierte Preußen, mehrere Schwestern sind an Preußen, ja sogar an Unterbeamte verheiratet. Nun weigert die Behörde dem letzten Sohne Naturalisation, Militärdienst, Siedlungserlaubnis. Ihn allein von der ganzen Familie trifft die landrätliche Faust. Er muß die Heimat mit der unbe-

*) Die landrätliche Presse eifert: es sei jener königliche Erlaß herzoglich holsteinisch zu nennen, es handle sich um Landesrecht. Dadurch hat sie ihren Landräten einen schlechten Dienst erwiesen, denn sie missbrauchen ja gerade Landesrecht zu staatsrechtlicher Vergewaltigung. D. V.

kannten Fremde vertauschen, will er an seinem Weibe ehrlich handeln. Diese Fälle sind nicht Ausnahmen. Woche um Woche meldet die lokale Presse in steigendem Maße Fälle über Fälle. Bauern, Handwerker, Bankbeamte, aber überwiegend Arbeiter und immer wieder Arbeiter, und selbst solche Arbeiter, deren Brotgeber Deutsche sind und persönlich für ihre Leute eintreten, werden von dieser Gewaltmaßregel betroffen. Es wird Leuten in ihrem eigenen Geburtsort, dessen Bereich sie kaum je verließen, geschweige denn, daß sie jemals nördlich der Grenze waren, verweigert, — Männer von deutschgebürtigen Frauen, die bis zur Heirat preußisches Staatsbürgerrecht hatten, so daß die Landräte unsere deutschen Schwestern tatsächlich mit über die Grenze jagen !! Denn natürlich spekuliert die Behörde darauf, daß ein Dänischredender lieber nach Norden als nach Süden verzieht. Dabei sind alle diese Arbeiter willig, die hohen Naturalisationsgebühren zu tragen. Ist uns doch ein Fall bekannt, wo von einem Bauern für ihn, seine Frau und seine vier unmündigen Kinder als Naturalisationsgebühr 250 Mk. gefordert wurden, die er dann allerdings unter Verzicht auf die Naturalisation zu zahlen sich weigerte. Aber statt solche Summen, wo sie willig gezahlt werden, zu nehmen, verweigert man die Siedlungserlaubnis und bedroht Arbeiter mit Geldstrafen von 60 und gar 150 Mk., wenn sie nicht in wenigen Tagen ihren ehelichen Hausstand auflösen.

Jetzt sind mehrere Fälle von zahlkräftigen Freunden dieser Heimatlosen zur rechtlichen Durchfechtung aufgenommen, und alsbald stellt sich heraus, daß jenes dänische Siedlungspatent rechtlich gar nicht auf die Heimatlosen anwendbar ist (denn es gilt nur für Ausländer), obwohl die Landräte schon soviel Trauriges damit angerichtet haben. Und bei den Landräten entdeckt man plötzlich eine auffällige Rücksichtnahme, die kein günstiges Zeugnis für ihren Glauben an das Recht ihrer Maßnahmen bedeutet.

Wir haben Fälle der Ausweisungen dänischer Staatsbürger in letzter Zeit reichlich erlebt. Die Ausweisungen der Intellektuellen fällt am meisten in die Ohren. Sie wissen sich der Presse zu bedienen. Die Ausweisungen armer Arbeiter, Handwerker, Dienstboten usw. geht dauernd daneben, ohne daß Deutschland viel davon erfährt. Gegen die dänischen Berichte verschließen wir uns mit Mißtrauen, die Nordmärker selber sind gegen dieses tägliche Unrecht taub und stumpf geworden, und die hakatistische Presse bringt durch Verzerrung zu jedem Unrecht den Schein des Rechtes auf. Es ist gewiß darum beachtlich, auch sich der Ausweisungen jüngst eingewanderter Dänen zu erinnern. So wenn unterm 4. Februar ein Arbeiter vom Wochenbett seiner Frau weg ausgewiesen wurde, oder ein siebzehnjähriges Dienstmädchen, weil es ein Mal dänischem Turnen zusah, Preußen „lästig fiel“. Aber alle diese krassen Fälle rechter Ausweisungen dürfen nicht uns von dem größten heutigen Elend der Nordmark ablenken: das ist die Rechtlosigkeit der heimatberechtigten Heimatlosen, deren fortgesetzte Drangsalierung die Hakatistenpresse mit lautem Jubel begrüßt. Und es darf als Regel für eine verständige Zeitungslektüre gelten, daß so oft unsere Nationalisten jubeln, so oft die wahre Ehre unserer deutschen Nation Schaden litt. Gott besser's. *)

*) Wir müssen Herrn Johannes Tiedje die Verantwortung für die hier von ihm angeführten einzelnen Ausweisungsfälle überlassen, wenn uns auch gerade vom nationaldeutschen Standpunkt die deutsche Dänenpolitik als einer der ungeheuerlichsten Regierungsfehler erscheint, siehe auch den Artikel von Erich Lilienthal im dritten Jahrgang, Heft 9.

Die Redaktion.

S. B. BANNERJEA, CALCUTTA: DIE „FREIWILLIGEN“-BEWEGUNG IN BENGALEN.



ON Zeit zu Zeit dringen Nachrichten in die englischen Blätter Indiens und von da in die Europas über die Freiwilligen-Organisation Bengalens, die seit einigen Jahren besteht, und klagen sie des Hochverrats an England, der Aufwiegelung der indischen Jugend zum Zweck revolutionärer Erhebung an.

Im folgenden soll gezeigt werden, wie wenig Richtigkeit diesen Anschuldigungen zukommt, wie die Freiwilligen-Verbände Bengalens in Wirklichkeit einen schönen Versuch körperlicher und geistiger Selbsterziehung des Volkes darstellen, einen beispielgebenden Versuch, ein degenerierendes Volk als solches zu retten.

Die grundlegende Idee der Organisation war die in Indien allgemein anerkannte Meinung, daß das Volk von Bengal, fast 100 Millionen an der Zahl, also weitaus die größte Völkerschaft Indiens, einen ungestählten, verweichlichten, „weibischen“ Charakter zeige.

Die Geschichte, bestätigt diese Ansicht nicht; bengalische Truppen und bengalische Heerführer haben durch Jahrhunderte in allen Kriegen Asiens gefochten, und erst seit der Zeit der englischen Herrschaft datierte die Entwöhnung der bengalischen Jugend vom Waffengebrauche und aller sonstigen körperlichen Ausbildung. Dies ging so weit, daß jede Erinnerung an eine einstige Waffentätigkeit, selbst an den bloßen Gebrauch von Waffen in den weiten Ebenen des Ganges, der von Bengal bewohnt wird, ausgelöscht werden konnte. Auch die alten kriegerischen Sportsübungen des Landes kamen in Vergessenheit, und so hat sich tatsächlich im Verlaufe mehrerer Jahrhunderte ein Prozeß der Verweichlichung vollzogen, der große Gefahren für den endgültigen Niedergang der Rasse mit sich brachte.

Die englische Landesregierung konnte sich dieser Beobachtung nicht verschließen und führte in den neunziger Jahren Turnunterricht in den Schulen Calcuttas, ja, sogar militärische Übungen ein, um so die Körpermacht der Knaben zu heben.

Bald nachher wurden auch die englischen Freiluftspiele in den Schulen eingeführt und verbreiteten sich rasch über das Land. Fußball, Kicket wurden Lieblingsspiele der bengalischen Jugend, Sportsvereine wurden gegründet und führten Wettkämpfe aus.

Das wirkliche Erwachen Bengalens zum Kult des Körperlichen und der Manneskraft ging aber von anderer Seite aus: von einem jungen Bengaler Mädchen, Samala Ghosal, das wie eine indische Jeanne d'Arc, von Schmerz über Unkraft und Sklavensinn ihres Volkes ergriffen, Vereine zur Pflege männlichen Sports ins Leben rief.

Sie hatte die Universität Calcutta mit Erfolg absolviert und durch Studium Einblicke in die Möglichkeit der Kraftsteigerung in Europa gewonnen — und mutig und unbeugsam, allem Hohn zum Trotz, der zuerst ihre Schritte begleitete, reiste sie durch das Land, in jeder Stadt die männliche Jugend zur Selbstbesinnung aufrufend.

Binnen zweier Jahre begründete sie in allen bedeutenden Orten des Landes Fecht- und Sportvereine, in denen die altnationalen Körperübungen ihre Auferstehung feierten; sie rief auch den Pyrastamytag neu ins Leben, an dem die einzelnen Vereine sich im Wettstreit zu messen und um Preise zu kämpfen haben.

Auch Turnen und Athletik entwickeln sich in den Verbänden; die Kraft der Rasse lebt wieder auf.

Ein neues wichtiges Moment trat zu all dem am 7. August 1905, als zum Zeichen des Protestes gegen die von der englischen Regierung willkürlich verfügte Zerreißung Bengalens in zwei Provinzen, deren östliche unter mohammedanischem Einfluß der nationalen Sache entfremdet werden sollte, in allen Orten Bengalens gleichzeitig der Boykott englischer Waren beschlossen ward.

In gewissem Sinne griff die Bewegung überhaupt auf Boykott alles Ausländischen über. Zunächst begann man in den Vereinen an Stelle des englischen Fußballspiels die heimischen Übungen in den Vordergrund zu stellen. In allen Städten, ja, in allen Dörfern erwuchsen Fechtvereine, die zur Stählung des Körpers und des Selbstgefühls Turnübungen in militärischem Geiste unternahmen.

Große Volksfeste, die sich zu nationalen Festen ausweiteten, wurden veranstaltet. Im Februar 1907 kamen am altreligiösen Festtage, Arthafago-Joga-Tag genannt, an 500 000 Bengalern in Calcutta zusammen, um — nahe der Stadt im Ganges zu baden: eine unschuldige Freude, die aber durch die Massenhaftigkeit der Teilnahme und ihre einheitliche Leitung der indischen Sportsleute den Engländern die neu erwachsende Selbstdisziplin des Volkes und damit die Existenz einer Kraft und gegebenenfalls eines zu brechenden Widerstandes vor Augen führte.

Speziell auch die Errichtung einer Freiwilligen-Festpolizei von seiten der Sportsvereine, die, ohne daß die englische Polizei einzugreifen hatte, 500 000 Menschen in vollständiger Ordnung zusammenhielt, erregte Interesse und Verdacht in der englischen Presse, Enthusiasmus aber bei der bengalischen Bevölkerung! Die Ordner der Vereine waren überall; sie halfen den Armen und Kranken bei der Beförderung ihres Gepäcks, beschützten die Frauen gegen Belästigungen, verhinderten Diebstahl und Verluste.

Die Organisation der freiwilligen Ordner wurde auch nach dem Festtage beibehalten; in der Tat bildeten sich in allen Vereinen Gruppen, welche ihre Dienste nicht bloß für die vorübergehende Notwendigkeit des Tages, sondern dauernd für das allgemeine Beste anboten.

So entstanden in Spezialisierung ihrer Unternehmungen im Verlaufe weniger Monate eine „Freiwillige Feuerwehr“, Verbände, welche als „Sanitätsfreiwillige“ den in indischen Städten so häufigen unhygienischen Wohnungen nachspüren und nach Kräften Abhilfe schaffen; wieder andere widmen sich der Propagierung sozialer Reformen, moralischer Gesichtspunkte, der geistigen Belehrung und endlich der Pflege der politischen Entwicklung der unteren Klassen.

In Wahrheit ist es das Wiedererwachen der nationalen Volkskraft, das in diesen „Freiwilligen-Verbänden“ Zentren geistiger und sozialer Betätigung gewinnt, das Volk aus einer amorphen Masse zu einer bewußt nationalen umgestaltet: eine Bewegung, die, was Raschheit der Ausbreitung, Intensität des Einflusses auf ein großes Volk im Verlaufe von fünf Jahren anlangt, in der Geschichte nicht ihresgleichen hat, es sei denn in gewissem Grade in der politischen Umformung Japans.

Gewiß stellten manche der Verbände sich auch in den Dienst der politischen Freiheitsbewegung, und so wurde der Verdacht der englischen Machthaber erregt und Angriffe ausgelöst.

Doch ist die Mehrheit der Verbände ihrem Wesen nach unpolitisch, sofern eben Hebung menschlicher Gesundheit und Kraft ein unpolitisches Werk genannt werden kann. — Wie immer dem sei, haben wir ein schönes Beispiel der Wiederbesinnung eines verloren geglaubten Volkes vor uns.

CHRONIK

EISENBAHNGESETZGEBUNG in Amerika: Amerikas Bahnen sind bekanntlich durchweg in Privatbesitz, und alle jene Regulative privater Willkür, anarchischer Produktion und oftmals wiederkehrender Krisen, wie sie in Deutschland durch Staatsbesitz resp. Staatskontrolle der Bahnen gegeben sind, fallen in Amerika weg. Dies Übel wird von denkenden Politikern und Nationalökonomien, die sich vom anglosächsischen Schlagwort: „Unbeschränkte Privatinitiative“, mehr und mehr freimachen, mehr und mehr erkannt, weil angesichts der großen Entfernungen der Urproduktionsstätten von den Absatzmärkten, resp. des überaus großen Anteils, den die Transportkosten am Gesamtwert aller Waren und damit an jeder kaufmännischen Kalkulation nehmen, das Transportwesen im allgemeinen und die Eisenbahnen insbesondere zum Rückgrat des gesamten nationalen Wirtschaftslebens geworden sind.

Die vergangene Session des amerikanischen Parlaments hat in dieser Richtung einen großen Fortschritt gebracht. Die Behörde für Beaufsichtigung des über die Grenzen der einzelnen Bundesstaaten hinausgehenden, das ganze Landesgebiet umfassenden Handels, die sogen. Inter State Commerce Commission, wurde mit überaus weitgehenden Vollmachten für Regelung der Tarife und

sonstigen Verhältnisse der Bahnen ausgestattet. Von nun an ist sie berechtigt, ihr Veto gegen jede Tarif erhöhung im Interesse der kommerziellen Erschließung des Landes auszusprechen. Allerdings haben die Bahnen das Recht, von ihr an ein Handelsgericht, das aus fünf, aus der Reihe der höchsten Gerichtsfunktionäre des Landes gewählten Richtern besteht, zu appellieren, welcher Berufung aber keine aufschiebende Kraft zukommt: Die Tarifherabsetzungen der Inter State Commerce Commission treten sofort in Kraft, alle jene Verschleppungsversuche, die man früher der Behörde, da sie noch minder weitgehende Kompetenzen besaß, entgegensezten, sind nunmehr ausgeschlossen. Eine weitere Berufung mag dann vom Handelsgericht zum Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten eingelegt werden, wieder ohne aufschiebende Kraft.

Auch der Telegraphen- und Telefonverkehr des Landes wurde der neuen Behörde unterstellt, ebenso Schlafwagen-Gesellschaften und Gesellschaften für Paketbeförderung, die in Amerika nicht von der staatlichen Post vorgenommen wird. Im einzelnen legt das Gesetz einige allgemeine Bestimmungen fest, ohne jedoch die Interpretation derselben, resp. das freie Ermessen der Inter State Commerce Commission sehr zu beschränken. Es sagt z. B., daß

eine Bahngesellschaft im allgemeinen für eine kürzere Strecke nicht mehr als für eine längere anweisen dürfe, es sei denn, sie weise der Kommission triftige Gründe hierfür nach. Oder aber, wenn eine Eisenbahn im Wettbewerbe mit einer Schiffahrtslinie ihre Tarife herabsetzt, so ist es ihr nicht gestattet, sie später (etwa auf Grund eines Vertrages mit der Schiffahrtslinie, die den Wettbewerb ausschlösse), wieder hinaufzusetzen. Tariferhöhung würde ihr nur dann gestattet, wenn sie nachwiese, daß andere Gründe als der Wegfall des Wettbewerbes der Schiffahrtsgesellschaft hierfür den Ausschlag gegeben habe.

Die Inter Staate Commerce Commission ist berechtigt, jede ihre Aufmerksamkeit auf sich ziehende Transportangelegenheit zu untersuchen, und müssen alle gewünschten Nachweise gegeben werden. Sie kann auch untersuchen, ob die Finanzgebarung der Bahn eine korrekte, ob nicht eine das Publikum irreführende Überkapitalisierung stattgefunden habe.

Das ganze Gesetz bedeutet einen entschiedenen Fortschritt vom Privatbetriebe der Bahnen zur Staatskontrolle, wenn nicht zum Staatsbetriebe. Ob es in der Herstellung einer Mittelform zwischen beiden dauernd möglich ist, muß allerdings überaus zweifelhaft erscheinen; schon die ersten Wochen des neuen Gesetzes haben einen schweren Kurssturz der amerikanischen Eisenbahnwerte gebracht, hervorgerufen durch den Streit um eine von der Inter State Commerce Commission verbotene Tariferhöhung, die bereits vor dem Amtsantritt der Kommission beschlossen worden war. Es erscheint eben schwer für ein Privatunternehmen zu sein, einem Dritten die Beurteilung, inwieweit seine Preise gerechtfertigt sind, zu überlassen; das Wesen des Privatbetriebes scheint es ja zu sein, daß jeder Kauf-

mann und damit auch jede Bahngesellschaft jene Preise fordere, deren Bezahlung sie in freiem Wettbewerb mit ihren Konkurrenten vom Kunden zu erlangen hofft. Regelung der Preise im freien Spiel des Gesetzes von Angebot und Nachfrage ist ja grundlegendes Prinzip der ganzen gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Und mag es auch gestattet sein, dieselbe Ordnung durch Übergang zum Staatsbetrieb mit neuen organischen Gesetzen fortzusetzen, so muß der amerikanische Versuch mit seinen willkürlichen, sei es auch noch so wohlgemeinten Preisfestsetzungen von oben herab an die analogen, immer wieder gescheiterten Maßregeln des Mittelalters erinnern.

Das ganze Vorgehen Amerikas kann sich ja wohl nur aus dem Gesichtspunkt erklären, daß man einerseits die große Gefahr übermächtiger Privatinteressen für das Wirtschaftsleben erkennt, andererseits eine mystische Scheu vor der, wenn auch teilweisen Aufgabe des Grundsatzes der Privatwirtschaft; aber die neue Maßregel mit den notwendigen Übeln, die sie bringen wird, und der Schwierigkeit andererseits, von ihr wieder zur alten freien Anarchie zurückzukehren, wird wohl auch im geistigen Leben Amerikas jenen Hebel nach vorwärts drehen, der den Staatsbetrieb der Bahnen und über sie hinaus der Trusts und monopolisierten Industrien als notwendige Geschichtsphase erscheinen läßt.



Bergwerksverstaatlichung in Frankreich: Die französische Deputiertenkammer hat vor zwei Jahren eine Resolution zugunsten der Verstaatlichung aller französischen Bergwerke gefaßt und eine Kommission eingesetzt, welche die Verwirklichung dieser Reform studieren soll.

Der Bericht der Kommission aus der Feder des Deputierten Alexander Zévaès ist nun erschienen, und geben wir im folgenden an Hand der „Annales de la regie directe“ dessen wesentliche Paragraphen wieder.

§ 1.

„Alle Bergwerke sind Staats-eigentum. Von dem Tage der Ver-öffentlichung dieses Gesetzes an darf keine neue Bergwerkskonzession er-teilt werden.“

Die bisher im Privatbesitze be-findlichen Bergwerke gehen in Staats-besitz über, und werden die Bedin-gungen für diese Umwandlung durch ein eigenes Gesetz bestimmt.“

§ 2

zählt die verschiedenen Formen der Bergwerke, die der Schürfung ver-schiedener Mineralien gewidmet sind, auf.

§ 3.

Die Bergwerke werden unter Ober-leitung des Ministeriums für öffent-liche Arbeiten von einem Reichsberg-werkskomitee verwaltet, das aus 12 Delegierten des Parlaments (deren 8 von der Kammer, deren 4 vom Se-nate entsandt werden), 6 vom Mi-nister ernannten Bergwerksingenieu-ren, 12 Delegierten der in den Berg-werken beschäftigten Beamten und Arbeiter und 6 Delegierten besteht, die von den großen Interessenver-bänden (Handelsministerium, Arbei-terschaft und Landwirtschaft) Frank-reichs ernannt werden.

§ 4.

Der gesamte Bereich der franzö-sischen Bergwerke wird in Territorial-bezirke eingeteilt, deren jeder von einem Komitee, zusammengesetzt aus 6 Vertretern des Staates und 6 Ver-tretern der in den Bergwerken be-schäftigten Beamten und Arbeiter, verwaltet wird.

§ 5.

Das obengenannte Reichsberg-werkskomitee hat die Oberleitung des gesamten industriellen Betriebes, die Einkäufe an Material, Verkauf der Produkte, Aufsuchung neuer Schür-fen, zu leiten.

§ 6.

Die Distriktskomitees haben unter der Oberleitung des Reichsbergwerks-komitees den unmittelbaren Betrieb zu führen und das Personale aufzu-nehmen.

§ 7.

Die Erträge der Bergwerke sind bestimmt:

1. die Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter zu bezahlen;
2. einen Reservefonds für Erhal-tung und Erweiterung der Bergwerke zu bilden;
3. die mit der Aufsuchung neuer Schürfe verbundenen Auslagen zu begleichen;
4. Alterspensionen, Krankheits-unterstützungen und im Falle der Arbeitseinschränkung auch Arbeits-losenunterstützungen für die An-gestellten zu bezahlen;
5. einen Beitrag zur Sozialver-sicherung der städtischen und länd-lichen Arbeiter zu leisten.

§ 8.

Einer Ministerialverordnung bleibt die nähere Bestimmung für die Wahl der Mitglieder der diversen Komitees und die territoriale Organisation der einzelnen Bezirke überlassen.

Wie aus Vorhergehendem ersicht-lich, soll die Verstaatlichung der fran-zösischen Bergwerke durchaus nicht den Bahnverstaatlichungen Deutsch-lands und anderer Länder ent-sprechen und eine bloße Übernahme des Gesellschaften - Eigentums in Staatseigentum, des gesellschaftlichen Betriebes in Staatsbetrieb bedeuten, sondern soll eine neue Art des Be-

triebes unter tätiger Mitwirkung seiner Angestellten begründen. Die Resultate dieser großzügigen Unternehmung werden für die Möglichkeit

sozialisierter Produktionen charakteristisch werden.

Charles Voisin, Paris.



ARBEITERBEWEGUNG~

JOHN WELSH: METHODEN FRIEDLICHER BEILEGUNG VON ARBEITSKONFLIKTEN (KANADA).



ROSSE Lohnbewegungen und Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben in den letzten Jahren das wirtschaftliche Leben Kanadas gestört, den Bahnverkehr, der für das weit ausgedehnte Land den wichtigsten Lebensnerv bildet, unterbrochen, die fortschrittliche Entwicklung seiner Wirtschaftskräfte gehemmt.

So erwuchs in der öffentlichen Meinung ein starkes Verlangen, durch neue Methoden dem Übel beizukommen, die Möglichkeit solcher Konflikte zu beschränken.

Die Regierung, gewillt die Führung dieser Bewegung an sich zu nehmen, brachte ein Gesetz ein, welches die obligatorische Einberufung von Einigungsämtern in allen Konfliktfällen vorsieht.

Das Gesetz wurde angenommen und steht nunmehr seit 3 $\frac{1}{2}$ Jahren in voller Wirksamkeit; seine praktischen Ergebnisse können daher untersucht werden.

Dieses Gesetz teilt die Industrie des Landes in zwei Gruppen: in das rein private Gewerbe und in die der ökonomischen Gesamtheit dienenden Betriebe. In der ersten Gruppe ist die Anrufung des Einigungsamtes fakultativ, in der zweiten obligatorisch. Hier sind bedeutende Strafen für solche Unternehmer festgesetzt, die eine Aussperrung, und für solche Arbeiter, die einen Streik erklären, ohne sich vorher an das Einigungsamt gewandt zu haben, und zwar werden zu dieser Gruppe die Eisenbahnen und Dampfschiffe, die Bergwerke, Telegraphen- und Telephondienst, Gas- und elektrische Werke gerechnet.

Das Einigungsamt setzt sich zusammen aus einem Delegierten der Arbeitgeber, einem Delegierten der in Streik befindlichen Arbeiter und einem unparteiischen Präsidenten, der, wenn sich die beiden streitenden Parteien nicht einigen, vom Arbeitsministerium ernannt wird. Dieses Einigungsamt ist mit allen Gerechtsamen eines ordentlichen Gerichtshofes ausgestattet, es kann Zeugen verhören, Geschworene zur Eidesleistung auffordern, die Vorlage der Geschäftsbücher anordnen. Nachdem es in dieser Weise seinen Bericht und seine Entscheidung ausgearbeitet, legt es dieselbe den streitenden Parteien vor. Erklären diese ihr Einverständnis, so ist der Konflikt beendet. Im andern Fall wird ein Protokoll verfaßt, demselben evtl. auch ein

Minoritätsbericht beigeheftet und dieses Protokoll durch die Regierung zur Kenntnis der öffentlichen Meinung gebracht.

Die ganze Wucht dieser letzteren kann so in die Wagschale fallen zu ungünsten der Partei, die den Schiedsspruch verworfen hat und nur selten, fast nie, wagt es eine Partei, den Kampf unter derart ungünstigen Bedingungen zu eröffnen.

Geschieht dies dennoch, so ist die Gefährdung öffentlicher Interessen nicht mehr so groß als im Falle eines plötzlich ausbrechenden Lohnkampfes, da die Gegenpartei (im Falle des Streiks, die betreffende Industriegesellschaft) reichlich Zeit besitzt, ihre Vorkehrungen zu treffen und den Betrieb mit anderen Kräften aufrecht zu erhalten.

Daß damit das Streikrecht für die Betriebe mit öffentlichem Interesse mehr oder weniger illusorisch wird, sei zugegeben.

Aber nicht nur dem Interesse des Publikums und aller jener anderen Industrien, die etwa im Falle einer Arbeitseinstellung im Bergwerksbetriebe oder im elektrischen Kraft- oder im Bahnwesen gefährdet werden, ist damit gedient, sondern das Interesse der Arbeiter selbst findet am Einigungsamt eine wohl nicht minder gute, jedenfalls weit ungefährlichere Stütze als im Massenstreik.

In der Praxis war es durchaus leicht, die Arbeitgeber zum Gehorsam gegen das Gesetz zu zwingen; ebenso konnten Gesetzesübertretungen seitens der Gewerkvereine, die mit ihrem Vermögen haften, verhindert werden.

Schwieriger ist die Sache nur bezüglich einzelner Arbeiter, die im Falle von Arbeitsverweigerung mit Geldstrafen zwischen 40 und 200 Mark bedroht werden, von denen solche Summen aber nur schwer einzutreiben, und bezüglich deren, wenn sie sehr zahlreich sind, das Gerichtsverfahren überaus lange dauert.

Nur selten ist es jedoch zu diesen extremen Fällen gekommen speziell da, wo der Betrieb öffentliches Interesse besitzt — und in den beiden ersten Jahren (1907 und 1908) hat das Einigungsamt in 50 Fällen, die ihm unterbreitet wurden, 47 Mal eine Einigung herbeiführen können; nur dreimal kam es zum Streik, und auch da, im wichtigsten dieser drei Fälle, dem Lohnkampf der Eisenbahnangestellten, erst, nachdem die Gesetzesfrist für Verhandlung des Einigungsamtes verstrichen war; somit ohne Verletzung des Gesetzes und ohne Veranlassung, zu Strafmitteln zu greifen.

So steht es ganz außer Zweifel, daß die weitaus größere Hälfte der sonst unausbleiblichen Streiks durch die Einigungsämter verhindert wurden.



CHRONIK

DER gesetzliche Zehnstundenarbeitstag in Frankreich: Das französische Ministerium hat dem Parlamente einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, demzufolge in

allen französischen Fabriken und Werkstätten, für die nicht bereits besondere Vorkehrungen nach dieser Richtung getroffen wurden, die Maximalarbeitszeit zehn Stunden

nicht überschreiten darf. Dasselbe gilt für das Transportgewerbe, Schulen und Anstalten aller Art.

Die genannte Festlegung tritt erst vier Jahre nach Verlautbarung des Gesetzes in Kraft. Als Übergangsbestimmung wurde angenommen, daß mit dem Tage der Verlautbarung des Gesetzes ein Maximalarbeitstag von elf Stunden zu gelten habe und zwei Jahre nach Verlautbarung ein Maximalarbeitstag von $10\frac{1}{2}$ Stunden.

Für die Zeit nach Ablauf der Übergangsfrist wird vorgemerkt, daß an 60 Tagen im Jahre die Einlegung von je zwei Überstunden, somit die Ausdehnung der Maximalarbeitszeit von zehn auf 12 Stunden, angängig sei.

Bei Gewerben, die im Freien ausgeübt werden (speziell dem Maurergewerbe) kann die Zahl dieser Tage von 60 auf 90 erhöht werden.

Für die Verkaufsläden und Büros wird vorgesehen, daß die in denselben beschäftigten Personen eine ununterbrochene Ruhepause von min-

destens elf Stunden genießen müssen. Eine Regierungsverordnung kann diese Ruhepause für eine gewisse Reihe von Geschäften auf zehn Stunden reduzieren und wird als zweijährige Übergangsperiode das Minimum der Ruhepause zunächst allgemein auf zehn Stunden festgesetzt. Vom Gesetze ausgenommen sind nur solche Geschäfte, in denen ausschließlich Familienangehörige unter Leitung des Familienoberhauptes beschäftigt sind.

Die Gemeinderäte werden durch das Gesetz ermächtigt, auf Verlangen von drei Vierteln der beteiligten Arbeitgeber eine oder mehrere Gruppen von Verkaufsläden in der Gemeinde zu einer bestimmten Abendstunde zu schließen. Allerdings darf gegen die Beschlüsse des Gemeinderates Appell an den Stadtrat eingelegt werden. Die Fabrikinspektoren werden beauftragt, die Durchführung all dieser Gesetzesbestimmungen zu kontrollieren.

◆ ◆ ◆

TECHNISCHER & WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT

CHRONIK

EIN neuer Elektrizitätserzeuger: Einen Schritt vorwärts in dieser Richtung bedeutet eine Maschine, die in der Hauptsache bereits mit bestem Erfolg ausprobiert ist. Es ist eine Dampfturbine konstruiert worden, die unmittelbar Elektrizität erzeugt, oder auch, wenn man will, eine Dynamo, die zugleich Dampfmaschine ist und sich selber treibt.

Die bisher zur Elektrizitätserzeugung dienenden Dynamomaschinen müssen bekanntlich noch mit einer besonderen antreibenden Kraftmaschine, neuerdings meist einer Dampfturbine, gekuppelt werden, so daß ein Elektrizitätserzeuger bisher immer aus zwei verschiedenen selbständigen Maschinen bestand, die meist in verschiedenen Werken unabhängig voneinander

hergestellt und erst nachträglich zusammengebracht wurden. Aus diesen zwei Maschinen ist also eine einzige gemacht worden, und zwar indem die Hauptelemente der einen Maschine zugleich als Hauptelemente der andern verwendet werden. Insbesondere sind die Laufräder der Turbine zugleich als Dynamoanker ausgebildet worden, und das die Laufräder umschließende dampfdichte Gehäuse der Turbine ist zum Magnetensystem umgestaltet worden. Da diese Elemente bei dem verwendeten Turbinen und Dynamotyp schon vorher große Ähnlichkeit miteinander hatten, so erscheint die vorgenommene Vereinheitlichung völlig organisch, ja fast selbstverständlich. Immerhin waren, um die Maschine betriebsfähig zu machen, eine ganze Anzahl nicht ganz einfacher konstruktiver Aufgaben zu lösen. Insbesondere erforderte die Abnahme des elektrischen Stromes vom Umfang der Laufradanker die Konstruktion eines neuen Rollenstromabnehmers.

Die Vorzüge der neuen Maschine sind — um kurz die wichtigsten zu nennen — außerordentliche Verminnerung der Herstellungskosten — diese sind um mehr als die Hälfte verringert — und eine beträchtliche Erhöhung des Wirkungsgrades, die darin besteht, daß die Verluste durch Reibung der Welle in den Lagern, der Räder in der Luft, die bisher zwei-

mal — in der Turbine und der Dynamo — vorhanden waren, in der Elektroturbine nur einmal auftreten. Auch die Reibung der Stromabnehmer und die Dampfverluste sind verringert worden. Weitere Vorteile sind die Verminderung des Gewichts und Platzbedarfs um mehr als die Hälfte und die vollständige Zusammenlegung zweier bisher getrennter Fabrikationszweige.

Verwendbar ist die Elektroturbine überall an Stelle der bisherigen Gleichstromdynamomaschine. Als neues Gebiet dürfte hinzukommen die Anwendung für elektrische Schnellbahnen, indem die äußerst leichte und sehr wenig Platz beanspruchende Elektroturbine ohne weiteres auf die Lokomotive gesetzt werden und die Betriebskraft für den Zug erzeugen kann. Man erlangt so die größere Geschwindigkeit, ohne die so wertvolle jetzige Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Zuges aufzugeben und Riesenkapitalien in ortsfesten Zentralen und Fernleitungen neu investieren zu müssen, wie das ja bei Einführung des bisher meist angestrebten Systems notwendig wäre. Außerdem würde der Betrieb mit turboelektrischen Lokomotiven auch erheblich billiger werden als der Betrieb mit ortsfesten Zentralen und Fernleitungen.

Ingenieur Otto Schulz,
Charlottenburg.



MORALISCHE & RECHTS- ENTWICKLUNG

CHRONIK

DIE Organisierung der Intelligenz*): Der von der Redaktion der „Dokumente des Fortschritts“ an mich ergangenen Aufforderung über meinen Aufruf zur Organisierung der Intelligenz Näheres hier mitzuteilen, folge ich um so lieber, als mir hierdurch die Gelegenheit eröffnet ist, vorerst in dieser Zeitschrift bereits über die von mir in Aussicht genommene, nächstweitere Entwicklung der Organisationsidee, wenn auch nur andeutungsweise, zu sprechen.

Einige Worte über den Gegenstand der Idee selbst seien noch vorangeschickt. Mein Organisationsplan ist das Entwicklungsprodukt einer ungefähr 25 jährigen Gedankenarbeit. Er basiert, mit einem Worte gesagt, auf der Absicht, die Intelligenz der gesamten Erde zu dem Behufe zu organisieren, daß sie in den Stand gelange, die ganze Weitergestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit einheitlich, in der Richtung der bereits erkannten Fortschrittslinien, führend zu übernehmen. Die Einwendung, daß dies mehr oder weniger bereits heute geschehe, lasse ich gelten. Indes erscheinen mir die Art und das Maß, wie die heutige bloße Beeinflussung unserer sozialen und geistigen Entwicklung von Seiten der Intelligenz im Sinne des Fortschritts sich vollzieht, unzulänglich. An Stelle der bloßen Beeinflussung, führe ich in meinem Aufrufe aus, müsse eine bestimmt planmäßige, einheitliche, den Gang der Entwicklung beherr-

schende Führung treten. Heute nehmen auf der sozialen Stufenleiter die Intellektuellen die mittleren Sprossen, auf diesen unsicher balancierend, die obersten jedoch das Kapitalistentum ein. Dieser Rang komme dem Kapitalismus nicht zu. Ihn ihm noch weiter zu überlassen, widerspreche dem gesamt menschlichen Interesse. Dieses richtig wahrzunehmen seien nur die Intellektuellen befähigt. Und da sie voran die Kapazität hierzu besitzen, so erfordere es ebensowohl ihre Selbstachtung als auch das Bewußtsein der aus dieser Kapazität resultierenden menschheitlichen Mission, daß sie sich dieser besinnen und sich anschicken, sie zu übernehmen. Hierzu sei es erforderlich, daß sie jene oberste Position erobern, von der aus erst es ihnen ermöglicht ist, ihre Aufgabe zu erfüllen. Ihr Wollen müsse sich daher zunächst darauf konzentrieren, das, was sich heute ihrer Besitznahme der ihnen zukommenden Position hauptsächlich entgegenstellt, ihre Abhängigkeit vom Kapitalismus, zu überwinden. Wie dies geschehen könne, war in meinem Aufrufe ebenfalls skizziert.

Mit diesem Appell trat ich anfangs Mai d. J. hervor. Ich sandte ihn, als Manuskript, an einen kleinen Kreis von Persönlichkeiten. Bei der zweiten, wieder als gedrucktes Manuskript versendeten Auflage wurde der Kreis bereits weiter gezogen.

Nehme ich in Rücksicht, daß alle Jene, welche den Aufruf erhielten, durchwegs vielbeschäftigte Männer des öffentlichen Lebens von Rang und Ansehen, und außerdem ich ihnen ein völlig Unbekannter war, so mußte ich mir zugestehen, daß das Echo, das

*) Die Organisierung der Intelligenz
3. Auflage, Verlag Johann Ambrosius
Barth. 3,60 M.

ich fand, groß und weit größer sich einstellte, als ich billigerweise hatte erwarten dürfen. Ziehe ich jedoch hinwieder in Betracht, daß es mir nicht um eine platonische Anregung, sondern darum zu tun war, einen Anfang für die Verwirklichung der von mir erkannten Notwendigkeit zu erzielen, so muß ich mir bekennen, daß ein positiver Erfolg noch nicht auch nur bis zu einem wirklichen Keime gediehen war.

Indessen nahm immerhin das wenigstens theoretische Interesse für die neue Sache beständig zu. Es dokumentierte sich in einer Flut an mich gerichteter Kundgebungen aller Art, in einer Reihe ausführlicher Besprechungen in großen Tagesblättern, speziell auch in der Fühlungnahme bestehender Organisationen mit meinem, vorläufig durch mich allein vertretenen Unternehmen, wobei sich meist der Wunsch kundgab, daß ich mein Vorhaben von der jeweiligen Organisation gleichsam aufnehmen lassen möge. Ich mußte mich gegen diese Angebote ablehnend verhalten, da ich bei der Konzeption meines Planes eben von der Wahrnehmung ausgegangen war, daß das Gemälde der Bedürfnisse unseres Gesamtlebens in allem heute Bestehenden eines entsprechend umfassenden Rahmens noch ermangle; und dieser Rahmen durch die Organisierung der Intelligenz eben nun geschaffen werden soll.

Inzwischen war die Nachfrage nach dem Aufruf so groß geworden, daß ich mich entschloß, ihn allgemein zugänglich zu machen, und um mich zugleich von der Versendungsarbeit zu entlasten, das kleine Werk in Buchverlag zu geben *). Professor Ernst Mach schrieb zu dieser dritten Ausgabe ein einführendes Vorwort. Sie erschien anfang des Monats November. In dieser dritten Ausgabe stellte ich, angehängt an den ursprünglichen

Aufruf, die gesamte Wirkung, die der Appell bis dahin hervorgerufen, durch so zu sagen photographisch getreue, kinematographische Wiedergabe aller Einzelwirkungen dar und resümierte in einem Schlußwort auch den Eindruck, den ich selbst von dem bisherigen Verlaufe gewonnen, sowie meine Auffassung bezüglich der Art, wie die nächstweitere Phase der Inslebensetzung meines Projekts herbeizuführen sein wird.

In dieser Phase befindet sich die Sache gegenwärtig.

Ich beabsichtige, in allernächster Zeit mit der Konstituierung der Organisation den Anfang zu machen.

Es gibt eine hochentwickelte Wissenschaft, welche außerhalb des Kreises ihrer beruflichen Pfleger wenig beachtet und daher fast ungekannt eine Fülle von nur innerhalb einer begrenzten Institution verwerteten, für unser menschliches Gesamtdasein noch ungehobenen Schätzen von Erfahrungswissen in sich birgt. Die Institution, aus deren Schoß jene Wissenschaft entstand, ist heute bereits morsch und im Absterben; hat heute, indem sie ihren Höhepunkt erreichte, diesen auch bereits überschritten. Aber die in diese Institution gezwängte und in der Anwendung auf deren engen Rahmen bisher beschränkt gebliebene, durch jahrtausendelanges Zusammenwirken von Empirie und Logik an allgemeingültigen, auch auf das soziale Gebiet übertragbaren Erkenntnissen reich gewordene Wissenschaft drängt heute aus dem Rahmen ihrer bisherigen engen Anwendung geradezu mit Naturnotwendigkeit heraus.

Die Art, wie diese Wissenschaft bisher gepflegt wurde, erinnert an das Verfahren in Brauereien, in welchen auch die sogenannte Bierwürze in abgesonderten kleinen Gefäßen erzeugt wird, ehe man sie in den großen Maischbottich bringt, wo das Ferment die Maische in Gärung versetzt.

*) Bei J. A. Barth in Leipzig.

Ich meine die militärische Wissenschaft. Es gilt nun, diese aus dem kleinen Gefäße der militärischen Institution in den großen Bottich der Menschheit zu übernehmen.

Der alte griechische Staat mit seiner auf der Sklaverei aufgebauten Ordnung wäre heute, nach unseren größer und weiter gewordenen Begriffen von primärem Menschenrecht, undenkbar. Das Volk der Lateiner ist untergegangen. Aber die altgriechische Kultur, die lateinische Sprache und Literatur, haben bis heute nicht aufgehört, uns eine Quelle zu sein, aus der wir Nutzen für unsere eigene heutige intellektuelle Bereicherung schöpfen.

In gleicher Weise wird mit der allmählichen Rückbildung unserer militärischen Institution nicht auch die militärische Wissenschaft verschwinden, vielmehr deren Bedeutung für die synthetische Weiterbildung unseres Gesamtlebens erst anfangen, offenbar und wirksam zu werden.

Die militärische Taktikwissenschaft enthält fundamentale, im Laufe jahrtausendelanger Entwicklung und Übung erprobte Wahrheiten, deren Wert im Rahmen militärischer Aktionen anerkannt ist. Aber die Erkenntnis, daß der Nutzwert dieser Wahrheiten auch, und zwar mit wohl viel ein- und ausgreifenderer Wirkung als innerhalb jener Aktionen, auf unser gesamtsoziales Arbeiten übertragbar ist, diese Erkenntnis hat sich uns bis heute noch so gut wie gar nicht geöffnet. Die Ursache hierfür mag wohl zum großen Teil an dem Vorurteil liegen, das mit der Vorstellung verknüpft ist, die die Art, wie sich die militärische Wissenstheorie an der militärischen Institution in der Praxis äußert, bei oberflächlicher Beurteilung hervorruft. Gleichwie Wasser jedoch Gipsmehl zu einem festen Stein formt, Salz hingegen auflöst, so darf eben auch nicht aus der bloß äußerlichen Wirkung,

ohne Kenntnis des Wesens der wirkenden Kraft, auf die äußerlich gleiche Wirkung derselben Kraft, wenn sie unter ganz anderen Verhältnissen zur Geltung gebracht wird, auch für diese anderen Verhältnisse geschlossen werden.

Wenn ich hiernach den Ausspruch wage, gewisse Grundsätze der militärischen Organisation und Taktik seien notwendig auf die Organisation und Führung der Gesamt menschheit zu übertragen, so darf dies nicht sogleich die Vorstellung einer nach reglementarischen Kommando exerzierenden Truppe erwecken. Es wäre dies ebenso irrig wie die etwaige Vorstellung, daß bei der Vermengung von Wasser mit Salzpulver dieses sich sogleich zu einer Art Sandstein verdichten werde.

Dies vorangeschickt, wage ich nun in der Tat die Behauptung, daß unsere heutige Soziologie des Zusatzes militärisch-taktischer Erfahrungslehre bedürfe. Daß erst dieser Zusatz in unserer sozialen Entwicklung die lebendige Gärung erzeugen könne, durch die die bloß träge aufquillende Maische die totale Umwandlung in einen Zustand erfährt, dessen Beschaffenheit und notwendige Verschiedenheit von dem heutigen nur unbestimmt vorausgeahnt wird, ohne daß unsere heutige Soziologie darüber klar zu werden vermag, worin eigentlich das Wesen dieser Verschiedenheit besteht, wie dieser Zustand, bei Beibehalt derselben Masse, bloß auf Grund der Einwirkung eines Ferments, sich anders gestalten kann und denn eigentlich gestalten wird.

Ich kann mich hier nur darauf beschränken, auf die ganze Bedeutung dieses Moments, dessen Rolle der hoffentlich schon nahen und weiteren Zukunft vorbehalten ist, hinzudeuten. Um diese Bedeutung in vollem Umfange aufzuschließen und zu beweisen, bedürfte es des räum-

lichen Inhalts einer ganzen Literatur, die sicherlich auch erstehen wird; oder um sie — was mir persönlich mehr zusagt — durch den Erfolg der Tat zu beweisen, reichlich des Inhalts eines, und wohl mehr denn eines, ganzen Menschenlebens.

Unter jenen fortschrittlichen Bestrebungen, die mich aufforderten, mich ihnen anzuschließen, befand sich auch der vor etwa zwei Jahren gegründete Berner „Internationale Orden für Ethik und Kultur.“ Ich hatte vor einiger Zeit Gelegenheit, mit Professor August Forel, dem geistigen Haupte dieses Ordens, in persönliche Berührung zu treten.

Der Orden für Ethik und Kultur ist — wie alle heutigen, welchen Namen immer tragenden, sozialreformatorischen Kultur- usw. Bestrebungen — seiner ganzen gedachten Anlage nach und der Art, wie er sich zu betätigen sucht, mit einer Gruppe von Freischärlern vergleichbar. Der Krieg, den die heutigen Kämpfer für Fortschritt gegen das Hergebrachte führen, trägt den Charakter des Guerillakrieges.

Wie die Kriegsgeschichte lehrt, ist der Guerillakrieg keineswegs gering zu achten. Guerillakriege sind langwierig, die Kleinkämpfe ermüden den Gegner sehr, werden von diesem unangenehmer als der sogenannte große Krieg mit seinem rascheren Verlaufe empfunden; gleichwie man oft die Abwehr eines reißenden Tieres der eines Mückenschwarmes vorzieht. Man hat in der modernen Kriegsführung diese Bedeutung des Freischärlertums so sehr erkannt, daß man diese sekundäre Art des Kriegsführrens als Begleitung des Hauptkrieges willkommen heißt, ihrer gar nicht mehr ganz entraten möchte.

Aber für sich allein ist der Kleinkrieg ungenügend, Entscheidende Erfolge lassen sich durch ihn nicht erzielen. Schließlich gelingt es einem

organisierten Gegner immer, den Insurgentenkampf niederzuschlagen.

Zur Herbeiführung eines siegreichen Enderfolges bedarf es immer der einheitlichen, planmäßigen Massenwirkung, wie sie nur eine organisierte Armee hervorrufen kann.

Was folgt daraus als Nutzanwendung für unseren sozialen Kampf gegen den Feind, der sich in vielfacher Gestalt unserem Fortschritt entgegenstellt?

Daß wir einer großen, einheitlichen Zusammenfassung unserer hauptsächlichsten Fortschrittsbewegung bedürfen. Neben dieser können Freischärler noch immer auf eigene Faust kämpfen. Aber unser Vorgehen darf sich nicht, wie es gegenwärtig der Fall ist, gänzlich in isolierte Einzelkämpfe auflösen. Für entscheidendes Vorgehen bedürfen wir einer zusammenhängenden Organisation.

Darin liegt der Wesensunterschied zwischen dem, was ich und wie ich es will, und dem, was und wie man bisher gewollt und getan.

Was Professor Forel und all die anderen Bisherigen wollen, ist immer wieder einen Kleinkrieg organisieren.

Ich will nun den Krieg im großen organisieren.

Eine solche kompakte Organisation setzt natürlich schon von Haus aus eine ganz andere Methode als die zur Mobilisierung einzelner Freischärlertrupps voraus.

Wie diese andere Methode beschaffen ist und wie ich sie allmählich in Szene zu setzen denke, dies geeigneten Orts und zu den geeigneten Gelegenheiten durch Wort und in der Aktion darzutun, muß ich mir vorläufig noch vorbehalten.

Anfang Dezember 1910 wurde von verschiedenen Seiten hier an mich mit dem Wunsch herangetreten, ich möge in einem Kreise geladener Gäste einen Vortrag über die Art, wie ich mir das sichtbare Inslebentreten einer Organisation der

Intelligenz denke, halten. — Der Vortrag fand am 11. Dezember in einer Versammlung, die sich aus Universitätsprofessoren, Großindustriellen, Journalisten, Offizieren, kurz: aus Vertretern der Intelligenz aller Berufskategorien zusammensetzte, statt, und hatte die Wirkung, daß sich sogleich über 60 Persönlichkeiten zum Eintritt in die Organisation bereit erklärten. Zugleich wurde mir die Aufbringung des zur materiellen Fundierung der Organisation erforderlichen Anfangskapitals noch für diesen Monat zugesichert; letztere Aktion hat Großindustrieller Kaiserlicher Rat Dr. Wilhelm Winterstein in die Hand genommen.

Die Organisation wird mit 1. Jan. ein Bureau eröffnen, welches seine Tätigkeit als vorläufige Zentrale der (internationalen) Organisation aufnimmt. Zu einem späteren Zeitpunkt ist beabsichtigt, weitere Subzentralen — da die Tätigkeit einerseits zentralisiert, andererseits auch dezentralisiert vor sich gehen soll — zu schaffen.

Die Übersetzung des Buches in alle Sprachen ist in Angriff genommen.

Hauptmann *Viktor Hueber*, Prag.



Der internationale Orden für Ethik und Kultur: Für viele unserer Leser wird es von Interesse sein, daß über die Bestrebungen des hier schon mehrfach erwähnten Ordens aus der Feder des Herrn Professor August Forel eine Schrift erschienen ist *), in der sich im Anhang die Statuten des Ordens sowie sein vollständiges Arbeitsprogramm befindet. Allen denjenigen, die dem I. O. E. C. näher zu treten wünschen, wird die Forelsche Schrift eine willkommene Einführung sein.

*) „Kulturbestrebungen der Gegenwart,“ Ernst Reinhardts Verlag, München.

Aus der Friedensbewegung: Eine Weltpetition zur Verhütung des Krieges zwischen den Staaten. Ein Mitglied der in Boston (Mass. U. S. A.) bestehenden internationalen Friedensschule „The Ginn International School of Peace“, Fräulein Anna Eckstein, hat es unternommen, durch Vorträge und sonstige Propaganda in allen Kulturländern Unterschriften zu gewinnen für eine „Weltpetition zur Verhütung des Krieges zwischen den Staaten“, die der im Jahre 1915 im Haag stattfindenden dritten Friedenskonferenz vorgelegt werden soll. Die Petition hat folgenden Wortlaut:

„An die Hohen Regierungen der bei der dritten Haager Friedenskonferenz vertretenen Staaten.

In der Überzeugung, daß die Sicherung der internationalen Interessen durch Verträge und gegebenenfalls durch Schiedsspruch das Bedürfnis zu den Rüstungen verringern und infolge dessen eine allmähliche Rüstungsverminderung und damit eine Besserung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Völker herbeiführen wird, in der Absicht, den Hohen Regierungen für die in dieser Richtung bereits getanen Schritte unsern Dank zu bekunden und weiteres gemeinsames Vorgehen zu unterstützen, beantragen wir, die Unterzeichneten, Angehörige der verschiedenen Staaten der Erde, ehrerbietigst und dringend, es möchten auf der dritten Haager Friedenskonferenz Konventionen abgeschlossen werden, kraft deren sich sämtliche Haager Signatarmächte verpflichten, etwaige Veränderungen am status quo der Autonomie und des territorialen Besitzstandes der Staaten ausschließlich durch Verträge herbeizuführen, welche unter freiwilliger Zustimmung aller am gegebenen Falle beteiligten Staaten abgeschlossen werden; ferner auch alle anderen internationalen Interessen tunlichst durch Verträge zu sichern und Streitigkeiten, die nicht

im Wege diplomatischer Unterhandlungen beigelegt werden, einem zur Wahrung des status quo der Autonomie und des territorialen Besitzstandes der Staaten verpflichteten internationalen Schiedsgerichte zu unterbreiten.“

In den Bemerkungen für die Unterzeichner wird ausgeführt, daß volljährige Männer und Frauen aller Stände, Glaubensrichtungen und Parteien mit Überzeugungstreue die Weltpetition unterschreiben können, wenn sie nicht die allgemeine Finanznot, die ihren tiefsten Grund in der Überrüstung unserer Zeit hat, verschärfen wollen, indem sie die Umwandlung der internationalen Gewaltordnung in eine neue internationale Ordnung, die sich auf Recht und Wohlwollen gründet, durch passives oder feindseliges Verhalten verzögern — eine Kurzsichtigkeit gegenüber den Erscheinungen des Kulturfortschritts, wie sie z. B. einst auch von jenen an den Tag gelegt wurde, die den Bau der Eisenbahnen zu verhindern suchten, um sich ihren Erwerb durch den Postkutschenverkehr aufrecht zu erhalten. Wie in den nationalen Parlamenten die volksvertretende Mehrheit bestimmend auf die Anträge wirkt, so werde bei der dritten Haager Friedenskonferenz die von der Volksmehrheit aller Länder vertretene öffentliche Meinung, wenn sie urkundlich verbürgt ist, bestimmend auf die abzuschließenden Konventionen wirken. Es komme also jetzt darauf an, statistisch nachzuweisen, daß in allen Ländern die Mehrheit von denjenigen Männern und Frauen gebildet wird, welche die verantwortlichen Leiter der Regierungen

in dem Bestreben, die neue internationale Ordnung zu vervollkommen, dadurch unterstützen wollen, daß sie durch einen Zusammenschluß das Zustandekommen der in der Weltpetition beantragten oder ähnlicher Konventionen ermöglichen und erleichtern. Das Mittel und die Form zu diesem Zusammenschluß und zu diesem statistischen Nachweise biete diese Weltpetition, die der dritten Haager Konferenz durch eine Delegation von Mitarbeitern aus allen Ländern überbracht werden soll. Die Schlußworte lauten folgendermaßen: „Jedermann sehe zu, daß sein Vaterland nicht anderen an Zahl der Unterschriften nachstehe! Möge in Deutschland die Dankbarkeit für die Taten seiner Armee und die Freude seiner Jugend an manchen Seiten des Militärdienstes nicht zu einer unweisen Abneigung verleiten gegen die große Bewegung der internationalen Verständigung. Eine aus der Betätigung solcher Abneigung mit Notwendigkeit hervorgehende isolierte Stellung in der Kulturwelt würde schließlich viel drückender werden als selbst die unerwünschteste Unterordnung unter die einmütigen Entscheidungen von Gemeinschaftseinrichtungen, an deren Kultivierung gerade Deutschland einen eminenten Anteil zu nehmen berufen wäre. Und auch die Freuden und Segnungen hingebungsvollen disziplinierten Zusammenwirkens zu großen Leistungen gestaltender und ordnender Art werden in dem immer umfassenderen Gemeinschaftsleben höchste Entwicklung erfahren können.“ Die Hauptstelle für Deutschland ist: Fritz Decker, Münsterstraße 83, Düsseldorf.



NEUE RELIGIOSE TENDENZEN

A. VALENSI, TUNIS: DER ZIONISMUS.



UM neunten Male haben die zionistischen Organisationen der ganzen Welt ihre Vertreter auf einem allgemeinen Kongreß vereinigt. Wie früher Basel, London und der Haag, ward diesmal Hamburg zum Schauplatz erwählt.

Man weiß, daß diese Bewegung den Zweck hat, die nationale Autonomie der Juden in ihrer alten Heimat, Palästina, wieder herzustellen.

„Der Zionismus läßt das Haus Israel neu erstehen für diejenigen der Juden, die nicht in Europa bleiben können oder bleiben wollen“, so heißt es im ersten Artikel des Basler Programms, welches auf dem ersten Zionistenkongreß (August 1897) ausgearbeitet wurde. Der Zionismus zwingt die jüdische Heimat nicht jenen abendländischen Juden auf, die als Heimat nur das Land anerkennen, wo sie geboren sind und wo sie sich der Menschen- und Bürgerrechte, wenn schon nicht immer tatsächlich, so doch dem Buchstaben nach erfreuen.

Man kennt die fürchterliche Lage der Juden im russischen Reiche, welches allein über 5 Millionen Juden, die Hälfte der jüdischen Bevölkerung der ganzen Welt, beherbergt. Eingepfercht in ihr Ansiedlungsgebiet, das sie dem Gesetze nach bei schwerer Strafe nicht verlassen dürfen, sehen sie sich auch von allen freien Laufbahnen, allen Chargen in der Armee, allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen. Bis auf eine unbedeutende Anzahl, welche zwischen 3 und 10 % wechselt, werden sie von allen Unterrichtsanstalten zurück gewiesen. Die Klausel: „Die Juden ausgenommen“, ist Regel bei allen Gesetzen und in allen Ukasen des Reiches. Dem Gesetze nach ist den russischen Juden eigentlich alles verboten. Leroy-Beaulien erzählt, daß ein junges jüdisches Mädchen, welches nach Moskau gekommen war, um Stenographie zu lernen, nur einen Ausweg fand, um dort bleiben zu können: sich als Straßendirne zu melden. Die Prostitution ist ja das einzige, für Frauen ihrer Rasse erreichbare Gewerbe. Die Unglückliche wurde bald ausgewiesen, als die Polizei erfuhr, daß sie ihren „Beruf“ nicht tatsächlich ausübe. Und obwohl zu äußerster Armut und Elend verdammt, werden diese Parias zu allen Steuern und Lasten der Untertanen des Staates herangezogen; noch mehr: Außer den allgemeinen Steuern, die sie zahlen müssen, gibt es in Rußland noch besondere Steuern, die „ausschließlich von der jüdischen Bevölkerung“ getragen werden. Mit einem Wort gesagt, das einzige Recht, dessen sich der russische Jude erfreut, besteht darin, für das Vaterland zu sterben, wenn er in den „Pogroms“ nicht niedergemetzelt wird.

In Rumänien befinden sich 300 000 Juden in der gleichen beklagenswerten Lage. Dort kann ein Jude weder Advokat, noch Apotheker, Bahnbeamter oder Tabakfabrikant sein. Er darf Grund und Boden nicht selbst besitzen, noch ihn als Arbeiter bebauen. Ein Gesetz vom Jahre 1884 verbot das Hausieren und beraubte mit einem Schlage 20 000 Israeliten ihres Brotes. Eine Reihe von Gesetzen verschließt den Juden die öffentlichen Schulen. Obwohl der Berliner Vertrag vom Jahre 1878 den Juden die rumänische Nationalität zuerkennt, werden sie doch als Fremde betrachtet und können ohne weiteres ausgewiesen werden aus einem Lande, in dem sie geboren sind und dem sie Blutsteuer zahlen. Der Haß gegen die Juden, stets neu genährt

durch die Presse, die Ministerien, die Schullehrer ist von unheilvoller Wirkung: Unruhen, Plünderungen, Brandstiftungen kehren periodisch wieder.

In Persien und in Marokko ist das Los der Juden noch grausamer, noch unglücklicher. Mit Ausnahme einer verschwindenden Minderheit jener Juden, die in einigen Ländern des Westens leben, „glücklichen Inseln der Eintracht“, kämpft die ungeheure Mehrheit der Söhne Israels im „Ozean des Antisemitismus“.

* * *

Auf eine relativ rasche Änderung in der Stellung der Juden zu rechnen in den Ländern, wo sie sich jetzt befinden, wäre ganz illusorisch. Andererseits ist es äußerst dringend, die Juden jener unbeschreiblichen Unterdrückung zu entreißen; denn sogar abgesehen von den Verfolgungen und Metzeleien treten Entkräftung und Entartung immer mehr zutage. Nur das Verlassen jener Länder kann die Juden vom sicheren Untergange retten. Die jüdisch-philanthropischen Vereine scheinen endlich mit dieser Tatsache zu rechnen und verzichten auf ihren hartnäckigen Optimismus. Denn sie haben in den letzten Jahren den Juden des östlichen Europas zur Einwanderung in die Länder der Freiheit des Westens und der neuen Welt verholfen. Doch hat die Einwanderung in diese freien und gastfreundlichen Länder nur unheilvolle Resultate gezeitigt. In einzelnen großen Zentren, wie New York, Chicago, London, hat diese Auswanderung wahre Ghetti des Proletariats, Stätten des Elends und der Entartung geschaffen, wo die Ausbeutung des Arbeiters, die Konkurrenz unter den kleinen Meistern, das „Sweating-System“ einen bei den ärmsten christlichen Proletariern unbekannten Grad erreicht hat.

Das Zuströmen von Tausenden hilfloser Juden, welche ihrer Hände Arbeit anbieten und in verschiedenen Erwerbszweigen die Löhne zu wahren Hungerlöhnen herabsetzen, hat den Antisemitismus in jenen Ländern hervorgerufen, wo er bisher fast unbekannt war. Und dieser Antisemitismus ist um so mehr zu fürchten, als er fast durchweg proletarisch ist. In Anbetracht dieser Sachlage haben die Vereinigten Staaten, England und das südliche Afrika Maßregeln gegen das ihnen bedrohlich werdende Eindringen ergriffen. Die Hindernisse und Verbote, die sie jetzt schon der Einwanderung der Juden entgegensezten, werden an Größe und Strenge immer zunehmen.

Unter diesen Umständen bleibt eine einzige Lösung: Die Verpflanzung der Juden in ein autonomes Land, wo sie einen politisch vollkommen unabhängigen Staat bilden, sich physisch und moralisch in Freiheit und Wohlstand entwickeln können. Palästina ist das Land, welches der Zionismus den Juden geben will, Palästina, das Land ihrer Vorfahren, das Land, welches ihre Zivilisation erstehen und gedeihen sah. Wenn sich unlösbare Bande knüpfen zwischen einem Volke und dem Boden, an welchen es die Erinnerung an seine Vergangenheit fesselt, so zeigt sich dies ganz besonders in jener unerschütterlichen Anhänglichkeit der Juden an ihre historische Heimat, an Palästina, ihre verlorene Heimat. Ihrem Wesen nach ist diese Bewegung unter den Juden nichts Neues. Man kann sagen, daß sie sogar bis auf die Eroberung von Judäa durch die Römer zurückzuführen ist. Trotz der Einnahme Jerusalems durch Titus (70 n. Chr.), — und trotz der gänzlichen Vernichtung der jüdischen Herrschaft hat das hebräische Volk, stark vermindert und verstreut in alle Weltteile, doch die Hoffnung nicht aufgegeben, das verlorene Vaterland wieder zu gewinnen. Und da sie sich nicht sogleich verwirklichen konnte, erhielt diese glühende

Hoffnung mystisch religiösen Charakter: sie äußert sich in dem naiven und rührenden Glauben an einen Messias, der die verstreuten Söhne Israels befreien und zurückführen werde in ihre alte Heimat. Während des ganzen Mittelalters und eines großen Teiles der Neuzeit blieb so der Patriotismus bei den Juden eng verbunden mit der Religion.

Ende des 18. Jahrhunderts aber begann die Entwicklung des Rationalismus bei der geistigen Elite der Juden, den traditionellen Messianismus oder Zionismus loszulösen von allem Mystischen; nicht mehr der wunderbaren Dazwischenkunft eines Messias soll die Rückkehr Israels nach Palästina zu verdanken sein, sondern den persönlichen Bemühungen des jüdischen Volkes. Der Antisemitismus einerseits und das Erwachen der Nationalitäten (im 19. Jahrh.) andererseits gaben dann im 19. Jahrhundert den Bestrebungen Israels einen neuen Impuls. Der Zionismus ist seither nichts anderes, denn eine der zahlreichen nationalen Bewegungen geworden, die sich im letzten Jahrhundert entfaltet haben und die zur Autonomie so vieler großer und kleiner Völker geführt haben. Der Zionismus ist ausschließlich weltlich und politisch geworden.

* * *

Unter diesem modernen Gesichtspunkte zeigt er sich auch schon in dem 1860 erschienenen prophetischen Buche: „Rom und Jerusalem“ von Moses Heß, einem eifrigen Sozialisten, Freund und Mitarbeiter von Karl Marx. Zwanzig Jahre später gab die widerholtende Broschüre des Dr. Pinsker „Selbst-Emanzipation“, welche die wichtigsten Prinzipien des modernen, politischen Zionismus enthielt, der keimenden Bewegung einen neuen Antrieb und rief einige Kolonisationsversuche von Juden in Palästina hervor. Aber erst im Jahre 1896 erstand der große Apostel, welcher, die Ideen seiner Vorfahren genauer bezeichnend, dieselben in eine systematische Theorie brachte und sie organisierte: Theodor Herzl. In einem Buche von bewundernswert Klarheit: „Der Judenstaat“, ersonnen und niedergeschrieben in Paris, wo er zur Zeit Korrespondent der „Neuen freien Presse“ war, verkündete Herzl die Lehre von der Nationalität der Juden. Die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates ist die einzige Lösung der Judenfrage, welche, wie er sagt, eine nationale Frage ist. „Die Auswanderung der Juden“, sagt Herzl, „wird sich nach und nach in regelmäßiger und methodischer Weise vollziehen. Zu dieser Auswanderung, welche jetzt schon vor sich geht, würden nicht alle Juden gezwungen werden: nur diejenigen werden nach Palästina auswandern, welche aus den Ländern der Verfolgung, des Elends und der Sklaverei zu gehen wünschen. Die nötigen Kapitalien zur Grundlegung des Ackerbaus und der Industrie der Juden in Palästina werden durch das Volk geleistet werden. Palästina, der heimatliche Boden, wird den Juden gewiß bewilligt werden: die großen Mächte werden gern einen kleinen, kulturellen und friedlichen Staat auf dem Landstrich erstehen sehen, den sie sich gegenseitig nicht gönnten. Das türkische Reich wird dabei besonders interessiert sein, denn der Verkauf der palästinischen Gründe wird ihm ermöglichen, den Stand seiner Finanzen zu heben; die Kolonisation und das Zuwerthe-Bringen Palästinas durch die Juden wird ihm unstreitig ökonomische Vorteile sichern. Um die Skrupeln der Christenheit zu berücksichtigen, werden die heiligen Orte unter die Rechtsbedingung der Exterritorialität gestellt, eine Einrichtung, die vom öffentlichen internationalen Rechte anerkannt und eingeschätzt wird. Somit haben wir zur Etablierung des jüdischen Staates das Personal, die Materialien und die Pläne;

den Baugrund werden wir erhalten. Wir sind infolgedessen heute imstande, unserer befreiten Nationalität ein Heim zu bereiten. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir nur zu wollen, aber wir müssen es wollen mit allen unsrern Kräften.“

Von allen in Rußland, Polen, Rumänien und Finnland verfolgten Juden wurde das Buch von Herzl als ein Befreiungsakt angesehen und ist zum wirklichen Ausgangspunkte des politischen Zionismus geworden.

Der „Judenstaat“ verursachte in der Tat allerorts das Entstehen zionistischer Gesellschaften und warb Tausende und Abertausende zu Anhängern. An ihre Spitze und dies gleich seit der ersten Stunde, stellte sich neben Herzl Max Nordau, der wertvollste Mitarbeiter Herzls. Sogar außerhalb des Judentums erwarben sich die zionistischen Bestrebungen zahlreiche Sympathien. Kaum ein Jahr nach dem Erscheinen des Buches von Herzl, am 24. August 1897, vereinigte sich in Basel der erste Zionistische Kongreß, der seine Arbeit in folgendem Programm zusammenfaßte:

„Der Zionismus hat den Zweck, in Palästina für das jüdische Volk ein Vaterland zu gründen, das vom öffentlichen Rechte geschützt wird. Der Kongreß stellt sich zur Aufgabe, sein Ziel durch folgende Mittel zu erreichen:

1. Indem er in wirksamer Weise die Etablierung jüdischer Landwirte, Handwerker und Industrieller in Palästina begünstigt.

2. Indem er alle Juden organisiert und vereint, mit Hilfe lokaler Gesellschaften und allgemeiner Bündnisse in dem Maße, als es die Gesetze des betreffenden Landes gestatten.

3. Indem er das Gefühl der persönlichen Würde und das nationale Gewissen des jüdischen Volkes stärkt.

4. Indem er die vorbereitenden Schritte unternimmt: die Bewilligung der Regierungen zu erhalten, die dem Zionismus zur Erreichung seines Ziels notwendig ist.

Der erste Kongreß legt überdies den Grundstein zur Organisation der Bewegung.

Die folgenden Kongresse entwickelten die zionistische Organisation und schufen verschiedene Institutionen, wie den Nationalfonds, die jüdische Kolonialbank, dazu bestimmt, mit gesetzlicher Gewähr die Kolonisation Palästinas zu schützen. Inzwischen gelang es Theodor Herzl, der in der Eigenschaft eines Chefs der zionistischen Bewegung von mehreren Herrschern offiziell empfangen wurde, einige europäische Staaten für die zionistische Bewegung zu gewinnen.

* * *

Vom praktischen Standpunkt aus hat der Zionismus in Palästina selbst schon einige bescheidene Erfolge erzielt.

Und in der Tat, obwohl die jüdisch philanthropischen Gesellschaften des Westens bemüht waren, die Auswanderung der Juden gegen die westlichen Länder und die neue Welt zu richten, hat sich ein gewisser Strom Auswanderer seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts aus eigenem Antrieb nach Palästina gewendet. Palästina zählt gegenwärtig eine jüdische Bevölkerung von 100 000 Seelen und hat heute blühende Kolonien, von 10 000 Kolonisten bevölkert. In einer schönen Studie, die jüngst im Mercure de France erschienen ist, hat Frau Alexandra David, die Geschichte und den gegenwärtigen Stand der Kolonien dargelegt, die sich den verschiedensten Erwerbszweigen widmen: Wein-, Oliven- und Getreidebau, Bienenzucht, Gemüse-, Gartenbau und Baumpflanzungen (hauptsächlich

Orangenbäume). Einige dieser Produkte werden nach Europa exportiert, und ihre Nutzung erweist sich als sehr einträglich.

Die Industrie ist ziemlich vorgeschriften, und in jenen Zweigen, die von den jüdischen Kolonisten geschaffen wurden, sind die modernsten Verfahren in Anwendung.

Die physische Entwicklung der Kolonisten macht sich deutlich fühlbar. Der nach Palästina übersiedelte Jude erfährt eine glückliche Umbildung; er ähnelt nicht mehr dem bleichen, stumpfsinnigen Paria, dem man in den Ghetti Galiziens, Rumäniens und Rußlands begegnet. Er hat wieder Blut und Muskeln — er ist wieder stark, mutig und energisch geworden. Das geistige Niveau der Einwanderer hebt sich. Unterricht der Jugend und Belehrung des Volkes gelten den Zionisten als unabwischliche Pflicht. Man denkt sogar bereits an Errichtung einer Hochschule.

Jedes Dorf hat seine Bibliothek. Einer der landwirtschaftlichen Kreise zählt 38 Kolonisten-Familien, welche zweiundzwanzig Zeitschriften-Abonnements in verschiedenen Sprachen beziehen. Es gibt dort Ärzte, Ingenieure, wissenschaftlich gebildete Landwirte. Die Unterrichtssprache ist das Hebräische, welches — verjüngt, bereichert und den neuen Begriffen unsrer Zivilisation angepaßt, von hochtalentierten Schriftstellern in Anwendung gebracht — wahrhaft eine moderne Sprache geworden ist *).

Auch zukunftsreiche soziale Gruppen bilden sich in Palästina. Die Zahl der zionistischen Vereinigungen der ganzen Welt beträgt 3000. Überall wird durch Gründung von Sport-, Turn- und Fechtvereinen die Physis der jüdischen Bevölkerung zu heben versucht, wie man ihr materiell durch zahlreiche soziale Werke beisteht und sie durch Errichtung von Schulen, Bibliotheken, Volks-Universitäten, Konzert-Vereinen geistig zu befruchten bestrebt ist.

Die moralischen Erfolge des Zionismus sind auch von seinen Gegnern anerkannt worden. „Vom moralischen Standpunkte“, sagt einer derselben, der Rabbiner Ludwig Levy, „hat die zionistische Bewegung viel geleistet. Sie hat das Gefühl der Solidarität wieder belebt, hat diejenigen unserer Glaubensgenossen, welche vom Übermaß der Leiden niedergeschlagen und abgestumpft waren, mit Hoffnung erfüllt, hat Tausenden einen neuen Idealismus geschenkt. Die öffentliche Aufmerksamkeit wurde auf den ungeheuren, Jahrhunderte alten Schmerz der Juden gelenkt.“

Wenn der Zionismus die Gründung eines politisch autonomen jüdischen Staates in Palästina erstrebt, will er außerdem, daß dieser Staat organisiert sei auf gerechteren Grundlagen als diejenigen der gegenwärtigen Staaten. In diesem Sinne und von diesem Gesichtspunkte aus ist der Zionismus auch eine soziale Bewegung.

Die Verstaatlichung des Grundes und Bodens, die genossenschaftliche Organisation der Produktion **), die bürgerliche und politische Gleichheit

*) Siehe die gediegene Arbeit von N. Schlousch: „Die Wiedergeburt der hebräischen Literatur“. (Lib. G. Bellais, Paris).

**) Der IX. Zionistische Kongreß hat, auf den Vorschlag von Franz Oppenheimer, für die Gründung eines Fonds für genossenschaftliche Kolonisation gestimmt. — Dies ist der Wortlaut des Vorschlages Franz Oppenheimers, dem der Kongreß beipflichtete: „Der IX. Kongreß, treu seinen vorgefaßten Entschlüssen, ist bereit, in der zionistischen Tätigkeit die Methode der genossenschaftlichen Kolonisation anzunehmen. Um die nötige Grundlage zu schaffen, wird der National-Fonds der genossenschaftlichen Kolonie zur Verfügung gestellt. Um das Kapital der ersten Einrichtung zusammenzubringen, wird auf dem Wege der Subskription ein genossenschaftlicher Fonds geschaffen, der dem nationalen Fonds angefügt wird. Größere Summen sind schon für diesen Fonds gezeichnet worden.“

der Frauen stehen auf dem Programm des Zionismus. Außerdem befindet sich auch unter den verschiedenen zionistischen Parteien eine wichtige sozialistische Fraktion, welche das vollständige Programm des Kollektivismus annimmt.

Den soweit vorgesetzten Charakter seines sozial-ökonomischen Programms verdankt der Zionismus der Natur und der sozialen Stellung seiner Anhänger: Es sind in der Tat die Denker, es ist die freisinnige Jugend, es sind die kleinen Bürger und besonders ist es das Proletariat unserer Zeit, welche die zionistische Masse bilden.

* * *

So natürlich, berechtigt und großmütig auch die Bestrebungen des Zionismus seien, hat diese Bewegung doch auf Gegner gestoßen, welche, sogar das Grundprinzip bekämpfend, versuchen, die Existenz eines jüdischen Volkes zu leugnen, indem sie behaupten, daß Israel nur mehr eine Kirche sei.

Diese These wird vorzüglich von jenen Juden des Abendlandes verteidigt, welche, da sie nicht mehr verfolgt werden, die Notwendigkeit nicht einsehen, ein Land zu verlassen, dessen Bürger sie geworden.

Man darf aber nicht nur jene kleine jüdische Minorität in Betracht ziehen, welche über die Staaten des westlichen Europas verstreut lebt und den autochthonen Völkern dieser Staaten mehr oder weniger gleichgestellt ist — sondern die große Mehrheit der Juden, welche bekanntlich in den Ländern des östlichen Europas vereinigt ist (Rußland, Rumänien, Galizien). Diese etwa 8 000 000 Juden, welche fast vier Fünftel der Juden ausmachen, bieten alle Charaktereigenschaften eines Volkes.

Verschieden von den Völkern, unter denen sie leben, durch ihre Religion, ihre Sitten, ihre Gewohnheiten, ihre Überlieferungen, ihre Sprache, Literatur und ihr geistiges Streben; verschieden durch ihre Vergangenheit, welche unter ihnen um so mächtigere Bande knüpfte, als es eine Vergangenheit des Schmerzes und des Elends ist — und einander noch näher gebracht durch ihre traurige Gegenwart, durch die unsagbaren und unverdienten Leiden, welche ihre jahrhundertelangen Bestrebungen genährt und dieselben Glücksträume, dieselben Hoffnungen bei diesen Parias bestärkt haben: bilden die Juden des östlichen Europas ein Volk von ausgeprägtestem Charakter. Außerdem — und das steht fest — haben diese Juden das klare Bewußtsein, einem eigenen Volke anzugehören, und sie haben den Willen — welchen die großen physischen und moralischen Qualen, weit entfernt davon, ihn zu erschüttern, nur gefestigt haben — diesem Volke anzugehören und nicht aufzugehen in den andern.

Wenn es demnach ein jüdisches Volk gibt, so ist es gerecht und notwendig, daß dieses Volk frei und unabhängig sei, wie jedes Volk, das sich natürlich entwickelt. So ist der Zionismus „sichtlich in Übereinstimmung mit der Gerechtigkeit, mit den Notwendigkeiten der Geschichte und den höheren Gesetzen der Zivilisation“.

* * *

Der Kongreß, welcher in Hamburg stattfand, hat viele wichtige Fragen geprüft und besprochen, welche sich auf die Organisation der Bewegung beziehen (die in stetem Fortschreiten ist) und auf die Entwicklung der Kolonisation in Palästina.

Was ist die Zukunft des Zionismus?

Man kann es nicht vorhersagen, da die Bewegung erst seit 12 Jahren wirklich politische Existenz und leider starke Gegner hat.

Wer sind sie?

Wie ich schon erwähnte: Vor allem die westlichen Juden und unter ihnen besonders die Reichen. Die Juden des Abendlandes fürchten in der Tat, indem sie ihre Sympathien für den Zionismus kundgeben, ihren Patriotismus verdächtig zu machen. Doch sind in letzter Zeit auch unter ihnen einige überzeugungsstarke Apostel aufgestanden: ihrem Adoptivvaterlande aufrichtig und innig ergeben, deren freie und dankbare Bürger sie sind, haben sie sich doch nicht gescheut, ihren herumirrenden, unglücklichen Brüdern ein Obdach bereiten zu helfen.

Die R a b b i n e r sind Gegner des Zionismus seit seinem Anfange, weil sie, sich auf die Irreligiosität seiner Anführer stützend, darin eine anti-religiöse Bewegung sehen wollten. Jahrelange Beobachtung hat aber erwiesen, daß der Zionismus, wenn auch unumwunden weltlich und politisch, doch von freiester Neutralität in religiösen Sachen ist. Dadurch hat er sich auch viele Rabbiner gewonnen.

Trotzdem ist vorauszusehen, daß der Zionismus noch lange wird kämpfen müssen, um das jüdische Bürgertum des Westens, das die Leitung der großen jüdischen philanthropischen Gesellschaften in Händen hält, zu gewinnen. die Alliance israélite universelle u. dgl.

Aber wenn man in Betracht zieht, daß das Elend und die Verfolgungen, welche die jüdischen Massen aus dem östlichen Europa treiben, sie mehr und mehr zwingen, ein unabhängiges Asyl zu suchen, da die bisher gastfreundlichen Nationen des Westens und der neuen Welt ihre Pforten den Unglücklichen zu verschließen beginnen; wenn man bedenkt, daß das Interesse selbst der Nicht-Juden gebieterisch eine schnelle und radikale Lösung der Judenfrage fordert, welche in einzelnen Ländern der Barbarei einen bedenklichen Schärfegrad erreicht hat; wenn man außerdem sich erinnert, daß jede gerechte Sache immer Siegesgewalten in sich schließt — so kann man wohl nur Gutes einer hervorragend volkstümlichen und demokratischen Bewegung prophezeien, welche auf friedliche Art Land und Freiheit dem unglücklichsten und bedrücktesten Volke wiedergeben will; das aber trotz physiologischer und sozialer Leiden (in die es die Unbill der Gesetze und Sitten taucht) noch voll von Lebenskräften ist. Ein Volk, das von Moses bis zu den Propheten, bis Hillel und Jesus von Nazareth, von Philon bis Maimonides, von Spinoza bis Mendelssohn und Heinrich Heine, bis Karl Marx und Lombroso mit so viel Wirksamkeit und Glanz dem menschlichen Geiste und der Zivilisation diente, hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen. Auf dem Boden seiner Vorfahren, physisch neugeboren in der Verwirklichung seines alten, durch die soziale Gerechtigkeit verjüngten Ideales, nachstrebend, wird es der Menschheit ohne Zweifel eines Tages um so schönere und eigenartigere Früchte bieten als sie auf den gesegneten Feldern der Freiheit gereift sein werden.



NEUE KUENSTLERISCHE TENDENZEN

ROSINE HANDLIRSCH, WIEN: SOZIALE KUNST
IN ÖSTERREICH. EIN NACHRUF FÜR HERMINE
HELLER-OSTERSETZER.



SOZIALE Kunst im wahrsten Sinne des Wortes sind die Werke der leider zu früh verstorbenen Hermine Heller-Ostersetter zu nennen.

Noch als Schülerin der Wiener Kunstgewerbeschule schuf sie einen Zyklus von Algraphien, „Das Leben der Armen“ betitelt, unter dem Motto: „Das Leben der Armen ist bitterer als der Reichen Tod“. In ergrifender Weise schildert die Künstlerin in diesen Blättern die mannigfache Mühsal der besitzlosen Klasse. Die schwere Feld- oder Fabrikarbeit ist noch nicht das härteste Los. Auch die armen Steinklopfer, welche im Schweiße ihres Angesichts in glühendem Sonnenbrand hacken und schaufeln, sind vielleicht noch nicht am schlimmsten dran; sie haben doch wenigstens noch ihr tägliches Brot. Aber der arme jüdische Hausierer, der in strömendem Regen auf der Straße steht und dem niemand etwas abkaufen will, weil jeder froh ist, selbst unter Dach zu kommen, — der blinde Musikant, den niemand gern anhört, — die arme Frau, die in Winterskälte hinter dem Kohlenwagen hergeht und sich mühselig, Stück für Stück, ihr Heizmaterial einsammelt, — sie alle sind der bittersten Not preisgegeben und von der Mildtätigkeit ihrer Mitmenschen abhängig.

Doch diese Genrebilder aus dem Leben der Armen, welche zeichnerisch und koloristisch fein empfunden, in Bewegung und Charakteristik außergewöhnlich gut beobachtet sind, blieben nicht das einzige Werk, in welchem die Künstlerin zur Fürsprecherin des Proletariats wurde. Schildert sie hier objektiv die Vorgänge aus dem Arbeiterleben, so bekennt sie sich andererseits offen zum Sozialismus und zeichnet Titelblätter für Maifestschriften: 1901 einen Arbeiter, die rote Fahne mit grünem Eichenkranz über der Schulter, 1902 ein Blatt „Maimorgen“. Die symbolische Gestalt der „Freiheit“ in der Mitte weist, hinter dem Arbeiter stehend, mit dem ausgestreckten Arme ins freie Feld hinaus. Auf dem Kopf hat sie die rote Mütze, ein loses, weißes Gewand um die Schulter; der Arbeiter lächelt glücklich wie in froher Erwartung. Im Rücken beider sind auf einem Seitenfeld des dreiteiligen Bildes die Fabrikschlote zu sehen, welche heute nicht dampfen, — vor ihren Blicken, auf dem anderen Seitenbild, der Wald im Frühlingsschmuck. Den Hintergrund zu diesem Tryptichon bilden rote Nelken und Maiglöckchen.

Die beiden Blätter heben sich trotz der Betonung der symbolischen roten Farbe vorteilhaft von den anderen Illustrationen dieser Hefte ab, die in ihrer unkünstlerischen Buntheit verfeinertem Geschmack nicht entsprechen können. Vielleicht noch besser sind jedoch die Schwarz-Weiß-Illustrationen in der Unterhaltungsbeilage der „Neuen Glühlichter“ vom 10. Oktober 1901: Schnitter am Feld, die Sommerfrischler beneidend, und der frierende Arbeitslose im Schnee. Derb realistisch ist die Abbildung zu dem Scherz über das Grubenunglück in Brüx. Eine scharfe Satire auf die sozialen Verhältnisse, in der wohl niemand die weibliche Hand erkennen wird. Auch der „Licht-

strahlenkalender“ für das Jahr 1902 hat ein hübsches Titelblatt von ihr, eine Tuschzeichnung, welche eine Ruhepause am Feld darstellt und mit guter Raumwirkung flott und sicher in breiten Licht- und Schattenflächen hingesetzt ist.

1903 ging die Künstlerin mit ihrem Gatten nach Stuttgart und studierte noch bei Graf Kalckreuth weiter. In diesem Jahr entstand die Gratisbeilage zur österreichischen Maifestschrift: „Entlassen“. Ein Zug Fabrikarbeiter, welche mit trüben Gesichtern zum letztenmal den Heimweg aus der Fabrik antreten; nur ein kleines Kind blickt in glücklicher Unwissenheit ganz lustig drein. — Dies ist wohl, nächst dem Zyklus, eine ihrer besten graphischen Arbeiten, wie die andern mit Chiffre signiert.

Aber auch dabei ließ es sich die Künstlerin, die in frühester Jugend Zeichnerin der „Wiener Mode“ war, nicht genügen. Gemälde, wie der „Briefträger“ entstanden noch in der Karger Schule 1901 bis 1903, welche sie nach ihrer Verheiratung besuchte, andere in Stuttgart, wo Graf Kalckreuth ihre Aufnahme in den deutschen Künstlerbund vorschlug und erreichte. Seither stellte die Künstlerin in München, Berlin, Weimar und dann wieder in Wien aus, wohin sie nach einigen im Auslande verbrachten Jahren zurückkehrte.

In Stuttgart zeichnete sie auch Illustrationen für die sozialistische Zeitschrift: „Der wahre Jakob“. An ihren Arbeiten sieht man, daß durch die „Tendenz“ die künstlerische Qualität eines Werkes nicht zu leiden braucht; es muß nur groß gedacht und zugleich malerisch gesehen sein.

Von den Gemälden möchte ich noch „Alte Frauen“, die Wäscherinnen, die Tiroler Bauern beim „Kirchgang in Taufers“ und die „Bauernfamilie“ beim Abendbrot erwähnen, und ganz besonders das kleine Mädchen aus dem Volk in den „Feldblumen“. — Dieses Bild zeigt, daß die Künstlerin nicht bloß ein warmes Herz für ihre Mitmenschen, sondern auch ein feines Empfinden für die Natur hat. Die Frühlingsstimmung ist hier so echt empfunden, wie in den Algraphien Sonnenschein, Regen und Schnee mit starkem Naturgefühl wiedergegeben sind. Daß die Künstlerin aber trotz ihres männlich-kraftvollen Vortrags eine echte Frau ist, zeigt ihre Vorliebe für die Kinder. Und auch ein Bild wie der „Dorfkindergarten“ ist echte soziale Kunst.

Hermine Heller-Ostersetzer starb im 34. Jahr am 8. März 1909 in einem Wiener Sanatorium — viel zu früh nicht nur für ihren Gatten und ihre beiden Knaben, sondern auch für ihre Kunst, in der sie den Höhepunkt noch hätte erreichen sollen.



CHRONIK



**THE Weihnachts - Sonder-
nummer des Studio:** Wie
alljährlich bietet diese
führende englische Kun-
zeitschrift ihren zahllosen Lesern in
ihrer Sondernummer ein Werk von
auserlesenen Geschmack und zwar

diesmal ein Werk, das großen Kreisen
von europäischen Lesern ganz neue
Einblicke in die neue indische Kultur-
welt gewährt, eine Aufgabe, zu der
ja naturgemäß ein englisches Blatt
besonders berufen ist. In einer
Mappenausgabe (Preis 15 Schilling)

sind 12 Gemälde des jung-indischen Malers Abanindro Nath Tagore wiedergegeben. Sie sind Illustrationen zu dem klassischen Werke des alt-perischen Dichters Omar Chaijjam, den berühmten Ruba'is (Vierzeilern), die in der englischen Übersetzung von Fitzgerald den Tafeln des Malers beigegeben sind. Das Werk zeigt deutlich, wie in Indien — im Anschluß an die alte nationale Tradition, leise beeinflußt vom modernen europäischen Kulturkreis — sich eine neue nationale Kunst entwickelt, die in ihrer vornehmen tastenden Zartheit unsren etwas stumpf gewordenen europäischen Nerven wohl tut wie ein weicher Abendwind. Der neue jung-indische Kreis, zu dem Abanindro Nath Tagore gehört, hat auch in der jungindischen Literatur bereits zahlreiche Vertreter gefunden. Es wird interessant sein zu sehen, wie weit die Veröffentlichungen des Studio und die zahlreichen ähnlichen, die in den letzten Jahren namentlich in England herausgekommenen Ausgaben indischer Werke auf die moderne europäische Kunst und Literatur zurückwirken.*)

Erich Lilienthal.



Vergessene Kunststätten in Deutschland†): Ich habe mir mit dieser Monographie die Aufgabe gesetzt, Limburg

*) Unter Zugrundelegung der meisterhaften englischen, sehr freien Fitzgeraldschen Übertragung der Ruba'is ist eine Reihe deutscher Ausgaben erschienen. Die angenehmste ist die des Inselverlages, die G. D. Gribble besorgte (brosch. 8 M., in Leder gebd. 12 M.) mit kurzen Erklärungen von Franz Blei. Textlich das Gleiche bietend, jedoch einfacher ausgestattet ist die Altschulsche Übertragung (Verlag Alexander Koehler, brosch. 2 M.). Zu erwähnen ist auch die wohlfeile Ausgabe in der hessischen Volksbücherei.

†) Limburg als Kunststätte von Leo Sternberg (Verlag der „Kunst unserer Heimat“ Otto Kindt in Gießen, 3 M., in Geschenkeinband 5 M.)

als Kunststätte zu erschließen. Denn eine ästhetische Würdigung der Stadt hat bisher gefehlt, obwohl die wertvollen Kunstdenkmäler im Domschatze, in den Kirchen, in dem Diözesanmuseum, in der bischöflichen Seminarbibliothek und in Profanbauten (byzantinische Cloisonné, Terrakotta- und Holzplastik, mittelalterliche Lieder der Limburger Chronik, Holzschnitte usw.) allgemeine Beachtung in hohem Grade verdienen. Ich habe das Interesse des gebildeten Laien dadurch zu gewinnen unternommen, daß ich im Rahmen entsprechend skizzierter Kulturgemälde die Kunstformen aus den Zeitverhältnissen zu entwickeln und dadurch Kunstschaft in lebendiges Geschehen umzusetzen versucht habe — ein Verfahren, das zwar theoretisch nicht neu, tatsächlich aber nur in seltenen Fällen erfolgreich angewendet worden ist. Ich habe dabei die Ergebnisse der neuesten geschichtlichen Spezialforschung benutzt, die allerdings noch sehr lückenhaft sind und zur Erreichung eines geschlossenen Kulturbildes hohe Ansprüche an die geschichtliche Intuition stellen. Außergewöhnliche Autotypien aller bedeutsameren Kunstwerke sind meiner Arbeit viele Federzeichnungen von Hans Aulmann beigegeben.

Leo Sternberg, Wallmerod.



Das Bühnenkleid der Zukunft:

Das Kleid besteht, wie hier vor einiger Zeit näher ausgeführt wurde,* aus einem Stück. Zur Herstellung wird viel weniger Zeit gebraucht als bei einem Pariser Kleid. Der Verschluß der Kleider ist so einfach, daß fremde Hilfe beim Anziehen überflüssig ist. Die Stoffe legen sich in ungleich viel schöneren Falten, als es bei dem in viele Teile zerschnittenen und wieder

*) Eine neue Frauentracht, 3. Jahrg., Heft 2, S. 145.

zusammengesetzten Modekleid möglich ist. Alle Überkleider und oft auch die Besätze sind abnehmbar. Daher eignet sich die neue Tracht in hervorragender Weise als Bühnenkleid. Dasselbe Kleid ist oft für mehrere historische und moderne Rollen verwendbar. Da die Kleider mehreren Zwecken zugleich dienen können, lohnt es sich, statt des bisher meist üblichen, unedlen Bühnenmaterials kostbarere Stoffe zu verwenden, die in Farbe, Musterung und Fall nie von ihren billigen Nachahmungen erreicht werden.

*Hedwig Buschmann,
Berlin.*



Grete Wiesenthal: Oskar Bie, der Chefleiter der „Neuen Rundschau“, hat zu Holzschnitten von Erwin Lang, die Bewegungsmotive aus den Tänzen der Grete Wiesenthal darstellen, eine Einleitung geschrieben, in der er mit hübschen Worten diese wirklich im besten Sinne moderne Tänzerin charakterisiert. Der Tanz der Grete Wiesenthal ist große Kunst und gerade jetzt in den Tagen, da Reinhardts Versuch, die bisherige Form des Theaters umzugestalten und dem Theater neue Wege zu eröffnen, die Gemüter beschäftigt, drängt sich der Gedanke auf, daß in der Arena, im Theater der Fünftausend auch der Tanz noch in ganz anderer Weise als bisher zu seinem Rechte kommen wird. Die Zeichnungen zerlegen die Ganzheit des Tanzes, lösen das Charakterisierende der einzelnen Bewegung heraus und lassen den Besucher in Muße das, was von der vorüberhuschenden Stellung sich eingeprägt, noch einmal im Bilde sehen.*)

E. L.

*) Erich Reiss, Verlag Berlin W. 62.



Mit Blitzlicht und Büchse im Zauber des Elefäscho: Von C. G. Schillings interessanten beiden Werken, die vor einigen Jahren durch die erstmalig dem deutschen Publikum zugänglich gemachten „Naturdokumente“ vielen Lesern großen Genüsse bereiteten, hat der R. Voigtlaendersche Verlag eine kleine verkürzte Ausgabe zum Preise von 6,50 M. erscheinen lassen. Es ist eine gute Auswahl der interessantesten Momentaufnahmen getroffen worden, die es berechtigt erscheinen lassen, wenn der Verlag die Hoffnung ausspricht, daß das Werk Schillings ein rechtes Volksbuch werden würde.

Ein dem Buche beigegebener Brief Theodore Roosevelts an Schillings mag hier im Auszug wiedergegeben werden.

„Das Buch ist in vieler Hinsicht das bemerkenswerteste unter allen ähnlichen Werken, es ist das hervorstechendste unter den vielen guten Büchern, die von wissenschaftlich beobachtenden Jägern geschrieben worden sind. Professor Schillings schlug neue Wege ein in der schwierigen Kunst, die in voller Freiheit lebende Tierwelt im Lichtbilde festzuhalten, und was einige seiner bemerkenswertesten Bilder betrifft, so ist Ebenbürtiges bis heute noch nicht geleistet worden. Professor Schillings ist aber auch ein scharfer und vertrauenswürdiger zoologischer Beobachter, und ein ganz besonderer Vorzug seines Werkes ist es, daß es nicht nur eine Sammlung von Tierphotographien darstellt, sondern daß diese bewundernswerten Bilder als Illustrationen zu einem außerordentlich fesselnd geschriebenen Texte dienen.“

INSTITUT FÜR INTERNATIONALEN AUSTAUSCH FORTSCHRITTLLICHER ERFÄHRUNGEN.

Verzeichnis

der in unserem Archiv vorhandenen in- und ausländischen Zeitschriften,
die unseren Mitgliedern zur kostenlosen Verleiheung zur Verfügung stehen.

I. Englische Zeitschriften.

a) England.

(Fach 1): *The Socialist Review, Manchester*. (Vorhanden sind Jahrgang 1908: Heft 4 und 10; Jahrgang 1909).

(Fach 2): *The Review of Reviews, London*. (Vorhanden sind Jahrgang 1907: Heft 10; Jahrgang 1908: Heft 4—12; Jahrgang 1909 vollständig; Jahrgang 1910).

(Fach 3): *The New Age. A Weekly Review of Politics, Literature, and Art*. (Vorhanden ist: Jahrgang 1910).

(Fach 4): *The General Federation of Trade Unions, London. Annual Report*. (Vorhanden sind: Jahrgang 1901 Heft 6; Jahrgang 1902: 6, Jahrgang 1903: Heft 3, 7, 12; Jahrgang 1904: Heft 3, 6; Jahrgang 1905: Heft 9; Jahrgang 1906: Heft 7, 12; Jahrgang 1907: Heft 3, 6; Jahrgang 1908: Heft 3, 6, 7, 12; Jahrgang 1909 Heft 6, 12; Jahrgang 1910: Heft 6).

(Fach 5): *The Edinburgh Review or Critical Journal*. Vorhanden sind: Nr. 426, 427, 428, 430, Januar, April und Oktober 1909; Nr. 431, 432, 433, Januar, April und Juli 1910.

(Fach 6): *Progress. Civic-Social-Industrial, London. quarterly*. Vorhanden sind: Jahrgang 1907: Heft Januar und April; Jahrgang 1908: Heft 7; Jahrgang 1909: Januar; Jahrgang 1910: vollständig.

(Fach 7): *The Nineteenth Century and After, London*. Jahrgang 1907: Heft 12; Jahrgang 1908: Heft 10, Jahrgang 1909: Heft 4 und 5; *The Contemporary Review, London*: Heft 12/1907, 10/1908, 3/1909; *The Readers Review, London*: Heft 11/1908, 2, 9, 10/1909. *M. A. B. (Mainly About Books), London*: 2 und 4 Nr. 12/1907; 6, 7/1909.

(Fach 8): *The English Review. The Crusade*.

(Fach 9): Verschiedene in England erscheinende Zeitschriften. Einzel-Nummern: Concord; The Garden City; Guide to Garden City; The Fortnightly Review, 10/1908 und 1/1909; The Eugenics Review; The New Quarterly a Review of science, Literature; The Sociological Society; The Humane Review, The Book Review, The Light of Reason.

zusammengesetzten Modekleid möglich ist. Alle Überkleider und oft auch die Besätze sind abnehmbar. Daher eignet sich die neue Tracht in hervorragender Weise als Bühnenkleid. Dasselbe Kleid ist oft für mehrere historische und moderne Rollen verwendbar. Da die Kleider mehreren Zwecken zugleich dienen können, lohnt es sich, statt des bisher meist üblichen, unedlen Bühnenmaterials kostbarere Stoffe zu verwenden, die in Farbe, Musterung und Fall nie von ihren billigen Nachahmungen erreicht werden.

*Hedwig Buschmann,
Berlin.*



Grete Wiesenthal: Oskar Bie, der Chefleiter der „Neuen Rundschau“, hat zu Holzschnitten von Erwin Lang, die Bewegungsmotive aus den Tänzen der Grete Wiesenthal darstellen, eine Einleitung geschrieben, in der er mit hübschen Worten diese wirklich im besten Sinne moderne Tänzerin charakterisiert. Der Tanz der Grete Wiesenthal ist große Kunst und gerade jetzt in den Tagen, da Reinhardts Versuch, die bisherige Form des Theaters umzugestalten und dem Theater neue Wege zu eröffnen, die Gemüter beschäftigt, drängt sich der Gedanke auf, daß in der Arena, im Theater der Fünftausend auch der Tanz noch in ganz anderer Weise als bisher zu seinem Rechte kommen wird. Die Zeichnungen zerlegen die Ganzheit des Tanzes, lösen das Charakterisierende der einzelnen Bewegung heraus und lassen den Beschauer in Muße das, was von der vorüberhuschenden Stellung sich eingeprägt, noch einmal im Bilde sehen. *)

E. L.

*) Erich Reiss, Verlag Berlin W. 62.



Mit Blitzlicht und Büchse im Zauber des Elefanten: Von C. G. Schillings interessanten beiden Werken, die vor einigen Jahren durch die erstmalig dem deutschen Publikum zugänglich gemachten „Naturdokumente“ vielen Lesern großen Genüß bereiteten, hat der R. Voigtländersche Verlag eine kleine verkürzte Ausgabe zum Preise von 6,50 M. erscheinen lassen. Es ist eine gute Auswahl der interessantesten Momentaufnahmen getroffen worden, die es berechtigt erscheinen lassen, wenn der Verlag die Hoffnung ausspricht, daß das Werk Schillings ein rechtes Volksbuch werden würde.

Ein dem Buche beigegebener Brief Theodore Roosevelts an Schillings mag hier im Auszug wiedergegeben werden.

„Das Buch ist in vieler Hinsicht das bemerkenswerteste unter allen ähnlichen Werken, es ist das hervorstechendste unter den vielen guten Büchern, die von wissenschaftlich beobachtenden Jägern geschrieben worden sind. Professor Schillings schlug neue Wege ein in der schwierigen Kunst, die in voller Freiheit lebende Tierwelt im Lichtbilde festzuhalten, und was einige seiner bemerkenswertesten Bilder betrifft, so ist Ebenbürtiges bis heute noch nicht geleistet worden. Professor Schillings ist aber auch ein scharfer und vertrauenswürdiger zoologischer Beobachter, und ein ganz besonderer Vorzug seines Werkes ist es, daß es nicht nur eine Sammlung von Tierphotographien darstellt, sondern daß diese bewunderwerten Bilder als Illustrationen zu einem außergewöhnlich fesselnd geschriebenen Texte dienen.“



INSTITUT FÜR INTERNATIONALEN AUSTAUSCH FORTSCHRITTLICHER ERFAHRUNGEN.

Verzeichnis

der in unserm Archiv vorhandenen in- und ausländischen Zeitschriften,
die unsren Mitgliedern zur kostenlosen Verleihung zur Verfügung stehen.

I. Englische Zeitschriften.

a) England.

(Fach 1): *The Socialist Review, Manchester*. (Vorhanden sind Jahrgang 1908: Heft 4 und 10; Jahrgang 1909).

(Fach 2): *The Review of Reviews, London*. (Vorhanden sind Jahrgang 1907: Heft 10; Jahrgang 1908: Heft 4—12; Jahrgang 1909 vollständig; Jahrgang 1910).

(Fach 3): *The New Age. A. Weekly Review of Politics, Literature, and Art*. (Vorhanden ist: Jahrgang 1910).

(Fach 4): *The General Federation of Trade Unions, London. Annual Report*. (Vorhanden sind: Jahrgang 1901 Heft 6; Jahrgang 1902: 6, Jahrgang 1903: Heft 3, 7, 12; Jahrgang 1904: Heft 3, 6; Jahrgang 1905: Heft 9; Jahrgang 1906: Heft 7, 12; Jahrgang 1907: Heft 3, 6; Jahrgang 1908: Heft 3, 6, 7, 12; Jahrgang 1909 Heft 6, 12; Jahrgang 1910: Heft 6).

(Fach 5): *The Edinburgh Review or Critical Journal*. Vorhanden sind: Nr. 426, 427, 428, 430, Januar, April und Oktober 1909; Nr. 431, 432, 433, Januar, April und Juli 1910.

(Fach 6): *Progress. Civic-Social-Industrial, London. quarterly*. Vorhanden sind: Jahrgang 1907: Heft Januar und April; Jahrgang 1908: Heft 7; Jahrgang 1909: Januar; Jahrgang 1910: vollständig.

(Fach 7): *The Nineteenth Century and After, London*. Jahrgang 1907: Heft 12; Jahrgang 1908: Heft 10, Jahrgang 1909: Heft 4 und 5; *The Contemporary Review, London*: Heft 12/1907, 10/1908, 3/1909; *The Readers Review, London*: Heft 11/1908, 2, 9, 10/1909. *M. A. B. (Mainly About Books), London*: 2 und 4 Nr. 12/1907; 6, 7/1909.

(Fach 8): *The English Review. The Crusade*.

(Fach 9): Verschiedene in England erscheinende Zeitschriften. Einzel-Nummern: Concord; The Garden City; Guide to Garden City; The Fortnightly Review, 10/1908 und 1/1909; The Eugenics Review; The New Quarterly a Review of science, Literature; The Sociological Society; The Humane Review, The Book Review, The Light of Reason.

Dokumente des Fortschritts, IV. Jahr. 2. Heft.

b) Amerika.

(Fach 10): *The Outlook, New York*. Vorhanden: Jahrgang 1909 ab August vollständig; Juli-Nummer vom 14. und 24. Jahrgang 1910 von Januar bis Juni inclus. vollständig.

(Fach 11): *The Outlook-Magazine Number*, ab 1910 vollständig.

(Fach 12): *Monographs on Education in the United States, New York*. Vorhanden sind von Heft 1—20 alle, mit Ausnahme von Heft 1, 10, 12, 17 und 19; Heft 9 und 3 sind doppelt vorhanden. 2. *The American Review of Reviews, New York*. Heft 12/1907, 1 und 2/1908.

(Fach 13): *Fellowship, Los Angeles*, (Californien), Vorhanden von Jahrgang 1906: Mai-, Juni-, Juli-, Oktober- und November-Nummer. 2. *The Catholic World, New York*. Vorhanden vom Jahrgang 1908: die Februar- und Oktober-Nummer; vom Jahrgang 1909: Januar-, Februar-, März- und Mai-Nummer. 3. *The American Journal of Sociology, Chicago*. Heft 11/1904; 1, 3, 9, 11/1905; 4. *The Independent, Weekly Magazine*.

(Fach 14): *Wilshire's, New York*. Vorhanden: Jahrgang 1910 ab April; ferner Juni-Heft 1904. 2. *The University Record, Chicago*. Heft 11, 12/1904; 1, 2, 3/1905. 3. *Illinois Central Employes Magazine*.

(Fach 15): Verschiedene Zeitschriften, einzelne Nummern. 1. *The Journal of Mental Pathology, New York*. 2. *The North American Review, New York*. 3. *The American Magazine, N. Y.* 4. *The Pessimist, Washington*. 5. *Womans Work a Foreign Missions Magazine, New York*. 5. *Tropical and sub Tropical Amerika, New York*. 6. *Washington Magazine, Washington*. 7. *The Busy Man's Magazine, Toronto*. 8. *The Ethical Record, New York*. 9. *Ethical Society, News Letter, Philadelphia* Nr. 2, 3, 5, 6. 10. *Mother Earth, New York*, Nr. 9 und 10/1908. 11. *Seaboard Mgz. Virginia*. 12. *Pacific Era, Detroit, Mich.*: Januar und August-Nummer 1908.

(Fach 16): *The Southern Workmann, Hampton, Virginia*. Vorhanden: Jahrgang 1905 Heft 1, 2, 3, 4, 5, 10 und 12; Jahrgang: 1906 Heft 1, 2, 5, 6, 9, 10, 11, 12; Jahrgang 1907 Heft 1, 11, 12; Jahrgang 1908 vollständig; Jahrgang 1909 und 1910 vollständig.

c) Australien.

(Fach 17): *The Industrial Arbitration Reports and Records, New South Wales*, 1902: Vol. I; 1903: Part 1, 2, 3, 4, 5, 6; 1904: Part 1—6; 1905: Part 1—6; 1906: Part 1—2. 2. *The Australian Herald, Melbourne*, 1906 Nr. 3 und 4; 1907: Nr. 1, 2, 3, 4, 7 und 10; 1908: Nr. 5, 7, 9, 10, 11.

(Fach 18): 1. *The Commonwealth, Melbourne*, Jahrgang 1908: Heft 8 und 10; Jahrgang 1909: April bis Dezember; Jahrgang 1910: vollständig 2. *The Labor Call, Melbourne*; 3. *The Australian Herald*, 4. *The Red Funnel*, 5. *Journal of Depart. of Labor*.

d) Indien.

(Fach 19): *The Modern Review, Allahabad*. Vorhanden: Jahrgang: 1907 März, April, Dezember; Jahrgang 1908 fehlt; Jahrgang 1909 vollständig; Jahrgang 1910 Januar, Mai, und Juli-Nummer.

Dokumente des Fortschritts, IV. Jahr. 2. Heft.

(Fach 20): *The Hindustan Review, Allahabad*. Vorhanden ist: Jahrgang 1905/10; 1906/1; 1908/2; 1909/2; 8, 9, 12; Jahrgang 1910 vollständig.

(Fach 21): Verschiedene in Indien erscheinende englische Zeitschriften. Einzelne Nummern: 1. *The Indian Review, Madras*. 2. *The Orient-Review*; 3. *The Imperial and Asiatic Quarterly-Review* (engl. Kolonie); 4. *Journal of the Buddhist Text and Research Society, Calcutta*; 5. *East & West, Bombay*; 6. *The Malabar Quarterly Review* 1908/3, (Madras, Trivandrum). 7. *The World's Chinese Students' Journal, Shanghai*, (indische Zeitschrift) Nr. 1, 2, 3/1906; 2, 3, 4, 5, 6/1907; 4, 5/1908; 5/1909.

e) Afrika, Japan, China, Türkei.

(Fach 22): Enthält die in Afrika erscheinende englische Zeitschrift *The African Monthly*; 1 persische, 2 japanische Zeitschriften, sowie das japanische Alphabet; ferner die in englischer Sprache ersch. türkische Zeitschrift „*The Albany Review, London*“; vier in indischer, türkischer und chinesischer Sprache ersch. (einzelne Nummern); ferner die in griechischer Sprache ersch. ägyptische Zeitschrift *Nea Zol, Alexandrien*.

II. Belgische und Holländische Zeitschriften:

(Fach 23): 1. *Le Foyer Populaire, Bruxelles*, (Jahrgang 1910). 2. *Revue de l'Université de Bruxelles*. Jahrgang 1907/1908, Nr. 1, 2, 3, 6, 7, 8, 9, 10; Jahrgang 1908/1909: 1, 2, 3, 6, 7, 8, 9, 10; Jahrgang 1910 vollständig.

(Fach 24): *L'école rénovée, Bruxelles*. Vorhanden Jahrgang 1908. 2. *Zuid en Noord, Rotterdam* (holländisch). Jahrgang 1910, Heft 1, 2, 3. *De Spiegel van den Voruitgang, Antwerpen* (holländisch). 3. *La revue Psychologique, Bruxelles*. Vorhanden: Jahrgang 1908 vollständig; Jahrgang 1909 vollständig; Jahrgang 1910.

III. Spanische und Portugiesische Zeitschriften: wie solche aus den spanischen Kolonien.

(Fach 25): 1. *El Hombre del Dia, Barcelona*, (Mainummer 1910). 2. *Sol-Sombra, Madrid*, (Juli-Nummer); 3. *Revista Demográfica y Social, Valencia*, 1908: September-, Mai- und Juli-Nummer 4. *La Lectura Revista de Ciencias y de Artes, Madrid*, (2/1908); 5. *Cultura Española-Revista trimestral, Madrid*, (1908 vollst.).

(Fach 26): 1. *O Economista Portuguez, Lisboa* (Jahrgang 1910/2, 4, 7); 2. *Alma Nacional, Lisboa*, (2, 3, 4, 5/1910). Kolonien: 3. *Archivos de Psiquiatria, Criminología Buenos Aires*, (2, 5, 6/1909); 4. *Revista Contemporánea, Monterrey, Mexico*, (2, 3, 4, 5/1909); 5. *Revista Magnetológica, Buenos Aires*, (Nr. 77, 79, 80, 81/1908); 6. *Humanidad Nueva, Buenos Aires*, (April-Nummer 1910).

IV. Italienische Zeitschriften.

(Fach 27): *Pagine Libere, Lugano*, (1907/1, 3, 24; Jahrgang 1908 vollständig mit Ausnahme der ersten Nummer; 1909/2 mit 7 und Heft 21; Jahrgang 1910: 4, 5, 7, 14 und 15).

Dokumente des Fortschritts, IV. Jahr. 2. Heft.

(Fach 28): *Coenobium, Lugano*, 1906 und 1907, I. und II. Jahrgang vollständig; Jahrgang 1908 fehlt 1 Heft 3 und 4; Jahrgang 1909 fehlt Nr. 2; Jahrgang 1910 Heft 1, 2, 3 . . .

(Fach 29): 1. *Rivista Di Roma, Roma*, 1908: Heft 21—24; Jahrgang 1909: Heft 1 mit 8, ferner Heft 20—21; Jahrgang 1910; 2. *Critica Sociale, Milano*, Jahrgang 1910: Nr. 13 mit 16, 18, 19, 20, 22; Jahrgang 1910: 3. *Sempre Avanti, Roma*, (von Heft 6—14). 4. *La Gioventù Italiana, Bologna*, (1909/5 und 8; vollständig: Jahrgang 1910 .

(Fach 30): 1. *Poesia, Milano*, 1907/5—12; 1908 vollständig; Jahrgang 1909; Von folg. italienischen Zeitschriften sind einzelne Nummern vorhanden: 2. *L'Illustrazione Popolare, Milano* 3. *Consorzi Idraulici e di Rimboschimento, Luglio*. 4. *La Cultura Contemporanea, Roma*. 5. *Cultura Moderna, Verona*. 6. *L'Università Popolare, Milano*. 7. *Acacia, Rivista Massonica, Roma*. 8. *Rivista di Emigrazione, Pesaro*. 9. *Rivista delle Comunicazioni, Milano*. 10. *Studium, Rivista Universitaria, Pavia*. 11. *Rivista di Filosofia Bologna-Modena*. 12. *L'Anomalo, Napoli*, Jahrgang 1908 vollständig.

V. Griechische Zeitschriften.

(Fach 31): *Pinakohkh, Athen*. Jahrgang 1908 vollständig; Jahrgang 1909: 95 bis 98; Jahrgang 1910. 2. *Panaohnaia, Athen* (Mai-Nummer 1909). 3. *H. Meaeth, Athen*, (Jahrgang 1908; 1910/1, 2, 3 und 10).

VI. Rumänische Zeitschriften.

(Fach 32): 1. *Cultura Română, Jasi* (1908/2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8). 2. *Românuel Literar, Bucarest* (April-Nummer 1908). 3. *Revista Idealistă Bucarest* (1908/3). 4. *Viitorul Social, Jasi* (1908/3). 5. *Arta Română, Jasi* (1910/2, 5, 6; 1909/9 und 10). 6. *Archiva, Jasi* (1909/1, 2, 9, 10, 12, 1910/1, 4, 5 und 6). 7. *Viata Sociala, Bucarest* (1910/1, 3, 4, 5 und 6). 8. *Facla, Bucarest* (1910/16, 17, 18, 21).

(Fach 33): 1. *Kultura, Warschau*. 1907/1; 1908 vollständig. 2. *Przeglad Filozoficny, Warschau*. 1907/3, 4; 1908/1, 2, 3 und 4. 3. *Krytyka, Krakau*. 1910/12.

VII. Russische und slavische Zeitschriften.

(Fach 34): *Saprossi Schisni, St. Petersbourg*. Jahrgang 1909 und 1910 vollständig.

VIII. Ungarische Zeitschriften.

(Fach 35): *Huszadik Század, Budapest*. 1908 ab Mai vollständig; 1909 vollständig; 1910 vollständig . . .

(Fach 36): *Revue de Hongrie, Budapest*. Jahrgang 1909; Jahrgang 1910.

IX. Schweizerische Zeitschriften.

(Fach 37): *Les Annales de la Regie Directe, Genève*; 1909/3, 4, 6, 8, 10, 11; 1910.

X. Österreichische Zeitschriften.

(Fach 38): *Der österreichische Volkswirt*, Wien: Jahrgang 1908; Jahrgang 1909 vollständig; Jahrgang 1910.

(Fach 39): *Der Kampf* (Sozialistische Monatsschrift), Wien: 1908/1, 2, 3; Jahrgang 1909 vollständig; Jahrgang 1910.

(Fach 40): 1. *Die Friedenswarte*, Zeitschrift für internationale Verständigung; Jahrgang 1904/1, 3, 5, 7, 8; 1906/9 und 11; 1907/1, 2, 11, 12; 1908 und 1909 vollständig; Jahrgang 1910. 2. *Zeitschrift für Kinderschutz und Jugendfürsorge*.

(Fach 41): Einzelne Nummern: 1. *Die Gerichtshalle*, Organ für Rechtspflege und Volkswirtschaft, 1910/43. 2. *Österreichische Rundschau*, Wien, 1910/5. 3. *Vierteljahrsschrift für körperliche Erziehung*, Wien: Heft 1909/4; 1910/1. 4. *Neues Frauenleben*, Wien: 1909/4; 10 und 12. 5. *Deutsche Worte*, Wien: 1902/4. 6. *Icaea*, Wien: 1899/48 mit 6, 8 mit 11; 1900/1 mit 6.

XI. Deutsche Zeitschriften.

(Fach 42): *Morgen*, Wochenschrift für deutsche Kultur: Heft 10, 25, 38 bis Nr 52. *Nord- und Süd-Berlin*: Jahrgang 1909 vollständig.

(Fach 43): *Nord und Süd, vereint mit Morgen*, Berlin: Jahrgang 1909/10 vollständig.

(Fach 44): *Die Hilfe*, Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst, Berlin-Schöneberg: Jahrgang 1908 vollständig; Jahrgang 1909 vollständig; Jahrgang 1910.

(Fach 45): *März*, Halbmonatsschrift für deutsche Kultur, München: Jahrgang 1909; Jahrgang 1910 vollständig.

(Fach 46): *Sozialistische Monats-Hefte*, Berlin: 1901/5 und 9; 1906/12; Jahrgang 1907 vollständig; Jahrgang 1908 vollständig; Jahrgang 1909 fehlt; Jahrgang 1910 vollständig.

(Fach 47): *Kritische Blätter für die Gesamten Sozialwissenschaften*, Berlin: 1906/2 und 11; 1907 vollständig; 1909 vollständig. Sonderabdruck der Kritischen Blätter mit Aufsatz von Dr. Broda über „Moderne Indische Sozialwissenschaft“.

(Fach 48): *Bibliographie der Sozialwissenschaften*, Berlin: Jahrgang 1906, 1907 und 1908. *Sozialwissenschaftlicher Führer* 1909. *Technische Auskunft*, 1909/1 und 2. *Zentral-Organ der Rechtswissenschaft*, Berlin.

(Fach 49): *Die Neue Rundschau*, Berlin: Jahrgang 1910.

(Fach 50): *Der Kunstwart*, Halbmonatsschrift für Ausdruckskultur auf allen Lebensgebieten: Jahrgang 1910 vollständig.

(Fach 51): *Akademische Rundschau*, Leipzig: Jahrgang 1908 vollständig; Jahrgang 1910 vollständig. 2. *Freistudentische Rundschau*, München: Vom Jahrgang 1908 sind vorhanden: 2, 5, 7, 8, 9, 13, 19/20. 3. *Finkenblätter*, 1906/2, 3; *Berliner Freistudentische Blätter*, 1909/2, 4.

(Fach 52): *Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre*, Berlin: 1907/2, 4, 5, 6; 1908/2, 3, 4, 7, 8, 9; 1909/3 mit 7 inclus.; 1910 sind vorhanden Nr. 2, 3, und 9.

Dokumente des Fortschritts, IV. Jahr. 2. Heft.

(Fach 53): *Bodenreform*, Organ der deutschen Bodenreformer, Berlin: 1909/24; Jahrgang 1910 vollständig; *Jahrbücher für Bodenreform*, vom Jahre 1908, 1909 und 1910.

(Fach 54): *Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie*, Berlin: III. Band Heft 1 und 3/1909/1910.

(Fach 55): *Ethische Kultur*, Berlin: Jahrgang 1909 und 1910 vollständig.

(Fach 56): *Der Monismus*, München: Zeitschrift für einheitliche Weltanschauung und Kulturpolitik: ab September 1908 vollständig.

(Fach 57): *Das freie Wort*, Frankfurt: 1902 Nr. 8; Jahrgang 1910 vollständig.

(Fach 58): *Sexual-Probleme*, Frankfurt: Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik: 1909/4, 7, 8, 9, 1910 vollständig.

(Fach 59): *Menschheitsziele*, Leipzig: Jahrgang 1908 vollständig; Jahrgang 1909/1, 2, 3, 6 und 7. 2. *Dokumente des Sozialismus*, Berlin; 1901/1; 1903/10, 11 und 12; 1904 vollständig mit Ausnahme der 3 letzten Nummern; 1905/2, 9, 10.

(Fach 60): *Gasthaus-Reform*, Stettin: Jahrgang 1910 1 und 3. 2. *Das Neue Jahrhundert*, Stettin: vollständig, mit Ausnahme der Nr. 14, 20 und 21/1910; 3. *Die neue Generation*, Berlin: Jahrgang 1910 fehlt Heft 1, 2 und 3; 4. *Industriebeamten-Zeitung*, Berlin: 1910/1; 2. 5. *Die Umschau*, Frankfurt: 1910/13, 18.

(Fach 61): Einzelne deutsche Zeitschriften: 1. *Die Nation*, Berlin: 2. *Die Kunst für alle*, 3. *Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst u. Technik*, Berlin. 4. *Städte-Zeitung*, Berlin. 5. *Blätter für höheres Schulwesen*, Berlin. 6. *Frauen-Rundschau*, Berlin. 7. *Die Neue Zeit*, Stuttgart. 8. *Soziale Kultur*, M.-Gladbach. 9. *Monatsschrift für Soziologie*, Leipzig. 10. *Neue Revue*, Berlin. 11. *Glauben und Wissen*, Stuttgart. 12. *Blätter zur Verteidigung und Vertiefung*. 13. *Die Neue Zeit*, Stuttgart. 14. *Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft*, Berlin. 15. *Das Recht auf Stille*, München. 16. *Mitteilungen für Hochschulpädagogik*, Berlin. 17. *Die Tat*, Wege zum freien Menschentum, Leipzig. 18. *Das Neue Lied*, Minden. 19. *Philosophische Wochenschrift*, Charlottenburg. 20. *Technik u. Wirtschaft*, Berlin. 21. *Deutsche Stimmen*, Berlin. 22. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Tübingen. 23. *Xenien*, (Literarische Ästhetik und Kritik).

Französische Zeitschriften,
alle Nummern sofort nach ihrem Erscheinen vorrätig.

1. *L'Action régionaliste*.
2. *L'Action nationale*.
3. *Les Annales diplomatiques et consulaires*.
4. *Les Annales de la Jeunesse laïque*.
5. *Les Annales politiques et littéraires*.
6. *Les Annales des sciences psychiques*.
7. *Les Argonautes*.
8. *Art et industrie*.
9. *L'association ouvrière*.
10. *Le Beffroi*.

11. Bulletin de l'office du travail.
12. Bulletin de l'Union des libres-penseurs et des libres-croyants pour la culture morale.
13. Chronique sociale de France.
14. Le conseiller de la famille et l'Ecole des mères.
15. Coopération des idées.
16. Correspondance mensuelle.
17. Le courrier européen.
18. La documentation politique et sociale.
19. L'enseignement mathématique.
20. Le christianisme social.
21. L'enseignement médico-mutuel international.
22. L'enseignement secondaire.
23. Les entretiens idéalistes.
24. Le Feu.
25. Le Flambeau.
26. La Flamme.
27. La Garde malade hospitalière.
28. Les Hommes et les œuvres.
29. Idées modernes.
30. Indicateur et télégraphes.
31. Journal du droit international privé.
32. Mercure de France.
33. Minerva.
34. Le mois colonial et maritime.
35. Le musée social.
36. Les nouveaux horizons.
37. La nouvelle revue française.
38. L'Occident.
39. L'Oeuvre.
40. Pan.
41. Les pages modernes.
42. La paix par le droit.
43. La Phalange.
44. Poésie et futurisme.
45. Polybiblion.
46. La Quinzaine coloniale.
47. La Revue.
48. Revue des pays latins.
49. Revue de l'Internationalisme.
50. Revue de solidarité sociale.
51. Revue du spiritisme modenør.
52. Revue idéaliste.
53. Revue hebdomadaire.
54. Revue positiviste.
55. Revue du temps présent.
56. Renaissance contemporaine.
57. Revue des idées.
58. Revue de la Paix.
59. Revue des Français.
60. Revue de l'évolution économique.

Dokumente des Fortschritts, IV. Jahr. 2. Heft.

- 61. Revue positiviste.
- 62. Revue des lettres et des arts.
- 63. Revue politique et parlementaire.
- 64. Revue Mauve.
- 65. Revue du Mois.
- 66. Revue critique des idées et des livres.
- 67. Revue socialiste.
- 68. Revue de l'évolution économique.
- 69. Revue de la solidarité sociale.
- 70. Revue universitaire.
- 71. Revue méridionale.
- 72. Revue de psychologie.
- 73. Revue économique internationale.
- 74. La Renaissance contemporaine.
- 75. Les Rubriques nouvelles.
- 76. Revue du syndicalisme français.
- 77. La semaine politique et littéraire.
- 78. Simple revue.
- 79. La taxe humaniste.
- 80. La technique moderne.
- 81. L'Université de Paris.
- 82. Vers et Prose.
- 83. La vie ouvrière.
- 84. Les visages de la vie.
- 85. Les Documents du Progrès.

Der Bibliothekar und stellvertretende Sekretär
Louis Ganzenmüller.